itzung am 13. Dez. 1967

t, weil diese Straße
len muß, die in der
i haben. Es ist wahr-
und es gereicht **dem**
absolut nicht zur
nerhalb von 20 Jah-
enstück in Ordnung
r den Herrn Landes-
Straßenstück kennt,
en hat, daß er dafür
letzten paar Straßen-
saniert werden.
r der Sanierung der
ch weitere Wünsche.
ung der Landeshaupt-
ch Seyfrieds. Sie ist
tzte Stück von Gop-
Sie ist ebenfalls in
d, so daß sie von den
nützt werden kann.
chtige Straße, die den
so die Bezirkshaupt-
dt des Waldviertels,
oll; die Landeshaupt-
er Kirchberg—Zwettl
es die Landeshaupt-
nem wirklich desola-
Autofahrer, der nach
ß, macht lieber einen
, weil er Angst hat,
am Ende dieser Lan-
wenn er über Kirch-
n zerlegt. So ist der
auptstraße.
es aber noch viele
en, die bis heute kei-
traße haben. Gemein-
t die Möglichkeit ha-
einer Seite her auf
ihre Gemeinde, ihre
n. Es liegt daher im
man versucht, dem
wenn man sich zu-
die Straßen zu sanie-
err Landeshauptmann
ferenten, im Interesse
Bewohner des Wald-
n, daß diese Straßen
en. (Beifall bei der

Ich unterbreche die
inschlaq des Landes
as Jahr 1968. (Bewe-
ung ist noch nicht un-
gar nicht geschlossen:
findet am **14.** Dezem-
t. Wir setzen dann die
Voranschlag mit der
ippe 6 fort. Die Sit-

m **20** Uhr 56 Minuten

Stenographisches Protokoll.

8, Sitzung der IV. Session der VIII. Gesetzgebungsperiode des Landtages von NiederÖsterreich.

Donnerstag, den 14. Dezember 1967,

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Weiß (Seite **231**).
2. Verhandlung:

Spezialdebatte zur Gruppe *6*, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Redner: Abg. Reiter (Seite 231), Abg. Marsch (Seite 233), Abg. Buchinger (Seite 238), Abg. Binder (Seite 243), Abgeordneter Hubinger (Seite **246**), Abg. Czidlik (Seite **250**), Abg. Diettrich (Seite 252), Abg. Ingenieur Scheidl (Seite 254), Abg. Fichtinger (Seite 257), Abg. Helm (Seite **259**), Abg. Diplomingenieur Robl (Seite **260**), Abg. Rohata (Seite 263), Abg. Rigl (Seite **265**), Abg. Jirovetz (Seite 266), Landesrat Roman Resch (Seite 270), Landesrat Bierbaum (Seite **275**), Landeshauptmann Maurer (Seite **276**), Abg. Stangler (Seite 281), Landeshauptmannstellvertreter Doktor Tschadek (Seite 282), Abg. Czidlik (Seite 283), Abg. Marsch (Seite 284), Abg. Stangler **(Seite 284);** Abstimmung (Seite **285**).

Spezialdebatte zur Gruppe **7**, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Berichterstatter: Abg. Anzenberger (Seite 285), Redner: Abg. Kaiser (Seite 286), Abg. Kienberger (Seite **290**), Abg. Körner (Seite 292), Abg. Fraissl (Seite 295), Abg. Brezovszky (Seite **296**), Abgeordneter Rabl (Seite **298**), Abg. Prigl (Seite **300**), Abg. Ungersböck (Seite **303**), Abg. Kosler (Seite 304), Abg. Brunner (Seite **307**), Abg. Blabolil (Seite **309**), Abg. Fahrnberger (Seite 313), Abg. Viktor Schneider (Seite 314), Abg. Weißenböck (Seite 317), Abg. Gnaf (Seite **319**), Abgeordneter Mauß (Seite321), Abg. Stangl (Seite323), Abg. Janzsa (Seite 325), Abg. Thomschitz (Seite 327), Abg. Karl Schneider (Seite **329**), Landesrat Bierbaum (Seite 332), Landeshauptmannstellvertreter Hirsch (Seite **334**); Abstimmung (Seite **337**).

PRÄSIDENT WEISS *(um 9 Uhr):* Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll dar letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten. Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Wir setzen die Verhandlung zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1968 mit der Gruppe 6 fort.

Zum Wort kommt Herr Präsident Abgeordneter Reiter.

Abg. REITER: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon in der Generaldebatte, aber auch in der Spezialdebatte zum Kapitel 0 haben Redner beider Fraktionen grundsätzliche Erklärungen zur Raumplanung in Niederösterreich abgegeben. Ich darf feststellen, daß in den letzten Jahren wiederholt auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer entsprechenden Raumplanung hingewiesen und ein Raumplanungsgesetz für Niederösterreich gefordert wurde. Es haben die Landeshauptleute Figl, Hartmann und auch Maurer wiederholt eine Reihe von Aufträgen an Fachleute des Hauses und an Fachleute des Raumplanungsinstitutes gegeben. Inzwischen ist nicht nur eine Reihe sehr wertvoller Unterlagen geschaffen worden, sondern diese haben sich auch in einzelnen Fällen bereits ausgewirkt und bestens bewährt. Es haben die Landeshauptleute Figl, Hartmann und Maurer in ihren Regierungserklärungen grundsätzliche Feststellungen über Raumplanung und Raumordnung in Niederösterreich getroffen. Ich darf wohl sagen, nachdem diese Regierungserklärungen mit beiden Fraktionen abbesprochen wurden, daß diese Feststellungen auch die Zustimmung aller Parteien hier im Hause gefunden haben. Im Jahre 1967 ist in dieser Frage eine neue Situation entstanden. Ich bitte, mir das jetzt nicht falsch auszulegen, ich stelle nur sachlich fest, daß man im Jahre 1967 versucht hat, die Fragen der Raumplanung und Raumordnung da und dort parteimäßig auszurichten. Man hat auch den Versuch unternommen, die wenigen Fachleute, die wir auf diesem Gebiet haben, parteipolitisch festzulegen. Dieser Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, ist nicht richtig. Wenn man versucht, diese wenigen Fachleute auf diesem Gebiet politisch festzulegen, dann, glaube ich, verlieren sie die Glaubwürdigkeit und scheiden als objektive Berater und Planer mehr oder weniger aus. Ich glaube, gerade wir in Niederösterreich können uns einen solchen Luxus nicht leisten, weil wir ja eine Menge von ungelösten Problemen und, wie ebenfalls auf beiden Seiten wiederholt fesbgelegt wurde, auch echter Sorgen haben. Ich möchte (daher, meine Damen und Herren, gerade in dieser sehr entscheidenden und wichtigen Frage für Niederösterreich zur Vernunft mahnen. Ich darf vielleicht, um wieder zur Sachlichkeit zurückzufinden, eine Brücke bauen und hier einige grundsätzliche Feststellungen zur Raumplanung und Raumord-

nung machen. Ich darf es punkteweise tun, damit es rascher und übersichtlicher geht.

1. Die Raumplanung soll ein völlig neutrales Werkzeug zur Schaffung der optimalen Voraussetzungen für die evolutionäre Entwicklung von Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten des Raumes sein.

2. Die Raumplanung ermöglicht eine bessere Einsicht in die komplexen Zusammenhänge zwischen Raum, Mensch und Gesellschaft und wird damit in allen Bereichen des Lebens zur besseren Entscheidung führen.

3. Geplant wird mit fremdem Geld und meist auch auf fremdem Besitz oder Grundstücken. Dies ist aber nur mit Hilfe der Politik überhaupt möglich. Die Planung muß daher aus dieser alleinigen Feststellung heraus unpolitisch sein, wenn sie auch in ständiger Konfrontation mit den gewählten Politikern sein wird und sein muß, welche mitunter die Planung als Hilfsmittel der Politik betrachten werden und betrachten müssen.

4. Die Raumplanung muß nach meiner Auffassung über den Parteien stehen. Sie ist deshalb unbedingt aus der Parteipolitik herauszuhalten. Wo dies nicht gelingt, wird die Planung parteipolitisch unterwandert, mißbraucht und verzerrt, womit ihr jede Chance genommen ist, die ihr zugedachte umfassende Ordnungsaufgabe zu erfüllen.

5. Raumplanung und Wirtschaftsplanung sind bei uns, zum Unterschied von totalitären Systemen, getrennte Sachgebiete, aber mit vielen, vielen Berührungspunkten. Ich glaube daher, daß Raumplanung eine Angelegenheit der Gemeinden, der Länder und des Bundes ist, die Wirtschaftsplanung hingegen ist Aufgabe in erster Linie des Bundes und der Wirtschaft selbst. Ich glaube, sie wird um so bessere Ergebnisse erzielen, als es mit Hilfe der Raumplanung gelingt, optimale Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

6. Das geeignete Forum für Planungsgespräche sind nach meiner Auffassung nicht einseitig orientierte Parte'iveranstaltungen, sondern können nur sein: das Parlament, die Landtage, die Gemeindestuben, der Städtebund, der Gemeindebund und einschlägige unpdlitische Fachtagungen, Seminare von Fachleuten und Politikern.

7. Die Land- und Forstwirtschaft kann die Frage der Entwicklung nicht vorbeigehen lassen. Daher glaube ich, daß gerade die Landwirtschaft, weil sie am ehesten betroffen ist, an einer aktiven und umfassenden Raumordnungspolitik interessiert sein muß. Eine diesbezügliche ernste Feststellung hat der derzeitige Landwirtschaftsminister Doktor Schleinzer bereits getroffen.

8. Niederösterreich und die von diesem Bundesland umschlossene Großstadt Wien haben zwangsläufig eine Vielzahl gemeinsamer Probleme. Der Problemerreger — so wage ich zu sagen — ist in vielen Dingen die Bundeshauptstadt Wien, daher muß, wenn wir niederösterreichische Raumplanung ernst betreiben, der Kontakt gerade mit der Großstadt Wien aufrecht sein. Ich weiß nicht, ob es nicht da und dort notwendig sein wird, daß, wenn wir zur Finanzierung so mancher Probleme kommen, auch die Bundeshauptstadt bei manchen Sanierungsmaßnahmen auch finanziell wird beitragen müssen. Ich freue mich, daß dieser Kontakt mit der Bundeshauptstadt nicht nur bestanden hat, sondern gerade in jüngster Zeit wieder neu aktiviert wurde und daß gerade dieser Kontakt zwischen Wien und Niederösterreich das Ihre ausstreicht, was ich eingangs gesagt habe, daß nämlich Raumordnung und Raumplanung nie Sache einer Partei sein können, sondern daß diese Raumordnung und Raumplanung eben überparteilichen Charakter haben müssen.

9. Der Baulandsanierungsbedarf der Gemeinden Niederösterreichs, aber auch Wiens ist besorgniserregend. Die Gemeinden stehen dieser Entwicklung heute schon meist hilflos gegenüber und werden aus eigener Kraft weder die bereits entstandenen Entwicklungsschäden noch ihr Fortschreiten verhindern können. Es werden also in dieser Frage das Land und zum Teil auch der Bund einschreiten müssen.

10. Niederösterreich braucht sowohl ein zukunftsweisendes Landesraumordnungsgesetz als auch eine auf dieses abgestimmte Bauordnung, denn die Raumordnung schafft die räumliche Voraussetzung für das Bauen, sie ist die Grundlage für die konkrete Bauordnung und nicht umgekehrt. Ich glaube, daß wir gerade diese Tatsache bei den kommenden Beratungen wenden beachten müssen.

11. Den derzeit noch ausstehenden Gesetzen — so glaube ich — wird nur dann ein echter Erfolg beschieden sein, wenn Politiker, Fachexperten, Juristen und Interessenvertretungen gemeinsam eine Lösung suchen, bei der eigenbrötlerische Belange und Sonderinteressen ausgeklammert bleiben müssen.

12. Ich glaube, je eher wir diese Gesetze gemeinsam verabsohieden, um so geringer werden die volkswirtschaftlichen Verluste bleiben und um so eher wird die niederösterreichische Wirtschaft in die Lage versetzt werden können, erfolgreich zu bestehen.

13. Der Erfolg jeglicher Raumplanung hängt von den vorhandenen Geldmitteln ab, da es kaum eine Raumordnung geben wird, da es kaum ein Raumordnungsproblem geben kann, das sich nicht auch finanziell auswirkt.

14. Daher ist nach einem Gesetzesbeschluß auf diesem Gebiete und einer Rangordnung zur Erledigung der echten Probleme Niederösterreichs sicherlich in Zukunft mehr Geld notwendig als in der Vergangenheit. Dieses Geld muß zweckmäßig so verwendet werden, daß ein maximaler Erfolg für unser Land gewährleistet ist.

Damit bin ich am Ende der mir am wichtigsten erscheinenden Fragen zur Raumoiidnung und Raumplanung in Niederösterreich. Die Verantwortung für die Verwendung der öffentlichen Mittel kann nur der Politiker tragen; hier ist im Gegensatz zum Experten und Fachmann eben der Politiker allein entscheidend.

Ich glaube, es werden sich die offenen Probleme nur im Zusammenwirken mit den Fachleuten des Raumplanung, den Fachkräften der Finanzverwaltung und den verantwortlichen Politikern lösen lassen.

Meine Damen und Herren! Eine erfolgreiche Landesplanung wird auch den Bund mit einschließen müssen, auch der Bund wird entsprechende gesetzliche Regelungen durchführen müssen. Wenn Sie den OEEC-Bericht für Österreich vom **5.** August **1965** lesen — seither ist über die Raumordnung und Raumplanung in Österreich nichts mehr veröffentlicht worden —, ersehen Sie daraus die Problematik der Raumordnung in Österreich. Sie geht vornehmlich in Richtung einer erforderlichen Koordination, nicht nur in vertikaler, sondern vor allem auch in horizontaler Richtung. Dieser Bericht stellt zusammenfassend folgendes fest: Er sagt, daß eine Verstärkung der regionalpolitischen Maßnahmen in Österreich in der nächsten Zukunft zweifellos zwei Grundprinzipien entsprechen muß. Ich zitiere nun wörtlich ***(liest):*** „1. sind in der Forschung und in der Vorbereitung der Arbeiten erhebliche Anstrengungen nötig, die auf eine klarere, auf Grund eines Gesamtkonzepts für ganz Österreich formulierte Regionalpolitik abzuzielen haben. Hier hat Österreich den Vorteil, daß es die ziemlich gut entwickelte Methodologie und Forschungserfahrung einiger Institutionen besitzt, die bereits auf diesem Gebiete arbeiten. Was hier geleistet wird, verdient Beachtung seitens anderer Länder, die mit den gleichen Problemen kämpfen.

2. besteht, während diese Arbeiten fortschreiten, die Möglichkeit, ziemlich viel dadurch zu erreichen, daß man die bereits verfügbaren Geldmittel wirksam und rationell einsetzt. Dies ist vor allem eine Frage der besseren Koordinierung und müßte ohne radikale Änderungen in Österreichs gegenwärtigem Verwaltungsapparat zu erreichen sein."

Ich glaube — und damit komme ich zum Schluß —, wenn wir diese wichtigen Gesichtspunkte, die ich versucht habe in ihren Grundzügen herauszustreichen, beachten und eine reale Einstellung zur Raumplanung, zur Raumordnung haben, wird uns die gemeinsame Verhandlung und das kommende Raumplanungsgesetz und eine positive Raumordnung in Niederösterreich erleichtert werden; wir werden dann die Voraussetzung für gemeinsame Erfolge um die Erhaltung der Zukunft unseres Lande; schaffen.

Ich darf hier die Bitte aussprechen, daß wir von dieser Warte aus in Zukunft gemeinsam die Probleme Niederösterreichs sehen, gemeinsam um ein entsprechendes Gesetz im kommenden Jahr ringen und damit die Voraussetzung schaffen, daß wir für Niederösterreichs Zukunft wirklich das Bestmögliche herausholen in gemeinsamer, verantwortungsvoller Arbeit um dieses Land. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

PRÄSIDENT WEISS: Als nächster Redner kommt Herr Abgeordneter Marsch zum Wort.

Abg. MARSCH: Herr Präsident, Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nur eine ganz bescheidene Post der Gruppe **6** im Rahmen unseres Landesbudgets, die uns Anlaß gibt, über Raumordnung und Landesplanung zu sprechen. Der Katalog, der in Sachen Raumplanung entworfen wurde, ist sehr umfangreich. Es hat nicht zuletzt der Herr Landeshauptmann am **27.** April 1967 in einer Pressekonferenz in Baden darauf hingewiesen. Er hat hier sehr weit zurückgegriffen, sozusagen als Bestandsaufnahme. Er hat bekanntgegeben, daß es im Land Niederösterreich bereits **121** Gutachten der Raumplanung und **33** größere Arbeiten gibt. Diese Bestandsaufnahme, über die auch wir als Abgeoiidnete viel später informiert wurden, hat gezeigt, daß fleißige und gute Experten am Werk sind. Der Herr Landeshauptmann hat dabei auch einige Fragen erwähnt. Ich möchte mir erlauben, hier diejenigen herauszugreifen, die uns besonders wichtig erscheinen. Zunächst einmal die Ausfindigmachung echter Mittelpunktorte, ein Problem, das uns in den letzten drei Jahren sehr berührt hat. Des weiteren Verkehrs-Untersuchungen im Hinblick auf den Straßenbau, die Probleme der Industrialisierung,

verbunden mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und dar Brhaltung bestehender, die Förderung das Fremdenverkehrs; das sind nur einige dieser Gutachten. Die zuständige Stelle für Raum- und Regionalplanung hat ja auch in ihrem heurigen Tätigkeitsbericht auf die dringenden Aufgaben der Raumordnung hingewiesen und nicht zuletzt auf den zu erwartenden und anzustrebenden regionalen Aufbau von Niederösterreich. Es wurde hier im besonderen die Bewertung des Bundesstraßennetzes erwähnt, die Dringlichkeit des Ausbaues nach strukturellen Gesichtspunkten und die Erstellung eines Industriestandortkatalogs.

Hier möchte ich meinem Vorredner in einem Punkt widersprechen — wenn ich ihn nicht falsch verstanden habe. Er trennt Raumplanung und Wirtschaftsplanung. Wenn wir diese Probleme getrennt behandeln, dann werden wir vielleicht nicht zusammenkommen können. (Zwischenruf *Präs.* ***Reiter.)*** Ich habe mir aufgeschrieben „getrennte Standpunkte"; dann wären wir also einer Meinung. Ich möchte es aber so präzisieren, wie wir das in unserer ersten Raumplanungskonferenz in Niederösterreich mit den Fachleuten getan haben. Wir haben festgestellt, daß sich die Probleme Niederösterreichs nicht mehr bloß durch ein Wirtschaftsprogramm lösen lassen, sondern daß man diese Wirtschaftsfragen in unserer Zeit in einen größeren Zusammenhang hineinstellen muß. Das heißt, nicht nur räumlich geographisch gesehen, sondern in der gesamten Problematik. Wir haben das als die wichtigste Aufgabe der Politik und die Voraussetzung, um für das Morgen zu schaffen, genannt.

Wenn unter anderen in einem der heute erwähnten Punkte auch die Landwirtschaft genannt wurde, so wird wahrscheinlich mit mir das zuständige Amt der Niederösterreichischen Landesregierung sagen, daß gerade dieser Experte für die Landwirtschaft fehlt; das heißt, er wurde abgelehnt. Der Bericht des zuständigen Amtes sagt sinngemäß dann weiter: Zur Koordinierung, zur echten umfassenden Behandlung brauchen wir auch diesen landwirtschaftlichen Fachmann. Es ist dies sozusagen ein überhörter Hilferuf. Wenn heute gesagt wurde, die Landwirtschaft darf dabei nicht unterschätzt wenden, sie muß sich gerade nach der Raumordnungspolitik orientieren, dann sind wir auch hier einer Meinung und können diesen längst fälligen Wunsch der Raumplanung auch erfüllen. Soviel zu dem Katalog, der uns zeigt, daß hier einiges entworfen wurde.

Was ist aber in Sachen Raumplanung wirklich geschehen? Ich möchte zunächst die Gemeindezusammenlegungen erwähnen, über die hier im Rahmen des Budgets schon viel gesprochen wurde. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, damit nicht eine Polemik im „Volksblatt" die unrichtige Feststellung trifft, daß wir zur unfreiwilligen Lösung der Gemeindezusammenlegungen hinneigten, daß die Frage der Gemeindezusammenlegung von uns von vornherein bejaht und schon längst als ein Problem aufgezeigt wurde. Endlich haben Sie sich dann entschlossen — natürlich, nichts geht ohne die Mehrheit —, hier Versäumtes nachzuholen, und das ist gut so. Ich möchte ausdrücklich dazu sagen — ich hoffe, daß ich hier offene Türen einrenne —, bleiben wir auf der Basis der freiwilligen Gemeindezusammenlegung. Es geht hier nicht um die Priorität, wer den Antrag durchgesetzt hat, sondern um die Tatsache. Ich glaube, dies wäre nicht möglich gewesen, ohne daß wir uns darauf geeinigt hätten; das möchte ich positiv begrüßen, um nicht mißverstanden zu werden, auch wenn man es gerne heraushören will. Ich glaube nur, daß wir die freiwillige Basis nicht verlassen dürfen.

Zur Frage der Schulbildung und Problematik der Zusammenlegung möchte ich feststellen, daß wir bei Zusammenlegungen und Neugründungen von Pflichtschulen nicht von den geltenden objektiven Maßstäben abweichen dürfen. Es gibt immer noch etwa 15.000 Schüler in Niederösterreich, für die noch keine Voraussetzungen für eine moderne Grundausbildung geschaffen wurden.

Ich möchte einen Schritt weiter gehen und feststellen, daß auch bei der Versorgung allgemeinbildender höherer Schulen in Niederösterreich noch lange nicht Ausreichendes geschehen ist und daß wir gerade den realgymnasialen Zug der höheren Schulen brauchen würden, auch wenn wir heute schon auf einige Forderungen, die erfüllt sind, hinweisen können, wie die Realgymnasien in Gmünd und Neunkirchen.

Und jetzt noch ein wichtiger Punkt: Weil wir die Bildung — ich glaube, sie muß im Rahmen der Raumplanung als Ziel eine besondere Rolle spielen — als so notwendig erachten, sind wir Sozialisten nicht der Meinung, daß wir nur für gleiche Startbedingungen an höheren Schulen eintreten können. Wir glauben vielmehr, daß Arbeiter- und Bauernkinder *(Zwischenruf bei der ÖVP: Und die Kinder der kleinen Gewerbetreibenden!)* bessere Startbedingungen vorfinden müssen, damit die Begabungsreserven auch in unserem Heimatland mobilisiert werden können. Weil der Zwischenruf „kleine Gewerbetreibende" gefallen ist, möchte ich

erwähnen, über
Budgets schon viel
möchte ich aus-
nicht eine Polemik
chtige Feststellung
villigen Lösung der
ten hinneigten, daß
sammenlegung von
t und schon längst
gt wurde. Endlich
lossen — natürlich,
rheit —, hier Ver-
das ist gut so. Ich
sagen — ich hoffe,
einrenne —, bleiben
willigen Gemeinde-
hier nicht um die
g durchgesetzt hat,
e. Ich glaube, dies
sen, ohne daß wir
en; das möchte ich
t mißverstanden zu
es gerne heraus-
r, daß wir die frei-
en dürfen.

ildung und Proble-
ng möchte ich fest-
mmenlegungen und
htschulen nicht von
en Maßstäben ab-
immer noch etwa
rösterreich, für die
en für eine moderne
'en wurden.

tt weiter gehen und
der Versorgung all-
Schulen in Nieder-
t Ausreichendes ge-
r gerade den real-
eren Schulen brau-
wir heute schon auf
erfüllt sind, hinwei-
Realgymnasien in

chtiger Punkt: Weil
glaube, sie muß im
ng als Ziel eine be-
als so notwendig er-
sten nicht der Mei-
eiche Startbedingun-
n eintreten können.
daß Arbeiter- und
ruf bei der ÖVP:
nen Gewerbetreiben-
ingungen vorfinden
bungsreserven auch
mobilisiert werden
henruf „kleine Ge-
n ist, möchte ich

gerne meinen Vorschlag auf diese und sogar auch auf die kleinen Beamten ausdehnen, so daß für alle Berufsschichten die Möglichkeit einer guten Schulausbildung gegeben ist.

Als dritten Punkt hebe ich das Gesundheitswesen hervor, in das die Krankenfürsorge einzubeziehen ist. Als positives Beispiel haben wir den Landesjugendheimplan zu erwähnen. Der zuständige Landesrat Otto Rösch hat ja erzählt, was mit einem Patienten geschieht, der in ein Spital, das voll belegt ist, eingeliefert wird. Er hat auch darauf hingewiesen, welche Hindernisse der Realisierung einer Bettenzentrale noch entgegenstehen. Diese bildet ein Teilproblem auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Wenn er erwähnt hat, daß wir Regionalspitäler brauchen, dann weise ich darauf hin, daß uns eben noch jenes im Marchfeld fehlt.

Ich betone noch, daß wir drei Einrichtungen im Gesundheits- und Fürsorgewesen benötigen, die sich gegenseitig ergänzen müssen. Das sind die Fürsorgeheime, Spitäler, Altersheime und vielleicht auch die Alterspflegeheime. Hier muß koordiniert werden, was eine sehr wichtige Aufgabe ist. Viertens ist noch die positive Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich hervorzuheben. Ich möchte dazu ganz bescheiden, aber kritisch bemerken, daß es wenigstens ein schöner Beginn ist, nachdem man schon vor eineinhalb Jahren davon gesprochen hat. Das Institut für Raumplanung als Geschäftsstelle ist gut gewählt. Ich hoffe, daß das Kontaktkomitee auf Beamtenebene etwas leisten können wird.

Wie mein Vorredner bereits sehr deutlich erwähnt hat, müssen wir uns in der Frage der Raumplanung und Raumordnung immer vor Augen halten, daß eine niederösterreichische Raumplanung nicht ohne Wien erfolgen kann. Im Hinblick auf die finanziellen Beiträge können wir aber froh sein, daß es umgekehrt der Fall war und Wien zum Ausbau der Schnellbahn einiges beigetragen hat. Überlegen wir uns nun, wie wir die Schnellbahn, deren Ausbau eigentlich Aufgabe des Bundes ist, noch weiter ausbauen können. Ich denke dabei ganz konkret an den Ausbau nach Schwechat und vielleicht einmal später bis Preßburg sowie die Führung der Wiener Schnellbahn über Mödling bis Wr. Neustadt.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht das brennende Problem der Nebenbahnen übersehen und nur am Rande auf die Meinung der Raumplaner hinweisen. Ich zitiere hier eine Aussendung der Landeskorrespondenz vom 11. Jänner 1967, in der gesagt wird, daß die schwache Frequenz auf einigen dieser Strecken durchaus keine Folge eines zu geringen Bedarfes sei, sondern bloß auf die unzureichende Verkehrsabwicklung durch die Bundesbahn zurückzuführen sei. Bessere und schnellere Züge, etwa Schienenbusse, würden die Rentabilität dieser Bahnlinien erheblich vergrößern. Die Stillegung einer Reihe von Nebenbahnen würde nach Ansicht der Raumplaner die regional- und strukturpolitischen Absichten des Landes durchkreuzen. Ich hoffe, daß sich die Landesregierung und der Herr Landeshauptmann auch heute noch zu diesem Standpunkt bekennen, weil er gerade für unsere Gebiete nördlich der Donau wichtig ist. Wir dürfen im Rahmen der Raumplanung — auch das ist noch zur Ergänzung des Katalogs zu erwähnen — aber die niederösterreichischen Landesgesellschaften Newag und Niogas nicht vergessen. Wir alle müssen an ihrer Wiedergenesung interessiert sein. Ich kann Ihnen, meine Herren von der ÖVP, nicht den Vorwurf ersparen, daß Sie die Gesundung der beiden Landesgesellschaften in bezug auf Finanzierungsumfang und Finanzierungsmethoden unzulänglich angepackt haben; sie wird daher wenig wirksam. Wir hoffen, daß wir Sie im Laufe des nächsten Jahres durch gegebene Tatsachen noch davon überzeugen können. Leider ist es uns heuer noch nicht gelungen, wie sich ja manches erst ein Jahr später zeigt.

Nun noch einmal zurück zu den 121 Planungsarbeiten. Dazu muß ich leider eine sehr harte Feststellung gegenüber dem Herrn Landeshauptmann treffen. Herr Landeshauptmann, Sie haben die Arbeiten erwähnt, aber es fehlt leider an der Realisierung. Nur für die Schreibtischlade zu arbeiten, ist eben zu wenig, wie sich eine Zeitung ausdrückte. Die Pläne wurden leider nicht verwirklicht. Ich zitiere nur ein Beispiel, das sich heute drastisch auswirkt. Eines aus der großen Anzahl der Gutachten aus dem Jahre 1956, also vor elf Jahren, beschäftigt sich mit den Dauerarbeitsplätzen im Raume von Wiener Neustadt. Was ist nun inzwischen geschehen? Dieses Projekt ist niemals realisiert worden; aber es haben mittlerweile die Raxwerke zusperren müssen und, meine Herren, Sie waren hier, wo es immerhin darum gegangen ist, für die größte Industriehalle Europas einen Betrieb zu finden, manchmal zögernd und haben lieber Politik gemacht als tatsächlich geholfen. Auch die Betriebe Grünbach und Höflein mußten — ich glaube, das heute ohne Bestrafung sagen zu können — nach einer Wahnsinnsinvestition zugesperrt werden. Im Zusammenhang mit Höflein hat gerade mein Vorredner noch am 1. März 1966 und auch später versucht, mich zu rügen.

(Dritter Präsident Abg. Reiter: Das habe ich *damals* auch nicht *gewußt!)* Heute wissen Sie es, Herr Präsident Reiter, genauso wie viele andere, daß Sie das Verbrechen mitbegangen haben, aber wir haben es von Anfang an gewußt. Das war ja der Zündstein der Contibank, meine Herren vom ÖAAB, die Sie jetzt an dem Aktienpaket, das da verkauft wird, zum Teil mitbeteiligt sind. Hoffentlich schneiden Sie gut ab dabei. Aber das nur am Rande. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Es ist doch so, daß Sie 250,000.000 Schilling vergeudet, verschwendet haben und damit zugleich mitgeholfen haben, auch den Betrieb Grünbach zu sperren. *(Abg. Stangler: War da ein sozialistischer Vorstand dabei? — Abg. Wüger: Aber darüber darf man ja nicht reden!)* Meine Herren, wir können über alles reden, und wenn Sie wollen, können wir im Rahmen der Raumplanung auch eine Newag-Debatte abführen. Ich bin gerne dazu bereit, nur glaube ich nicht, daß sie ganz hierher gehört. *(Abg. Dipl.-Ing. Robl: Kriegst einen Orden dafür!)* Dort zuzusperren und in Höflein den Betrieb mit Landesgeldern zu finanzieren ist ein wirtschaftliches Verbrechen. Ich hoffe, daß wir uns heute endlich darüber einig sind. Ich möchte sagen, es fehlt bei der Raumplanung an manchem; es fehlt der Generalverkehrsplan, der alle Verkehrsträger umfaßt und Wien mit einschließen muß; es fehlt ein strukturpolitisches Grundsatzkonzept. Die bestehenden Strukturmängel können daher nicht behoben werden. Es fehlt aber auch an der Koordinierung der regionalpolitischen Entscheidungen. Meine Herren, die Konsequenzen sind fühlbar, da muß ich auch in diesem Punkt meinem Vorredner recht geben, leider. Ich hoffe, daß wir es beide bedauern. Es sind daher Abwanderungen, starke Pendelwanderungen und das Unvermögen, diese in Niederösterreich einzudämmen, zu verzeichnen. Ich möchte dreimal unterstreichen, auch wir sind der Meinung, daß wir raschest zu Erfolgen kommen müssen, um den volkswirtschaftlichen Schaden nicht noch zu vergrößern.

Und die hohen saisonalen Arbeitslosenziffern in Niederösterreich? Die Arbeiterkammer stellt fest, daß wir um 8975 Arbeitsplätze weniger gehabt haben; diese Zahl spricht immerhin eine deutliche Sprache. Bei einem Dutzend von Betrieben ist man auf Kurzarbeit übergegangen. Es geht vor allem darum, daß wir eine wahllose Streuung von Industrieansiedlungen vermeiden und daß wir Industrieschwerpunkte in relativ wenigen Orten mit besonders günstigen Standortverbindungen schaffen. Das erscheint uns als zweckmäßigste Lösung. Das haben wir auch bei unserer zweiten Raumplanungskonferenz mit den Fachleuten besprochen. Diese Schwerpunktorte — vielleicht gibt es Anlaß zur Kritik, wenn ich das sage, aber wir können darüber reden — müssen aber durch leistungsfähige Hauptverkehrslinien verbunden werden, wobei entlang dieser Entwicklungsbänder eine weitere schrittweise Industrialisierung gefördert werden müßte.

Soviel zu dem, was in diesem Jahre hervorgehoben und vorbereitet wurde. In der praktischen Durchführung befinden wir uns aber leider in Niederösterreich in einem Dilemma. Wir brauchen ein Raumplanungsgesetz. Es ist heute schon erwähnt worden, und wir sind endlich einer Meinung darüber. Ich darf daran erinnern, daß wir dieses Gesetz schon 1962 gefordert haben. Damals haben die Handelskammer und die Landwirtschaftskammer Bedenken gehabt; dann haben sie junktimiert und gesagt, die Bauordnung zuerst und dann die Raumordnung; dann hat Herr Landeshauptmann Hartmann gesagt, die Raumordnung und die Bauordnung, und erst 1965 haben sie endlich dem Antrag zugestimmt. 1966 ist das Gesetz dann eingebracht worden, nachdem Sich der vorgänger des Finanzlandesreferenten mit dem Herrn **Landeshauptmannstellvertreter** Doktor Tschadek so lange nicht einigen konnte. Wir hoffen genauso wie Sie, daß wir 1968 dieses Gesetz beschließen werden können. Ich möchte nur dem Obmann des zuständigen Ausschusses sagen, daß Regierungsvorlagen — und in Fragen der Raumplanung handelt es sich um ein solche — bei der Behandlung Vorrang haben. Ich möchte aber, damit wir uns auch darüber einig werden, ausdrücklich feststellen, das Raumplanungsgesetz selbst ist die Basis, um überhaupt Projekte realisieren zu können, Projekte, die ja in größerem Umfang im Entwurf vorliegen, weil ja das Raumplanungsgesetz nur das Verfahren regelt und damit noch keine Initiative entwickelt wird.

Die Zusammenhänge zwischen Raumplanung und Bauordnung sind sicher da, es kann aber trotzdem, so wie in anderen Bundesländern, die Raumplanung zuerst verwirklicht werden; siehe Salzburg und Steiermark. Die Steiermark konnte im heurigen Budget ihre Bruttoinvestitionen nahezu verdoppeln; das ist bei der gegenwärtigen Konjunkturflaute, die ja Niederösterreich auch besonders betrifft, sehr wichtig. Auf den Kopf umgerechnet heißt das, daß der Bund etwa 1365 Schilling an Bruttoinvestitionen gewährt. Im Lande Steiermark sind es zusätzlich 1330 Schilling; das heißt, 40 Prozent der

iplanungskonferenz
besprochen. Diese
eicht gibt es Anlaß
sage, aber wir kön-
üssen aber durch
tehrslinien verbun-
ng dieser Entwick-
schrittweise Indu-
rden müßte.

diesem Jahre her-
itet wurde. In der
g befinden wir uns
sterreich in einem
ein Raumplanungs-
n erwähnt worden,
r Meinung darüber.
daß wir dieses Ge-
ert haben. Damals
ier und die Land-
nken gehabt; dann
id gesagt, die Bau-
ı die Raumordnung;
uptmann Hartmann
g und die Bauord-
ben sie endlich dem
ist das Gesetz dann
hdem sich der Vor-
referenten mit dem
stellvertreter Dok-
icht einigen konnte.
e Sie, daß wir 1968
werden können. Ich
nn des zuständigen
Regierungsvorlagen
aumplanung handelt
bei der Behandlung
hte aber, damit wir
werden, ausdrücklich
lanungsgesetz selbst
apt Projekte realisie-
, die ja in größerem
rliegen, weil ja das
ur das Verfahren
keine Initiative ent-

e zwischen Raum-
ng sind sicher da, es
wie in anderen Bun-
planung zuerst ver-
Salzburg und Steier-
konnte im heurigen
stitionen nahezu ver-
gegenwärtigen Kon-
Niederösterreich auch
Nichtig. Auf den Kopf
daß der Bund etwa
uttoinvestitionen ge-
mark sind es zusätz-
heißt, 40 Prozent der

Ausgaben des Bundeslandes 'Steiermark sind Ausgaben für Investitionen. Beim Bund sind es ja nur 11 Prozent. Wenn wir die Ziffer von 872,000.000 Schilling, die der Generaldebattenredner der Österreichischen Volkspartei am ersten Tag der Budgetdebatte als Impulse für die Wirtschaft genannt hat, als richtig annehmen dürfen, dann wären das etwa 26 Prozent. Das wirkt bescheiden im Gegensatz zu einem Land, mit dem wir uns nach Größe und Einwohnerzahl annähernd vergleichen können. Wir haben in Nieder-Österreich kein Investitionsprogramm auf mehrere Jahre, und das ist das entscheidendste dabei. Wir haben aber eine Studie für ein Entwicklungsprogramm. Dafür ist Landeshauptmannstellvertreter Hirsch zuständig. Er hat uns schon 1965 ein großes Raumordnungsgutachten des Instituts für Raumplanung vorgelegt, in dem ein Entwicklungsprogramm für Niederösterreich vorgeschlagen wurde. Er hat dabei — das war für den Entwicklungsverein — auf die in diesen Arbeiten angeführten zahlreichen Empfehlungen und Vorschläge verwiesen und die Notwendigkeit betont, sie so bald wie möglich im einzelnen zu prüfen und gegebenenfalls in die Praxis umzusetzen. Zu diesem Zweck ist die (Gründung mehrerer Arbeitsausschiisse des Landesentwicklungsvereines für Niederösterreich vorgesehen, in die Fachleute von verschiedenen Gebieten berufen werden sollen.

Meine Herrn, das Raumordnungsgutachten im Auftrage des Entwicklungsvereines liegt also vor. Dabei ist es geblieben; es wurden nur Arbeitsausschüsse gebildet, die noch nie einberufen wurden. Landeshauptmannstell-Vertreter Birsch wird heute vielleicht sagen: Was sollen denn die Herren beschließen, wenn mir der F'inanzreferent dafür kein Geld gibt? Sehen Sie, das ist das Dilemma, in dem wir uns in Niederösterreich befinden. Das Raumplanungsgesetz — als Basis fehlt uns das Industrieentwicklungsprogramm — soll perfekt gemacht werden. Es ist da, es liegt aber in der Schreibtischlade, und 'daher kann unser Budget auch keine langfristigen Investitionen, kein Invetstitionsprogramm zur Erhaltung bestehender und zur Förderung neuer Arbeitsplätze beinhalten. Hoffen wir nur, daß das Raumplanungsgesetz bald beschlossen wird; aber fangen wir dort an, wo bereits ein breites Fundament der Raumplanung da ist, nämlich beim Industrieentwicklungsprogramm. Dazu bitte ich Sie, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben *(liest):* „Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Bedachtnahme auf das im Auftrage des Vereines für die Förderung der Wirtschaft in den unterentwickelten Gebieten Niederosterreichs vom Institut für Raumplanung im Juli 1965 ausgearbeitete Raumordnungsgwtachten für ein Industrieentwicklungsprogramm in Niederösterreich ein Konzept zu erarbeiten.

Dieses Konzept, das unter Mitwirkung der im Entwicklungsverein vertretenen Institutionen und von Fachleuten zu erstellen wäre, soll zur Verwirklichung eines umfassenden Industrieentwicklungsprogrammes dienen."

Ich hoffe, daß wir damit ein wenig weiterkommen und von den Plänen zur Verwirklichung schreiten können, wobei ich sagen möchte, hier sind drei Ausschüsse, und, Herr Landeshauptmann, es können einmal zehn Ausschüsse sein, aber arbeiten müssen sie etwas. Das haben wir eben versäumt. Vielleicht haben wir heute mit dazu beigetragen, daß diese Entwicklung im beiderseitigen Interesse beschleunigt wird.

Ich möchte noch auf ein alarmierendes Zeichen, und zwar auf eine Untersuchung hinweisen, welche die Bevölkerungsprognose für Niederösterreich beinhaltet. Meine Damen und Herren, es ist dies ein Alarmzeichen für die Landesentwicklung; die Prognose ist schockierend. Die Zahl der Berufsfähigen wird in Niederösterreich bis zum Jahre 1971 voraussichtlich um 50.000 Menschen abnehmen. Der Anteil der Berufsfähigen wird daher im Jahre 1971 nur noch 56 Prozent, der der Nichtberufsfähigen daher 44 Prozent der Gesamtbevölkerung betragen. Das heißt aber, daß wir in Niederösterreich mit einer Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens wahrscheinlich nicht rechnen werden können; selbst dann nicht, wenn das Einkommen der verbleibenden Berufstätigen steigen sollte. Die Zahl der Berufsfähigen wird in den nördlichen und nordöstlichen Grenzgebieten am stärksten — und zwar bis zu 20 Prozent — reduziert werden. Diese Untersuchung, die der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist, zeigt, daß wir unter Umständen in Hollabrunn bedauerlicherweise diese 20 Prozent von Berufsfähigen, die den Bezirk verlassen, erreichen werden. In Horn werden es 14 Prozent sein, in Mistelbach 17 Prozent und in Waidhofen a. d. Thaya 16 Prozent. Also gerade das Waldviertel ist davon besonders betroffen. Ich kann Ihnen sagen, wenn hier nicht bald etwas geschieht, dann sind wir die Sorgen für dieses Gebiet los, dann brauchen wir für das Waldviertel nichts mehr tun, denn dann sind die Leute schon weg, dann werden die Probleme geringer, aber das Land wird davon nicht mehr lebendig. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern eine dringende

Warnung. Es ist notwendig, daß wir eben an diese Gebiete besonders denken.

Unbestritten ist, daß die Raumordnung notwendig ist, daß eine Investitions- und Finanzplanung und Mittel für modernere Gesellschaftspolitik unerläßlich sind. Mein Vorredner hat das mit Recht bestätigt. Dazu hat ein berufener und anerkannter Fachmann, nämlich der hessische Finanzminister, einige grundsätzliche Überlegungen angestellt. Ich möchte dazu sagen, hier können wir von einem anderen Land lernen. Man soll sich aber nicht suggerieren, daß jemand den hessischen Plan übernehmen will, so wie es zum Beispiel das „Volksblatt" unrichtigerweise geschrieben hat. Wir können nur gewisse Methoden, die man in Niederösterreich anwenden kann, übernehmen. Eben diese Methoden sind auch in unserem Nachbarland Deutschland beispielgebend und allein dastehend. Eine moderne Gesellschaftspolitik kann sich nicht mehr darauf beschränken, die anfallenden Probleme isoliert zu betrachten und sie von Fall zu Fall aus dem Blickwinkel des engeren Fachbereiches zu lösen versuchen. Daher brauchen wir neue Methoden. Dabei darf die Eigenverantwortung der Staatsbürger nicht verlorengehen. Die freiheitliche Lebensordnung wird durch eine vorausschauende Gestaltung gefestigt und gesichert. Raumordnungspläne verwirklichen sich nicht von selbst. Daher muß zur Raumordnung eine Investitionsplanung treten. Ihre Aufgabe wird es sein, die Investitionen und die Maßnahmen aller erforderlichen Bereiche in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Reihenfolge sowie nach konjunkturellen Erfordernissen zu koordinieren. Förderung der Wirtschaftskraft, Sicherung der Arbeitsplätze und Ausgleich der sozialen Spannungen müssen deshalb oberstes Gebot vorausschauender Landespolitik in Niederösterreich sein. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß sich eine gleichmäßige Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur nicht von selbst einstellt. Das freie Spiel der Kräfte hat in diesem Lebensbereich versagt, es muß deshalb unter Wahrung der freiheitlichen Grundordnung der Versuch unternommen werden, neue Wege zu finden.

Eine Raumplanung ist unausweichlich notwendig geworden, mit einer bloßen Summierung von einzelnen Plätzen wird es allerdings nicht getan sein. Zur Raumplanung muß eine Investitionsplanung treten; diese ist nur möglich, wenn es gelingt, den jährlichen Haushalt in einen mehrjährigen Finanzplan einzubauen, aus dem die voraussichtlichen Einnahmen und auch die Ausgaben der nächsten Jahre und der sich daraus ergebende Investitionsspielraum ersichtlich sind. Die Investitionsplanung ist zugleich das Instrument zur konjunkturpolitischen Steuerung. Eu muß aber verhindert werden, eine Überforderung der Öffentlichen Haushalte in ihrer weitgreifenden Auswirkung auf den gesamten Wirtschaftsplan herzustellen. Ein mehrjähriger Finanzplan bedeutet kein Mehr-Jahres-Budget im technischen Sinne, da ja als qualifiziertes Merkmal ein dem jährlichen Haushaltsplan eigener Vollzugscharakter fehlt. Dieser Finanzplan beschränkt sich somit nicht auf das jährliche Verwirklichungsrecht des Landes und engt es auch nicht ein, er zeigt nur den Rahmen auf, in dem sich die jeweiligen Haushalte einordnen müssen. Der Finanzplanung geht deshalb ein Umdenken in der Haushaltssystematik voraus. Die Finanzierungsplanung muß in ihrer Anordnung und Durchführung ein flexibles Instrument sein, um sich den jeweiligen geänderten Verhältnissen anpassen zu können. Die Überprüfung, ob dies tatsächlich so ist, erfolgt zweckmäßig mit der Vorlage eines neuen Haushaltsplanes, der zugleich auch die Grundlage für die Fortschreitung des Finanzierungsplanes um ein jeweiliges weiteres Jahr bildet. Damit schließt sich wieder der Kreis, keine Finanzplanung ohne Investitionsplanung, keine Investitionsplanung ohne Finanzplanung.

Abschließend gestatten Sie mir bitte, namens meiner Partei noch eine Feststellung. In der Raumplanung und im Finanzierungsplan ist fixiert, welche Maßnahmen zuerst durchgeführt werden sollen; wir sind der Meinung, daß Priorität, das heißt Vorrang, alles das haben soll, was wir später nicht ohne Schaden nachholen können. Dazu gehört erstens die Industrialisierung, das heißt die Sicherung der Arbeitsplätze, daher die Notwendigkeit der Erstellung und Durchführung eines Investitionsprogrammes — das Industrieentwicklungsprogramm ist ja ein Anfang —, zweitens die Bildung, das ist die Basis für die Möglichkeit der Berufsergreifung für junge Menschen, und drittens die Gesundheit. Dazu gehören auch Wasser und Luft. Es geht in diesem Zusammenhang auch um die Weckung aller Begabungsreserven in unserem Heimatland und damit um die Mobilisierung aller Leistungskräfte der jungen Generation in Niederösterreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte kommt Herr Abg. Buchinger.

Abg. BUCHINGER: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In die Gruppe 6 fallen auch die Maßnahmen des

ichtlich sind. Die
ugleich das Instru-
itischen 'Steuerung.
werden, eine Ober-
ı Haushalte in ihrer
ng auf den gesam-
stellen. Ein mehr-
leutet kein Mehr-
schen Sinne, da ja
ein dem jährlichen
Vollzugscharakter
eschränkt sich somit
'erwirklichungsrecht
auch nicht ein, er
uf, in dem sich die
ordnen müssen. Der
ialb ein Umdenken
natik voraus. Die
ıß in ihrer Anord-
ein flexibles Instru-
weiligen geänderten
ı können. Die Über-
ilich so ist, erfolgt
orlage eines neuen
zugleich auch die
hreitung des Finan-
jeweiliges weiteres
eßt sich wieder der
iung ohne Investi-
stitionsplanung ohne

n Sie mir bitte
ich eine Feststellung.
d im Finanzierungs-
Maßnahmen zuerst
ollen; wir sind der
das heißt Vorrang,
wir später nicht ohne
nnen. Dazu gehört
irung, das heißt die
ätze, daher die Not-
g und Durchführung
mmes — das Indu-
am ist ja ein Anfang
, das ist die Basis für
Berufsergreifung für
lrittens die Gesund-
Wasser und Luft. Es
enhang auch um die
abungsreserven in
ınd damit um die
tungskräfte der jun-
lerösterreich. **(Beifall**

Zum Worte kommt

err Präsident! Hohes
men und Herren! In
ı die Maßnahmen des

Wdhnbaues beziehungsweise der Wohnbauförderung. Auf diesem Gebiete stehen wir, vor allem was die Wohnbauförderung von seiten des Bundes betrifft, im kommenden Jahr vor Neuem: vor den Auswirkungen der sogenannten Wahnbaureform, vor dem Wohnbauforderungsgesetz 1968, das vom Nationalrat am 29. Juni 1967 mit den Stimmen der Regierungspartei im Parlament beschlossen wurde. Dieses Gesetz, das im Bundesgesetzblatt vom 4. August verlautbart wurde, ist in Zukunft die Grundlage für die Wohnbauförderung, mit deren Durchführung ab 1. Jänner 1968 die Länder beauftragt sind.

Durch die Übertragung der Durchführung der Förderung in die Hand der neun Bundesländer wird auch dem Forderungsprogramm der Bundesländer vom 22. März 1963 entsprochen. Ich glaube aber auch, daß durch eine Zusammenlegung der drei Fonds zu einem Förderungsinstrument eine wesentliche Verwaltungsvereinf achung und eine dementsprechend sparsamere Abwicklung erreioht werden wird; hatten doch schon bisher die Länder wesentliche Vorarbeiten für die Fonds zu leisten. Da die Länder aber auch die Wohnbedürfnisse im eigenen Bereich viel besser kennen, ist in Zukunft ein bedarfsgerechterer und dementsprechend wirksamerer Wohnbau sichergestellt.

Im Jahre 1968 stehen für die Zwecke der Wohnbauförderung von seiten des Bundes 3.000,000.000 Schilling bis 3.500,000.000 Schilling zur Verfügung, die nach einem Schlüssel, der durch das Gesetz festgelegt ist, zur Aufteilung gelangen. Niederösterreich erhält auf Grund dieses Schlüssels 14,3 Prozent. Ich darf auch hier ein klares Wort an das Parlament und an die niederösterreichischen Nationalräte richten. Wir haben schon oft von dieser Stelle aus gesagt, daß wir uns bei dem Aufteilungsschlüssel benachteiligt fühlen. Wir sind auch mit diesen 14,3 Prozent keineswegs einverstanden und wären der Meinung, daß nach wie vor die Bevölkerungszahl die Grundlage für die Aufteilung der Wohnbauförderungsmittel und für die Festsetzung des Schlüssels wäre. Wenn wir auch mit dem nunmehrigen Schlüssel nicht zufrieden sind, so bin ich doch der Überzeugung, daß uns nun — auf Sicht gesehen — mehr Mittel von seiten des Bundes für die Wohnbauförderung zur Verfügung stehen werden. Das ist vor allem dadurch begründet, daß wir gerade beim Wohnhauswiedemaufbaufonds und beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds prozentmäßig nicht so gut herausgestiegen sind, wie das in Zukunft der Fall sein wird. Das Bundesgesetz über die Wohnbauförderung 1968 stellt zweifellos einen revolutionären Schritt auf dem Gebiete des Wohnungswesens seit dem Jahre 1917 dar. Es erfüllt auch ein Versprechen, das die Österreichische Volkspartei vor den letzten Nationalratswahlen gegeben hat. Ich darf gerade als ein Vertreter der jungen Generation dieses Gesetz begrüßen, weil es zweifellos familienfördernd ist, weil es eine wesentliche Hilfe gerade für die jungen Ehepaare bringt. Es wurde auch von hier aus sehr oft gesagt, daß die größte Sorge der jungen Ehepaare immer wieder das Problem der Wohnung ist; ich darf nochmals sagen, ich bin überzeugt, daß dieses Gesetz — ebenfalls auf Sicht gesehen, da dieses Problem nicht von heute auf morgen gelöst werden kann — wesentliche Erleichterungen bringt. Dieses neue Gesetz trägt weiter dazu bei, die ungerechten und unsozialen Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft zu beseitigen. Die Vereinheitlichung der Wohnbaufonds und die Bestimmung, daß ein Wohnungswerber nur noch eine Wohnung, die aus öffentlichen Mitteln gefördert wurde, haben darf, verhindern den Mißbrauch mit Wohnungen. Die Schaffung von neuem Eigentum durch die besondere Förderung von Eigentumswohnungen sowie die gesetzlich verankerte Möglichkeit, in Zukunft auch Genossenschaftswohnungen im Eigentum zu erwerben, bringt eine weitere, sehr wesentliche Verbesserung und trägt einem Grundgedanken meiner Partei Rechnung, nämlich der Schaffung von Eigentum vor allem in Arbeitnehmerhand.

Die Wohnbauförderung 1968 ist vor allem in drei Punkten sehr bedeutsam. Diese drei Punkte sind 1. eine gezielte Förderung, 2. eine gerechte Verteilung und 3. soziale Hilfe für sozial Schwächere, vor allem für Kinderreiche. Es handelt sich hier um ein echtes, familienpolitisch notwendiges Gesetz, das den Wohnungsbau regelt. Gezielte Förderung, gerechte Verteilung, sie waren bisher auf Grund der Gesetze nicht garantiert. Wie bekannt ist, bestanden beziehungsweise bestehen noch bis zum 1. Jänner 1968 drei staatliche Wohnbauförderungseinrichtungen mit unterschiedlichen Bedingungen der Förderung, und zwar der Wohnhauswiederaufbaufonds, der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die Wohnbauförderung 1954. Sie förderten zu stark abweichenden und daher ungerechten Bedingungen gleichartige Wohnungen. Das heißt mit anderen Worten: Wer das Glück hatte, aus dem besseren Fonds gefördert zu werden, kam billiger und oft auch rascher zu einer Wohnung. Außerdem wurden oft Bewerber gefördert, die genügend Mittel hatten beziehungsweise sich diese hätten privat beschaffen 'können. Diese Leute bauten nachweisbar nicht selten mit dem billigen

Geld aus der öffentlichen Förderung. Die Wohnbauförderung 1968 schaltet diese dem Gedanken des Volkswohnungsbaues widersprechenden Möglichkeiten zur Gänze aus. Es gibt in Zukunft auf Grund dieser gesetzlichen Regelung einheitliche Startbedingungen. Politisch bedeutsam ist die Tatsache, wie ich schon eingangs erwähnte, daß die Wohnbauförderung 1968 ein Bundesgesetz ist, das durch die Länder zu vollziehen sein wird. Durch die Übertragung der Vollziehung an die Länder hat man, glaube ich, dem föderalistischen Gedanken gedient und darüber hinaus auch im Sinn einer vorausschauenden Strukturpolitik gehandelt. Zweifellos sind die Bedürfnisse in den einzelnen Ländern verschieden gelagert; durch die Vollziehung im Lande kann daher auf ein raumpolitisches Konzept mehr Rücksicht genommen werden. Damit wird man die Länderprobleme eher zu lösen venmögen. Die einheitlichen Startbedingungen durch die Vereinheitlichung der Fonds sind ein weiterer Fortschritt.

Die Länder haben zwecks Erfüllung des Bundesgesetzes je ein Landesgesetz und drei Verordnungen zu erlassen. Das diesbezügliche Landesgesetz wurde im Hohen **Haus** bereits verabschiedet. Die drei Verordnungen, und zwar eine über die Gesambbaukosten und die Ausstattung, also eine Bestimmung des Quadratmeterpreises, die zweite über die 10 Prozent Darlehen, die für Jungfamilien, kinderreiche Familien und soziale Fälle an Stelle der 10 Prozent Eigenmittel gegeben wenden können, und eine dritte über die Wohnbauhilfe, sind noch durch die Landesregierung zu regeln.

Das Gesetz gibt auch darauf eine sehr klare Antwort, was und wer in Zukunft gefördert wird. Auf Grund des Gesetzes ist es eindeutig klar, daß vor allem förderungswürdige Bevölkerungskreise berücksichtigt werden. Es werden Klein- und Mittelwohnungen, Heime und Geschäftsräume und Räume zur Unterbringung von Ordinationen oder Kleinbetrieben, die für die Versorgung der Bewohner eines geschlossenen Wohngebietes notwendig sind, gefördert werden können. Darunter fällt also ein Kaufmann, der Bedarfsartikel des täglichen Lebens anbietet, oder ein Arzt, der eine Ordination einrichtet. Nicht gefördert werden kann zum Beispiel ein Geschäft, das ein Juwelier einrichtet. Gefördert wird vor allem auch das Eigenheim und das Einfamilienhaus, und gefördert wird der Bewerber, der nachweisbar nicht die Mittel und Möglichkeit hat, aus eigenen Ersparnissen oder mit Hilfe eines Kapitals, das er auf dem privaten Kapitalmarkt aufbringen kann, eine Wohnung zu erwerben. Nicht mehr gefördert werden Personen, die über einer bestimmten Einkommensgrenze liegen oder vermögend sind. Die Förderungswürdigkeit muß in Zukunft nachgewiesen werden. Ein Generaldirektor zum Beispiel, ein Werksinhaber oder ein Arzt mit gutgehender Praxis fällt zweifellos nicht mehr unter die Förderungsmaßnahmen dieses Wohnbauförderungsgesetzes. Wer sich in der Vergangenheit um die Förderung bewarb, egal, ob kleiner Beamter oder Generaldirektor, wurde bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gefördert. In Zukunft gelten ganz strenge Maßstäbe. Gefördert wird nur jener Bewerber, dessen Einkommen beziehungsweise Familieneinkommen im Jahr das 14fache der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage der Pensionsversicherung nach dem ASVG nicht übersteigt. Bei Verheirateten ist für den Ehegatten diese Summe dazuzuschlagen; sie erhöht sich damit auf das Doppelte; für jedes Kind wird ein weiteres Fünftel dazugezählt bis zu fünf Kindern; die entspricht dann einer Verdreifachung der Summe.

Ich glaube, daß dadurch zweifellos ein ganz nicht geringer Teil der Bevölkerung von der Förderungswürdigkeit ausscheidet. Das Gesetz regelt auch die Wohnungsausstattung und vor allem auch die Wohnungsgröße. So wird bestimmt, daß in Zukunft Wohnungen gefördert werden, die vor allem für die dauernde Bewohnung bestimmt sind, also keineswegs Absteigquartiere oder nur gelegentlich benützte Unterkünfte. Gefördert wird auch nur eine Wohnung. Wer also eine geföaderte Wohnung besitzt, hat keinen Anspruch auf die Förderung eines zweiten oder dritten Objektes. Die Ausstattung der Wohnung wird im Gesetz ebenfalls umschrieben und zwar im § 2 Absatz 2, wo es heißt, daß jede Wohnung eine Küche oder Kochnische, einen Vorraum und eine Badegelegenheit haben muß. Damit wird meiner Meinung nach auch ein gewisser Wohnungsstandard angeregt, der in anderen Ländern bereits besteht. Auch hier ist ersichtlich, daß das Wohnbauförderungsgesetz die einheitliche Ausstattung und nicht die Luxuswohnung fördert.

Nunmehr einige Worte zur Wohnungsgröße. Das Gesetz nimmt hier auf familiengerechtes Bauen Rücksicht. Der § 2 regelt auch die Wohnungsgröße. So darf zum Beispiel eine Kleinwohnung nicht mehr als 90 Quadratmeter aufweisen, eine Mittelwohnung bis **130** Quadratmeter und eine Wohnung bis zu **150** Quadratmeter für Familien mit mehr als vier Kindern. Wir wissen, daß gerade in der Vergangenheit auf dem Gebiet

der Wohnungsgröße viel gesündigt wurde, und daß vor allem auf die Familie keine Rücksicht genommen wurde. Den Vorteil erkennen wir auch daraus, wenn wir die Statistik über die Wohnungsgrößen betrachten. Ich habe darüber schon einmal gesprochen und möchte daher nur kurz in Erinnerung rufen, daß zum Beispiel 26 Prozent der Wohnungen in Osterreich weniger als zwei Wohnräume aufweisen, 33 Prozent bestehen nur aus zwei Wohnräumen, nur 40 Prozent besitzen mehr als zwei Wohnräume. Ich glaube, diese Ziffern beweisen, daß in der Vergangenheit die Wohnbauförderung keineswegs familiengerecht war. Es steht daher fest, daß die neue Größenbestimmung einen Durchbmch darstellt und damit endlich ein entscheidender Schritt gewagt wurde, um mit den für die heutigen Wohnvorstellungen nicht mehr in Einklang zu bringenden Minimalausmaßen Schluß zu machen. Es geht nicht nur darum, die sogenannte Bassenawohnung verschwinden zu lassen, sondern darum, familiengerechte Wohnräume zur Verfügung zu stellen. Die neue Größenordnung und die geforderte Standardausstattung der Wohnung bedeutet einen ersten echten Schritt.

Nunmehr einige Bemerkungen zu den Baukosten. Das Gesetz sieht vor, daß bis zu 60 Prozent der Baukosten aus öffentlichen Darleihen gefördert wenden können, die mit einem Prozent Zinsen jährlich auf die Dauer von 50 Jahren zu geben sind. Diese Förderungsmittel sollen aus den Rückflüssen der bereits gegebenen Wohnbaudarlehen sowie aus Beiträgen des Bundes und der Länder 'aufgebracht werden. Ich darf auch hier sagen, daß es zweifellos demagogisch ist, wenn in letzter Zeit immer wieder von den Sozialisten behauptet wird, daß sich in Zukunft die Förderungsmittel verringern. Das wird keineswegs der Fall sein, es sei denn, daß die Steuereingänge in den nächsten Ja'hren um ein Beträchtliches zurückbleiben, was wir wohl alle nicht hoffen. Die Wohnbaufördemngsmittel werden auf Grund der Prozentsätze, die im Gesetz festgelegt werden, an die Länder weitergegeben. Wie ich bereits ausgeführt habe, ist es Aufgabe der Länder, daß sie in nächster Zeit eine Verordnung über die Gesamtbaukosten zu erlassen haben. Das heißt, es muß der Quadratmeterpreis für ein Land bestimmt werden, den der zu schaffende Wohnungsbeirat festzusetzen hat.

Ich halbe erwähnt, daß 60 Prozent der Gesamtbaukosten durch die Förderung nicht überstiegen werden dürfen. Darf ich nunmehr ein Beispiel anführen, wie in Zukunft die Förderung aussehen könnte. Es bewirbt sich jemand um eine 100 Quadratmeter große Wohnung, der Quadratmeterpreis beläuft sich auf 3400 Schilling, 60 Prozent davon betragen 204.000 Schilling; diese könnten von seiten des Staates beziehungsweise des Landes in Zukunft gefördert werden. 30 Prozent kann der Betreffende auf Grund des Gesetzes durch Bankkredite, durch Dienstgeberbeiträge oder durch Verwandtendarlehen aufbringen, das sind rund 102.000 Schilling, so daß ihm an Eigenmitteln 34.000 Schilling verbleiben. Wenn man bedenkt, daß bisher die Förderungsmaßnahmen pro Wohnungseinheit im Durchschnitt bei rund 100.000 Schilling gelegen sind, so ist das eine sehr wesentliche Verbesserung auf diesem Gebiete. Eine Bestimmung in diesem Gesetz besagt auch, daß zwei Drittel der staatlichen Förderungsmittel auf den Eigenheimbau und das Wohnungseigentum entfallen müssen.

Das Gesetz besagt ferner, daß bei Familien, deren Familienerhalter das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, beziehungsweise bei Familien mit mehr als drei Kindern, für die Familienbeihilfen bezogen werden, sowie in anderen sozialen Härtefällen ein Darlehen aus Förderungsmitteln für diese 10 Prozent treten kann. Mit anderen Worten heißt das, daß noch weitere Zuschüsse gegeben werden können, und zwar unverzinslich, die in 20 Halbjahresraten zurückzuzahlen sind. Diese Regelung ist meiner Meinung nach zweifellos von großer familienpolitischer Bedeutung. Dadurch werden auch immer wieder gestellte Forderungen der ÖVP und darüber hinaus vieler Familienorganisationen und Familienväter erfüllt.

Generell ist festzustellen, daß mit der Wohnbauförderung 1968 ein Übergang von der bisherigen reinen Objektförderung zu einer gemischten Objekt- und Subjektförderung gefunden wurde. Die Sockelfinanzierung mit 60 Prozent bleibt bestehen. Die Subjektförderung wird vor allem durch Wohnungsbeihilfen effektuiert. Das Wesentlichste bezüglich der Wohnungsbeihilfen — das betrifft vor allem die 30 Prozent, wo der hohe Zinsendienst zu leisten ist — sagt § 15 des Gesetzes aus, in dem es unter anderem heißt, daß die Wohnungsbeihilfe auf Dauer von drei Jahren mittels Bescheides der Landesregierung gewährt werden kann. Sie kann bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen so lange gewährt werden, bis das Hypothekardarlehen, also die 30 Prozent, getilgt ist. Die Beihilfen erhalten Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen, denen eine relativ hohe Wohnungsaufwandsbelastung nicht zugemutet werden kann.

Weiter sagt das Gesetz: Die Berechtigung, eine solche Wohnungsbeihilfe zu bekommen,

hängt vom Einkommen, von der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und dem darnach bemessenen Ausmaß der Nutzfläche ab. Darf ich auch dazu ein Beispiel anführen: Besitzt eine Einzelperson eine geförderte Wohnung, die 60 oder 70 Quadratmeter groß ist, wird die Wohnungsbeihilfe nicht gewährt, denn bei einer Person 'darf die Nutzfläche höchstens 50 Quadratmeter betragen. Liegt das Einkommen eines Ehepaares weit über dem Bemessungsrahmen, fällt auch hier die Wohnungsbeihilfe weg. Da sich in der Regel die Einkommen innerhalb von drei Jahren erhöhen, werden die Beihilfen auch nur für diesen Zeitraum gegeben, und es muß vor Ablauf dieser Frist eine Überprüfung vorgenommen beziehungsweise ein neues Ansuchen gestellt werden. Der Gesetzgeber wollte hier verhindern, daß der Widmungsrahmen für diese Wohnungsbeihilfen gesprengt wird und daß nicht zuletzt der Bewerberstrom entsprechend gesteuert werden kann. Ich glaube, daß gerade durch diese Wohnungsbeihilfen auch hier eine entsprechende Subjektförderung eingetreten ist.

Grundsätzlich soll niemand von der Wohnbauf örderung ausgeschlossen werden, der die Bedingungen, die durch das Gesetz auferlegt werden, erfüllt. Bisher war die landwirtschaftliche Bevölkerung aus der Wohnungsbeihilfe ausgeschlossen. In Zukunft wird es möglich sein, daß die landwirtschaftlichen Betriebe für reine Wohnungsbedürfnisse die Möglichkeit haben, auch hier gefördert werden zu können. Das soll nicht heißen, daß Betriebsräume innerhalb des Anwesens gefördert werden, sondern der reine Wohnraum, so wie es die Grundsätze dieses Gesetzes vorschreiben. Gefördert werden weiter Personen, die ein Eigenheim errichten, die eine Klein- oder Mittelwohnung im Wohnungseigentum erwerben. Gefördert werden — ich habe das schon ausgeführt — Geschäftsräume, Ordinationen und Kleinbetriebe, soweit sie dem engeren Bedürfnis entsprechen.

Des weiteren werden gefördert Gemeinden und gemeinnützige Bauvereinigungen, wenn sie Klein- und Mittelwohnungen für Mieter oder Genossenschaftswohnungen beziehungsweise Heime für Ledige oder für alte Menschen errichten. Gefördert werden Gemeinden, gemeinnützige Bauvereinigungen und andere juristische Personen, wenn sie ihren Sitz im Inland haben und die von ihnen errichteten Eigenheime innerhalb eines Jahres nach Bezug in das Eigentum übertragen werden. Ich glaube, daß auch das ein sehr wesentlicher Punkt in diesem Gesetz ist. Gefördert werden auch Bauvorhaben von Betrieben für Arbeiter- und Angestelltenwohnungen, also Werkwohnungen. Bisher mußten sich solche Betriebe Baugenossenschaften bedienen; dies ist in Zukunft nicht mehr notwendig.

Der § 28 regelt auch die Erledigung von Begehren und Anträgen auf Förderung. Auch in diesem nicht unwichtigen Verfahren hat der Gesetzgeber im Absatz 6 eine wesentlich erscheinende Sicherung verankert. Dieser Absatz 6 besagt, daß das Land ein Verzeichnis der behandelten Begehren auf Gewährung von Darlehen gemäß § 11 Abs. 1 mit dem Beifügen halbjährlich im Amtsblatt zu veröffentlichen hat, ob ihnen entsprochen wurde oder nicht. Damit legt das Land auch Rechenschaft über die Förderung, über den Verbrauch der Mittel und über die Ansuchen selbst. Ich glaube, daß das eine sehr demokratische Einrichtung ist, die zweifellos begrüßenswert erscheint.

Abschließend darf ich einige Bemerkungen zu den Übergangsbestimmungen machen. Am 1. Jänner 1968 verlieren die bisherigen drei Fonds ihre Wirksamkeit. Es 'erhebt sich nun die Frage, was mit den bis zu diesem Zeitpunkt bei den Fonds liegenden unerledigten Ansuchen geschieht. Es werden noch 'gigantische Summen gebraucht, um diese Ansuchen zu erledigen. Beim Wohnhauswiederaufbaufonds sind es allein 16.000,000.000 Schilling, beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 4.000,000.000 Schilling, insgesamt also 20.000,000.000 Schilling. Auch hier sieht das Gesetz vor, daß diese Anträge den Ländern zugewiesen werden und daß die Abwicklung in Zukunft durch die Länder, und zwar in chronologischer Folge auf Grund der Einreichungsnummer, geschehen soll. Mit anderen Worten heißt 'das, daß jemand, der im Jahre 1960 oder 1962 bereits eingereicht hat, früher zum Zuge kommt als jemand, der vor einem oder zwei Jahren ansuchte.

Ich darf abschließend sagen, daß das Wohnbauföiderungsgesetz sicherlich erst in einiger Zeit zum Tragen kommen kann; wir dürfen aber heute schon feststellen, daß der Gesetzgeber mit diesem Gesetz sehr wesentliche Forderungen erzielt hat, eine sehr gezielte Forderung, eine soziale Hilfe fur die Einkommensschwachen, eine verstarkte Eigentumsbildung und nicht zuletzt auch den Anreiz fur ein Wiederaufleben des privaten Wohnbaues. So gesehen, glaube ich, wird sich die Wohnbauforderung 1968 auch fur unser Land positiv auswirken. Mehr Wohnbaumittel — und auf Sicht betrachtet, kommen mehr Wohnbaumittel — heißt mehr Wohnungen

für die niederöst
heißt vor allem n
jungen Familien in
aber auch eine ve
damit auch eine Si
Die verstärkte Ba
der Arbeitsplätze
neuen Eigenheimer
stand für unse
Landsleute. Aus d
begrüßen wir dies
ben, daß es echte, p
dem Gebiete des
Niederösterreich k
ÖVP.)

PRÄSIDENT WE
Herr Abg. B i n d e

Abg. BINDER:
Damen und Herrei
möchte mich in de
der Frage der Wo
und vorerst zur
Stellung nehmen.

Im Jahre 1967 s
lichen Voranschlag
Verfügung, dazu k
Kreditrest aus der
Kreditrest aus dem
von **195.000** Schill
Wohnbaudarlehen s
zur Verfügung, i
86,415.000 Schilling.
diese Summe mit
im Budget 1967 n
sind nämlich 73,000.
In der Sitzung d
Landesregierung a
Darlehen in der Hö
vergeben, die sich
44,620.000 Schilling
1488 Wohnungseinh
für Siedlungsgeno
713 Wohnungseinhe
ling für Gemeinden
einheiten. Insgesam
2424 Wohnungen a
des Landes gefördc
31. Oktober 1967 si
gelangt, wovon 112
1056 auf Genossen:
meinden entfallen.
1967 lagen insgesa
erledigt vor. Wenn
jedes Jahr die glei
friedigt werden ka
wir zirka zehn J
behandelt werde
dings auch nur unt
keine neuen Bewe

für die niederösterreichische Bevölkerung, heißt vor allem mehr Wohnungen für die jungen Familien in unserem Lande, bedeutet aber auch eine verstärkte Bautätigkeit und damit auch eine Sicherung der Arbeitsplätze. Die verstärkte Bautätigkeit, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung von neuen Eigenheimen heißt auch mehr Wohlstand für unsere niederösterreichischen Landsleute. Aus dieser Überlegung heraus begrüßen wir dieses Gesetz, weil wir glauben, daß es echte, positive Auswirkungen auf dem Gebiete des Wohnbaues auch für uns Niederösterreich bringt. (Beifall *bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. B i n d e r.

Abg. BINDER: Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte mich in der Gruppe 6 ebenfalls mit der Frage der Wohnbauförderung befassen und vorerst zur Landeswohnbauförderung Stellung nehmen.

Im Jahre 1967 standen dafür im ordentlichen Voranschlag 40,000.000 Schilling zur Verfügung, dazu kamen 38,965.000 Schilling Kreditrest aus dem Jahre 1966 sowie ein Kreditrest aus dem Jahre 1965 in der Höhe von 195.000 Schilling; an Rückflüssen von Wohnbaudarlehen standen 7,255.000 Schilling zur Verfügung, insgesamt waren es also 86,415.000 Schilling. Interessant dabei ist, daß diese Summe mit den Voranschlagsansätzen im Budget 1967 nicht übereinstimmt. Dort sind nämlich 73,000.000 Schilling ausgewiesen. In der Sitzung der niederösterreichischen Landesregierung am 25. April 1967 wurden Darlehen in der Höhe von 71,115.000 Schilling vergeben, die sich wie folgt aufgliedern: 44,620.000 Schilling für Private, das sind 1488 Wohnungseinheiten, 19,814.000 Schilling für Siedlungsgenossenschaften, das sind 713 Wohnungseinheiten, und 6,681.000 Schilling für Gemeinden, das sind 223 Wohnungseinheiten. Insgesamt wurden im Jahre 1967 2424 Wohnungen aus der Wohnbauförderung des Landes gefördert. Von Jahresbeginn bis 31. Oktober 1967 sind 2970 Neuansuchen eingelangt, wovon 1121 auf private Bauwerber, 1056 auf Genossenschaften und 793 auf Gemeinden entfallen. Mit Stichtag 31. Oktober 1967 lagen insgesamt 24.796 Ansuchen unerledigt vor. Wenn man nun annimmt, daß jedes Jahr die gleiche Anzahl Bewerber befriedigt werden kann wie 1967, so brauchen wir zirka zehn Jahre, bis alle Ansuchen behandelt werden können. Das allerdings auch nur unter der Voraussetzung, daß keine neuen Bewerber ansuchen. Allein im Jahre 1967 haben um 546 Bewerber mehr eingereicht, als Ansuchen erledigt werden konnten. Die Aussicht, mehr Ansuchen erledigen und die große Zahl abbauen zu können, ist hoffnungslos, wenn das Land nicht mehr Mittel zur Verfügung stellt. Auch im Jahre 1968 können nur 79,000.000 Schilling vergeben wenden. Wie der Herr Landesrat im Finanzausschuß ausführte, steht es überhaupt noch nicht fest, ob die Landeswohnbauförderung über das Jahr 1969 oder 1970 hinaus weitergeführt werden kann. Sollte das nicht der Fall sein, erhebt sich die Frage, was mit den unerledigten Ansuchen geschieht. Hier darf ich eine meiner Meinung nach wichtige Feststellung treffen: Hätte das Land die Summe zur Verfügung, die von den Landesgesellschaften Newag und Niogas an verschiedene Bauträger vergeben wurde, könnten rund 50 Prozent der vorliegenden Ansuchen sofort auf einmal erledigt werden. Es handelt sich hier um den Betrag von 384,136.234 Schilling.

Das zur Landeswohnbauförderung, meine Damen und Herren, und nun zur Wohnbauförderung 1954. Hier standen dem Land im Jahre 1967 162,700.000 Schilling zur Verfügung. Allerdings richtet sich die Vergabe nach den vom Bund überwiesenen Beträgen. Die genaue Höhe kann jeweils erst im April oder Mai festgestellt werden, das ist für das Jahr 1967 im April oder Mai 1968. Für das letzte Quartal 1966 und die beiden ersten Quartale des Jahres 1967 gingen rund 86,811.000 Schilling ein. Dazu kommt der 50prozentige Landesbeitrag von 43,405.000 Schilling, das sind also insgesamt rund 130,217.000 Schilling. Vergeben wurden in einer Regierungssitzung im Frühjahr 216,400.000 Schilling, weil man annahm, daß in der zweiten Hälfte 1967 der gleiche Betrag wie in der ersten Hälfte eingehen wird. Mit diesen 216,400.000 Schilling konnten 2733 Wohnungseinheiten gefördert werden, wovon auf Private 1715, auf Genossenschaften 586, auf Gemeinden 374 und auf Barackenersatz-Wohnungen 58 Wohnungseinheiten entfielen. Bei der Wohnbauförderung 1954 liegen Ansuchen auf Fördenung für 7260 Wohnungseinheiten auf, die noch nicht erledigt werden konnten. Für sie wäre ein Betrag von 650,000.000 Schilling notwendig.

Wenn man nun bedenkt, welche Anforderungen in Zukunft durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 dem Land erwachsen und welche finanziellen Möglichkeiten es hat, dann könnte man verzweifeln. Hier möchte ich auf meinen Vorredner Abg. Buchinger eingehen, der mitgeteilt hat, daß die Zusammenlegung der drei Fonds, nämlich Bundes-

Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhauswiederaufbaufonds und Wohnbauförderung 1954, eine **Verwaltungcvereinfachung** bedeutet. Schauen Sie sich die Voranschlagsansätze an: Sie werden feststellen, daß diese Verwaltungsvereinfachung dem Land im Jahre 1968 allein 210,000.000 Schilling kostet. Es ist nicht so, wie mein Vorredner behauptet, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1968 für das Land und dessen Bewohner einen Vorteil bringt; es ist meiner Meinung nach vielmehr eine Belastung. Für die Befriedigung der Ansuchen aller drei Fonds stehen dem Land im Jahre 1968 rund 234,000.000 Schilling zur Verfügung. *(Unruhe. — Präsident Weiß gibt das Glockenzeichen.)* Neben den 650,000.000 Schilling, die zur Erledigung der Ansuchen aus der Wohnbauförderung 1954 notwendig wären, gibt es beim Wohnhauswiederaufbaufonds 201 unerledigte Ansuchen aus Niederösterreich. Der notwendige Kostenaufwand beträgt rund 1.775,642.000 Schilling, den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gar nicht mitgerechnet. Die Akten der beiden letztgenannten Fonds wird das Land am 1. Jänner 1968 zur Bearbeitung erhalten. Die Mittel, die das Land Niederösterreich vom Bund erhält, sind daher meiner Meinung nach zu gering, um wirksam werden zu können.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich einige Berechnungen anstelle. Nimmt man in den Voranschlag Einsicht, so findet man zunächst die Mittel der Wohnbauförderung 1954, die meiner Meinung nach immer weniger werden. Sie betrugen 1966 noch 109,000.000 Schilling, 1967 nur noch 95,000.000 Schilling; für 1968 betragen sie überhaupt nur noch 80,000.000 Schilling. Das ist insofern auffallend, als die Mittel an und für sich nicht geringer, sondern mehr werden sollten. Aber auch beim Wohnhauswiederaufbaufonds und beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind die veranschlagten Mittel des Bundes viel geringer, als ursprünglich vom Bundesministerium für Bauten und Technik dem Herrn Landesfinanzreferenten mitgeteilt wurde. Der Herr Bautenminister hat in einer Aussendung bekanntgegeben, daß Niederösterreich auf Grund des prozentuellen Anteiles von 14,3 Prozent aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds 51,379.000 Schilling bekommen soll und aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 47,804.000 Schilling. Wie aus dem Voranschlag ersichtlich, sind aber für den Wohnhauswiederaufbaufonds nicht 51,000.000 Schilling vorgesehen, sondern nur 47,158.000 Schilling, und beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind es nicht 47,800.000 Schilling, sondern nur rund 43,900.000 Schilling. Hier ist eine interessante Feststellung zu machen. Wenn die Mitteilung des Herrn Bautenministers zugetroffen hätte, würden die Mittel aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds und dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds rund 99,200.000 Schilling betragen. Bisher hatte das Land Niederösterreich aus diesem Fonds 301,800.000 Schilling erhalten. Das wären also nach der Berechnung des Herrn Bautenministers um 202,600.000 Schilling für 1968 weniger als bisher. Wenn wir nun die Differenz zwischen der Mitteilung des Herrn Bautenministers und den tatsächlich veranschlagten Ziffern in Betracht ziehen, so kommen zu der Summe von 202,000.000 Schilling noch 8,000.000 Schilling dazu. Die Minderzuteilung macht daher nicht 202,000.000 Schilling, sondern bereits 210,000.000 Schilling aus. Ich verstehe daher meinen Vorredner nicht, wenn er behauptet, die Länder würden mit mehr Mitteln beteilt. *(Abg. Buchinger: Auf Sicht gesehen!)* Mit der Einschränkung, Herr Abgeordneter, wie du selbst gesagt hast, wenn die Steuereinkünfte steigen. Das ist jedoch nach der bisherigen Wirtschaftsentwicklung absolut nicht zu erwarten. Wir haben das schon heute beziehungsweise gestern im Hause gehört.

Meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach muß man aus diesem Grunde leider sagen, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1968 ein vollkommen untaugliches Instrument zur Bekämpfung der Wohnraumnot ist. Es wurde von der Mehrheit im Parlament beschlossen, ohne daß man auf die berechtigten Einwände der verschiedensten dafür berufenen Stellen Rücksicht genommen hat. Die Folge wird sein, daß weniger Wohnungen gebaut werden können. Die Gemeinden und Genossenschaften werden weniger Wohnungen errichten, das steht auf jeden Fall fest, weil sie zum Unterschied von bisher nur ein Drittel der zu vergebenden Mittel erhalten. Bei diesen Zuteilungen wird es für viele private Wohnungswerber unmöglich sein, sich ein Eigenheim zu schaffen, obwohl für den Eigenheimbau und Eigentumswohnungen zwei Drittel der Gesamtmittel vorgesehen sind. Allerdings wird es dabei darauf ankommen, in welcher Form die Durchführungswrordnungen der Landesregierungen beschlossen werden. Ich meine hier die §§ 2 c, 11 (5) und 15 (1), also die Gesamtbaukosten, Jungfamiliendarlehen und Wohnbaubeihilfen. Zur Voraussetzung bezüglich der Gesamtbaukosten wäre zu sagen, daß bei der Festsetzung der Kosten genau befunden werden muß, welcher Betrag zählen darf; der Betrag, der bei der Einreichung vorhanden war, oder der Betrag, der bei der Bewilligung herauskommen würde.

Denn zwischen dem Einreichungstag und dem Tag der Bewilligung können ja einige Jahre liegen, und da können Preiserhöhungen eintreten, die einkalkuliert werden müßten. Ich glaube daher, daß für die Berechnung das Bewilligungsdatum maßgebend sein soll. Vielleicht wäre es zweckmäßig, eine Indexberechnung vorzunehmen. Es ist auch so, daß, wenn der Bauwerber mehr Mittel erhalten hat, als die Kosten des Baues betragen, diese zurückbezahlt werden müssen. Ich bin daher der Meinung, daß auch die Differenz der Baukostensumme vom Einreichungsdatum zu der tatsächlichen Baukostensumme bei der Bewilligung ebenfalls Berücksichtigung finden müßte. Die Quadratmeterkosten der Nutzfläche sollen ungefähr 3700 Schilling betragen beziehungsweise mit 3700 Schilling festgesetzt wenden, wobei die Ausstattung eine wesentliche Rolle spielt. Mein Vorredner hat auf die Naßgruppe, Aufzüge usw. hingewiesen. Derzeit werden im Durchschnitt ungefähr 3800 Schilling für eine Eigenheimwohnung ohne Zentralheizung und 4200 Schilling mit Zentralheizung berechnet. Ich glaube, daß man auch darauf in der entsprechenden Verordnung Rücksicht nehmen müßte.

Eine große Schwierigkeit bedeutet der Finanzierungsplan. Hier bin ich absolut nicht einer Meinung mit meinem Vorredner, und zwar deshalb nicht, weil neben den 10 Prozent Eigenmitteln 30 Prozent Hypothekarkreditmittel beigebracht wenden müssen, was für kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen eine starke Belastung ist. Hier besteht nun zwischen dem Finanzierungsplan der bisherigen Wohnbauförderung und dem Finanzierungsplan bei der neuen Wohnbauförderung ein krasser Gegensatz, und zwar deshalb, weil nun die sogenannte Eigenleistung nicht in den Finanzierungsplan eingebaut werden kann. Im Bundesgesetz ist nicht vorgesehen beziehungsweise kommt das scheinbar auch in der künftigen Verordnung nicht zum Ausdruck, daß im Rahmen der 30 Prozent die Eigenleistung des Bauwerbers Berücksichtigung finden kann. Dabei kann ich mir ohne weiteres vorstellen, daß man, soweit man die Eigenleistungen berechnen kann, diese in die 30 Prozent mit einbaut beziehungsweise berücksichtigt. Ich glaube daher, daß dies unbedingt in der Verordnung zum Ausdruck kommen muß, damit es bei der Auslegung keine Schwierigkeiten gibt. Wenn das nicht möglich ist, müßte der Bauwerber am Tage der Einreichung über die 30 Prozent finanzieller Mittel, die er vom Kreditinstitut erhalten soll, eine Promesse beibringen. Hier erhebt sich aber die Frage, ob die Kreditinstitute künftighin in der Lage sein werden, überhaupt soviel Geld aufzubringen, um diese 30 Prozent für alle Bauwerber abdecken zu können.

Die zweite Schwierigkeit ist die, daß die Kreditinstitute nicht in der Lage sind, auf lange Sicht eine Promesse auszustellen, sondern dies nur für zwei oder drei Monate tun konnen. Außerdem erfordert diese Promesse auch für den Bewerber finanzielle Mittel. Wenn das Kreditinstitut die Promesse gibt, niuß es den Betrag dafür separat legen, um ihn zur Verfügung zu haben. Nun könnte theoretisch der Fall eintreten, daß der Bauwerber eine solche Promesse am Tage der Einreihung einbringt, sie läuft nach zwei bis drei Monaten ab und ist auf jeden Fall unwirksam, wenn das Gesuch bewilligt wird; damit wäre die Finanzierung nicht gesichert und das Ansuchen hinfällig, wie das unter Umständen ausgelegt werden kann. Wenn daher die Eigenleistung Berücksichtigung finden kann bez'iehungsweise eine Promesse notwendig ist, kann sie sich meiner Meinung nach nur auf den Bewilligungstag des Darlehens beziehen und nicht auf den Einreichungstag.

Nun einige Worte zu den Wohnbaubeihilfen. Sie sind meines Erachtens ein verlorener Aufwand, der die zu vergebenden Mittel auf jeden Fall verringert und jedes Jahr immer mehr verringert. Es war daher vom Herrn Baubenminister nicht ungeschickt, daß er von seinen Parteifreunden einen sogenannten zweiten Fonds verlangt hat, der ausschließlich für diese Wohnbaubeihilfen gewesen wäre. Herr Finanzminister Dr. Schmitz hat ihm das gestrichen, so daß jetzt auch die Wohnbaubeihilfen nur aus dem allgemeinen Topf genommen werden können. Wir werden es erleben, daß auf Sicht gesehen, obwohl es wünschenswert ist, daß es diese Wohnbauheihilfen gibt, die Mittel für die tatsächliche Wohnbauförderung von Jahr zu Jahr geringer werden. Nachdem die Wohnbaubeihilfen nur auf drei Jahre bewilligt werden dürfen, in summa gesehen aber sehr viele zusammenkommen werden, kann der Fall eintreten, daß in acht bis zehn Jahren, wenn im allgemeinen die Mittel nicht wesentlich aufgestockt werden, überhaupt keine echten Wohnbaubeihilfen, also Mittel für die Wohnbauförderung, vergeben werden können.

Bezüglich der Wohnbaubeihilfen gilt auch das, was ich schon vorhin hinsichtlich der Termine gesagt habe. Was zählt, ist der Einreichungstermin oder der Bewilligungstermin. Es kann ja zwischen den beiden Terminen eine wesentliche soziale Veränderung vorliegen. Ich glaube daher, daß auch wieder nur

der Bewilligungstermin maßgebend sein sollte, wenn man familiengerecht und sozial vorgehen will. Wenn ich das Wort „sozial" gebrauche, fällt mir ein, daß meinem Vorredner ein kleiner Fehler passiert sein dürfte. Er hat es sicher nicht absichtlich gesagt. Er hat gesagt, die sozialen Verhältnisse werden mit dem Wohnbaugesetz 1968 beseitigt. Ich glaube, daß er es nicht böswillig gemeint hat, es zeigt aber im Unterton doch die Richtung an, was das Wohnbauförderungsgesetz 1968 wirklich ist: Eine krasse Ungerechtigkeit bei der Wohnbaubeihilfe, weil künftighin die Kinderbeihilfe bei der Bemessung des Einkommens mitgezählt werden soll, wobei ich, meine Damen und Herren, überhaupt der Meinung bin, daß man bei der Berechnung des Einkommens auf jeden Fall eine Regel aufstellen muß, die sich meiner Ansicht nach auf die Einkommensteuer bezieht, daß ein Mindestausmaß festgelegt wird, aber auch ein Limit nach oben, das man unter Umständen mit einem Prozentausmaß festlegen kann.

Das zu den Verordnungen. Ich möchte nun sagen, daß auf jeden Fall in acht bis zehn Jahren, wenn die Mittel nicht aufgestockt werden, die notwendigen Gelder für die echte Wohnbauförderung fehlen. In diesem Zusammenhang muß man feststellen, daß die Subjektförderung, die von 'der ÖVP besonders vorgesehen ist, vollkommen danebengeht. Auf der Landesebene muß daher noch das Bestmögliche aus dem Gesetz herausgeholt werden, damit es ein einigermaßen [brauchbares Wohnbauförderungs- und kein Wohnbaubehinderungsgesetz wird. *(Beifall bei* ***den*** *Sozialisten.)*

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. Hubinger.

Abg. HUBINGER: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will mich mit dem größten Ansatzposten im Voranschlag des Jahres 1968, mit dem Straßenbau in unserem Lande, beschäftigen. Straßen sind die Lebensadern unserer Wirtschaft. Durch die zunehmende Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße kommt diesen in unserem Lande immer mehr Bedeutung zu. Wenn wir das Jahr 1967 überdenken, können wir feststellen, daß auf den Straßen Niederösterreichs in drei verschiedenen Kategorien sehr viel gebaut und viele Millionen Schilling investiert wurden.

Es wurde auf 1360 Baustellen der Landes- und Landeshauptstraßen, der Bundesstraßen und der Autobahn ein Betrag von 1.630,860.000 Schilling verbaut. Aufgegliedert ergibt sich die relativ kleinste Summe, nämlich 328,000.000 Schilling, für den Autobahnbau, 521,206.000 Schilling für Landes- und Landeshauptstraßen und 781,654.000 Schilling für die Bundesstraßen.

Vorerst möchte ich aber zur gestrigen Rede der Frau Abg. Körner etwas sagen. Frau Abgeordnete Körner legte dem Hohen Hause die berechtigten Wünsche des Waldviertels vor. Wer aber von uns, ob er dieser oder jener Fraktion angehört, hätte nicht ein Paket von Wünschen, um es dem Hohen Hause vorzulegen? Sind doch nicht nur im Waldviertel, sondern in allen Teilen unseres Heimatlandes immer noch bei 50 Prozent der Verkehrswege Schotterstraßen. Es gibt auch noch sehr viele Bundesfeldwege — so nenne ich die Bundesstraßen ohne Schwarzdecken —, die wir rasch mit einer staubfreien Decke versehen wollen.

Was ist aber in den letzten Jahren geschehen? Nach dem Jahre 1945 hatten die Länder und der Bund genug damit zu tun, die Betriebe und Fabriken wieder auszubauen, unsere Wohnhäuser wieder einzurichten. Erst in den Jahren 1957, 1958 wurde mit Hochdruck auch mit dem Ausbau unserer Straßen begonnen. Wenn heute Klagen kommen, daß manche Straßenzüge mit einer Schwarzdecke oder staubfreien Decke versehen sind und nicht mehr den Anforderungen des Verkehrs entsprechen, dann müssen wir bedenken, was damals an Maschinen, an Transportmitteln und an Material vorhanden war. Man mußte sich mit ein wenig Unterbau, ein wenig Oberflächenbelag begnügen. Heute haben wir den sogenannten Fleckerlteppich auf unseren Bundesstraßen, wo alle Jahre ein wenig herumgeflickt wird, wo es Holperwege gibt; jeder rauft sich um moderne, tragfähige Ausbaumethoden, die in der Zwischenzeit entwickelt wurden.

Trotzdem aber müssen wir sagen, daß in den vergangenen zehn, zwölf Jahren beim Straßenbau Gewaltiges geleistet wurde. Präsident Sigmund hat es schon erwähnt, 54 Prozent unserer Landesstraßen sind staubfrei, das heißt, daß noch mindestens ein Jahrzehnt vergehen wird — wenn nicht mehr Mittel im Budget vorgesehen werden —, um die letzte Landeshauptstraße wunschgemäß mit einer staubfreien Decke zu versehen.

Anders sieht es bei den Bundesstraßen aus. Ich habe schon im Vorjahr erwähnt, daß es auch auf den Bundesstraßen noch etliche Kilometer gibt, die keine staubfreie Decke haben. Wir können sagen, daß, obwohl vielfach noch nach alten Methoden gearbeitet wird, 98,4 Prozent unserer Bundesstraßen staubfrei sind.

Nun komme ich zu den Autobahnen in

unserem Lande. NiederÖsterreich liegt am Schnittpunkt Europas. Vor den Toren unseres Landes sind andere wirtschaftliche und politische Orientierungen maßgebend. Das Autobahnnetz hat in unserem Lande Niederösterreich europäische Bedeutung; es muß mit Nachdruck von dieser Stelle auf einen besseren Ausbau unserer Straßen hingewiesen werden, damit nicht der europäische Wirtschaftsverkehr an unserem Heimatland vorübergeht und für die 'gesamte österreichische Wirtschaft großer Schaden entsteht. Wir können feststellen, daß wir bereits 192 Kilometer Autobahnen in Niederösterreich haben, wenn auch ein Teil von mehr als 50 Kilometer noch ohne Beton ist.

Was ist nun im Jahre 1968 auf den schon bestehenden Autobahnen am dringendsten notwendig? In den Zeitungen lesen wir, daß sich die Unfälle, teils auch durch den Alkoholkonsum, mehren. Es wird oft ungewollt die Fahrbahn gewechselt; deshalb sind in erster Linie Sicherheitsschienen anzubringen. Dafür sind zirka 19,000.000 Schilling vorgesehen. Im Raume von Baden, auf der Südautobahn, hat man probeweise schon Slibar-Zäune aufgestellt.

Was stellt man sich unter der Fertigstellung eines Notrufnetzes vor? Je Kilometer Straße eine Telephonstelle, so daß man, wenn ein Unfall passiert, sofort die Autobahnmeisterei und durch diese Rettung und Gendarmerie verständigen kann. Das kostet natürlich eine schöne Stange Geld. Wenn wir die Autobahn bei Regen und Frost benützen, dann ruft jeder nach dem Winterdienst, besonders wenn nicht ausreichend gestreut ist. Es ist interessant zu wissen, daß für den Winterdienst in Niederösterreich über 250 Bedienstete notwendig sind. Je Kilometer Autobahn kostet uns die Erhaltung und der Winterdienst plus Betreuung 100.000 Schilling. In Niederösterreich sind bereits 370 Brücken fertig. Nun haben wir aus dem Munde des Herrn Landeshauptmannes vernommen, daß die Ostautobahn schon reale Formen angenommen hat und im Jahre 1968 die Grundablöse einen Betrag von zirka 26 Millionen Schilling notwendig machen wird. Von dieser Stelle aus wurde schon vor Jahren die Notwendigkeit der Errichtung und Fertigstellung des Autobahnsüdringes erwähnt, damit der Verkehmstrom, der vom Westen kommt und nach dem Süden flutet, auf die Südautobahn nicht erst über Wien geleitet werden muß. Die Voraussetzung ist, daß dort der Bau der vier Talübergänge raschest in Angriff genommen wird.

In unserem Budget ist für die Landes-Straßen und Landeshauptstraßen ein schöner Betrag eingesetzt, und zwar inklusive Personalbetreuung mehr als 500,000.000 Schilling. Die landeseigenen Straßen sind auch weiterhin das größte Sorgenkind des Landes, da die finanziellen Möglichkeiten im Jahre 1967 bei weitem nicht ausreichten, um das Tempo des Straßenausbaues beziehungsweise der Staubfreimachung mit der weiterhin im Ansteigen begriffenen Motorisierung auch nur halbwegs in Einklang zu bringen. Obwohl im Jahre 1967 wieder über 300 km staubfrei gemacht wurden, sind wir gegen 1966 in der Leistung etwas zurückgeblieben, weil weniger Geldmittel vorhanden waren. Lohn- und Gehaltserhöhungen haben auch etwas abgefordert. Der Zuwachs an staubfreien Straßen betrug nur 3 Prozent im Verhältnis zur km-Anzahl. Im vergangenen Jahr konnte nur mit einer Summe von 172,000.000 Schilling der Ausbau des Landes Niederösterreich fortgesetzt werden, da von der großen Summe, die im Voranschlag steht, der Winterdienst, die Straßenerhaltung, die Personalkosten usw. abzurechnen waren. Von neu zu beginnenden Baulosen ist kaum die Rede.

In dieser Summe ist auch der Brückenbau enthalten. Es wurden 26 Brücken fertiggestellt, 21 sind noch im Bau. Auch hier ist eine Zahlrenrelation zu finden. Seit 1945 wurden auf unseren Landes- und Landeshaupt-Straßen an die 509 Brücken fertiggestellt. Wir müssen aber feststellen, daß das erst 14 Prozent sind. Man kann sich leicht errechnen, wieviel Zeit und Geld auch für den Brückenbau noch notwendig sind. Im Jahre 1967 hatten wir im ordentlichen, außerordentlichen und Nachtragsbudget einen Betrag von 521,206.000 Schilling. Im Jahre 1968 stehen 506,363.000 Schilling zur Verfügung; doch hoffen wir noch auf zusätzliche Mitbel aus einem Nachtragsbudget. Was ist aber in dieser Summe alles enthalten? Vom Bund 4 Prozent, die das Land durch den Finanzausgleich 1967 verpflichten, die Projektierungskosten für die Bundesstraßen durchzuführen. Wir sehen daraus, daß dem Land weitere Aufgaben zugeteilt worden sind. Ich komme dann auch noch auf eine weitere Belastung durch den Finanzausgleich, und zwar hinsichtlich des Dienstpostenplanes, zu sprechen.

Es wurde die Straßenbahnlinie 360, die Modling mit Rodaun verbunden hat, eingestellt, was wieder eine Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße bedeutet. Landeshauptmann Maurer, der in einer Rundfunkansprache erklart hat, daß der Autobuseinsatz nur eine Notlösung ist, hat den Ausbau der Straßenbahntrasse zu einer Straße in diesem Raum zugesagt. Wir hoffen,

damit eine Lösung für die Verkehrsteilnehmer dieser Strecke zu finden.

Ein Vergleich der Aufwendungen der einzelnen Bundesländer für autonome Straßen, bezogen auf die Länge des Straßennetzes, ergibt, daß Niederösterreich nach wie vor mit Abstand an letzter Stelle liegt. Das abgelaufene Berichtsjahr brachte daher, so wie in den Vorjahren, äußerst große Schwierigkeiten mit sich, da die im Budget vorgesehenen Kreditmittel bei weitem nicht ausgereicht haben, um auch nur den dringendsten Ausbauerfordernissen auf den verkehrswichtigen Landes- und Landeshauptstraßen zu entsprechen. Wamm? Weil Niederösterreich das größte Landesstraßennetz hat. Wir geben jedoch der Hoffnung Ausdruck, einmal weitere Straßen an den Bund übergeben zu können, da das Verhältnis zwischen Bundes- und Landesstraßen bei uns am ungünstigsten liegt.

Ich will nun zu den Bundesstraßen in Niederösterreich sprechen, für die im Jahre 1967 ein Betrag von 781,654.000 Schilling verbaut worden ist. Die Probleme der Niederösterreichischen Bundesstraßenverwaltung können erst dann richtig erfaßt werden, wenn man die geographische Lage Niederösterreichs am Eisernen Vorhang und weiter das umfangreiche Straßennetz berücksichtigt und bedenkt, daß Niederösterreich keine Landeshauptstadt besitzt und mit dem Ziel- und Quellverkehr der Bundeshauptstadt Wien, der die niederösterreichischen Bundesstnaßen belastet, fertig werden muß. Es wurde schon öfter von dieser Stelle aus erwähnt, daß wir Niederösterreicher auch die Last des Verkehrs von und nach Wien zu tragen haben.

Bevor man aber auf das Baugeschehen 1967 eingeht und Vorschau auf 1968 hält, muß die Feststellung getroffen werden, daß dieses von der sogenannten Strengbergaffäre und dem Bauskandal überschattet war. Diese Umstände zu Beginn des Jahres haben die Leistungsfähigkeit und Einsatzfreude des beim Straßenbau eingesetzten Personals und der Baufirmen wesentlich herabgesetzt. Folgeerscheinungen, wie verspätete Genehmigung des Bauprogramms für Niederösterreich erst im Juli 1967 sowie strenge Handhabung der bestehenden Vorschriften durch das Bautenministerium, haben gezeigt, daß das Baugeschehen fast zum Erliegen kam. Im Zeitalter des industrialisierten Straßenbaues kann man weder Kontrollen noch die Verwaltung mit Vorschriften aus dem vorigen Jahrhundert durchführen. Das möge auch hier festgestellt wenden. Um der ständig wachsenden Verkehrsflut die Möglichkeit der Entfaltung zu geben, die nicht durch unerträglich hohe Verkehrsopfer überschattet wird, ist es notwendig, das Maß der Einsatzfreude und des Verantwortungsbewußtseins der am Straßenbau Beteiligten nicht unnötig zu belasten. Das Vertrauen wird dadurch belohnt, daß der Staaßenbau rascher vor sich gehen kann und damit die Verkehrsunfälle wahrscheinlich nicht im gleichen Ausmaß wie die Motorisierung steigen werden.

Zu den Krediten — im Vergleich 1966/67 — sei auch ein Wort gesagt. Ich habe im vergangenen Jahr mit Nachdruck hier verlangt, daß NiederÖsterreich den gerechten Anteil nach der Kilometeranzahl seiner Straßen vom Bautenministerium zugesprochen und zur Verfügung gestellt erhält. Ich glaube, durch den harten Einsatz unseres hochgeschätzten Herrn Landeshauptmannes ist es gelungen, eine Steigerung von 1966 auf 1967 um 20 Prozent zu erreichen, was sich auch in den Baumaßnahmen auswirkte, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Vergleicht man den Kredit der Jahre 1965 und 1967, so beträgt die Steigerung sogar 40 Prozent, denn nicht jedes Jahr wurde dem Land Niederösterreich der gerechte Teil zugestanden, den es verdient hätte. Der Bauindex stieg in dieser Zeitspanne um 12 Prozent, so daß eine effektive Leistungssteigerung von 28 Prozent innerhalb dieser zwei Jahre aufzuweisen ist. Erstmalig wurden in diesem Jahr Regenerierungen auf nicht bevorzugten Straßen durchgeführt, was wirklich erwähnenswert erscheint. Im Vollausbau wurden mit dem Baukredit 141 Baulose weitergeführt beziehungsweise neu begonnen und 298 km neue Fehrbahnbeläge an Bundesstraßen aufgebracht. Ich möchte aber besonders hervorheben, daß im heurigen Jahr — vielleicht erstmalig — 18 Baulose begonnen wurden, deren Summe 15,000.000 Schilling je Los übersteigt

Mit einer Kapitalsumme von zirka 600,000.000 Schilling wurden die 18 Baulose begonnen. Sie haben, Frau Abgeordnete Körner, die Hornerstraße angeführt. Sie können mit dem, was hier geschehen ist, wirklich zufrieden sein. Auf der Horner Bundesstraße wurden im vergangenen Jahr drei Baulose vergeben mit einer Gesamtsumme von 105,000.000 Schilling. Ich könnte hier eine Detailaufstellung bringen, würde aber dazu längere Zeit benötigen.

Darf ich folgendes erwähnen: Laut Erlaß des Bundesministeriums für Bauten und Technik wurde verfügt, daß das Baugeschehen bis 1970 sich in erster Linie auf dem sogenannten bevorzugten Bundesstraßennetz, welches in Niederösterreich eine Lange von über 1000 Kilometer hat, abwickeln soll. Wir haben des öfteren über die Kreuzungen Bundesstraße-Eisenbahn Klagen gehört, da

dort immer wieder Unfälle zu verzeichnen sind. Ich möchte hier nur auf meine Heimatstadt Mistelbach hinweisen. Es vergeht kein Jahr, in dem nicht bei der Bahnübersetzung einige Unfälle vorkommen. Von 1960 bis jetzt wurden 39 schienengleiche Bahnübersetzungen ausgeschaltet, das sind rund 18 Prozent der jetzt noch vorhandenen schienengleichen Disenbahnkreuzungen.

Auch beim Brückenbau ist viel geschehen. So wurden im vergangenen Jahr 35 Brücken sowie der Umbau von 4 Brücken abgeschlossen, während sich 97 Objekte mit Ende des Jahres 1967 noch im Bau befinden. Auf dem Sektor des Straßenhochbaues ist die Vollendung der Bauhöfe Horn, Weitra, Amstetten, Allersdorf und Geras zu nennen.

Was soll nun im Jahre 1968 geschehen? Die Fortführung deir von mir angeführten. bereits begonnenen Baulose erfondert einen Betrag von über 898,000.000 Schilling. Das wäre die Summe, die Niederösterreich bei gerechter Aufteilung nach der Anzahl der Kilometer aus dem Bundesbudget zustehen würde. Ich komme noch darauf zu sprechen, daß Anzeichen dafür bestehen, daß man nicht gewillt ist, diese Summe Niederösterreich zu geben. Darum unterstreiche ich besonders: Niederösterreich kann auf keinen Schilling verzichten, denn die Ausbaunotwendigkeiten — besonders hinsichtlich des Ausstrahlungspunktes Wien — sind für die gesamte Wirtschaft von immenser Bedeutung.

Frau Kollegin Körner, Sie haben des weiteren den Atomreaktor in Göpfritz an der Wild erwähnt. Wir wünschen dem Waldviertel die Verwirklichung dieses Projektes, was auch verkehrsmäßig eine neue Aufschließung bringen wird. Es wird Ihnen bekannt sein, daß bereits eine Vorsbufe für den Bau einer Trasse Krems—Gneiixendorf—Droß—Gfohl—Pölla—Göpfritz vorhanden ist und daß mit einer Detailplanung in kürzester Zeit begonnen werden kann. Ob und inwieweit das vorgesehene Bauprogramm auf Bundesstraßen im nächsten Jahr realisiert werden kann, wird nicht nur davon abhängen, ob die geforderten Kredite bereitgestellt werden, sondern sehr maßgeblich auch davon, ob es gelingt, das beantragte zusätzliche Personal einzustellen und vor allem den hierfür notwendigen Arbeitsraum zu schaffen.

Auf Grund des Finanzausgleiches ist das Land Niederösterreich zur Vermehrung des Dienstpostenplanes um 479 Dienstposten verpfliichtet worden — dieser Punkt kommt Übrigen's noch zur Behandlung. Der Bedarf an Technikenn, Bauwärtern, die Durchführung von Projektierungsarbeiten bei Donaubrükken usw. verlangen dieses Mehr. Wenn man in unsere Planungsabteilung kommt, wundert man sich, daß dort überhaupt solche Projekte und Planungen erarbeitet werden können.

Welchen Betrag wünden wir nun für den Ausbau der Straßen benötigen? Der Anteil liegt bei 898 Millionen Schilling, der Bedarf ist aber bedeutend höher, nämlich über 900,000.000 Schilling für 1968, und steigert sich natürlich entsprechend. Zusammenfassend möchte ich eirwähnen, daß sich das Piersonal der Straßenverwaltung durch die Vorkommnisse des vergangenen Jahres und in der ersten Hälfte des heurigen Jahres nicht entmutigen läßt. Trotz der nicht verständlichen Weisung des Bautenministeriums, im Jahre 1966 keine neuen Baumaßnahmen in Angriff zu nehmen, gelang es in der zweiten Hälfte auf Grund der günstigen Witterung des heurigen Jahres, den Rückstand fast aufzuholen. Dies ist in erster Linie dem Verständnis des politischen Straßenbaureferenten von NiederÖsterreich, unseres hochgeschätzten Herrn Landeshauptmannes, zu verdanken, der antiquierte Vorschriften nicht sklavisch befolgen ließ, in zweiter Linie aber dem unbeugsamen Willen des Straßenpersonals.

An das Bundesministerium für Bauten und Technik müßte henangetreten werden, den oft langwierigen Genehmigungsvorgang zu verkürzen und weniger rigorose Vorschreibungen für den Beginn der neuen Baulose herauszugeben sowie den praktischen Gegebenheiten mehr Rechnung zu tragen. Die Verkehrsteilnehmer, welche niederösterreichische Bundesstraßen befahren, müssen auch heuer erkennen, daß alles darangesetzt worden ist, um den Problemen, die durch den explosiven Verkehr und dessen ständige Weiterentwicklung entstanden sind, Herr zu wenden. Wir konnten heuer feststellen, daß erst viele Baulose in der zweiten Jahreshälfte genehmigt wurden; wir befürchteten bereits — falls diie Witterung nicht mithält —, daß das Bauvolumen nicht durchgeführt werden kann, Deshalb erlaube ich mir, folgendien Resolutionsantrag zu stellen ***(liest):***

„Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für Bauten und Technik vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß das Verfahren zur Genehmigung der Durchführung von Bundesstraßenbauvorhaben in Hinkunft ohne unnötigen Zeitaufwand abgeführt wird, damit vor allem die Erteilung der Aufträge zur Bauausführung entsprechend den pnaktischen Gegebenheiten und im Interesse einer sinnvollen Koordination erfolgen kann."

Ich ersuche das Hohe Haus, meinem

Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. **(Beifall *bei der ÖVP.)***

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. C z i d 1i **k.**

Abg. CZIDLIK: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beziehe mich in meinen Ausführungen vorerst auf meinen Kollegen Binder, der bei seinen Darstellungen die 384,000.000 Niogas-Rabattgelder erwähnt hat und was damit hätte geschehen können. Im Finanzausschuß hat die sozialistische Fraktion gefragt, ob auf Grund der Dringlichkeitsanträge und der daraus resultierenden Beschlüsse im Mäm die 384,000.000 Niogas-Rabattgelder, die an die bekannte ÖVP-Baugesellschaft von Müllner verschoben wunden, restlos erfaßt sind und die Tilgungen dafür im Gange seien. Hofrat Doktor Neuwirth hat daraufhin erklärt, daß dies nicht möglich sei, nur für Wohnungen, für welche bereits die Benützungsbewilligungen erteilt wurden und die bewohnt sind, seien Tilgungsvorschreibungen erfolgt, und zwar in einem Gesambbetrag von 217,000.000 Schilling. Für einen Betrag von 167,000.000 Schilling, gedacht für Wohnbauvorhaben, seien einerseits die Wohnungen noch nicht fertiggestellt, anderseits fehlen die Unterlagen. Bevor ich auf diesen noch nicht restlos gesicherten und erfaßten Betrag eingehe, möchte ich doch den Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch der Bevölkerung Niederösterreichs in Erinnerung rufen, wie es zu den 384,000.000 iibenhaupt kam.

Herr Viktor Müllner senior, Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich, Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Präsident des Aufsichtsrates der Niogas, geschäftsführender Präsident der Newag, Generaldirektor der Newag, dann auch noch geschäftsführender Landesobmann der ÖVP und Obmann des ÖAAB sowie gewesener Besitzer der Contibank, hat in Form eines einfachen Briefwechsels mit einer Unterschrift, von der man nicht mehr eindeutig nachweisen kann, wie sie erfolgte, und zwar eines Landeshauptmannes, ursprünglich 80,000.000 der Newag entzogen. Diese 80,000.000 Schilling schweben noch in der Luft, sie befinden sich sowohl in der Bilanz der Gesellschaft als auch im Haushaltsplan des Landes in Schwebe, weil man angeblich noch nicht feststellen kann, was damit geschehen ist.

Ich habe mir im Finanzausschuß erlaubt, an den Herrn Vorsitzenden die Frage zu richten, und zwar zur Ermittlung an den Herrn Landeshauptmann, ob der Herr Landeshauptmann, nachdem es der Herr Finanzreferent verneint hat. in der Zwischenzeit weiteres über die Verwendung der genannten 80,000.000 Schilling erfahren hat. Ich habe dann auch gebeten, er möge mir das Ergebnis der Anfrage noch vor Beginn der Haushaltsdebatte im Landtag mitteilen; ich habe es bis heute nicht erhalten. Tatsache ist, daß Herr Viktor Müllner, als er sah, wie leicht es ist, einer Landesgesellschaft Gelder zu entziehen, auf dem gleichen Weg der Niogas 384,000.000 Schilling entzogen hat, und zwar in der Form, daß er sowohl im ersten als auch im zweiten Fall allein zeichnungsberechtigt war, ohne jedwede Kontrolle. Eines möchte ich dazu noch erwähnen, man kann das meiner Meinung nach nicht oft genug tun: Möglich wurden ihm diese Verschiebungen nur durch Duldung jeweils zweier Vorstände der genannten Gesellschaften, die seitens der ÖVP gestellt wurden. Er hat nun, nachdem er allein zeichnungsberechtigt und verfügungsberechtigt über diese Riesenbeträge war, diese an Baugesellschaften und Genossenschaften weitergegeben, die wieder der ÖVP sehr nahestanden; den größten Betrag hat er der Baugesellschaft „Austria" zugeschoben.

Gestatten Sie mir auch dazu einige Bemerkungen. Nachdem er einen wesentlichen Einfluß auf die Contibank hatte — ich habe bebereits erwähnt, warum — saß selbstverständlich sein Sohn Viktor Müllner dort als Direktor. Aus den Mitteln der Contibank wurde zum Betrage von ungefähr 1,400.000 Schilling aus der Konkursmasse die „Austria" — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft gekauft und als Direktor wieder Viktor Müllner junior installiert.

Aus einem Ehrenbeleidigungsprozeß im Juni 1966 der Redaktion des „Expreß" kam zutage, daß dort Herr Viktor Müllner senior, als Zeuge einvernommen, erklärte, er habe, ohne Rücksicht darauf, ob sofort und wo gebaut wird, diese Gelder vergeben. Als bei den Verhandlungen im Unterausschuß des Finanzausschusses, im Finanzausschuß und hier im Hohen Hause diese riesige Korruption offenbar wurde, verlangte die sozialistische Fraktion, daß man dem Hohen Haus zur besseren Beurteilung der Sachlage Abschriften der Kontenbewegungen über diesen Riesenbetrag der Rabattgelder der Niogas zukommen lasse. In der Zwischenzeit hat sich nämlich herausgestellt, daß die ursprünglich angegebene Argumentation, daß diese 80,000.000 Schilling ebenfalls Wohnbauförderungszwecken zugeführt worden wären, nicht stichhältig ist, sondern daß diese 80,000.000 Schilling Wege gingen, über die wir sicherlich noch hier im Hohen Hause sprechen werden, und zwar dann, wenn uns in Verbindung damit und auch in Verbindung

mit anderen Dingen der Nachweis restlos gelungen sein wird. Das wird nicht allzulange mehr dauern. Wir haben also derartige Kontenabschriften erhalten und — gründlich, wie die Kollegen der sozialistischen Fraktion sind — haben auf Grund rechnerischer Vergleiche festgestellt, daß diese Kontenabschriften nicht stimmen, daß sie falsch sind.

Meine Damen und Herren! Wenn Unterlagen in einer so wichtigen Sache gegeben werden, die dazu dienen, etwas zu beleuchten, was rechtswidrig geschehen ist, wenn also diese Unterlagen falsch sind — falsch kommt von fälschen —, muß es irgend jemanden gegeben haben, der diese Dinge gefälscht hat. Es liegt nahe, daß Viktor Müllner junior, der Direktor der Contibank, hier am Weirk gewesen sein muß. Es wundert uns sehr, daß in diesem speziellen Fall die Staatsanwaltschaft nie eingegriffen hat, denn wenn anderswo derartiges geschieht, ist der Betreffende vom Fleck weg verhaftet. Nun, in Niederösterreich und in Österreich gibt es eben andere Wege, Viktor Müllner junior geht spazieren und brüstet sich im Kaffeehaus (damit, daß er bis zum Jahre 1972 sehr erhebliche Gehälter bezieht, so daß er ein auskömmliches Leben führen kann. Als die Tatsache feststand, daß diese Kontenbewegungen, falsch dargestellt, in unsere Hände gelangten, haben wir Herrn Präsident Weiß ebenfalls durch Beschluß gebeten, dafür zu sorgen, daß uns endgültig richtiggestellte Kontenabschriften zur Verfügung gestellt werden. Zur Durchführung (dieser Arbeit wurden Rechnungsbeamte der Landesbuchhaltung eingeschaltet, worauf wir tatsächlich richtiggestellte Kontenabschriften erhielten. Dabei ist etwas Interessantes passiert: Die Kontenabschriften ergaben wohl ein vollständiges Bild, aber wir mußten feststellen, daß über einzelne Bewegungen, zum Unterschied von den anderen, in der Kontendarstellung keine Auskünfte gegeben wurden. Auf unsere Frage an den Herrn Finanzreferenten im Finanzausschuß, woher und wohin diese Gelder gegangen seien, verweigerte er die Auskunft. Er hat ursprünglich erklärt, es handle sich hier um Geschäfte, die bankintern über dieses Konto abgewickelt wurden.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Können Sie sich vorstellen, daß Sie bei irgendeinem Geldinstitut ein Konto besitzen und eines Tages einen Kontoauszug bekommen, aus dem Sie ersehen, daß Über Ihr Konto Geschäfte in hohen Millionenbeträgen abgewickelt wurden, ohne daß Sie diese Vorgänge abstellen beziehungsweise Auskunft verlangen, mit welchem Recht solche Operationen vorgenommen werden? Schon aus dieser Tatsache allein ergibt sich, daß es sehr faule Geschäfte gewesen sein müssen. Ich glaube, wir sind zumindest indizienmäßig imstande aufzuklären, um welche Geschäfte es sich hier gehandelt haben muß. Ich habe darauf verwiesen, daß ursprünglich Herr Viktor Müllner Riesenbeträge vergeben hat, ohne nachzufragen, wo und wann gebaut wird. Schan daraus allein ergibt sich, daß Hunderte Millionen Schilling über einen sehr beträchtlichen Zeitraum in der sattsam bekannten Bank gelegen sind und dafür horrende Millionenbeträge in Form von Zinsen angefallen sein müssen. Nachdem aus den Kontenbewegungen nur zum Teil ersichtlich war, daß sehr geringfügige Beträge ausgewiesen waren, es sich aber anderseits um sehr erhebliche Millionenbeträge, die zweifellos diese Zinsen enthalben haben, gehandelt hat und der Finanzreferent über diese Kontenbewegungen die Auskunft verweigert hat, wobei er sogar so weit gegangen ist, den Beamten, die die Originalakten vor sich liegen hatten, zu verbieten, der sozialistischen Fraktion mitzuteilen, worum es hier eigentlich geht, ist indizienmäßig ohne weiteres anzunehmen, daß es sich hier um Gelder gehandelt hat, die aus den Zinsenerträgen über irgendeinen Bund, wahrscheinlich über den ÖAAB, der ÖVP zugeflossen sind. Vielleicht ist das eines der Geheimnisse, weshalb im Gegensatz zu früher seit langer Zeit der Finanzreferent Niederösterreichs immer wieder vom ÖAAB gestellt wird.

Wenn wir also diese Tatsache hier festhalten wollen, dann muß noch dazu festgestellt werden, daß auf diesem Wege die Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch die niederösterreichische Bevölkerung bei der seinerzeitigen Behandlung der Anträge über die Erfassung der Rabattgelder und ihre restlose Zuführung zur echten Wohnbauförderung des Landes von der Mehrheitsfraktion getäuscht wurden. Zurückkommend auf den noch nicht zur Gänze sichergestellten Betrag, muß ich feststellen, daß 68,000.000 Schilling seitens der Baugesellschaft „Austria“ noch nicht für Wohnbauzwecke verwendet, ja die Bauvorhaben nicht einmal noch begonnen wurden. Nachdem Sie auf Grund meiner Darstellung wissen, daß die „Austria“ allein 261,000.000 Schilling erhalten hat, wobei ihr zuletzt noch im Jahre 1966 etwa 1,000.000 bis 2,000.000 Schilling gegeben wurden, muß man sich fragen, was die „Austria“ mit den Riesenbeträgen getan hat. Als Beweis dafür, was damit geschehen ist, möge Ihnen die Aussage eines sehr maßgeblichen Vertreters der „Austria“, die ich jetzt zitiere, dienen: „Die zugezählten Wohnbauförderungsgelder aus den

ÖMV-Rabatten, das heißt, auch jene Beträge für Wohnbauvorhaben, welche noch nicht begonnen wurden, sind als Zwischenfinanzierung in verschiedene Objekte investiert." Die sattsam bekannten Namen Müllner senior und junior sind also unweigerlich mit Schieber- und Spekulationsgeschäften auf Kosten des Landes auf ewig verbunden, und es nimmt daher nicht wunder, daß die „Austria" ebenfalls solche Spekulationsgeschäfte getätigt hat.

Meine Damen und Herren! Wenn man anderseits weiß, daß diese Gesellschaft, nachdem der Gönner nichts mehr für sie tun kann, bereits illiquid ist, besteht höchste Gefahr, daß das Land diese Gelder zumindest zum Teil überhaupt verliert.

Ich gestatte mir daher, dem Hohen Haus einen entsprechenden Resolutionsantrag vorzulegen, und bitte um Ihre Unterstützung. Dieser lautet ***(Ziest):***

„Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. von der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft ‚Austria AG' den Betrag von **68,580.000** Schilling, den diese Wohnungsgesellschaft aus den Rabattgeldern der Niogas zum Zwecke der Errichtung von Wohnungen in Empfang genommen hat, mit der Begründung zurückzufordern, daß die Bauvorhaben, die mit Hilfe dieses Darlehensbetrages hätten durchgeführt werden sollen, sich heute noch im Planungsstadium befinden und somit der genannte Darlehensbetrag bisher nicht dem widmungsgemäßen Zweck zugeführt wurde. Der genannte Darlehensbetrag wäre in sinngemäßer Auslegung des Pkt. 3 des am 1. März **1966,** Ltg. Zl. **168,** gefaßten Beschlusses des Landtages Zwecken der sonstigen Wohnbauförderung zuzuführen.

2. Da nach den zur Verfügung gestellten Unterlagen die Wohnungsgesellschaft ‚Austria AG' bis Ende Juni **1966** diese Darlehenssumme zugezählt erhalten und zinsenfrei zur Verfügung hat, wird die Landesregierung weiter aufgefordert, die Frage zu überprüfen, ob nicht nachträglich für diese Darlehenssumme wegen der nicht widmungsgemäßen Verwendung Zinsen verlangt werden können."

Ich bitte um Annahme des Antrages. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT WEISS: Als nächster Redner kommt der Herr Abg. Diettrich zum Wort.

Abg. DIETTRICH: Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen wieder auf das Gebiet des Straßenwesens zurückfiihren. Vor allem möchte ich auf den Autobahnbau eingehen. Es wurde schon erklärt, daß die Autobahnen für Niederösterreich von wirklich entscheidender Bedeutung sein werden, nachdem ja Osterreich viele wirtschaftliche und vor allem auch politische Aufgaben im mitteleuropäischen Raume zu erfüllen hat und zu erfüllen haben wird. Gestatten Sie mir daher, daß ich in kurzen Zügen 'die Projekte zur Sprache bringe, die derzeit in Behandlung sind. Die Westautobahn ist fertig bis zum Knoten Steinhäusl, Klausen-Leopoldsdorf in Bau; die Brücken sind dort bereits fertig und die Erdarbeiten ausgeschrieben. Das Projekt dürfte eine Bauzeit von zwei Jahren erfordern. Der Südring und der anschließende Ostring sind ebenfalls in der Planung und Projektierung fertig, es wird gearbeitet, und die Bauzeit dürfte vier Jahre betragen. Die Südautobahn ist ebenfalls gesetzlich erledigt, die Autotrassenpunkte Wiener Neustadt und Allhau im Burgenland sind festgelegt; auf dieses Teilstück werde ich noch besonders zu sprechen kommen. Ich möchte nur die Betrachtungen der Planung grundsätzlich noch fortsetzen und abschließen. Die Gesetze und Novellen sind noch für den Ausbau des Autobahnstückes zum Flughafen Schwechat erforderlich. Wie aus den Ausführungen der Presse in den letzten Tagen zu entnehmen war, sind auch die Gespräche und Abstimmungen mit unserem Nachbarland Ungarn bereits positiv beendet worden. Es steht also auch der Trassenführung der Ostautobahn in Richtung Budapest nichts mehr im Wege. Das gleiche gilt für die Nordautobahn, wo ein Anschluß an das tschechische Autobahnnetz im Raume von Brünn gedacht ist. Auch werden noch die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu setzen sein. Ein besonderes Projekt, das im Zusammenhang mit einem anderen besonders aktuell werden könnte, ist die Aufschließung des Raumes Krems-Göpfritz, also Anschluß an die Autobahnstrecke St. Pölten, wenn das CERN-Projekt Wirklichkeit werden sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich nun ganz intensiv und besonders mit dem Teilstück der sogenannten Europastraße, die Warschau mit Rom verbinden wird, Teilstück Wiener Neustadt—Allhau, beschäftigen. Erlauben Sie mir, daß ich einen kurzen historischen Überblick gebe, um die ganze Problematik, die sich daraus für Niederösterreich ergibt, unter Beweis zu stellen und besonders zu beleuchten. Die Planung dieses Autobahnstückes reicht in die Zeit der Reichsautobahnen. Obwohl ursprünglich Fachleute, entsprechend mit Argumenten und Erhebungen untermauert, die Trassenführung östlich von Wiener Neustadt in

erklärt, daß die
rreich von wirk-
ıng sein werden,
le wirtschaftliche
che Aufgaben im
zu erfüllen hat
rd. Gestatten Sie
ın Zügen die Pro-
die derzeit in Be-
ıtobahn ist fertig
Klausen-Leopolds-
sind dort bereits
ın ausgeschrieben.
Bauzeit von zwei
lring und der an-
ebenfalls in der
ıg fertig, es wird
ı dürfte vier Jahre
n ist ebenfalls ge-
rassenpunkte Wie-
m Burgenland sind
ück werde ich noch
mmen. Ich möchte
er Planung grund-
ıd abschließen. Die
noch für den Aus-
's zum Flughafen
ie aus den Ausfüh-
ı letzten Tagen zu
ı die Gespräche und
erem Nachbarland
ıeendet worden. Es
enführung der Ost-
ıdapest nichts mehr
t für die Nordauto-
an das tschechische
von Brünn gedacht
e erforderlichen ge-
ru setzen sein. Ein
im Zusammenhang
ıders aktuell werden
ießung des Raumes
schluß an die Auto-
wenn das CERN-
rden sollte.

Damen und Herren,
ınz intensiv und be-
ick der sogenannten
hau mit Rom verbin-
ener Neustadt—All-
ıben Sie mir, idaß ich
n Überblick gebe, um
die sich daraus für
unter Beweis zu stel-
beleuchten. Die Pla-
ıtückes reicht in die
en. Obwohl ursprüng-
chend mit Argumen-
ıtermauert, die Tras-
Wiener Neustadt in

den Pottendorfer Raum vorsahen, hat man sich für die Westlösung, das heißt die jetzt schon ausgebaute, entschlossen. Es waren damals militärische Überlegungen die Ursache, warum man sich für die Westvariante entschlossen hat. Die Damen und Herren, die die Gegend kennen, wissen, daß es sich um den Bereich Großmittel und Blumau handelt, der in der deutschen Konzeption immerhin eine große militärische Bedeutung hatte.

Als die Weiterführung dieser Autobahntrasse aktuell war und polemisch behandelt wurde, hat sich Wr. Neustadt in einer sehr engen Partnerschaft mit dem Burgenland befunden, und zwar aus verschiedenen Gründen, die ich hier im einzelnen nicht anführen brauche, nachdem sie wirklich nur noch historische Reminiszenzen sind. Darnach wollte auch Wr. Neustadt die Ostvariante. Es sollte nach dieser Konzeption Wr. Neustadt, um einen direkten Anschluß an das sogenannte Industriegelände zu finden, im Norden umfahren werden. Der Bund hat dann aber die Fischauer und Neunkirchner Variante gewählt. Ich glaube, es waren dafür vor allem finanzielle Gründe maßgebend, es waren zum Teil schon Grundablösungen erfolgt; wenn sie noch nicht vorhanden waren, waren sie leichter zu erreichen.

Wir haben nun den Endpunkt Wr. Neustadt, und jetzt erhebt sich die Frage, in welcher Weise man diesen Endpunkt Wr. Neustadt und Allhau verbinden soll. Hier haben sich sehr maßgebende Kreise und sehr einflußreiche Leute gefunden, um ein gewisses Abwägen zwischen Niederösterreich und dem Burgenland herbeizuführen. Ich darf noch hinzufügen, daß von seiten der Techniker drei Varianten bearbeitet wurden. Zwei Varianten davon gehen hauptsächlich über Nieder-Österreichs Südostraum. Ich möchte kurz die Orte erwähnen, die einigen von Ihnen ein Begriff sein wenden. Die erste niederösterreichische Variante geht durch das Pittental, Edlitz, Krumbach, Hochneukirchen, kommt dort auf burgenländisches Gebiet, Tauchen, Oberschützen, Allhau. Die zweite niederösterreichische Variante weist insofern eine Abänderung auf, als im Raume von Edlitz ein starker südlicher Kurs gewählt wird, das sogenannte Weiße Kreuz bei Zöbern berührt wird und dann unmittelbar ins Burgenländische führt. Und die dritte Variante ist die sogenannte Burgenlandvariante.

Gestatten Sie mir nun, daß ich bei dieser Gegenüberstellung einige technische Erfahrungen und technische Ergebnisse bringe. Allein schon das Verkehrsaufkommen spricht eine eindeutige Sprache. Im Raume Neunkirchen und Aspang wurde ein tägliches Verkehrsaufkommen — wobei ich mich auf die Verkehrszählung 1965 berufe — von 14.700 Kraftfahrzeugen aller Art festgestellt.

Das Verkehrsaufkommen der Nord-Süd-Achse, der burgenländischen Variante, wurde ebenfalls in diesem Zusammenhang aufgenommen und hat einen Durchschnitt von 3000 Fahrzeugen eagegeben. Es ist weiters festgestellt worden, daß die burgenländische Variante zirka 20 Kilometer länger ist als die zwei niederösterreichischen Varianten. Man hat in einer Wahrscheinlichkeitsrechnung bei dieser Verkehrsbelastung und bei diesem Verkehrsaufkommen einen Betrag von 123,000.000 Schilling errechnet, mit dem die Volkswirtschaft, also jeder Kraftfahrzeugteilnehmer und jeder Straßenbenützer, im Laufe eines Jahres mehr belastet werden würde als bei den zwei niederösterreichischen Varianten. Es kommt noch hinzu, daß die Trassenführung der zwei niederösterreichisahen Varianten gestreckt und zügig ist, daß die burgenländische unruhig und in der Linienführung eben sehr starken Schwankungen unterworfen ist. Außerdem kommt noch hinzu, daß bei der niederösterreichischen Variante in den Berggebieten nur eine dreiprozentige Steigung oder Gefälle festzustellen ist und in den Talgebieten nur eine einprozentige. Weiters — und das, glaube ich, ist auch ein wesentlicher Faktor — dürfte auch der klimatische Umstand eine Rolle spielen. Die zwei niederösterreichischen Varianten sind zum größten Teil in den Tälern; mit den zur Verfügung stehenden Wartungsgeräten Und Dienstleistungen wird es viel leichter möglich sein, die erforderliche Schneefreimachung, die Glatteisbekämpfung und das, was eben in klimatischer Hinsicht noch von Bedeutung ist, zu bewerkstelligen.

Meine Damen und Herren, die burgenländische Landesregierung hat natürlich an der Ost-Variante allerstärkstes Interesse — das ist irgendwie verständlich. Sie hat in einer sogenannten Dokumentation den Nachweis zu erbringen versucht, daß die burgenländische Variante die zweckmäßigere und bessere sei. Ich habe zu den Ergebnissen der Verkehrs-Zählung nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur eine Sache besonders herausstellen, und zwar, daß bei der burgenländischen Variante eine Parallelführung mit dieser Autobahn-Noad- und -Südverbindung in einer Länge von 20 Kilometer notwendig wäre und daß man daraus den Schluß ziehen müßte, daß die Investition, daß die Errichtung der Nord-Süd-Achse oder das Neuerrichten dieser Autobahn eine Fehlleistung wäre, nachdem ja die Nord-Süd-Achse ohnedies auch das kom-

mende Verkehrsaufkommen bewältigen wird. Meine Damen und Herren, aus dieser Gegenüberstellung, den Vorteilen der niederösterreichischen und den Gegebenheiten der burgenländischen Variante, kommt offenkundig eine stärkere Wertigkeit der niederösterreichischen Variante in den Vordergrund. Wenn nur technische, finanzielle und physikalische Überlegungen angestellt werden, müßte füglich die niederösterreichische Variante — ich bezeichne sie als 1. und 2. — zum Zuge kommen. Für Niederösterreich ist aber in dieser Trassenführung noch weit mehr enthalten.

Meine Damen und Herren, überlegen Sie, daß das Südostgebiet unseres Heimatlandes, die sogenannte Bucklige Welt, verkehrsmäßig noch nicht gut erschlossen ist; es ist ein echter Nachholbedarf dieses Gebietes, es in eine moderne Verkehrskonzeption zu bringen. Es ist weiter von ausschlaggebender wirtschaftlicher Bedeutung, daß Niederösterreich mit diesem Baulos zum Zug kommt. Überlegen Sie die Millionen, die hier verbaut werden sollen, überlegen Sie die äußerst notwendigen wirtschaftlichen Impulse für unsere Unternehmungen, für unsere Arbeitsplätze. Wir wissen, daß der Straßenbau in dieser großzügigen Form, wie nun einmal Autobahnen gebaut werden, einen enormen Faktor in der Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik darstellt. Überlegen Sie auch, daß gerade Niederösterreich, das vom Bund her in den letzten Jahren bei Gott nicht sehr entgegenkommend behandelt wurde, ein Recht darauf hat, mit diesem Baulos ausgestattet zu werden. Hier könnte der Bund die Versäumnisse der letzten Jahre nachholen und für all die Opfer, die Niederösterreich bis 1955 erbringen mußte, teilweise entschädigen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, wenn wir einen leidenschaftlichen Appell an das Hohe Haus, an unsere Landesregierung und an den Bund, an die Bundesregierung und an das Bundesministerium richten, daß es Niederösterreich nicht hinnehmen darf und hinnehmen würde, käme die niederösterreichische Variante nicht zum Zuge. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

PRÄSIDENT WEISS: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Ing. Scheidl zum Wort.

Abg. Ing. SCHEIDL: Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Einer fachlichen Abhandlung, die sich „Theorie der regionalen Verkehrsplanung" nennt, entnehme ich den Satz: „Es bestehen aber nicht nur Wechselbeziehungen zwischen dem gesamten Verkehrssystem und der Volkswirtschaft, sondern auch zwischen den einzelnen Verkehrsträgern untereinander. Eine Differenzierung ergibt sich aus den aspezifischen Merkmalen und den an Verkehrskunden gestellten Anforderungen. Eine echte Wettbewerbssituation zwischen den einzelnen Verkehrsträgern auf Grund der technischen Eigenschaften ist nicht gegeben. Korrektive Maßnahmen zielen daher auf einen Ausgleich der Konjunkturlage, damit die einzelnen Verkehrsträger ihre Komplementärfunktion optimal erfüllen sollen." Diese Worte erinnern mich an eine etliche Jahre zurückliegende Feststellung des damaligen Inhabers der Lehrkanzel für Eisenbahnbau II an der Wiener Technischen Hochschule, die besagte: Die Schiene hat ihre Funktion derzeit und in der für uns vorausschaubaren Zukunft in hohem Maße zu erfüllen.

Ich habe, meine Damen und Herren, nicht die Absicht, mich mit den Problemen der Eisenbahn in Niederösterreich zu beschäftigen, sondern mit den Straßen, ziehe aber aus dem eben Vorgetragenen die Erkenntnis, daß die Straßenfrage — auch unseres Bundeslandes — nur im Zusammenhang mit den übrigen Verkehrsträgern behandelt werden kann. Selbstverständlich nicht allein mit der Eisenbahn, sondern auch in der Relation zu den bestehenden und den für die Zukunft zu erwartenden Wasser- und Luftverkehrswegen, meinetwegen auch, wenn Sie mir diesen kleinen fachlichen Seitensprung erlauben, zu den Seilbahnen. Es geht dabei ja nicht nur um die Abwägung der jeweiligen wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Vor- beziehungsweise Nachteile der zu beurteilenden Verkehrsmittel, sondern auch um eine optimale Kommunikation aller Verkehrsträger, wobei insbesondere die Konzentrationspunkte — Knoten- und Endpunkte — im Blickfeld zu stehen haben. Das ergibt besonders für die Straßen unseres Bundeslandes eine gewaltige Zusatzaufgabe. Diese Aspekte und die Tatsache, daß diese Einrichtungen ja integrierende Bestandteile im Rahmen der Raumordnung, die von Herrn Präsident Reiter und meinem Fraktionskollegen Marsch heute schon eingehend behandelt wurde und die hoffentlich bald über das Stadium des Streites um das Ideenprimat zur Realität hinauswachsen wird, sind, fordern die Erstellung eines Generalverkehrsplanes für Niederösterreich, in dessen Konzeption die Bundeshauptstadt Wien, das Bundesland Wien, miteingeschlossen und die Anschlüsse mit unseren in- und ausländischen Nachbarn, also mit den anderen Bundesländern und dem Ausland, berücksichtigt werden müßten.

Dieser Plan soll einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren umfassen. Insbesondere hinsichtlich der Straßen muß festgestellt werden,

daß eine längerfristige Planung weder für das Bundesstraßennetz noch für das niederösterreichische Landesstraßennetz vorhanden ist. Das heißt nicht, daß in Niederösterreich auf dem Gebiete des Straßenbaues nichts oder nur wenig geschehen sei. Ich habe, so wie Kollege Hubinger ihn vorhin zur Hand hatte, den Tätigkeitsbericht der Niederösterreichischen Straßenverwaltung, Abteilung B/2, Straßenbaudirektion, für das Jahr **1967** vor mir liegen, der anerkennenswerte Leistungen zur Basis hat. Ich werde einiges daraus zitieren, was ich als Bestätigung der Berechtigung einer Forderung nach einem längerfristigen Generalkonzept ansehe, und zwar aus der Perspektive der Straßenbaufachleute. Schon in der eingänglichen Zusammenfassung des Herrn Straßenbaudirektors wird mit dem Satz „Den erhöhten Anforderungen in den nächsten Jahren wird man nur bei Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten und des noch notwendigen Personals, vor allem Techniker, nachkommen können" die Fonderung nach personell-administrativer Planung erhoben.

Unter dem Titel „Autobahnplanung" gibt es hier zu lesen: „Ausbaukonzept und Mehrjahresprogramm. Wie unter 4 bereits berichtet, war es auf Grund der Verkehrsuntersuchungen möglich, ein fundiertes und begründetes Ausbaukonzept zu erstellen. Die Notwendigkeit dieses Ausbaukonzeptes wurde in einem Vorschlag für ein Mehrjahresprogramm, **1967** bis **1971,** bereits verwertet. Auf Grund der schlüssigen Beweisführung der Verkehrsuntersuchung ist es möglich, den Interessen Niederösterreichs bei kommenden Anträgen an den Bund ausreichendes Gewicht zu verleihen." Es liegt also nur ein Mehrjahresprogramm bis zum Jahre **1971** vor. Außerdem ist nur davon die Rede, daß Anträge an den Bund unter dem Gesichtspunkt der Verkehrsuntersuchung, also nicht im Hinblick auf höherrangige Zukunfterfordernisse, gestellt werden sollen. Auch dem zuständigen Bautenministerium wird der Vorwurf der Konzeptlosigkeit und Verzögerung, wie es Kollege Hubinger schon erwähnt hat, in bezug auf Detailprojekte mit folgenden Worten gemacht: „Die Weiterführung an den nur teilweise im Erdbau fertiggestellten Baulosen — 490 Hochstraß und 450 Schöpfl — konnte wegen der unklaren Rechtslage und der zögernden Haltung des Bundesministeriums für Bauten und Technik bisher nicht in Anspruch genommen werden." Auch der Satz auf Seite **8** dieses Berichtes — ich werde Sie nicht mehr mit vielen Zitaten belästigen —: „Im Juni **1967** wurde auf Weisung des Bundesministeriums für Bauten und Technik das Bauprogramm **1968** für die Autobahnabcchnitte in Niederösterreich erstellt", sagt aus, daß Planungen derzeit nur kurzfristig erstellt werden. Unter dem Titel „Verkehrsuntersuchungen" finden wir folgenden Absatz: „Zur Klärung der immer umfangreicher werdenden Verkehrsprobleme ist die Durchführung von Verkehrs-Untersuchungen unerläßlich. Diese Verkehrs-Untersuchungen basieren auf der Feststellung der (derzeitigen Zusammensetzung des Verkehrs durch Befragungszählungen. Bei diesen werden die Kraftfahrer bei bestimmten Straßenquerschnitten angehalten und nach dem Ziel und dem Ursprungsort ihrer Fahrten befragt. Auf Grund der Ergebnisse dieser Befragung wird der vorhandene Verkehr diagnostiziert. Daraufhin werden die günstigsten Trassenführungen bestimmt und nach Vorliegen der möglichen Linienführung in der Natur eine Prognose für die Verkehrsumlagerungen auf diese neuen Straßen durchgeführt. Auf Grund der Prognosen für verschiedene Varianten kann die verkehrsmäßig zweckmäßigste und damit der Allgemeinheit dienliche Trassenführung ermittelt werden." Dies ist wohl der beste Beweis für eine Stückplanung mit unzulänglichen Mitteln. Unter Bezugnahme auf die Strengbergaffäre und dem Bauskandal heißt es im Bericht der Abteilung B/2 b: „Das Baugeschehen des Jahres **1967** war überschattet von der sogenannten Strengbergaffäre und dem Bauskandal, und haben diese Umstände die Leistungsfähigkeit und Einsatzfreude des beim Straßenbau eingesetzten Personals und der Baufirmen zu Beginn des Jahres wesentlich herabgesetzt." Und weiterhin: „Die Niederösterreichische Bundesstraßenverwaltung hat im abgelaufenen Jahr laufend Vorschläge an das Bundesministerium für Bauten und Technik übermittelt, um die Verwaltungsarbeit zu erleichtern und die Baumaßnahmen wieder in Fluß zu bringen. Selten wurde diesen Anträgen jedoch stattgegeben. Welcher Verzweiflungsschritt jedoch hinter all diesen Vorschlägen liegt, vermag nur der zu beurteilen, der den dornenvollen Weg kennt, der jährlich bei fast 300 Bauvorhaben in der Planung über die verschiedenen verwaltungsmäßigen Genehmigungen, vom Grunderwerb bis zur Baudurchführung zu beschreiten ist. Um der ständig wachsenden Verkehrsflut die Möglichkeit der Entfaltung zu geben, die nicht durch unerträglich hohe Verkehrsopfer überschattet wind, ist es notwendig, das Maß der Einsatzfreude und des Verantwortungsbewußtseins der im Straßenbau Beteiligten nicht unnötig zu belasten. Das Vertrauen wird dadurch belohnt, daß der

Straßenbau rascher vor sich gehen kann und somit die Verkehrsunfälle nicht im gleichen Ausmaß wie die Motorisierung steigen werden."

Die Auswertung der Unfallstatistik zeigt auch Niederösterreich auf — und nun folgen einige Aufstellungen von erschreckenden Unfallziffern. Es heißt dann weiter: „Trotz zahlreicher Verbreiterungsmaßnahmen in den letzten Jahren hat Niederösterreich mit Stand vom 1. Jänner 1967 noch immer 69 Kilometer Bundesstraßen mit einer Fahrbahnbreite von vier Metern und weniger, 1128 Kilometer Bundesstraßen mit einer Breite von 4,50 bis 6 Metern; nur 1758 Kilometer Bundesstraßen — das sind 57,5 Prozent — sind für den ungehinderten Gegenverkehr geeignet." Dieser Satz zeigt nicht nur die Ausweitung des Problems auf dem Sicherheitssektor auf, sondern auch die Erkenntnis, daß dieser verzweifelte Notschrei gehört werden muß. Darüber hinaus sollen alle Komponenten im Sinne einer modernen Straßenplanung eingesetzt werden.

Wenn man zuweilen liest, daß im Gefolge des Bauskandals und der Strengbergaffäre eine gewisse Unentschlossenheit, gewisse Verzögerungen aus Vonsichi und Ängstlichkeit entstanden sind, muß entschieden zurückgewiesen werden, wenn da und dort daraus der Schluß gezogen wird, man habe eben mit der Aufdeckung dieser Affären einen Fehler begangen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Gepflogenheiten in der Bau-Wirtschaft nicht die eines Lizeums sind, habe mich aber noch zu keinem Zeitpunkt in die Resignation zurückgezogen, daß für einen Unternehmer, für einen Angestellten oder Beamten persönliche Anständigkeit gleichbedeutend sei mit geschäftlichem oder beruflichem Mißerfolg. Es gibt in diesem Zusammenhang nur die Alternative: Sauberkeit oder Korruption. Das sogenannte Kavaliersdelikt fällt meiner Meinung nach unter den zweiten Begriff, und zwar sowohl für die aktiven Korruptionisten als auch für deren Verteidiger.

Ich will nicht den Versuch unternehmen, alle Straßenprobleme unseres Bundeslandes aufzuzählen oder Meinungen über die Projektierung, den Ausbau oder die Erhaltung neuer oder bestehender Straßenzüge zu äußern, davon haben Sie heute schon gehört; außerdem bin ich der Meinung, daß das zu den Aufgaben der Fachleute aller möglichen Gebiete, nicht nur des Straßenbaus, bei Erstellung eines Generalverkehrsplanes gehört. Ob es in der behandelten Frage um neue Planungen oder Erhaltungen im Zusammenhang mit Raumplanungsproblemen geht, ob es sich um Donaubrücken, Kraftwerksbauten oder um Autobahnteilstrecken oder -ringe beziehungsweise Europastraßen handelt, ob das Problem des zu ausgedehnten Landes-Straßennetzes Niederösterreichs. die 'richtige Einschätzung der Verkehrszunahme, die Erfordernisse der Sicherheit, die Frage von Kompetenzen und die Frage der Finanzierung — die ja letzten Endes die wichtigste ist — zur Behandlung steht, der Politiker hat in Erfüllung des ihm vom Wähler verliehenen Mandates die Fachleute zusammenzuführen, er hat den Fachleuten den Weg für eine gute Arbeit zu ebnen. Da das zuständige Bundesministerium — und ich unterstreiche den Antrag des Kollegen Hubinger, der mir nur zu sanft und zu wenig weitreichend erscheint — zu wenig unternimmt, muß das Land initiativ werden. Herr Landeshauptmann, das wäre die beste Anerkennung für die Arbeit der Beamten des Straßenbaues in Niederösterreich und überhaupt der Bediensteten des Landes Niederösterreich, die im Straßenbau beschäftigt sind, vor allem aber eine Initiative für Niederösterreich selbst.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich ganz kurz auf ein Thema zurückkomme, das von Zeit zu Zeit immer die Gemüter bewegt, meistens unter dem Eindruck einer nicht richtig aufgefaßten Information. Es handelt sich hier um den Bisamberg und den Ausbau des Bisamberges beziehungsweise seiner Kuppe. Sie wissen, daß in der Presse in diesem Zusammenhang sehr viel Gescheites und manches weniger Gescheite geschrieben wurde. Tatsache ist, daß die Gemeinde Bisamberg, in deren Gemeindegebiet die Kuppe des Bisamberges liegt, am 24. Dezember des Jahres 1964 die Baubewilligung für ein Hotel, verbunden mit Restaurant, Nobelrestaurant und sogenanntem Volksrestaurant sowie einigen Nebenanlagen, Sportanlagen, Minigolfplatz usw., erteilt hat. Insgesamt wurde die Bewilligung für eine relativ kleine Flächte erteilt; es wurde auch ein Projekt zurückgewiesen, das wirklich einer Verbauung des Bisamberges gleichgekommen wäre. Nach eingehenden Beratungen wurde dann einem Projekt die Zustimmung gegeben, das den Erholungscharakter des Bisamberges voll gewahrt hätte. Es hat sich in der Folge eine Schweizer Gruppe für dieses Projekt interessiert. Vertreter dieser Gruppe haben den Bisamberg auch besucht und sich sehr ambitioniert gezeigt, sind aber schließlich — aus welchem Grunde immer — zurückgetreten. Nun hat eine Baubewilligung bestanden, es wurde aber lange Zeit nichts gebaut. Erst knapp vor Ablauf der Baubewilligung wurden projektsgemäße Fundamente

gelegt, die übrigens von einer zuständigen Abteilung der niederösterreichischen Landesregierung überprüft wurden, wobei festgestellt wurde, daß die Baubewilligung damit nicht abgelaufen sei. Nun ruhen diese Fundamente, es geschieht im Augenblick nichts. Sie wissen — und hier wende ich mich insbesondere an den Herrn Landeshauptmann —, daß zwischen Niederösterreich und Wien Gespräche in dieser Angelegenheit stattgefunden haben. Ich glaube nicht, daß es viel Zweck hat, wenn immer wieder in den Zeitungen Nachrichten über den Bisamberg erscheinen, die die Volksseele — ob zu Recht oder nicht — zum Kochen bringen, wenn sonst nichts geschieht. Ich bin mir dessen bewußt, daß Großindustrielle — und wir wissen alle, um wen es in diesem Zusammenhang geht — nicht verwechselt werden wollen mit karitativen Organisationen; sie wollen aus dem, was sie betreiben, auch etwas verdienen. Ich glaube, daß man mit geeigneten Mitteln allfällige Spekulationen verhindern könnte, wenn hinter allfälligen Verhandlungen das Gewicht zweier Bundeslander, namlich Wien und Niederösterreich, steht. Ich darf die Versicherung abgeben, daß die Gemeindevertretung Bisamberg sich gerne sozusagen als Katalysator für diese Verhandlungen zur Verfügung stellen würde. Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, mit dem Herrn Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien in dieser Angelegenheit noch einmal in Fühlung zu treten, damit endlich einmal in bezug auf den Bisamberg auch Mitteilungen erscheinen, daß in dem Zusammenhang wirklich etwas geschieht. ***(Beifall bei der SPÖ.)***

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. Fichtinger.

Abg. FICHTINGER: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Körner hat gestern das Kapitel 6 mit den Straßenproblemen eingeleitet. Unser Generalredner über das Straßenwesen, Kollege Hubinger, hat heute diese Probleme beleuchtet; Freund Diettrich konzentrierte sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf die Autobahn und im speziellen auf die Autobahn Süd; Kollege Ing. Scheidl hat soeben über die Berichte der Straßenabteilung gesprochen. Ich glaube daher, ich kann auch noch einige Gedanken zu diesem Kapitel — das ja das große in unserem Budget darstellt — äußern.

Frau Kollegin Körner hat gestern so richtig das Waldviertel mit seinen traurigen Stnaßenverhältnissen beleuchtet; ich muß ihr hier beipflichten. Sie hat sich aber im wesentlichen auf den Raum des nördlichen Waldviertels beschränkt, und zwar mit dem Teil der Hauptstraßen, die in Richtung Wien oder Tschechoslowakei führen. Sie hat allerdings dabei übersehen, daß auch für den Raum Gmünd-Zwettl eine der Hauptstraßen die Bundesstraße 36 ist. Sie hat weiter — sicher unbewußt — vergessen darzulegen, daß das Waldviertel auch mit anderen Vierteln verbunden sein will und daß hierzu Donaubrücken notwendig sind. Ich hätte eigentlich von ihr erwartet, daß sie mit mehr Betonung die Nord-Süd-Verbindung und den Donauübergang bei Melk gefordert hätte. ***(Beifall bei der ÖVP.)*** Ich glaube aber, sie wird auch in dieser Beziehung ihr Rahmenkonzept noch korrigieren. Auch diese Nord-Süd-Verbindung stellt eine echte Erschließung des Waldviertels sowohl in bezug auf den Fremdenverkehr als auch die Industrie dar. Melk ist ja jener Teil, von dem aus die Autobahn am ehesten angesteuert werden kann; daher ist dort der Bedarf einer Brücke unbedingt gegeben. Wir haben vom Herrn Landeshauptmann bereits gehört, daß er der Brücke bei Melk, neben Krems und Hainburg, einen gewissen Vorrang einräumt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aus diesem Kapitel besonders den Voranschlagsansatz 661 bis 665 herausgreifen. Hier handelt es sich um die Ergänzung des Bestandes an Baugeräten, an Bau- und Werkzeugmaschinen, an Lastkraftwagen sowie an Schneepflügen. Zum Antrag des Straßenreferates auf Erhöhung der soeben erwähnten Voranschlagspost auf 13 Millionen Schilling im Jahre 1968 ist zu berichten, daß es sich im wesentlichen um finanztechnische Festlegungen eines bereits seit Jahren latenten Zustandes handelt. Dazu muß festgehalten werden, daß in den Jahren bis einschließlich 1964 der Voranschlagsansatz 661 bis 665 stets im ordentlichen Voranschlag und auch im außerordentlichen Voranschlag gesondert dotiert war. Ab dem Jahre 1965 ist nun die Dotierung des außerordentlichen Voranschlages gänzlich weggefallen. Die Eingänge aus der gemeinsamen Ausgabenverrechnung zwischen Bund und Land, die der Voranschlagspost 661 bis 665 stets zugute kommen, sind selbstverständlich von wechselnder Höhe und scheinen im Voranschlag des Landes Niederösterreich erst seit 1966 auf. Diese Gesamtsummen aus dem ordentlichen, dem außerordentlichen Voranschlag und der sogenannten G-Verrechnung haben in den letzten Jahren folgende Höhe erreicht: Das Jahr 1960 brachte 10,342.000 Schilling, das Jahr 1961 17,555.000 Schilling, das Jahr 1962 10,433.000 Schilling und das Jahr 1963 relativ wenig, nämlich nur 6,559.000 Schilling. Im Jahre 1964 waren es

wieder 11,232.000 Schilling, im Jahre 1965 11,006.000 Schilling und im Jahre 1966 11,053.000 Schilling. Im Jahre 1967 sind es nunmehr wieder nur 9,380.000 Schilling. Daraus ist zu ersehen, daß die guten Dotierungen der Jahre 1960 bis 1962 die Anschaffung jenes Arbeitsmaschinenparkes gestattet haben, der heute die Straßenverwaltung in die Lage versetzt, bedeutende Eigenregieleistungen zu erbringen. Die Dotierungen der folgenden Jahre haben eine weitere Verbesserung des Maschinenparkes kaum noch ermöglicht. Als Folge der Veralterung der zu Beginn der sechziger Jahre beschafften Maschinen wäre nunmehr ein Austausch erforderlich, der mangels entsprechender Dotierung bisher nicht zweckentsprechend vorgenommen werden konnte. Zur Erläuterung dessen darf angeführt werden, daß allein der unbedingt notwendige Austausch von drei Straßengrädern einen Betrag von 2,500.000 Schilling erfordert; das bedeutet praktisch ein Viertel des Landesaufwandes für (diesen Verwaltungszweig. 24 Gräder hat das Land Nieder-Österreich zur Verfügung. Hier sollen aber auch die Dotationen des Bundes erwähnt werden, die vom Jahre 1961 an eine sich stets erhöhende Tendenz aufweisen. Im Jahre 1961 wendete der Bund zu den rund 10,000.000 Schilling aus dem Landessektor 3,300.000 Schilling auf, 1962 waren es 6,925.000 Schiiling, im Jahre 1963 7,598.000 Schilling; ab dem Jahre 1964 lag der Aufwand des Bundes für Straßenbaumaschinen und dergleichen bereits auf dem Niveau des Landes.

1965 erreichten die Bundeszuwendungen die 12,000.000-Schilling-Grenze und im Jahre 1966 waren es ebenfalls 12,000.000 Schilling. 1967, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren es aber schon 21,000.000 Schilling, wogegen der Landesanteil knapp 10,000.000 Schilling betrug. Wenn nun die Straßenlängen zueinander in Betracht gezogen werden, beim Bund sind es rund 3055 Kilometer und beim Land 10.635 Kilometer, dann ergibt sich ein Verhältnis 1:3. Es ist erkennbar, daß die Dotationen des Landes für das dreifach größere Straßennetz zweifellos unzureichend sind.

Wir sehen weiter, daß der Bund auf seinen etwa 3000 Kilometer zu räumenden Strecken mehr als 135 eigene Lastkraftwagen, die mit Schneepflügen eingesetzt werden können, verfügt, Das Land hingegen besitzt nur 50 eigene Lastkraftwagen, die es in den Wintereinsatz schicken kann. Hierbei ist auch zu erwähnen, daß rund 3000 Kilometer Landesstraßen wintergesperrt sind. Wir werden uns das weiterhin nicht leisten können, denn im Zuge der Konzentration des Schulbetriebes verlangen wir die Öffnung wintergesperrter Straßen und die bessere Betreuung sonstiger Landesstraßen, damit die Schulkinder auch tatsächlich ihr Ziel erreichen können. Mit dem geringen Fuhrwerkspark des Landes, der wohl durch Mietfahrzeuge verstärkt wird, wird sich in einem strengen Winter keine befriedigende Lösung finden lassen. Wie die Zahlen ausdrücken, kommen derzeit in bezug auf die Schneeräumung auf einen bundeseigenen Lasbkraftwagen 23 Kilometer Räumstrecke, auf einen Lasbkraftwagen des Landes entfallen jedoch 150 Kilometer. Sie sehen hier die große Diskrepanz. Es ist klar, daß auch unter Beiziehung einer Vielzahl von Mietfahrzeugen der Erfolg der Schneeräumung bei weitem nicht an den der Bundesstraßen herankommt. Das gleiche gilt auch für die Glatteisbekämpfung.

Es darf weiter angeführt werden, daß das Land Niederösterreich noch immer über elf kohlenbeheizte Dampfstraßenwalzen verfügt, die durch moderne Dieselwalzen zu ersetzen wären, denn gerade diese Dampfwalzen erfordern sehr lange Bedienungszeiten, bis sie in Betrieb genommen werden können, und sind daher als sehr unwirtschaftlich zu betrachten. Der Ersatz dieser Dampfwalzen wird bei der bisherigen Dotierungsweise noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Es wird daher im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren darauf Bedacht zu nehmen sein, für die maschinelle Ausrüstung der Straßenverwaltungen nicht nur das eben gesteckte Ziel zu erreichen, sondern sie darüber hinaus durch eine weit höhere Dotierung in die Lage zu versetzen, die Landesstraßen besser zu erhalten und letzten Endes sicher zu gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Sie wissen, daß der Winterdienst immer wieder meine große Sorge bildet. Ich habe eben angedeutet, woraus diese Sorgen resultieren. Während der Winter in manchen Gebieten echte sechs Monate dauert, haben wir, Gott sei Dank, auch Landstriche, die nur drei Monate Winter haben. Der unechte Einsatz der Mittel bereitet mir großen Kummer. Während sich in extremen Gebieten die Straßenmeister durch den Aufwand für den Winterdienst in ihrem Budget nahezu verbluten, gibt es Straßenmeister, die dieselben Beträge für den Winterdienst erhalten, sich dafür Sand und dergleichen anschaffen und diesen, wenn sie ihn nicht verbrauchen, im Frühjahr und Sommer zur Verbauung und Venbesserung ihres Straßennetzes verwenden können. Bestimmte Gebiete in Niederösterreich, so insbesondere das Waldviertel, sind klimatisch so gelagert, daß vor allem Schneefälle in einem katastrophen-

wintergesperrter
treuung sonstiger
Schulkinder auch
nen können. Mit
k des Landes, der
verstärkt wird,
gen Winter keine
n lassen. Wie die
n derzeit in bezug
uf einen bundes-
Kilometer Räum-
wagen des Landes
meter. Sie sehen
Es ist klar, daß
ner Vielzahl von
lg der Schnee
an den der Bun-
Das gleiche gilt
ofung.

t werden, daß das
h immer über elf
ienwalzen verfügt,
valzen zu ersetzen
Dampfwalzen er-
ungszeiten, bis sie
rden können, und
rtschaftlich zu be-
ser Dampfwalzen
tierungsweise noch
nehmen. Es wird
d in den folgenden
nehmen sein, für
g der Straßenver-
ben gesteckte Ziel
e darüber hinaus
tierung in die Lage
raßen besser zu er-
sicher zu gestalten.
amen und Herren
ssen, daß der Win-
meine große Sorge
ingedeutet, woraus
Während der Win-
echte sechs Monate
i Dank, auch Land-
iate Winter haben.
Mittel bereitet mir
d sich in extremen
ter durch den Auf-
st in ihrem Budget
Straßenmeister, die
n Winterdienst er-
ind dergleichen an-
n sie ihn nicht ver-
id Sommer zur Ver-
ng ihres Straßen-
. Bestimmte Gebiete
insbesondere das
ch so gelagert, daß
einem katastrophen-

ähnlichen Ausmaß keine Seltenheit sind. Die Gemeinden sind aber auch hinsichtlich der Bundesstraßen verpflichtet, für die Schneeräumung und Bestreuung in den Ortsdurchfahrten Sorge zu tragen. Die Aufwendungen solcher Gemeinden sind daher im Verhältnis zu anderen wesentlich höher und bilden für sie bezüglich des Personalaufwandes eine enorme Belastung. Vielfach ist es auch so, daß es ihnen infolge des katastrophenähnlichen Ausmaßes der Niederschläge gar nicht möglich ist, den abliegenden Verpflichtungen nachzukommen. Es wäre daher die Frage zu prüfen, ob den betreffenden Gemeinden nicht wegen (dieser katastrophenähnlichen Vorgänge aus dem Katastrophenfonds zusätzliche Mittel gewährt werden könnten. Es ist klar, daß dazu eine Änderung des Gesetzes notwendig sein wird, weil durch diese Schneefälle wohl katastrophenähnliche Zustände hergestellt werden, aber keine nach dem Gesetz erforderliche Schadensbehebung notwendig wird. Darüber hinaus wäre auch seitens der zuständigen Abteilung zu erwägen, ob nicht die Mittel für den Winterdienst nach anderen Grundsätzen als bisher zur Verteilung gelangen sollten. Vor allem wäre das Kriterium der Häufigkeit von Niederschlägen infolge der klimatischen Lage zu berücksichtigen.

Meine senr geehrten Damen und Herren! Nachdem gerade ich aus einem extremen Gebiet komme, kann ich es mir nicht versagen, ein paar Worte über den schwierigen Dienst der Straßenwärter dieser Gegend zu verlieren. Sie sind bereits auf der Straße oder, wie man sich früher im bäuerlichen Kreis ausgedrückt hat, auf der Achse, wenn die Bewohner noch schlafen, und sind noch immer auf der Straße, wenn die Bevölkerung zum Großteil bereits wieder schläft. Diesen Männern des Winterdienstes sowie des gesamten Straßen- und Schneeräumclienstes wie auch allen anderen im Straßendienst Beschäftigten sei von dieser Stelle aus herzlichst gedankt, denn sie befinden sich vor allem im Einsatz für Rettung und Feuerwehr sowie auch für uns Abgeordnete, damit wir alle frühmorgens unseren Dienst für die Bevölkerung antreten können. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

PRÄSIDENT WEISS: Zum Wort gelangt Herr Abg. H e 1m.

Abg. HELM: Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will heute zur Gruppe 6 nur kurz für das Gebiet St. Pölten sprechen. Ich glaube, ich kann mir die Nennung der Zahlen dieser Voranschlagspost ersparen, da schon sehr viele Redner darüber gesprochen haben. Ich beginne mit der Landeshauptstraße 113. Dazu habe ich mir vor kurzem die Protokolle der vergangenen Voranschlagsverhandlungen durchgesehen, und zwar vom 4. Februar 1965, vom 16. Dezember 1965 und 20. Dezember 1966. Dabei mußte ich feststellen, daß bis jetzt nicht eine einzige Forderung des Bezirkes St. Palten erfüllt wurde. In erster Linie betrifft dies die Landeshauptstraße 113. Sie verbindet die Traisentalbundesstraße mit der Bundesstraße 226 Tulln—Mautern. Dieses Straßenstück ist 20 km lang und hat die Aufgebe, den Verkehr zwischen St. Pölten, der Stadt Herzogenburg und Traismauer herzustellen. Die Straßendecke ist im Jahre 1938 mit einer Kaltasphaltdecke versehen worden; seither wird sie nur dauernd ausgebessert. Sie ist, so wie mein Vorredner schon gesagt hat, eine Rumpelstraße; die Decke ist nur 4,50 Meter breit. Dabei hat sie eine viel stärkere Verkehrsfrequenz als zum Beispiel die Hainfelder Bundesstraße. Ich bin nun von der Industnie, von Handel und Gewerbe ersucht worden, mich dafür einzusetzen, daß diese Straße auf 6 Meter verbreitert wird. Herr Landeshauptmann Maurer hat heute erwähnt, daß der Bau der Donaubrücke in Kremls im nächsten Frühjahr begonnen wird. Nun wird die Schnellstraße über das Traisental geführt werden, aber bis diese Schnellstraße durch das Traisental gebaut werden wind, werden noch viele Jahre vergehen, und wir brauchen unbedingt die Straße 113. Darum möchte ich Herrn Landeshauptmann bitten, daß wir in der nächsten Zeut doch mit der Verbreiterung dieser Straße rechnen können. Ich habe vom Herrn Landesbaudirektor einen Brief erhalten, worin er mitteilt, daß es nicht möglich ist, diese Straße zu verbreitern, weil die Kosten dafür 4,000.000 Schilling ausmachen. Nun muß ich feststellen, daß in einem Industriegebiet, wo das Steueraufkommen doch gut ist, doch 4,000.000 Schilling auf einmal angewendet werden müßten, um dieses Gebiet mit einer anständigen Straße zu versehen.

Ich komme nun zu St. Pölten. Im Süden der Stadt St. Pölten ist eine alte Brücke; sie verbindet Spratzern mit Wagram. Sie ist kriegsbeschädigt und für den Verkehr nicht mehr zulässig. Vor sechs Jahren haben wir bereits ein Projekt eingereicht, damit dort eine neue Traisenbrücke gebaut werden kann. Nun habe ich erfahren, daß bis heute nicht einmal eine Projektierung vorgenommen wurde und auch für Projektionskosten nichts eingesetzt ist. Ich möchte auch in diesem Falle bitten, daß die größte Stadt von Niederösterreich, die bereits über 42.000 Einwohner zählt, nicht benachteiligt wird, sondern daß man diese

dringend notwendige Brücke endlich einmal baut.

Dabei hätte ich noch einen Wunsch der Stadt St. Pölten zu erwähnen; er betrifft den Flußbau. Wir haben in St. Pölten eine Flußregulierung, die nur ein zehnjähriges Hochwasser abführen kann. Dabei hat sich Sankt Pölten derart entwickelt, daß es sehr nahe an die Traisen herangewachsen ist. Um Abhilfe zu schaffen, müssen wir nun verlangen, daß dafür ein Projekt erstellt wird, das die Möglichkeit bietet, daß ein 100jähriges Hochwasser abgeführt werden kann. Die Stadtgemeinde St. Pölten ist gerne bereit dazu, alles beizutragen, was in ihrer Macht steht. Ich möchte bitten, daß auch dieses Projekt zur gegebenen Zeit verwirklicht wird.

Nun habe ich die Ehre, auch über die Flußregulierungen etwas zu sagen. Sie wissen ja, wer an einem Fluß wohnt, hat größere Sorgen als derjenige, der in einem vom Wasser gesicherten Gebiet wohnt. Die Traisen — sie heißt auch richtig die „Schnelle" — kommt mit einem Riesengefälle; wenn ein Hochwasser eintritt, gibt es hier riesige Verheerungen. Ich kann feststellen, daß es durch den schon lange gegründeten Traisenwasserverband und in Zusammenarbeit mit dem Landesbauamt B/3 möglich war, große Bauvorhaben durchzuführen. Es ist uns die Großbaustelle in Traismauer gelungen, die nun vor dem Abschluß steht. Wir haben aber noch sehr viel zu tun. Es ist eine Traisenregulierung in Lilienfeld notwendig; es ist notwendig, in St. Ägyd die Traisen zu regulieren, und es ist in Hohenberg notwendig, eine Berichtigung dieses Flußlaufes vorzunehmen. Aber nicht nur die Traisen, auch die Nebengerinne verlangen eine Regulierung.

Ich gehe weiter in das Pielachgebiet. Die Pielach ist genauso ein Gebirgsfluß; für sie wurde heuer ebenfalls ein solcher Wasserverband gegründet. Dabei gibt es dort noch mehr Regulierungsarbeiten. Wenn die Pielach in die Ebene übertritt, dann überschwemmt sie ganz große Gebiete. In St. Margarethen halben wir zum Beispiel solche Hochwasser erlebt, aber auch in Kirchberg usw. Es ist daher notwendig, Regulierungen durchzuführen. Ich muß feststellen, daß seit drei Jahren immer wieder nur ein Betrag von 16,000.000 Schilling für die Flußregulierungen eingesetzt ist und daß das keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutet. Man kann mit 16,000.000 Schilling nach drei Jahren (nicht mehr das gleiche leisten, was man vor drei Jahren geleistet hat.

Zum Schluß nun einige Worte über die Kanalisierungen. Wir bauen im Traisental einen der größten Kanäle von Niederösterreich. Er wird beinahe **40** Kilometer lang sein. Zu diesem Kanalbau haben sich alle Orte an der Traisen zusammengefunden, von der Donau aufwärts bis nach Wilhelmsburg. Die Aufbringung der Mittel ist schwierig. Dazu haben wir auch vom Land ein kleines Darlehen bekommen. Leider werden aber die Darlehen nur kurzfristig gewährt, nur für fünf Jahre. Die Bauzeit dieses Kanals dauert aber 15 Jahre. So erleben wir, daß wir immer wieder die Darlehen schon während der Bauzeit zurückzahlen müssen; das behindert uns sehr an einem Bau. Ich möchte daher bitten, ob es nicht möglich wäre, wieder zu dem Grundsatz zurückzukehren, daß neben den Darlehen auch eine kleine Subvention — wie es auf vielen anderen Gebieten üblich ist — gegeben werden könnte. Durch diesen Bau wind dem ganzen Traisental zu einem guten Grundwasser verholfen, das die Großindustrien in St. Pölten schon sehr in Anspruch genammen haben. Ich möchte daher bitten zu verstehen, daß wir in nächster Zeit viele Mittel anwenden werden müssen, um das Trinkwasser zu erhalten. Ich bitte Sie, diesen Bau weiterhin zu unterstützen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit. ***(Beifall** im ganzen Hause.)*

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zu Worte gemeldet ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Robl.

Abg. Dipl.-Ing. ROBL: Herr Präsident! Hohes Haus! Einige Redner haben sich bei Behandlung der Gruppe 6 mit dem Straßenwesen beschäftigt. Sie haben auf die Notwendigkeit des Ausbaues unserer Landes- und Landeshauptstraßen und der in Niederösterreich befindlichen Bundesstraßen hingewiesen und vor allem die Bedeutung der großen Verbindungen in unserem Bundesland unterstrichen, die die einzelnen Landesviertel verbinden sollen.

Im Budget für das Jahr 1968 finden sich in der Gruppe 0 zwei ganz bedeutende Ansätze, die für das Straßenwesen (bestimmt sind, über die Aufgaben der Projektierung, der Bauleitung und der Baudurchführung finanziert werden sollen. Für solche Maßnahmen auf den Bundesstraßen A und B sind für das Jahr 1968 fast 50,000.000 Schilling vorgesehen. Wir können daraus ermessen, welch umfangreiche Planungsarbeiten im nächsten Jahr auf diesem Gebiete bevorstehen. Diese Anbeiten sind notwendig, um unser Straßensystem zu verbessern, um stärkere Decken 2uf die Straßen zu legen, die den schweren Verkehrsansprüchen standhalten, um Begradigungen der Straßen durchzuführen, um Ortsumfahrungen neu zu bauen und Straßen zu verbreitern. Für diese Maßnahmen müssen viele

Tausend Quadratmeter vor allem landwirtschaftlicher und auch forstwirtschaftlicher Flächen zur Verfügung gestellt werden. Es trifft manchen Landwirt sehr schwer; das geht bei dem einen oder anderen Fall sogar bis zur Existenzgefährdung. Die Grundeigentümer stehen zum Großteil diesen Grundabtretungen positiv, also aufgeschlossen, gegenüber, weil sie wissen, daß in einem madernen Industriestaat auch die Verkehrsadern, die Straße?, notwendig sind, und weil sie wissen, daß wir auch für unseren Fremdenverkehr gutausgebaute Straßen brauchen. Wenn sich Verhandlungen zwischen den Grundeigentümern und der Landesverwaltung, die im Auftrage der Bundesverwaltung diese Arbeiten durchführt, oft schwierig gestalten, dann sind eben Gründe vorhanden, die man berücksichtigen muß. Es ist nicht leicht, wenn ein arrondierter Besitz {durch eine neue Straße durchschnitten wird und der Landwirt auf der einen 'Seite seine Wirtschaftsgebäude und seine Wohngebaude hat und auf der anderen Seite der Straße seine Felder. Er muß bei erhöhtem Verkehr die Straße überqueren. Es ist nicht einfach, wenn ein Landwirt, selbst im verbauten Gebiet ohnedies von seiner Hoflage sehr beengt, etwa seine Scheune abgeben muß, vor allem wenn er auf seiner eigenen Hofstelle keine Möglichkeit mehr hat, eine Scheune neu zu errichten. Oft muß er sie dann weit draußen auf dem Felde aufbauen. Es gibt also wirklich bei der Projektierung und bei der Zurverfügungstellung von zusätzlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen da und dort große Schwierigkeiten. Wir müssen aber auch mit Genugtuung feststellen, daß trotz der mehr als tausend Fälle, über die unsere Landesstraßenverwaltung jährlich zu verhandeln hat, nur mehr bei zehn Enteignungen erfolgen müssen. Das heißt, daß die Grundeigentümer mit der Verwaltung, mit der Behörde, doch immer wieder einen Weg gefunden haben.

Ich möchte noch auf ein finanzielles und steuerliches Problem aufmerksam machen. Wenn es nämlich zu einer freien Vereinbarung kommt und, weil sich für die Zukunft durch Umwege usw. so viele Erschwernisse ergeben, Erschwerniszuschläge zur Grundablöse gewährt werden oder weil Obstbäume abgelöst werden, dann tritt oft der Fall ein, daß die Dienstbehörden von einer Kannbestimmung Gebrauch machen und den Bauern zusätzlich besteuern. Kommt es aber zu einem Enteignungsverfahren und erhält der Landwirt die gleiche Entschädigung über den Enteignungsweg, dann kommt es zu keiner zusätzlichen Versteuerung. Die landwirtschaftliche Interessenvertretung wird nun bemüht sein, in Verbindung mit der niederösterreichischen Landesregierung bei den Finanzbehörden diese Sache klarzustellen, denn wir sind der Meinung, daß es nicht zu 'Enteignungsfällen oder zumindest nur zu wenigen kommen soll, weil dadurch die Projektierungsmaßnahmen viel rascher fortgeführt werden können. Diese Besteuerung ist ein Unrecht und müßte wegfallen. Noch eines möchte ich betonen: Diese Ablösesummen, die vereinbart sind und die oft in die 100.000 Schilling gehen, sollten prompter ausbezahlt werden, als das bisher der Fall war. Aber auch da hat nicht allein die Landesverwaltung Schuld, denn sie ist bemüht, daß das Bautenministerium die Ablösesummen, die vereinbart worden sind, anerkennt. Gerade da haben wir in den letzten Monaten böse Erfahrungen machen müssen. Vereinbarte Grundpreise und Erschwerniszuschläge wurden vom Bautenministerium beziehungsweise von der Finanzprokuratur als zu hoch befunden; die Landesregierung mußte neuerlich Gutachten erstellen, die dann anerkannt worden sind. Die Grundpreise sind eben in unserem Lande sehr verschieden, nicht nur weil die Ackerbonität verschieden ist, sondern weil auf Grund mancher Gegebenheiten und der Verkehrslage eben auch landwirtschaftliche Grundstücke einmal höher oder einmal niedriger bewertet werden. Es soll also schneller zur Ausbezahlung der vereinbarten Ablösesummen kommen. Bei größeren Beträgen muß aber erst eine grundbücherliche Anmerkung erfolgen; erst nach dieser können, wenn nicht ein ganzes Grundstück abgetreten wird, 80 Prozent der vereinbarten Ablösesumme ausbezahlt werden. Die 20 Prozent werden erst dann ausbezahlt, wenn die Straße gebaut ist, wenn die Vermessungsarbeiten durchgeführt worden sind und feststeht, wieviel Quadratmeter in der Gesamtheit ein Eigentümer für diesen Straßenbau zur Verfügung zu stellen hat. Das dauert viele Jahre. Anderseits bezahlt aber dieser Landwirt, weil er noch immer Eigentümer der ganzen Fläche ist, dafür die Grundsteuer. Wenn er gezwungen ist, Ersatzgrund zu kaufen, weil er viel Grund und Boden abtreten mußte, aber das Bargeld nicht hat, denn er wartet ja noch auf die 20 Prozent, so muß er Zinsen für Kredite bezahlen. Daher müßte die Straßenverwaltung auch das berücksichtigen und für die 20 Prozent der Restablösesumme, die erst in Jahren ausbezahlt wird, auch einen entsprechenden Zinsendienst dem ehemaligen Eigentümer leisten.

Nun zu den Zuschlägen zum 'Grundpreis. Ich habe schon gesagt, daß es da Schwierig-

keiten gibt. Es kommt vor, daß die Flächen, die die Landwirte abtreten müssen, im Verhältnis zu ihrem Gesamtbesitz oft sehr erheblich sind. Wenn also durch eine solche Maßnahme der Gesamtbesitz verkleinert wird und der Bauer jetzt zu seinem Grundstück nur auf Umwegen kommt, dann bekommt er einen Zuschlag. Da soll durch das Zusammenwirken zwischen der Straßenverwaltung und der Agranbezirksbehörde in noch größerem Ausmaß als bisher Vorsorge getroffen wenden. Das heißt, bereits bei den Ablöseverhandlungen sollen bindende Zusagen gemacht werden, daß nach dem Straßenbau sofort eine Teilkommassierung durchgeführt wird, um diese Nachteile durch eine Neueinteilung der Grundstücke auszugleichen. Darüber hinaus sollen auch Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden. Wenn der Bund Flächen besitzt, soll er sie abgeben; er soll den Besitz nicht horten, sondern für Anerkennungspachtzinse verpachten. Es ist viel zweckmäßiger, auch Bundesgrund den Landwirten zur Aufstokkung zur Verfügung zu stellen.

Ich muß noch auf eine notwendige Maßnahme hinweisen. Es war in früheren Jahren möglich, Verkehrsflächen, die aufgelassen wurden, also Straßenstücke, die bei Ortsumfahrungen nicht mehr verwendet wurden oder bei Begradigungen der Bundesstraßen nicht mehr dem Verkehr dienten, zu rekultivieren. Den Belag und das Untergrundmaterial hat man herausgenommen und auf dem neuen Straßenzug wieder eingebaut. Seit jüngster Zeit sind solche Maßnahmen untersagt, und zwar nicht von Landesbehörden, sondern von Dienststellen des Bundes. Es wäre viel einfacher, würde man diese Untersagung wiederaufheben und jenen Landwirten, die von Straßenbauten besonders betroffen sind, weil sie Grundstücke zur Verfügung stellen müssen, gerade diese rekultivierten Flächen als Ersatzgründe verkaufen. Man kann aber vom Landwirt nicht erwarten, daß er die notwendigen Maßnahmen zur Rekultivierung auf sich nimmt. Auch der Landschaftsschutz müßte seine Interessen mitvertreten; denn was werden aufgelassene Verkehrsflächen, wenn sie nicht mehr benützt werden? Ablagerungsstätten und Stätten voll Unkraut. Ich glaube, man darf am Rande einer Bundesstraße solche Verunstaltungen der Landschaft nicht dulden und nicht einreißen lassen. Ich möchte daher zu diesem Problem dem Hohen Landtag einen Antrag unterbreiten und Sie bitten, meine Damen und Herren, diesem die Zustimmung zu geben (Ziest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu erwirken, daß in Hinkunft bei Inanspruchnahme von landwirtschaftlichem Baden bei Straßenbauten des Bundes frei gewordene Straßenflächen und sonstige im Bundeseigentum stehende Grundflächen vom Bund rekultiviert und insbesondere den Grundeigentümern, die Grundflächen für Straßenzwecke abgetreten halben, zum Verkehrswert zum Kauf angeboten werden."

Bei der Fülle der Verkehrsprobleme, die wir in den nächsten Jahren zu lösen halben werden, darf ich auf eines besonders 'hinweisen. Sie wissen, es ist eine Schnellstraße Wien—Korneuburg—Stockerau nicht nur geplant, sondern auf der Strecke Korneuburg—Stockerau bereits im Ausbau. Wenn dieses Teilstück der Schnellstraße ausgebaut ist, wird man den Verkehr, der über die Kremser, Znaimer und Horner Bundesstraße geht, der also aus dem ganzen Waldviertel und einem Teil des Weinviertels kommt, über die Schnellstraße von Stockerau nach Korneuburg leiten und weiter auf die bisherige Prager oder Horner Bundesstraße umleiten. Schon im heurigen Jahr ist im Raum Wien-Korneuburg an Wochenenden, besonders an Sonntagen, der Verkehr erstickt. Rückstauungen von der Wiener Landesgrenze bis hinauf nach Stockerau waren gang und gäbe. Verkehrsteilnehmer, die sich gut auskennen, haben den Umweg über die Brünnerstraße gewählt, um diesem Verkehrschaos zu entgehen. Worin liegt denn das Problem der Beseitigung dieser Schwierigkeiten? Auf der niederösterreichischen Seite ist die Bundesstraße ausgebaut. Wo sie aber auf Wiener Landesgebiet übergeht, ist sie nicht mehr ausgebaut, weil sie dort keine Bundes-, sondern eine Landesstraße ist. Ich darf auch da Herrn Landeshauptmann bitten, in seinen Gesprächen mit den Wiener Dienststellen besonders dahin zu wirken, daß diese Landesstraße im Wiener Bereich, auf der so viele niederösterreichische Bundesstraßen münden, auch ausgebaut wird. Es geht ja da am Wochenende gar nicht um niederösterreichische Verkehrsprdbleme. Es sind die Wiener Wochenendausflügler, die zu schimpfen beginnen. Sie dürfen sich aber dann nicht beim Bezirkshauptmann von Korneuburg beschweren oder der Gendarmerie die Schuld geben, daß sie den Verkehr nicht regeln kann. Hier liegen die Probleme auf einem ganz anderen Gebiet. Man hat es eben unterlassen, dieses Stück — es handelt sich nur um einen einzigen Kilometer von der Wiener Landesgrenze bis zum Bereich der Pragerstraße — auszubauen. (Abg. Dr. Brezovszky: Wer *ist zuständig?)* Die Gemeinde Wien selbstverstandlich, weil es keine Bundes-

straße ist. Herr 1
ja betont, daß
keine Bundesstra

Herr Abg. Ma
von Raumplanui
gegeben, daß e
liege und diese
gehört, Vorrang.
lich dazu. W
Abg. Marsch da
eine ÖVP-Initia
Raumplanung e
sagen: Die Öste
ein Konzept auf
nung, es sind Be
sie nicht zu wiec
Budgetberatunge
gesprochen worc
würden nicht w
Bauordnung odt
stimmt das nicht
ordnung müßte
schiedet werden,
planung. Ich m
eigentlich mit d
Herrn Landesha
tor Tschadek, ga
schauen, welches
hat, dann müsse
wie ich das inzw
am 14. März di
(Abg. Marsch: W
verhindern!) un
punkt, nämlich
nung eingebrach
mittag zu mir
werden. Herr
Ihnen jetzt das
Ihr habt euch *nic*
Ihnen weiter sa
sichtlich der Beh
sondern daß wi
gehend in einei
Ausschuß mit de
haben. Sie köni
von uns erwarte
jetzt eingebrach
keiner Weise un
den in den erste
res ausführlich
hoffen, daß wir
einer Einigung k

Herr Abg. Ma
gesagt, die Sozial
die Gemeindezu
Herr Kollege, ic
waren damals n
können das viellt
Kollegen erfahre
Initiative des ÖV

Straße ist. Herr Kollege Brezovszky, ich habe ja betont, daß es eine Gemeindestraße und keine Bundesstraße ist.

Herr Abg. Marsch hat bei der Behandlung von Raumplanungsfragen auch den Hinweis gegeben, daß eine Regierungsvorlage vorliege und diese habe, so haben wir immer gehört, Vorrang. Wir stehen selbstverständlich dazu. Wollte vielleicht der Herr Abg. Marsch damit andeuten, daß die SPÖ eine ÖVP-Initiative auf dem Gebiete der Raumplanung erwartet? Ich muß Ihnen sagen: Die Österreichische Volkspartei hat ein Konzept auf dem Gebiete der Raumplanung, es sind Beweise genug da, ich brauche sie nicht zu wiederholen; es ist im Laufe der Budgetberatungen schon sehr viel davon gesprochen worden. Wenn Sie glauben, wir würden nicht wissen, was Vorrang hat, die Bauordnung oder die Raumplanung, dann stimmt das nicht. Wir haben gesagt, die Bauordnung müßte zuerst vom Landtag verabschiedet werden, und dann folgt die Raumplanung. Ich muß Ihnen sagen, wir gehen eigentlich mit dem zuständigen Referenten, Herrn **Landeshauptmannstellvertreter** Doktor Tschadek, ganz konform. Wenn Sie nachschauen, welches Gesetz er zuerst eingebracht hat, dann müssen Sie auch feststellen — so wie ich das inzwischen getan habe —, daß er am **14.** März dieses Jahres die Bauordnung (*Abg.* Marsch: Weil *Sie sie* seit drei Jahren verhindern!) und zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich erst im April, die Raumordnung eingebracht hat. Sie haben heute vormittag zu mir gesagt, ich soll nicht nervös werden. Herr Kollege Marsch, ich könnte Ihnen jetzt das gleiche sagen. (Abg. *Jirovetz:* Ihr habt euch nichts vorzuwerfen!) Ich könnte Ihnen weiter sagen, daß wir nicht nur hinsichtlich der Behandlung ein Konzept halben, sondern daß wir uns auch schon sehr eingehend in einem eigens dazu eingesetzten Ausschuß mit der Frage Raumplanung befaßt haben. Sie können wirklich eine Initiative von uns erwarten, denn das Gesetz, wie es jetzt eingebracht worden ist, entspricht in keiner Weise unseren Intentionen. Wir werden in den ersten Monaten des nächsten Jahres ausführlich darüber sprechen und dürfen hoffen, daß wir auch auf diesem Gebiet zu einer Einigung kommen.

Herr Abg. Marsch hat am Vormittag auch gesagt, die Sozialisten wären schon immer für die Gemeindezusammenlegungen gewesen. Herr Kollege, ich muß Sie erinnern — Sie waren damals noch nicht im Landtag und können das vielleicht nicht so genau von Ihren Kollegen erfahren haben —, es war doch eine Initiative des ÖVP-Klubs und keinesfalls eine vom Referenten, der für die Gemeindeangelegenheiten zuständig ist, nämlich Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek. Im damals eingesetzten Unterausschuß war selbstverständlich auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Tschadek anwesend, und Herr Landesrat Rösch — damals Abgeordneter — hat auch mitgesprochen. Fragen Sie ihn, ob er über unseren Antrag, der die freiwillige Zusammenlegung der Gemeinden fördern sollte, sehr begeistert war oder ob er die Absicht hatte, unseren Antrag zu zerreden. Es hat sehr lange gedauert, bis wir uns doch gefunden haben. Wenn wir Erfolge erzielt haben, so sind sie meinetwegen gemeinsam erreicht worden, aber Sie dürfen niemals sagen, daß die Priorität bei Ihnen lag, Sie dürfen niemals sagen, daß Sie von Anfang an auch für diese Maßnahmen waren. (Beifall *bei* der *ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter R o h a t a.

Abg. ROHATA: Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Gestatten Sie mir ein paar Worte zur Verkehrssicherheit, die weitgehend mit dem Zustand unserer Straßen zusammenhängt. Im Straßenbau in Niederösterreich ist wohl sehr viel, aber lange nicht alles geschehen, um den immer stärker werdenden Anforderungen gerecht zu werden. Auch die Betriebssicherheit der Fahrzeuge ist ein wichtiger Faktor, und es ist erfreulich, daß im Budget die Fertigstellung der Kraftfahrzeugprüfstelle in Horn vorgesehen ist, die diesem Zwecke dienen soll. Bei dieser Gelegenheit darf auch anerkennend festgestellt werden, daß die beiden Kraftfahrorganisationen Österreichs durch ihre Prüfstellen eine sehr wertvolle Arbeit leisten. Sie helfen mit bei der Oberprüfung der Fahrzeuge, die oft in nicht sehr gutem Zustande sind, denn die öffentlichen Stellen wären sicher nicht in der Lage, die vielen in Betrieb befindlichen Kraftfahrzeuge zu überprüfen. In dieser Beziehung wird auch das neue Kraftfahrgesetz ab **1.** Jänner **1968** einige Neuerungen bringen. Trotz aller Maßnahmen muß leider festgestellt werden, daß jährlich in Österreich rund **2000** Menschen den Verkehrstod erleiden. Es ist daher notwendig, auch von hier aus einen Appell an alle in Frage kommenden Stellen zu richten, mit entsprechender Aufklärungstätigkeit einzusetzen, damit die Zahl der Verkehrstoten verringert wird. Wie sehr ein solcher Appell berechtigt ist, zeigt auch der Umstand, daß **i49** Kinder unter **14** Jahren unter den Verlrehrsopfern aufscheinen. Ich habe schon vor einigen Jahren über diese Angelegenheit gesprochen und festgestellt, daß in nicht sehr

zureichendem Maße in den Schulen aufklärend gewirkt wird. Mir wurde damals eine Broschüre vorgehalten, die aber nicht den Weg zu den Schulkindern gefunden haben dürfte.

Nun aber zu einem anderen Problem, und zwar zum Ausbau des Südringes der Autobahn, früher Südumfahrung genannt. Auch die Auflockerung und Entflechtung des Verkehrs trägt wesentlich zur Verkehrssicherheit und vor allem zu einer Flüssigmachung des Venkehrs innerhalb der Gemeinden bei. Vor einigen Wochen hat das Bautenministerium die niederösterreichische Autobahnverwaltung beauftragt, die bedeutendsten Hindernisse, die dem Weiterbau des Autobahnsüdringes entgegenstehen, zu beseitigen. Bekanntlich mußten die Bauarbeiten im Jahre 1962 wegen budgetärer Schwierigkeiten eingestellt werden. Nun hat die niederösterreichische Autobahnabteilung rund 56,000.000 Schilling für den weiteren Ausbau des Südringes zur Verfügung, und zwar für die Baulose Hochstraß und Schöpfl. Es erhebt sich die berechtigte Frage, ob es nicht notwendig sein wird, das an die Großstadt Wien angrenzende Gebiet aus rein verkehrstechnischen Gründen von Vösendorf aus zu durchfahren, um hier am Rand von Wien den Verkehr zu erleichtern. Außerdem muß festgestellt werden, daß auch in diesem Gebiet auf den während der vergangenen Jahre begonnenen Baustellen Bäume wachsen, daß sie verrottet sind und daß Straßenteile in wild verwachsenen Feldern enden. Bei den im November zwischen Wien und Nieder-Österreich stattgefundenen Verhandlungen wegen weiterer gemeinsamer Planungen wurde auch über eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den von der Einstellung der Straßenbahnlinie **360** betroffenen Gemeinden gesprochen. Der Ersatzautobusverkehr wird verschiedentlich durch Engpässe sehr behindert. Hier hat sich die Gemeinde Wien erfreulicherweise bereit erklärt, die Trasse der aufgelassenen Straßenbahnlinie 360 an Niederösterreich abzutreten, um hier eine Erleichterung des Verkehrs zu ermöglichen.

Die Wienerwaldgemeinden im Raume von Mödling haben aber noch ein ernsteres Verkehrsproblem, nämlich die Überlastung ihrer Durchzugsstraßen durch den nach Wien rückflutenden Kraftfahrzeugverkehr im Sommer und besonders an Sonn- und Feiertagen. Abg. Dipl.-Ing. Robl hat festgestellt, daß dieses Problem auch in anderen Gegenden auftritt. Es ist daher notwendig, die Südumfahrung zuerst auszubauen, damit die Ortsdurchfahrten der Gemeinden Hinterbrühl, Mödling, Maria-Enzersdorf, Brunn und Perchtoldsdorf wesentlich entlastet werden. Tausende Wiener Autofahrer würden viel rascher nach Hause kommen, wenn sie die Heimfahrt aus dem Raume **Heiligenkreuz-Sittendorf-Grub** kreuzungsfrei über den Südring nach Vösendorf antreten könnten, anstatt durch die meist engen Ortsdurchfahrten in sehr zeitraubender und nervenbelastender Weise im Slalom nach Hause fahren zu müssen. Es würden aber auch die Gemeinden entlastet werden, denn nicht nur ihre Straßen werden stark beansprucht, es entsteht ihnen auch deshalb Schaden, weil die verkehrsärmeren Gemeinden eher aufgesucht werden als verkehrsüberlastete Ortschaften, bei denen man bei der Heimfahrt unendliche Verkehrsstauungen in Kauf nehmen muß. Hier wäre eine gemeinsame dringende Aufgabe der beiden Bundesländer Wien und Niederösterreich zu lösen, die im gleichen Maße an einer Bereinigung interessiert sein müßten; das eine Bundesland im Interesse seiner betroffenen Verkehrsteilnehmer, das andere Bundesland mit Rücksicht auf die noch härter betroffenen Durchzugsgemeinden, die hier sehr schwere örtliche Probleme meistern müssen.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Südringes wird auch die Verbindungsstraße vom Südring zur Südautobahn aktuell. Hier erweist es sich, daß diese Verbindungsstraße Ost—West mitten durch dichtverbautes Mödlinger Gebiet geführt werden soll. Mit anderen Worten heißt das, daß die Stadt in vier Teile geteilt wird, weil schon die Südbahn die Stadt von Norden nach Süden halbiert. Nun geht es hier um den Ausbau der sogenannten Klausenstraße durch die Vorderbrühl, die als Teil der Altenmarkter Bundesstraße nicht im vorgesehenen Ausmaß ausgebaut werden müßte, wenn der Südring schon bestehen würde und die vielen Autofahrer direkt auf den Südring abgeleitet werden könnten. Im übrigen ist bekannt, daß sich viele Städte auch in Niederösterreich bemühen, Umfahrungsmöglichkeiten zu schaffen, damit der Verkehr schon vor der Ortseinfahrt abgeleitet werden kann. In Mödling soll aber gerade das Gegenteil geschehen. Ein Massenverkehr soll zwangsläufig mitten durch ein dichtverbautes Stadtgebiet geleitet werden.

Für eine weitere Ableitung und Umfahrung würde es notwendig sein, die Landesstraße 151, die sogenannte Weinstraße, über den Eichkogel nach Mödling zu einer Umfahrungsstraße auszubauen, und zwar in Richtung Bundesstraße **17** und der Südautobahn. Hier wären Straßenteile schon vorhanden; auch eine Unterführung der Südbahn besteht bereits. Vor fünf Jahren erschien in einer

nd Perchtoldsdorf
. Tausende Wie-
iel rascher nach
lie Heimfahrt aus
z-Sittendorf-Grub
iring nach Vösen-
tt durch die meist
sehr zeitrauben-
Weise im Slalom
ssen. Es würden
entlastet werden,
3en werden stark
nen auch deshalb
ärmeren Gemein-
den als Verkehrs-
ei denen man bei
ne Verkehrsstau-
ß. Hier wäre eine
fgabe der beiden
iederösterreich zu
3e an einer Berei-
müßten; das eine
seiner betroffenen
ndere Bundesland
h härter betroffe-
, die hier sehr
meistern müssen.
dem Ausbau des
Verbindungsstraße
bahn aktuell. Hier
Verbindungsstraße
chtverbautes Möd-
den soll. Mit ande-
3 die Stadt in vier
schon die Südbahn
ch Süden halbiert.
Ausbau der soge-
durch die Vorder-
enmarkter Bundes-
enen Ausmaß aus-
wenn der Südring
d die vielen Auto-
ring abgeleitet wer-
st bekannt, daß sich
lerösterreich bemü-
reiten zu schaffen,
vor der Ortseinfahrt
n Mödling soll aber
hehen. Ein Massen-
; mitten durch ein
, geleitet werden.

eitung und Umfah-
g sein, die Landes-
te Weinstraße, über
ng zu einer Umfah-
und zwar in Rich-
d der Südautobahn.
schon vorhanden;
der Südbahn besteht
erschien in einer

Zeitung ein Artikel, aus dem zu entnehmen war, daß in Mödling die Verkehrsstauung beängstigende Formen annimmt und die Stadt in einem Verkehrschaos zu ersticken droht. Was seither zur Entschärfung dieser Situation getan wurde, entspricht keineswegs den Erfordernissen. Die Landes- und Bundesstraßenverwaltung muß gemeinsam viel mehr den Notwendigkeiten einer Verkehrsentlastung der vom Durchzugsverkehr besonders hart getroffenen Gemeinden des Mödlinger Raumes Rechnung tragen. Dazu kommt noch ein anderes Problem, das seit Jahren diskutiert wird; es handelt sich um die Verlegung der Trasse der Lokalbahn Baden durch Wiener Neudorf. Auch hier würde den betroffenen Gemeinden durch eine zweckmäßige Planung und eine der Dringlichkeit entsprechende Durchführung sehr geholfen werden. Sie könnten dann nach Vorliegen der echten Voraussetzungen sehr rasch und besser ihre damit zusammenhängenden Probleme lösen. Hier richte ich den Appell an den Herrn Landeshauptmann, der sowohl 'das ganze Gebiet als auch die Klausenstraße gut kennt, mitzuhelfen, damit diese Probleme raschest gelöst werden können. **(Beifall *bei der SPÖ.)***

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte kammt Herr Abgeordneter R i g l.

Abg. RIGL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich vorerst bei meinem Kollegen Helm bedanken, daß er sich so für St. Pölten eingesetzt hat. Ich kenne die Straße, die du sehr oft Über Herzogenburg fahren mußt. Ich will nicht sagen, daß sie eine Rennbahn ist, aber leider haben wir im Bezirk noch viel schlechtere, auch das wird dir bekannt sein. Anläßlich eines Besuches des Herrn Landeshauptmannes in der Glanzstoffabrik haben wir ihm ein Stück dieser Herzogenburgerstraße gezeigt, die täglich von über 1500 Arbeitern und Angestellten der Glanzstoffabrik befahren wird. Es war sehr gut, daß wir das damals getan haben, denn die Arbeiter und Angestellten dieser Fabrik fahren meist mit dem Moped oder dem Fahrrad auf dieser Straße. Wenn sie ausgebaut ist, wird man dann diese Straße auch über Herzogenburg nach Traismauer benützen können.

Das wollte ich eigentlich nur nebenbei bemerken, ich befasse mich nämlich mit einem anderen wichtigen Problem, das auch St. Pölten betrifft. Es ist nicht von ungefähr, daß in St. Pölten einer der größten Güterbahnhöfe und auch ein eigenes Zollabfertigungsgebäude besteht. Es werden dort viele Waren sowohl nach dem Süden als auch nach dem Norden und in den Raum St. Pölten umgeschlagen. Nun konnte man in letzter Zeit 'bemerken, daß dieser Umschlag auf dem Güterfrachtenbahnhof zurückgeht. Man braucht nicht fragen, warum, wenn man bedenkt, daß fast parallel zur Westbahn die Westautobahn, die den Westen mit dem Osten verbindet und später wahrscheinlich auch eine wichtige Verbindung nach Süden herstellt, liegt. Ich bin selbst einmal auf die Autobahn gefahren und mußte dort wegen des starken Verkehrs ein wenig warten. Da sah ich auf der gegenüberliegenden Geite einen großen Lastzug aus Deutschland; auf den Plachen war der Name einer Firma, mit der ich selbst viel zu tun hatte. Ich bin der Sache nachgegangen, da ich Waren zu bekommen hatte, und konnte nun erfahren, daß diese Waren von Deutschland nach Wien geführt werden, dort wurden sie einer großen Speditionsfirma übergeben, diese gab sie wieder an eine St. Pöltner Speditionsfirma weiter. So ist dann diese Ware zu mir gelangt. Das müßte Anlaß genug sein, sich Gedanken über die Errichtung eines Autobahnhofes in St. Pölten zu machen. Die zentrale Lage St. Pöltens im Bundesland Niederösterreich und die verkehrstechnischen Bedingungen bieten auch im Sinne der Raumplanungskommission ausgezeichnete Voraussetzungen für einen Autobahnhof in St. Pölten. Sankt Pölten liegt an der West-Ost-Hauptverkehrslinie und in naher Zukunft auch an einer Nord-Büd-Linie; die Stadt hat also im Zentralraum Niederösterreichs eine wichtige Verteiler- und Sammelfunktion, ist ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt und liegt an der Autobahn, womit sich eine weitere Funktion eröffnet, nämlich die eines Umschlagplatzes für Waren, die mittels Lastkraftwagen aus dem Westen kommen oder dorthin transportiert werden.

Die neue Schnellstraße St. Pölten—Krems und die dadurch mögliche günstige Verbindung zum Donauhafen Krems und zum geplanten CERN-Institut in Göpfritz verstärken darüber hinaus St. Pöltens Rolle. Daß St. Pölten auch zum Umschlagplatz für Waren nach und aus dem Burgenland, dem östlichen Niederösterreich, ja sogar der Steiermark wenden könnte, ergibt sich aus der iiberaus günstigen Lage vor der Abzweigung der West- zur Südautobahn bei Steinhäusl. Eine Tatsache, die besonders herausgehoben werden muß und die sehr gegen die Errichtung eines derartigen Objektes in Wien-Auhof spricht. Der Autobahnhof Sankt Pölten würde nicht nur eine beträchtliche Transportzeitverkürzung bedeuten, sondern auch eine Entlastung des innerstädtischen

Verkehrs in Wien mit sich bringen, wie ich an folgendem Beispiel erklären will:

Ein Lastkraftwagen aus der Bundesrepublik Deutschland bringt Waren für eine Firma in Wien und eine in Wiener Neustadt. Zur Zeit gehen beide Sendungen bis Wien, dort dauert es erfahrungsgemäß meist lange, bis die Ware für Wien verzollt werden kann, erst dann kann die Post nach Wiener Neustadt weitergeführt werden, wobei ganz Wien durchfahren werden muß. Wenn nun dies an einem Freitag geschieht, ist es dem Frächter auf keinen Fall möglich, vor Montag eine Fracht ins Ausland zu übernehmen; dadurch gehen sowohl kostbare Zeit als auch Ladekapazitäten verloren. Anders ist es, wenn der Autobahnhof St. Pölten funktioniert. Der Lastkraftwagen wurde mit beiden Wagen nach St. Pölten kommen, lagert im zu errichtenden öffentlichen Zollager die Ware ein und kann sofort zur nächsten Firma um Retourfracht fahren. Nach erfolgter Verzollung in St. Pölten wird die Ware durch Zusteller nach Wien beziehungsweise Wiener Neustadt gebracht, und das alles, ohne das Stadtgebiet von Wien zu berühren, da dieser Transport über die Zuführung der Autobahn Süd geführt werden würde. Wäre dieser Lkw aus Schweden, könnten viel Zeit, Telephonspesen und Fernschreibgebühren erspart werden, wenn hier bei entsprechender Organisation für ganz Österreich eine Meldestelle für den Export bestünde. Eine Firma aus dem nördlichen Waldviertel ruft zum Beispiel an und bietet eine komplette Ladung etwa nach Dänemark an. Diese Meldung wird ausgeschrieben, der Schwede hat sofort eine Retourfracht. Darin sehe ich die größte Bedeutung dieses Projektes, nämlich die bestmögliche Ausnützung der Ladekapazität durch die Frachtsemmelstelle St. Pölten. Diese Frachtverteiler- und Sammelfunktion einer großen Spedition anzubieten, wäre unsere große Aufgabe. Das müßte jedenfalls erster Anstoß sein, um in der Folge auch andere Wirtschaftszweige, wie weitere Speditionsfirmen, Ölfirmen, Reparaturwerkstätten, Großhandelsfirmen, ja sogar Gemischtwarenhandlungen und dergleichen, zu interessieren. Soviel mir bekannt ist, wird ein Autobahnhof Auhof in Erwägung gezogen, doch müßte es im Interesse unseres Landes liegen, St. Pölten in den Vordergrund zu stellen, da es wesentlich günstigere Voraussetzungen für einen Autobahnhof in Niederösterreich hat. ***(Beifall rechts.)***

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Jirovetz.

Abg. JIROVETZ: Herr Prasident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Zweck meiner Rede komme, möchte ich eine Feststellung machen. Der Herr Abg. Dipl.-Ing. Robl hat am Schluß seiner Ausführungen erklärt, daß die Gemeinde-Zusammenlegungen bei uns auf kein gutes Echo gestoßen seien, was sich bei den Beratungen über den Initiativantrag der ÖVP zu den Cemeindezusammenlegungen ergeben habe. Nachdem ich auch im Ausschuß vertreten bin, kann ich feststellen, daß das nicht den Tatsachen entspricht, denn mit den Gemeindezusammenlegungen (beschäftigte man sich in Niederösterreich nicht erst seit 1945, 1950 oder 1955, diese waren schon in den Plänen vor dem Jahre 1930 enthalten, weil man wußte, daß gerade Niederösterreich mit seinen vielen Kleinst- und Kleingemeinden wirtschaftlich am schlechtesten gestellt ist. Es war nur — und das muß ausdrücklich festgestellt werden — in einer Einbegleitungsrede des Referenten zum Budget davon die Rede, daß man die Zusammenlegungen schmackhaft machen müßte, weil damit meist personelle Probleme, also menschliche Probleme, verbunden sind und man einen Bürgermeister, wenn er einmal gewählt ist, nicht so leicht absetzen könne. Man müßte daran denken, mehr Vizebürgermeister und Ortsvorsteher zu bestellen. Darüber ist das Gespräch nicht mehr verstummt und bei der ersten Beratung des Geschäftsstückes ... ***(Abg. Dipl.-Ing. Robl: Von wem ist die Initiative zu diesen Maßnahmen ausgegangen?)*** Das war nicht Gegenstand meiner Feststellung, Herr Kollege Robl, ich habe lediglich auf Ihre Erklärung hingewiesen, daß sie bei uns keine Begeistemng erweckt haben. Es ging nur darum, das müssen Sie zugeben, Herr Abgeordneter Rabl, daß wir uns in der ersten Sitzung überlegt haben, wie man die Gemeindezusammenlegungen den Bürgermeistern reizvoll machen könnte, um ihren Widerstand, der in Ihren Reihen genauso groß ist wie in unseren, zu beseitigen. Dabei ist erwähnt worden, daß man vielleicht den Gemeinden durch höhere Subventionen und sonstige Zuwendungen einen Anreiz geben könnte, um zu erreichen, daß die Klein- und Kleinstgemeinden durch Zusammenlegungen verschwinden. Nachdem es sich hier um finanzielle Probleme gehandelt hat, wurde das Geschäftsstück zurückgestellt, um dem Finanzreferenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach Klärung dieser Angelegenheit konnte mit den Beratungen begonnen wenden, welche auch zum Abschluß gebracht wurden. Eines müssen wir uns doch eingestehen: Kein Mensch, weder von Ihrer noch von unserer Seite, hätte damit gerechnet, daß die Zusammenlegungen in dieser

Form *(Abg. Dipl.-Ing.* ***Robl:*** So ***einen Erfolg bringen!)*** so einen Erfolg bringen. Ich glaube, wir können alle mitsammen darüber sehr zufrieden und enfreut sein. Vielleicht kommen wir doch noch einmal dahin, daß auch in Niederösterreich Gemeinden entstehen, die es nicht notwendig haben, anderen wirtschaftlich bessergestellten Gemeinden den Erfolg neiden zu müssen. Immer wieder kommt es **zu** Feststellungen, daß diese oder jene Gemeinde die reichste sei, die sich alles leisten könne. Das ist selbstverständlich, denn die Finanzkraft muß in größeren Gemeinden entsprechend größer sein. Ich möchte darauf hinweisen, daß größere Gemeinden, insbesondere solche, die infolge ihrer wirtschaftlichen Lage sehr viel Zuzug haben, mit ganz anderen Problemen konfrontiert werden als kleine Gemeinden. Sie müssen mehr Wohnungen bauen und für Schulen vorsorgen; alle Angelegenheiten werden für die größere Gemeinde nicht nur lukrativer, sondern auch kostenaufwendiger. Sie werden auch in Ihren größeren Gemeinden sehen, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, die das Budget sehr stark belasten, und daß Aufgaben anfallen, die bei einer kleinen Gemeinde überhaupt nicht vorkommen. Das sind eben die Gegebenheiten, über die wir nicht hinwegkommen.

Über das Bestehen von gut funktionierenden Gemeinden sollten wir eigentlich froh sein, da sie sich selbst helfen können und nicht immer wegen jeder Kleinigkeit entweder zum Referenten für den Wasserbau oder zu jenem für Wegebauten oder Schulbauten betteln kommen müssen, um etwa 5000 Schilling zu erhalten, weil sie sonst nicht weitenbauen können. Es gibt heute auch in Niederösterreich große Gemeinden mit nicht geringer Einwohnerzahl, die bereits am Ende ihrer Weisheit sind, da die Entwicklung der Steuern für die Gemeinden eine stark sinkende Tendenz aufweist. Ich denke dabei an eine meiner Nachbargemeinden, die im vergangenen Jahr um ungefähr 320.000 Schilling zuviel an Vorauszahlungen für die Gewerbesteuer erhalten hat, so daß heuer dieser Betrag in Abzug gebracht werden muß. Da gleichzeitig auch die Gewerbesteuer gesunken ist, ist diese Gemeinde nicht einmal in der Lage, den ordentlichen Haushalt zu bestreiten. Wo bleibt dann die Durchführung aller übrigen Aufgaben der Gemeinde? Dabei sei festgestellt, daß diese Gemeinde nicht durch Wohnbauten belastet ist, weil dort von anderen Körperschaften gebaut wird. Auch der Kanalbau ist bereits durchgeführt; auch andere große Aufgaben, die sehr viele Mittel verschlingen, belasten diese Gemeinde nicht mehr.

Ich möchte nur eine Feststellung treffen: Der Initiativantrag ist sicherlich von der ÖVP ausgegangen. Da er jedoch auch in unserem Interesse lag, waren wir sehr froh, daß in dieser Beziehung etwas geschehen ist, und wir haben uns dagegen nicht gewehrt. Der Erfolg spricht dafür, und wir dürfen nicht vergessen, daß wir den vor einigen Jahren eingeschlagenen Weg fortsetzen müssen. Sowohl bei Ihnen als auch bei uns gibt es noch verschiedene Schwierigkeiten, und wie in Ihren Reihen gibt es auch in unseren kleine Kaiser, die man nicht **so** leicht absetzen kann; es sei denn, es wäre in Griechenland, wo es leichter geht, denn der dortige begibt sich einfach nach Rom. Das zu den Ausführungen des Herrn Abg. Robl.

Ich möchte mich noch zu etwas äußern. Der Herr Abg. Buchinger hat sich mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz befaßt. Ich will nicht auf Zahlen eingehen, das hat gar keinen Sinn. Er hat ausgeführt, daß wir das Gesetz begrüßen, da es einen einheitlichen Start für junge Eheleute bildet. Er hat weiter festgestellt, daß nunmehr die Bahn frei sei und es die Jungen bei der Wohnraumbeschaffung leiahter hätten; er hat sich aber nicht auf die finanzielle Seite eingelassen, was ich nun besorgen möchte. Vielleicht hat er seine Feststellungen nur sehr theoretisch aus dem Gesetz herausgelesen. Da wir laufend Wohnungen bauen, kann ich Ihnen als alter Praktiker versichern, daß immer der am billigsten baut, der sich selbst ein Häuschen errichtet. Wenn einer Gelegenheit hat, ein billiges Baugrundstück zu erwenben, dann kann er sich beim Rohbau mindestens 150.000 Schilling ersparen, was ihm wohl sehr viel Mühe, Fleiß, Schweiß und auch Entsagung kostet, da er sich das Geld vom Mund absparen muß.

Er wird sich vor allem für die Zukunft nicht zu viele Lasten auferlegen, denn zum Haus gehört ja auch die Einrichtung, also Möbel. Jeder, der damit zu tun hat, weiß, daß dafür jährlich einige Tausend Schilling notwendig sind und daher die Belastung der Familie, besonders in jungen Jahren, sehr groß ist. Er kennt bestimmt durch einige Jahre kein Vergnügen und kann nur daran denken, daß er eine Wohnung hat. Warum soll aber einer, der sich ein eigenes Haus baut, das dann, wenn es fertig ist, einen Wert von 400.000 bis 500.000 Schilling hat, sich nicht anstrengen und Opfer bringen?

Wie ist es aber bei dem neuen Wohnbauförderungsgesetz? Nach den Bestimmungen werden zwei Drittel des Fonds für den Eigenheimbau und ein Drittel für Gemeinden und

Genossenschaften verwendet. Dabei ist aber ein Schönheitsfehler. Eigenheim bauen kann auch ein Privater, und für den gelten die gleichen Bestimmungen. 60 Prozent wird er Fondsmittel bekommen, 10 Prozent wird er Eigenmittel haben müssen und 30 Prozent wird er auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Dabei ist noch immer fraglich, ob der Kapitalmarkt in (Österreich für diese Darlehensaufnahmen bereit ist. Wir wissen ja, daß erstens nicht nur die Industrie sehr viel Geld brauch:, sondern auch der Bund mit seinen Anforderungen an den Kapitalmarkt wesentlich in Erscheinung tritt. Ich habe vor ungefähr einem dreiviertel Jahr einen Vortrag eines Finanzwirtschafters gehört, der mir dann erklärt hat, am österreichischen Kapitalmarkt wären im Schnitt jährlich 6.000,000.000 Schilling aufzubringen. Wenn wir die Konstellation der letzten Zeit ansehen, dann sind wir bald mit dem zu Ende, was der Bund von den Banken selbst braucht. Dazu besteht noch die Tendenz, daß der Österreicher das Geld lieber daheim im Sparstrumpf liegen läßt, als es in die Bank zu geben. Das beweisen auch einige Diebstähle, die vorgekommen sind und wo einmal 70.000 Schilling und einmal 100.000 Schilling gestohlen wurden. Wenn man schadenfroh wäre, könnte man sagen: Recht geschieht dir, warum mußt du das Geld daheim in der Kredenz oder im Schreibtisch liegen lassen, gehe damit auf die Bank und sichere dir dort dein Geld. Nun ist aber die Finanzierung, Herr Kollege Buchinger, doch wieder problematisch, denn wenn ich für eine Wohnung mit 100 Quadratmeter — so haben Sie es mitgeteilt, und das wird auch so ziemlich stimmen — einen Quadratmeterpreis von 3400 Schilling rechne, so kommt diese Wohnung auf 340.000 Schilling. Davon bekommt er 60 Prozent öffentliche Mittel, das sind 204.000 Schilling, die er mit 2 Prozent rückzahlen und mit einem Prozent verzinsen muß. Das heißt also, 50 Jahre hindurch muß er 3 Prozent Zinsen zahlen. Das erfordert eine Amortisation von ungefähr 6120 Schilling. Nun braucht er aber 30 Prozent. Wenn er aber die 30 Prozent auf dem Kapitalmarkt aufnehmen rnuß, dann bekommt er sie günstigstenfalls mit 7,5 Prozent. Er muß also, wenn er dieses Darlehen für zehn Jahre bekommt, 10.200 Schilling jährlich zurückzahlen. Für die Verzinsung muß er 3825 Schilling zahlen, so daß also die Annuität 14.100 Schilling ausmacht. Wenn ich noch die Rückzahlung des großen Darleihens vom Bund mit 6120 Schilling dazurechne, dann beträgt die Annuität jährlich 20.145 Schilling, durch zwölf dividiert, gibt das einen Quadratmeterpreis von 17 Schilling.

Nun eine Kuriosität. Wenn zum Beispiel ein Privater sich ein Eigentumswohnhaus baut, dann kann er auch die Förderung in Anspruch nehmen, er kann die 10 Prozent Eigenmittel von den Leuten besorgen, er kann 30 Prozent an Hypotheken aufnehmen, und 60 Prozent bekommt er aus der Wohnbauförderung. Wenn sich also jemand ein Eigenheim baut, dann fällt nach zehn Jahren die Verzinsung des Darlehens durch die Bank weg. Aber nicht so ist es, wenn ein Privater Wohnungen für andere baut, denn da bleibt der Mietzins mit 17 Schilling pro Quadratmeter Wohnung bestehen. Während also beim Eigenheim der Zins, der durch zehn Jahre hindurch für eine 100 Quadratmeter große Wohnung 1700 Schilling betragen hat, wenn das Darlehen von der Bank zurückgezahlt ist, auf 500 Schilling fällt, bleibt der Mietzins beim Eigentumsbau eines Privaten, der mehrere Wohnungen baut und vermietet, bestehen. Das heißt also, nach zehn Jahren macht er ein schönes Geschäft, er bekommt um 1200 Schilling im Monat mehr, als er rückzahlen muß; das ist der Schönheitsfehler. Das gibt es bei den Gemeinden oder Genossenschaften nicht, denn die können nur das an Zins verlangen, was sie tatsächlich aufwenden. Es ist ein sehr großer Fehler, daß man die Gemeinden bei den Bauten zum Großteil ausgeschaltet hat, denn bisher halben sich zumindest die Gemeinden bemüht, Wohnungen mit einer Berechnung des Mietzinses zu bauen, die vor allem für die Parteien noch erträglich war.

Eines muß uns klar sein, wenn die Zinse in der Form bestehen bleiben, dann wird das ohne Zweifel eine große Lohnbewegung auslösen müssen, weil die Leute die Zinse nicht bezahlen können. Es hat zum Beispiel die „Alpenland" für eine Firma in Traiskirchen 30 Wohnungen gebaut. Die Bedingung der Gemeinde, die den Grund besaß, auf dem ein altes Haus stand, war, daß 15 Wohnungen für die Gemeinde, für die Parteien, die in dem alten Haus wohnten, zur Verfügung gestellt würden. Auf das ist die Firma eingegangen. Als aber die Wohnungen fertig waren, hat es sich herausgestellt, daß der Quadratmeterpreis dort 19 Schilling betrug. Rechnen Sie sich nun aus, der Zins für eine 60 Quadratmeter große Wohnung kostet dort 1200 Schilling. Glauben Sie, daß es mir möglich ist, dort eine Partei von der alten Wohnung in die neue zu bekommen? Es sind dort zehn oder zwölf Wohnungen frei, und kein Mensch kann einziehen, weil er sich auf den hohen Mietzins nicht einlassen kann. Das gleiche haben Sie auch bei den Genossen-

schaften in Baden. Wer eine Wohnung haben will und ein wenig Geld hat, kann jederzeit von der „Frieden" oder „Gewog", und wie die Genossenschaften alle heißen, sofort eine Wohnung haben, nur sind die Baukostenbeiträge und die Mietzinse so hoch, daß es niemand wagt, sich in eine solche Wohnung hineinzusetzen, wenn er nicht einen sicheren Arbeitsplatz hat. Es muß heute einer damit rechnen, wenn er eine Wohnung bezieht und seinen gut bezahlten Arbeitsplatz verlieren sollte, daß dann für ihn nur die Delogierung bleibt. Die zuständige Gemeinde kann dann beim Spediteur dafür sorgen, daß er die Möbel wo einstellt. Wo er wohnen soll, kann sie ihm nicht sagen.

Das sind die Schönheitsfehler beim Wohnbauförderungsgesetz, Herr Kollege Buchinger. Ansonsten kann es uns recht sein, daß der Wirrwarr bei den verschiedenen Fonds wegfällt, daß eine Zusammenlegung der Fonds erfolgt und daß aus einem Sack Geld hergegeben wird. Es ist nur die Frage, ob man auf die Dauer die Mittel in der Höhe nur Verfügung gestellt bekommt, denn das ist nämlich eine Kommunikation, Herr Kollege Buchinger: mehr Beihilfen, weniger Wohnbauförderung oder umgekehrt mehr Wohnbauförderung, weniger Beihilfen. Das wird noch durch Verordnungen festgelegt werden.

Das wollte ich zum Wohnbauförderungsgesetz sagen. Meine Hauptaufgabe ist aber folgende: Ich habe mich schon gewundert — ich weiß nicht, sind da lauter Weintrinker in diesem Saal? —, daß niemand vom Wasser gesprochen hat. Dabei ist das Wasser ein sehr kostbarer Stoff geworden. Ich muß wieder einmal zu dem Kapitel Stellung nehmen. Seit vielen, vielen Jahren sind in den Ansätzen die gleichen Beträge enthalten. Ich weiß schon, daß hier die Verbindung zu den Mitteln, die der Bund zur Verfügung stellt, gegeben ist. Wenn aber vor sieben oder acht Jahren für diesen Zweck in drei Kapiteln 16,000.000 Schilling zur Verfügung gestellt worden sind und jetzt immer noch 16,000.000 Schilling da sind, dann muß ich darauf hinweisen, daß die Preise bei der Errichtung von Wasserleitungen oder Kanalisationen in den letzten acht, neun Jahren nicht um **5** oder 10 Prozent, sondern um mehr als **100** Prozent gestiegen sind. Wir wissen genau, was seinerzeit ein Meter Rohr gekostet hat und was heute bei der Errichtung von Wasserleitungen dafür verlangt wird. Wir wissen, daß heute keine Gemeinde mehr an dem Problem einer hygienischen Wasserversorgung vorübergehen kann. Das erfordert aber Kosten, welche die kleinen Gemeinden überhaupt nicht aufbringen können; auch den großen Gemeinden, wenn sie auch finanzstark sind, macht es große Schwierigkeiten. Es ist ja zu begrüßen, daß sich die Nösiwag so viel Mühe macht, gerade in Gegenden, **wo** hauptsächlich Kleingemeinden sind, vor allem auch deshalb, weil das Wasseranbot dort noch ein geringeres ist. Eine kleine Gemeinde oder ein kleiner Verband könnte sich das überhaupt nicht leisten. Es ist deshalb gut, daß hier im großen geplant wird. Das wird sich auch für die Zukunft sehr segensreich auswinken. Das Wasser ist schon ein sehr kostbarer und immer seltener werdender Stoff geworden. Früher, vor 20, **25** oder 30 Jahren, hat man, wenn eine Wasserleitung gebaut wurde, damit gerechnet, daß man pro Kopf der Bevölkerung einen Wasserverbrauch von maximal **50** bis 80 Liter haben wird. Heute stehen gute Wasserleitungsverbände bei 250 Liter, in Wien, habe ich gelesen, bei **380** Liter. Es wird immer schwieriger, die notwendige Menge Wasser an den Verbraucher zu bringen. Das bedeutet natürlich nicht nur, daß man die Quellen haben muß, sondern es bedeutet auch, daß die bestehenden Leitungen verstärkt werden müssen. Es ist ja so, daß man nach allgemeinen Erwägungen sagt, für die Zukunft baut man nicht für 50 Jahre, sondern man versucht — bitte, die Nösiwag macht es jetzt —, aber man versucht mit Mitteln **für** fünf oder zehn Jahre auszukommen. Die Entwicklung geht aber über uns hinweg, und der Wasserverbrauch wind mit dem Bau von modernen Wohnungen immer mehr steigen. Wenn heute — so wie bei der Wohnbauförderung vorgeschrieben — zwei Wohnungen in einem Hause sind, dann müssen auch zwei Klos, zwei Badezimmer usw. vonhanden sein; dadurch wird natürlich der Wasserverbrauch steigen. Seit ich dem Hohen Hause angehöre, habe ich mich mit diesem Problem immer wieder beschäftigt und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Mittel viel zu gering sind. Immer wieder wurde mir gesagt, daß nicht mehr möglich sei zu geben, weil der Bund auch zu wenig Zuschüsse gibt; und weil diese beiden Beträge von Bund und Land korrespondieren, kann eben nicht mehr eingesetzt werden. Dabei ist in der letzten Zeit eine kleine Erleichterung entstanden, weil man ja Beiträge vom Wasserbautenförderungsfonds erhalten hat. Die sind mit höchstens 40 Prozent bemessen. Das hat aber einen kleinen Nachteil; das wurde heute schon erwähnt. Man kann nämlich eine Wasserleitung nur in einem Zuge bauen. Wenn man ein Projekt einreicht nach den verschiedenen Baulosen, dann beginnt die Rückzahlung des gewährten Darlehens dann, wenn ein Baulos abgeschlossen ist. Das heißt, der

Bau ist noch mitten im Gange und schon muß man die erhaltenen Darlehen zurückzahlen. Zu diesem Beitrag vom Wasserbautenförderungsfonds ist natürlich die Bereitstellung von Mitteln vom Lande eine sehr willkommene Förderung für den Bau von Wasserleitungen und Kanalisierungen, weil diese Beträge als nichtrückzahlbare Subventionen gegeben werden und beim Wasserpreis nicht mehr berechnet werden müssen. Dabei ist es beim Wasserpreis noch ganz einfach. Das Endprodukt bei der Wasserversorgung kann man feststellen und nach dem Kubikmeter berechnen. Man kann sagen: Das kostet 6 Schilling, wenn du Wasser haben willst, dann mußt du die 6 Schilling pro Kubikmeter zahlen.

Wie ist nun aber das viel teurere Problem der Kanalisierung? Da gibt es gesetzliche Vorschriften. Da heißt es, man darf als Benützungsgebühr höchstens ein Fünfzehntel der Einmündungsgebühr verlangen. Dem sind also Grenzen gesetzt. Mir tut jeder Bürgermeister leid, dem es so geht wie mir. Ich habe vor neun oder zehn Jahren mit der Kanalisation begonnen. Damals wurde das ganze Bauvorhaben auf 25,000.000 Schilling geschätzt. Verbaut haben wir inzwischen 34,000.000 Millionen Schilling und brauchen noch einmal 25,000.000 Schilling. Die Einmündungsgebühr können wir nicht erhöhen, weil wir in der Mitte des bewilligten Projektes sind und daher von der Bevölkerung jetzt nicht verlangen können, daß sie, wenn sie jetzt 34 Schilling pro Quadratmeter Wohnung bezahlt, dann vielleicht 50 Schilling bezahlt.

Ein Problem, das für die Gemeinden auch sehr große Schwierigkeiten bedeutet, sind, wie gesagt, die Beiträge, die für den Wasserleitungsbau und Kanalisationsbau dem Siedlungswasserwirtschaftsfonds mit 16,000.000 Schilling gegeben wenden; was immerhin auch ein ganz schöner Betrag ist, aber nach meiner Meinung viel zu gering. Aus einem Bericht entnehme ich, daß für die nächsten fünf Jahre für Wasserleitungen 400,000.000 Schilling und für die Abwasserbeseitigung 1.300,000.000 Schilling, also insgesamt rund 1.800,000.000 Schilling verbaut werden sollen. Das ergibt durchschnittlich für ein Jahr 360,000.000 Schilling. Wenn also nur 10 Prozent gegeben werden sollen, dann müßten in den Ansätzen mindestens 36,000.000 Schilling enthalten sein. Dabei stimmt diese Zahl gar nicht, weil schon wieder eine ganze Reihe von Vorhaben angemeldet wurde. Allein für die derzeit projektierten Anlagen würden ungefähr 6.000,000.000 Schilling benötigt werden; das würde einen Betrag von 600,000.000 Schilling erfordern. Ich weiß schon, der Herr Finanzreferent hat schon immer errechnet, was er geben kann. Ich rechne damit, daß er sich mit seinem Freund, Herrn Landesrat Bierbaum, zusammengesetzt; vielleicht kann ihm der noch ein paar Millionen Schilling herausreißen. Vielleicht gibt er seinem Herzen einen Stoß, und es könnte etwas mehr geschehen.

Ich wollte dieses Problem aufzeigen, weil viel zuwenig beachtet wird, daß man heute für hygienisch einwandfreies Wasser Beträge auslegen muß, und zwar nicht nur die Gemeinden, nicht nur das Land oder der Bund, sondern alle. Ich erinnere mich, daß, wie der **Triestingtal-Wasserleitungsverband** errichtet wurde, die Kosten dafür 16,000.000 Schilling ausgemacht haben und daß der damalige Wasserpreis pro Kubikmeter 83 Groschen betrug. 83 Groschen betrug damals auch der Stundenlohn eines qualifizierten Metallarbeiters. Heute kostet der Kubikmeter 3 Schilling in verschiedenen Gegenden, bei der Nösiwag wird um 3.20 Schilling bis 2.50 Schilling ab Grenzwassermesser verkauft. Ein Betrag also, der eigentlich für einen Kubikmeter Wasser nicht ins Gewicht fällt, denn jeder Gartenbesitzer oder Grabeländler, der einen Kubikmeter Wasser mit der Hand pumpen muß, wird sagen, da gebe ich lieber die 10 Schilling her, bevor ich mit der Hand das Wasser pumpe. Also im Vergleich zu dem, was an Arbeit an einem Kubikmeter Wasser hängt, sind die Preise für das Wasser sehr gering. Es wird nur immer vergessen, daß man — wie allgemein bekannt — immer sagt, ja wer soll das bezahlen? Die Gemeinde soll das zur Verfügung stellen oder das Land oder der Bund. Also immer die Öffentlichkeit soll das bezahlen. Wir vergessen dabei, daß die Öffentlichkeit ja wir selbst sind, denn was man auf der einen Seite ausgibt, muß auf der anderen Seite an Steuern eingehoben werden.

Ich wollte nur auf die Problematik der Wasserversorgung beziehungsweise der Abwasserbeseitigung hinweisen. Wir sind ja auf dem besten Wege, für Niederösterreich hygienische, gesunde Verhältnisse zu schaffen. Zum Abschluß möchte ich sagen, wenn vielleicht im außerordentlichen Voranschlag noch ein Platzerl zu finden ist oder falls der Landesfinanzreferent irgendwo einen Haupttreffer macht, dann soll er die Gelder für die Kanalisierung und Wasserversorgung bereitstellen. **(Beifall *bei der SPÖ.*)**

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte gelangt Herr Landesrat Resch.

LANDESRAT RESCH: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich gleich bei der Wasserversorgung,

mit der Herr Abg. Jirovetz aufgehört hat, beginnen. Es ist richtig, daß die Mittel, die im Voranschlag für die Wasserversorgungsanlagen aufscheinen, in den letzten Jahren einen gleich hohen Betrag aufweisen. Ich darf aber doch darauf verweisen, daß in den Nachträgen jeweils nicht unerhebliche Mittel zusätzlich bereitgestellt worden sind und daß sich diese Aufgabenerfüllung durch das immer größer werdende Arbeitsprogramm, das die Nösiwag bewältigt, geteilt hat. Wir unterscheiden zwischen einer großräumigen Wasserversorgung, für die nicht unbeachtliche Mittel, die in den letzten Jahren hinzugekommen sind, ausgegeben werden, und zwischen jenen, die Ortswasserversorgungsanlagen dienen.

Es haben sich dann eine Reihe von Sprechern mit der Wohnbauförderung beschäftigt. Erlauben Sie mir auch hierzu einige Feststellungen. Herr Abg. Binder hat sich unter anderem mit den Restanten bei der Landeswohnbauförderung und bei der Wohnbauförderung 1954 beschäftigt. Ich erlaube mir hierzu festzustellen, daß diese Ziffern auf Grund mehrjähriger Erfahrungen relativ sind. Es wird Ihnen auch mein Regierungskollege Dr. Tschadek wahrscheinlich gerne bestätigen, daß im Verlauf eines Jahres sehr viele Ansuchen wegfallen, was sich dann bei den jeweiligen Sitzungen der Landesregierung im Änderungsprogramm ziffernmäßig widerspiegelt. Wieso ist man aber auf dem Gebiet der Landeswohnbauförderung überhaupt m solchen Ziffern gekommen? Wenn Sie die Dinge genau untersuchen, werden Sie feststellen können, daß das Gros — etwa zwei Drittel — auf Gemeinden und gemeinnützige Bauträger entfällt und ungefähr ein Drittel auf Private. Das heißt, daß die gemeinnützigen Genossenschaften und die Gemeinden, die, nach den tatsächliahen Baukosten gesehen, vorn Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zu wenig Mittel bekommen, nun zusätzlich aus der Landeswohnbauförderung Aufstockungsbeiträge beansprucht haben. Ich darf hier feststellen, daß ich mich an Hand der Protokolle — ich habe nicht die Ehre gehabt, damals dem Hohen Landtag anzugehören — überzeugt habe, daß die Landeswohnbauförderung für diesen ,Zweck vom Landesgesetzgeber ursprünglich keinesfalls gedacht war. Man kann heute sagen: Wenn die Entwicklung nicht zu dieser Gangart bei den Gemeinden und den Gemeinnützigen — sicherlich aus der Not der Zeit — geführt hätte, würden wir am privaten Sektor kaum wesentliche Restanten haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß man in der Bundeswohnbauförderungssystematik, mit Ausnahme vom WWF, in den letzten Jahren relativ unbeweglich geblieben ist. Sie kommen sehr leicht — ich möchte mit dem Beispiel, das der Herr Abg. Jirovetz gebracht hat, abschließen — auf sehr konkrete Vergleiche, wenn Sie feststellen, was beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds pro Wohnungseinheit gegeben worden ist, gemessen an den tatsächlichen Kosten für eine etwa 75 Quadratmeter große Wohnung mit Normalausstattung. Sie werden erstaunlicherweise feststellen können, daß der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds rund 36 Prozent der Gesamtkosten trägt. Es ist daher kein Wunder, daß Gemeinden und Gemeinnützige immer wieder versuchen, vom Land etwas dazuzubekommen. Bei der Wohnbauförderung 1954 haben die 90.000 Schilling de facto nur eine Sockelfinanzierung von 34,2 Prozent im Schnitt bedeutet. Wenn in Zukunft eine 60prozentige Sockelfinanzierung möglich ist, dann, glaube ich, kann man ausschließen, daß nochmals ein Drang zur Landeswahnbauförderung entsteht. Ich habe daher auch, die Herren werden sich erinnern, im Finanzausschuß erklärt, daß man nach einer etwa zweijährigen Übergangszeit sehr realistisch wird prüfen können, wie sich die Dinge ausgewirkt haben und ob dann noch zu diesem Zeitpunkt die Fortsetzung einer eigenen Landeswohnbauförderung zweckmäßig ist, wobei man es vom quantitativen Effekt, wenn Sie wollen, betrachten kann oder auch von anderen Gesichtspunkten. Tatsache ist, daß wir mit der Landeswohnbauförderung in Niederösterreich — im Gegensatz zu allen anderen bestehenden Förderungssystemen — den weitaus größten quantitativen Effekt erzielt haben. Das ist unbestritten. Die Damen und Herren, die dem Beirat angehören, wissen das aus einer Reihe von Diskussionen.

Genauso relativ ist natürlich auch die Restantenzahl bei der Wohnbauförderung 1954, weil sich dort erfahrungsgemäß im Verlaufe eines Jahres das gleiche vollzieht, daß nämlich Rücktritte erfolgen, daß viele Vorhaben, die in 'der Ziffer aufscheinen, deshalb ausgeschieden werden, weil sie nicht annähernd den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gerecht werden. Bringt nun die Wohnbauförderung 1968 für die Länder nur Nachteile, nämlich einen höheren Verwaltungsaufwand und bedeutend weniger Mittel? Diese Frage ist in der Diskussion durchgeklungen. Ich habe auch mit Kollegen Binder gesprochen und ihm bestätigt, daß es an Hand der vorhandenen Unterlagen gar nicht sehr leicht ist, sich realistisch eine genaue Vorstellung für das kommende Jahr zu

machen, zumal auch die Mitteilungen der Verbindungsstelle der Bundesländer zweimal korrigiert werden mußten. Ich darf auch sagen, daß wir Niederösterreicher mit einem Schlüssel von 14,2 Prozent, der bis 1971 gelten wird, keinen Grund haben, in Begeisterungsstürme auszubrechen. Ich kann auch als bekannt voraussetzen, daß die Hohe Landesregierung sich noch vor der parlamentarischen Beschlußfassung bemüht hat, durch ein direktes Anschreiben der Klubobmänner der im Parlament vertretenen Parteien auf dieses Unrecht hinzuweisen, nämlich auf die 14,2 Prozent bei einer Volkszahl von 19,42 Prozent. Tatsache ist aber eines, meine Damen und Herren, daß wir mit diesem Schlüssel — global gesehen — noch immer besser fahren als in den vergangenen Jahren. Es ist das zwar auch keine erfreuliche Feststellung, je nachdem, wie man es betrachten will, aber wir bekommen beim WWF um 71,600.000 Schilling mehr, wir bekommen beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds um 21,800.000 Schilling weniger und verlieren bei der Wohnbauförderung 1954 14,1 Prozent. Es kommt aber dabei noch immer ein bescheidenes Plussaldo von 35,600.000 Schilling heraus.

Sie werden mir nun sagen, mein lieber Herr, das spiegelt sich aber im Voranschlag, Kapitel 6, keinesfalls wider, da ,scheinen ganz andere Ziffern auf. Das ist, meine Damen und Herren, darauf zurückzuführen, daß die Fonds, die nun verlängert werden sollen, über Wunsch der im Parlament vertretenen Parteien im heurigen Jahr noch sehr beachtliche Beträge vergeben haben und angeblich noch vergeben. Auch das geschieht über Wunsch aller Parteien. Das Bundesministerium für Bauten und Technik muß sich daher Beträge zurückbehalten, um diese Vorhaben, die durch den Beirat noch begonnen wurden, ausfinanzieren zu können.

Um den quantitativen Effekt der Wohnbaufördenung 1968 im ersten Jahr feststellen zu können, müßte man realistischerweise prüfen, was vom WWF und was vom BuWoSi im Jahre 1968 mit jenen hohen Millionenbeträgen fertiggestellt beziehungsweise ausfinanziert werden könnte, die sich das Ministerium zur Erledigung dieser Vorhaben zurückbehalten hat. Sie kommen dann im Budget auf die bekannten Ziffern, nämlich auf die 47,150.000 Schilling WWF, die wir verwenden müssen, um das Paket, das uns erst übergeben wird und das sehr umfangreich sein soll, nach der Reihenfolge der Nummern chronologisch zu erledigen. Dasselbe gilt für den Betrag von 43,980.000 Schilling BuWoSi. So daß uns tatsächlich in der Übergangszeit — weil ja die 14,3 Prozent bei der Wohnbauförderung 1954 ein Minus gegenüber 1967 bedeuten — der Betrag plus dem aufzubringenden Landesanteil zur freien Verfügung steht. Ich glaube, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß beide Teile — ich brauche mich nicht deutlicher auszudrücken — noch gewisse Milliönchen benötigen, um bereits teilfinanzierte Objekte aus der Wohnbauförderung 1954 im Jahre 1968 fertigstellen zu können. Ich glaube auch, daß eines nicht stimmt, ich weiß nicht, warum es mir nicht gelungen ist, den Debattenrednern hier zu folgen, daß nämlich die Gemeinden benachteiligt werden und nur noch ein Drittel bekommen. Das stimmt nicht. Wenn sie im Eigentum bauen oder ins Eigentum übertragen, ist das keineswegs der Fall. Ich darf annehmen, daß sich der Bundesgesetzgeber dabei bestimmt etwas gedacht hat. Es ist eine Geschmacksache, was man für besser und richtiger in der Systematik beim Wohnungsbau hält, ob den Mietwohnungsbau, wo der Bauherr in der Regel nur um den Wert des Grundstückes Eigentümer bleibt, oder die Übertragung der Anteile, die dann auf den einzelnen Eigentümer entfallen. Eine Benachteiligung der Gemeinden kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Ich gebe selbstverständlich zu, daß man erst nach zwei Jahren Tätigkeit der neuen Wohnbauförderung konkret über deren Auswirkungen sprechen kann. Es handelt sich um eine Förderung, die auf die Einkommensverhältnisse, auf die Kopfzahl einer Familie abgestimmt ist; die also in den noch zu treffenden Regierungsverordnungen darauf Rücksicht nehmen muß, wobei wir über den Inhalt heute noch nicht sprechen können. Es besteht aber beiderseits die Absicht, sich zu Beginn des neuen Jahres in Verhandlungen auf einen möglichst gemeinsamen Inhalt rasch zu einigen. Jede der drei Verordnungen hat natürlich eine sehr bedeutsame Auswirkung auf den quantitativen Wohnbau. Eines, Kollege Jirovetz, stimmt nicht, daß nämlich jetzt eine Verschlechterung eintritt. Jetzt haben Sie praktisch mit Ausnahme des WWF — und wer kann heute noch eine Bombenruine bekommen, das ist schon ein Zauberkunststück — eine Sockelfinanzierung, die sich zwischen 36 und 34,2 Prozent bewegt. Nach der Wohnbauförderung 1968 ist eine 60prozentige Sockelfinanzierung möglich. Meine Damen und Herren, das ist ein sehr erheblicher Unterschied, wobei noch die Chance besteht, daß der Jungverheiratete, wenn er sozial bedürftig und kinderreich ist, Anspruch darauf hat, an Stelle der 10 Prozent Eigenmittel ein zinsenloses Darlehen auf zehn Jahre zu

bekommen. Auch das hat es bisher nicht gegeben. Ich glaube, das ist für viele Familienerhalter und sozial bedürftige Laadesbürger eine sehr bedeutsame Frage. In einem muß ich Ihnen recht geben, daß es bedauerlicherweise auf Kosten des Fondsfundus geht. Aber ich glaube, daß man für eine Subjektförderung bezahlen muß und daß es als Unbekannte darin enthalten ist. Darum sage ich Ihnen noch einmal, in zwei Jahren wird man an Hand von Erfahrungen darüber in concreto sprechen können. Den Rest kann sich der Betreffende, gleichgültig, ob er für die 10 Prozent Eigenmittel ein Darlehen bekommt, am Kapitalmarkt beschaffen. Ich glaube nicht, daß der Kapitalmarkt dieses Problem nicht verkraften wird. Ich könnte diese Frage auch begründen, ich will Ihnen aber keinen allzulangen Vortrag halten, denn ich weiß, wie viele Redner sich schon zum nächsten Kapitel gemeldet haben. Wenn der Wohnungswerber nicht in der Lage ist, den Kapitaldienst, den Zinsendienst und die Tilgung zu verkraften, so hat er nach den neuen gesetzlichen Vorschriften — das muß im Verordnuagswege noch geregelt werden — einen Rechtsanspruch auf eine Wohnungsbeihilfe, so daß er sich die Wohnung tatsächlich leisten kann.

Hohes Haus! Das sind doch positive Punkte, die es bisher in Österreich nicht gegeben hat, die meiner Meinung nach ganz beachtliche Leistungen darstellen; ich darf noch hinzufugen — wenn Sie wollen, mit einem leicht tränenden Auge, weil es auf Kosten des quantitativen Wohnungsbaues geht —, ich habe versucht, durch bekannte Professoren mit einer x-Rechnung, also mit, Unbekannten, einigermaßen berechnen zu lassen, wie hier eine Belastung des Fondsfundus eintritt. Alle haben aber gesagt, wir sind nicht so ungeschickt und rechnen etwas aus, was sich dann in der Praxis als falsch herausstellt. Auch die Beamten im Referat sind nicht in Qer Lage, Ihnen zu sagen, so viel aus dem Fundus werden wir für 10 Prozent Eigenmittel und für Wohnbeihilfen geben müssen.

Aber, meine Damen und Herren, bedenken Sie, daß wir im Jahre 1971 16,78 Prozent von den Mitteln bekommen werden. Das bedeutet unter der Annahme, daß sich der Volksfundus im gleichen Ausmaß wie heuer gestalten wird — was in der Praxis nicht der Fall ist, denn er hat, wie allgemein bekannt, eine rteigende Tendenz —, beim WWF rund 113,000.000 Schilling, beim BuWoSi noch immer ein Minus von 7,400.000 Schilling und bei der Wohnbauförderung 1954 ein Plus von 6,500.000 Schilling. In Wirklichkeit werden sich die Ziffern erfahrungsgemäß etwas nach oben verlagern, so daß wir ab diesem Jahr mit einem vermehrten Fondsfundus von rund 115,000.000 Schilling rechnen können. Ich glaube, das sind nicht unerfreuliche Aussichten und bedeutet einen gewaltigen Fortschritt in der Wohnbauförderung im allgemeinen. Dazu kommt eine Vereinfachung in der Handhabung, so daß sich nun auch der kleine Mann, der mit den Gesetzen nicht tagtäglich konfrontiert wird, besser auskennen kann. Für entscheidend halte ich aber — und man soll ehrlich darüber reden, es ist erstmalig in der österreichischen Geschichte mit Ausnahme der Landeswohnbauförderung —, daß nach sozialen und familienpolitischen Aspekten Wohnbauförderung betrieben wird; das halte ich persönlich für einen sehr großen Fortschritt.

Gestatten Sie mir nun noch einige Bemerkungen zu jenen Sprechern, die sich mit Landesplanung und Raumordnungsfragen beschäftigt haben. Ich glaube, daß die Regierungsmitglieder, insbesondere der Herr Landeshauptmann und meine Wenigkeit, sich sehr darüber freuen, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern, die ja einmal ein Land gewesen sind, nämlich Niederösterreich und Wien, so positiv herausgestellt wurde. Es ist auch erfreulich, und der Herr Abgeordnete Marsch hat sich sehr eingehend damit beschäftigt, daß sehr viele Arbeiten, die der Öffentlichkeit vorgestellt worden sind, vorliegen. Ich glaube, daß Hofrat Körner, der als aufmerksamer Zuhörer auf der Galerie sitzt, mit seinen Mannen sich sehr über diese Anerkennung freuen wird. Aber auch die Herren des Österreichischen Instituts für Raumplanung, dessen Vorstand anzugehören ich die Ehre habe, werden sich über dieses Lob freuen. Ich gebe zu, daß es in Fragen der Raumplanung Dinge gibt, die noch viel besser gestaltet werden sollten. Aber, meine Herren, und Sie können sich dafür interessieren, eines ist sicher, daß wir auf diesem Gebiete unzweifelhaft zu den Besten im Reigen der Bundesländer zählen. Die anderen Bundesländer sind gerne bereit, uns das zu bestätigen.

Ob die freiwillige Vereinigung von Klein- und Kleinstgemeinden zu größeren sinnvoll ist, darüber kann man sich unzweifelhaft sehr lange und sehr sachlich auseinandersetzen. Nachdem Kollege Dipl.-Ing. Robl dazu schon freundlicherweise gesprochen hat, brauche ich nur ein paar Sätze zu sagen. Ich persönlich bin ein Anhänger dessen, daß man dort, wo Freiwilligkeit in einem Ausmaß vorhanden ist, das man gar nicht erwartet hat, nicht unbedingt Zwangsmaßnahmen setzen soll,

solange diese Freiwilligkeit noch Zukunftsaspekte aufweist. Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, daß bei freiwilligen Entscheidungen auch Dinge entstehen können, die nicht unbedingt auf der Gesamtlinie des Landes liegen. Das ist eben das Risiko, das in jeder freiwilligen Aktion naturgemäß enthalten ist. Wenn man auf der einen Seite ein so großer Verfechter der Gemeindeautonomie ist, soll man möglichst lange trachten, durch eine sinnvolle Steuerung — um mich sehr vorsichtig auszudrücken — der freiwilligen Vereinigung von Ortsgemeinden zu größeren, finanzkräftigen Gebilden den Dingen etwas näherzukommen und den Zwang möglichst hinauszuschieben. Daß die Planungsarbeiten nirgends praktisch angewendet wurden, Herr Abgeordneter, stimmt nicht. Ich verweise auf einen Artikel, der als Sonderdruck im Mitteilungsblatt des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau erschienen ist. Ich weiß nicht, ob er Ihnen bekannt ist, ich nehme es aber an, weil Sie schon lachen. Hofrat Körner hat geschrieben, daß er die reale Leitvorstellung zum Reorganisationsplan für unsere Pflichtschulen als Raumplaner entwickelt hat; er hat dann die Verwirklichung dieser realen Leitvorstellung konkret gegenübergestellt. Meine Damen und Herren, ich will Ihnen diesen Artikel nicht vorlesen, sonst sagen Sie, ich finde kein Ende, aber er ist ungeheuer interessant und, glaube ich, auch ein eklatanter Beweis dafür, daß sich hier die Raumplanung praktisch bewährt hat. Die Arbeiten waren vielleicht zunächst dem Landtag gar nicht bekannt. Es handelte sich um die Untersuchung der Hauptorte, um die Bestandsaufnahme, dann um eine Arbeit der eigenea Raumplaner, wie ist die Tendenz, wie werden sich die Hauptorte in unserem Bundesland in etwa einem Jahrzehnt dem Beschauer auf der Karte darstellen usw. Ich glaube, das ist ein sehr wesentliches Beispiel dafür, daß die Raumplanung sehr wohl sinnvollste Anwendung gefunden hat. Herr Abgeordneter, ich weiß, daß das Industrieentwicklungsprogramm ein Sorgenkind von vielen Funktionären, die diesem Hause angehören, kt.

Ich glaube aber, daß wir in Österreich das einzige Bundesland sind, das überhaupt ein solches Programm besitzt. Ich erinnere mich noch sehr genau an eine Untersuchung, die in der Zeit, als ich die Ehre hatte, in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Niederösterreich dem volkswirtschaftlichen Ausschuß anzugehören, durchgeführt wurde und die zum Gegenstand hatte, nach welchen Gesichtspunkten in Niederösterreich Neuansiedlungen und Neugründungen von Klein-, Mittel- und größeren Betrieben erfolgen. Es ist außerordentlich interessant, daß die idealen Standortvoraussetzungen, wie sie vom Institut für Raumplanung durch ein Team von Fachleuten entwickelt wurden, in der Praxis kaum eine Berücksichtigung finden. Wir haben vielmehr festgestellt, daß in erster Linie etwa vorhandene Baulichkeiten ausschlaggebend sind. In zweiter Linie ist das vorhandene Anbeitskräftepotential maßgebend, und zwar nicht nur mengenmäßig, sondern vor allem qualitativ, des heißt, welche Berufssparten in dem jeweiligen Einzugsbereich zur Verfügung stehen. In dritter Linie ist die Energie- und Wasserversorgung maßgebend, und erst dann kommen die vielen anderen Fragen, auf die unter dem schönen, modernen Namen „Infrastrukturmerkmale" die Raumplaner Rücksicht genommen haben. Ich glaube, daß also die theoretische Planung, wie sie der Fachmann, der Wissenschaftler sieht, und die echte Tendenz, die sich in der praktischen Wirtschaft ergibt, erst auf einen Nenner gebracht werden müssen, der den realistischen Erfordernissen möglichst nahekommt. (Abg. Marsch: Was ist diesbezüglich schon geschehen?) Ich darf darauf hinweisen, daß Sie die Schnellbahn erwähnt haben. Ich bin zwar Mitglied des Landesentwicklungsvereines, der aber so selten tagt, daß ich über die Arbeit der Ausschüsse nicht ganz informiert bin. Herr Abgeordneter, nehmen Sie aber bitte zu Ihrer Bemerkung auch meine Meinung zur Kenntnis. Sie erklärten, daß der weitere Ausbau der Schnellbahn für Niederösterreich eine interessante Frage darstellt. (Abg. Marsch: Notwendigkeit!) Schauen Sie, diese Angelegenheit hat zwei Seiten. Je schneller die Leute von Niederösterreich nach Wien kommen, um so mehr werden sie pendeln, und durch die Annahme eines Arbeitsplatzes in der Bundeshauptstadt wird nicht die Finanzkraft des Landes Niederösterreich, sondern logischerweise jene unseres Nachbarlandes Wien gestärkt. (Abg. Marsch: Siehe ÖMV!) Das ist meine persönliche Meinung, und ich glaube, darüber sachlich diskutieren zu können, ohne einen politischen Hintergrund vermuten zu müssen. Wir sollten unser Geld vielmehr dazu verwenden, durch die Errichtung von entsprechenden Betrieben neue Arbeitsplätze zu schaffen, damit unsere niederösterreichischen Landsleute nicht in ein fremdes Bundesland, mit dem wir wohl ein sehr gutes Einvernehmen pflegen, zu ihrer Arbeitsstätte pendeln müssen.

Auch die Frage der Nebenbahnen ist ein echtes raumplanerisches Problem. Nach kommerzieller Auffassung entsteht durch den Betrieb dieser Nebenbahnen jährlich ein

Betrieben erfol-
interessant, daß
:tzungen, wie sie
nung durch ein
ckelt wurden, in
icksichtigung fin-
stgestellt, daß in
ne Baulichkeiten
eiter Linie ist das
potential maß-
ır mengenmäßig,
ativ, das heißt,
n jeweiligen Ein-
stehen. In dritter
Wasserversorgung
ommen die vielen
iter dem schönen,
trukturmerkmale"
genommen haben.
oretische Planung,
r Wissenschaftler
ız, die sich in der
bt, erst auf einen
müssen, der den
ı möglichst nahe-
s ist diesbezüglich
darauf hinweisen,
rwähnt haben. Ich
ndesentwicklungs-
tagt, daß ich über
nicht ganz infor-
ieter, nehmen Sie
rkung auch meine
erklärten, daß der
llbahn für Nieder-
te Frage darstellt.
keit!) Schauen Sie,
zwei Seiten. Je
ederösterreich nach
hr werden sie pen-
hme eines Arbeits-
iptstadt wird nicht
es Niederösterreich,
ıe unseres Nachbar-
Abg. Marsch: Siehe
ersönliche Meinung,
sachlich diskutieren
politischen Hinter-
n. Wir sollten unser
wenden, durch die
chenden Betrieben
iaffen, damit unsere
nddeute nicht in ein
dem wir wohl ein
n pflegen, zu ihrer
ssen.

Nebenbahnen ist ein
Problem. Nach kom-
entsteht durch den
ahnen jährlich ein

Defizit von einem runden Sümmchen von Millionen, wenn ich es richtig im Kopf habe, sind es mehr als 60,000.000 Schilling. Bezüglich der Nebenbahnen in Niederösterreich sind die Mitglieder der Landesregierung einer Meinung darüber, daß man uns diese nicht auch noch wegnehmen kann, es sei denn, man ist in der Lage — und jetzt kann man sich über den Begriff streiten —, einen gleichwertigen Ersatzverkehr anzubieten. Der Herr Kollege Rösch und meine Wenigkeit haben sehr lange über dieses Problem debattiert. Vielleicht ist ein entsprechender Ersatzverkehr da und dort möglich, wenn dies nicht der Fall ist, müssen wir auch aus raumplanerischen Überlegungen mit allem Nachdruck hart bleiben. Meine Damen und Herren! Ich glaube, eines feststellen zu können: 'Meiner Meinung nach darf man nicht, weil es gerade modern ist, in den Fehler verfallen, die Raumplanung als Zauberformel für die Lösung vielfältiger Probleme zu betrachten. Ich verstehe unter Raumplanung, daß es die Aufgabe der Fachleute und Wissenschaftler ist, den Status, das heißt die Lage der Dinge in den vielfältigen Bereichen unseres Landes, festzustellen und die Tendenz hierzu genau zu erfassen, was mir die Herren des Instituts und unsere eigenen Herren jederzeit bestätigen werden. Aus dem Status und der Tendenz, die sich aus den Unterlagen eines bestimmten Zeitabschnittes ergeben haben, sind die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und die Entwicklungsprogramme zu erstellen. Der Herr Abg. Stangler, der in der Generaldebatte für die Volkspartei gesprochen hat, hat den ungefähren Betrag genannt, der in der praktischen Budgetfolge konjunkturpolitisch von Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie also in Betracht ziehen, daß mindestens 600,000.000 Schilling bis 700,000.000 Schilling indirekt den Gemeinden zugute kommen, dann würde allein in der Streuung dieser Mittel die echte Chance, nach gezielten Entwicklungsprogrammen vorzugehen, enthalten sein, nur muß ich dazu bemerken, daß zur Vollziehung das Mandat des Gesetzgebers fehlt. Es wurde heute bereits festgestellt, wo die Schuld liegt, daß für die Regierung in dieser Richtung de facto kein Mandat besteht, aber nachdem ich mich nicht mittelbar zuständig fühle, möchte ich mich nicht einmischen. Hohes Haus! Ich halte es jedoch für sehr problematisch, daß noch keines besteht. Ich kann wohl als bekannt voraussetzen, daß sich der Herr Landeshauptmann durch einen Antrag, der in der Regierung noch zu diskutieren und Über den noch zu befinden sein wird, bereits bemüht hat, vor allem eine sinnvolle Koordinierung auf allen Gebieten, wo für einen längeren Zeitabschnitt geplant wird, herbeizuführen.

Ich glaube daher abschließend zu diesem Sachgebiet sagen zu dürfen: Wir sollen die Aufgaben der Raumplanung nicht über-, aber auch keinesfalls unterbewerten. Ich bin der Ansicht, daß das gesamte Bemühen darin liegen muß, daß der Gesetzgeber nach der Aufnahme des Status und der aufgezeigten Entwicklungstendenzen in absehbarer Zeit der Vollziehung durch Beschlußfassung eines entsprechenden Gesetzes ein Mandat zur Durchführung dieser Aufgaben gibt.

Wir müssen die richtige Entscheidung in Form von Entwicklungsprogrammen für bestimmte Gebiete treffen und sinnvoll dabei vorgehen, vor allem aber auch zeitgerecht koordinieren, um Fehlinvestitionen, aber auch Fehlleistungen nach menschlichem Ermessen möglichst in Zukunft auszuschließen. Wenn uns das gelingt, dann sind wir ein gewaltiges Stück weitergekommen. (Beifall bei der *ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte gelangt Herr Landesrat Bierbaum.

Landesrat BIERBAUM: Herr Präsident! Hohes Haus! Bei der Gruppe 6 muß man auch ab und zu ein paar Worte über den Wasserbau sagen, der bei diesem Kapitel zwischen Raumplanung, Wohnbau und Straßenbau eingeklemmt ist. Man sollte nicht vergessen, daß diese wichtige Maßnahme manchmal den anderen Maßnahmen vorangestellt werden müßte. Sie werden keine Zivilisation ohne den Wasserbau finden, und ein moderner Wohnbau wird davon abhängeri, ob auch die Mittel für den Wasserbau vorhanden sind. Auch bei den Straßen passiert es uns oft, daß wir an den Bau von solchen erst denken können, wenn der Wasserbau vollzogen ist. Herr Abg. Jirovetz hat eine Zahl genannt, die ich noch einmal in Erinnerung rufen möchte, und zwar handelt es sich darum, daß beim Wassenvirtschaftsfonds Ansuchen mit einem &trage von 1.700,000.000 Schilling bis 1.800,000.000 Sahilling liegen. Abg. Jirovetz hat das auch umgerechnet auf Landesmittel. Bei dieser Summe können Sie erkennen, wie schnell diese Ansuchen bewilligt werden können. Auf jeden Fall kann man ersehen, daß beim Land gewaltige Summen erforderlich sein werde; Als ich dieses Amt übernahm, war es meistens so, daß der Wasserwirtschaftsfonds noch nicht tätig war und das Land vorerst seine Mittel gegeben hat, um bauen zu können. Das hat sich leider Gottes jetzt geändert, denn jetzt hat in den meisten Fällen der Wasserwirtschaftsfonds seine Mit-

tel schon flüssig, und das Land ist noch immer nicht in der Lage, die Mittel zu geben und ist manchmal damit gewaltig im Rückstand. Der Herr Finanzreferent ist momentan nicht hier, aber ich darf daran erinnern, daß er immer wieder in einem Nachtrag dafür gesorgt hat, daß entsprechend viel Geld da war, nur waren auch diese Mittel noch zu wenig, um beim Wasserbau zügig weiterzukommen. Aber nicht nur beim Kanal- und Wasserleitungsbau sind die Mittel zu wenig vorhanden, denn wir finden auch heuer keine Ansatzpost beim Katastrophenfonds, der im vergangenen Jahr mit 10,000.000 Schilling dotiert war. Der Fonds hat uns die Mittel noch nicht bekanntgegeben. Wir werden aber auch hier wieder Gegenüberstellungsrnittel brauchen. Wir müssen sagen, daß die Mittel, die vom Bund nach Niederösterreich fließen, sehr gering sind. Wenn wir annehmen, daß zirka 250,000.000 Schilling durch diese Steuer hereinkommen und wir in Niederösterreich sowieso nur zwischen 5,000.000 Schilling und 10,000.000 Schilling bekommen und wir um unsere Gegenüberstellungsmittel bis zur letzten Stunde kämpfen müssen, dann frage ich immer — und ich habe die anderen Bundesländer auch gefragt —, wie diese Mittel aufgebracht werden könnten. Wir wollen den anderen Ländern die Mittel, die sie bekommen, nicht neiden. Sie bekommen sie nicht aus einem Zufall heraus, denn wir wissen, daß in den letzten Jahren in den südlichen Bundesländern gewaltige Katastrophen zu verzeichnen waren, und sie haben die Mittel dafür bekommen, um die Schäden gutzumachen. Man darf aber nicht glauben, daß bei uns nicht auch Katastrophen kommen können. Daher müssen wir entsprechend vorsorgen.

Nun zur Wildbachverbauung. Der Finanzreferent hat im heurigen Jahr im Nachtragsbudget Mittel eingesetzt, um auch im Jahre 1967 das Erforderliche abzudecken. Es ist allerdings noch ein Rückstand aus den früheren Jahren vorhanden. Für das Jahr 1968 werden wir 6,800.000 Schilling Landesmittel brauchen, im Budget finden wir nur 1,500.000 Schilling. Ich hoffe, daß der Finanzreferent diese Mittel wieder bringen kann.

Sorgen macht uns und besonders den bäuerlichen Vertretern in den kleineren Gemeinden die Kanalisation. Die Vorschriften über den Bau von Kanalisationen besagen, daß nur dort gefördert werden darf, wo auch Sammelkläranlagen errichtet werden dürfen. Wir in den kleinen Gemeinden sind natürlich nicht in der Lage, diese Kläranlagen herzustellen. In den meisten Fällen kann man mit den Abwässern anschließen, aber eine Großklaranlage kann von der Gemeinde nicht errichtet werden. Deshalb können auch dort keine Förderungsmittel gegeben werden. Ich glaube aber nicht, daß wir diese kleinen Gemeinden im Stich lassen können. Auch sie brauchen einen Kanal, und wir müssen dafür sorgen, daß sie auch eine Kanalisation, wenn auch nicht eine solch große wie in den Qrten oder Stadten, bauen können. Sie wollen ja auch dafür sorgen, daß sie anständige Straßen bauen können. Ich glaube, man muß den Anweisungen des Bundes, soweit er die Mittel dazu hergibt, folgen. Wenn wir Landesmittel gelben, müssen wir aber dafür sorgen, daß auch die kleinen Gemeinden zum Zuge kommen. Ich möchte deshalb an den Finanzreferenten — er ist nicht da, aber ich werde es ihm trotzdem dann noch einmal sagen — appellieren, in einem Nachtrag dafür zu sorgen, daß alle wichtigen Maßnahmen finanziell abgesichert sind. Ich darf Ihnen sagen, es ist nicht sehr angenehm, nur darauf zu achten, daß im Nachtrag dann diese Mittel kommen.

Ich bin heute etwas enttäuscht — nehmen Sie es mir nicht übel —, wenn heute etwas wenig zum Wasserbau gesprochen wurde. Ich bin nicht eifersüchtig, wenn zu den anderen Kapiteln etwas mehr gesprochen wurde, aber ich glaube, auch an den Ohren des Finanzreferenten kann das gesprochene Wort eines Abgeordneten nicht ungehört vorübergehen, und vielleicht gelingt es, den Referenten dann leichter zu überzeugen, daß da und dort dann die Mittel eingesetzt werden müssen. Ich habe also erwartet, daß die Sorgen des Wasserbaues mehr zur Sprache kämen. Ich hoffe aber auf meinen Freund, den Herrn Finanzreferenten, daß er in einem Nachtrag wieder dafür Sorge trägt, daß auch der Wasserbau nicht zu kurz kommt. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte gelangt Herr Landeshauptmann Maurer.

Landeshauptmann MAURER: Herr Präsident! Hohes Haus! Das Kapitel 6 ist entschieden jenes Kapitel, wo die meisten Mittel verankert sind, die der Wirtschaft die wesentlichsten Impulse geben, noch dazu, wenn sie in Verbindung mit jenen Mitteln stehen, die uns seitens des Bundes zufließen. Wir haben von verschiedenen Rednern die Größenordnung der Ziffern gehört, die seitens des Bundes nach Niederösterreich fließen, um auch hier Bauvorhaben verwirklichen zu können. Ich möchte diese Ziffern nicht wiederholen.

Herr Landesrat Bierbaum hat soeben darüber Klage geführt, daß über den Wasserbau etwas zuwenig gesprochen wurde. Ich möchte deshalb ein paar Worte dazu sagen, da ich doch vor einem Jahr noch der Referent für

den Wasserbau war. Damals wurde allerdings noch mehr darüber gesprochen, und nun frage ich: Weshalb? Weil wir nämlich zwei Jahre hindurch Hochwasser hatten und der Wasserbau völlig in den Brennpunkt des Interesses trat. Gott sei Dank hatten wir im heurigen Jahr in Niederösterreich keine Katastrophen zu verzeichnen. Das besagt aber natürlich nicht, daß der Wasserbau nicht genauso wichtig ist wie damals, denn — wir wollen es nicht hoffen und nicht erwarten — es kann schon übermorgen wieder eine solche Situation eintreten, wie wir sie in den letzten Jahren hatten.

Es haben Abgeordnete von diesem Rednerpult aus sowohl die ganz großen Projekte und Bauvorhaben im Lande Niederösterreich als auch örtliche Probleme und Wünsche dargelegt. Eines dieser wesentlichen großen Bauvorhaben, in dessen Erwartung wir sind und wo wir hoffen, daß dieses Bauvorhaben nach Niederösterreich kommen könnte, haben schon bei Behandlung des vorhergehenden Kapitels Abg. Dipl.-Ing. Robl und Frau Abg. Körner erwähnt. Es ist dies das sogenannte CERN-Projekt, und die Frau Abgeordnete Körner verwies auf einen Resolutionsantrag aus dem vergangenen Jahr, wonach die Landesregierung aufgefordert wurde, alles zu unternehmen, um zu bewirken, daß dieses Projekt nach Niederösterreich komme. Ich kann Ihnen sagen, Frau Abgeordnete, soweit dies möglich war, hat die Landesregierung und habe ich selbst alle Möglichkeiten wa'hrgenommen — sowohl Schritte bei der Bundesregierung als auch bei den zuständigen Ministerien —, um dieses Projekt nach Niederösterreich zu bekommen.

Wie sieht nun die Situation derzeit aus? Im Gegensatz zu der früheren Auffassung, daß zuerst der Standort bestimmt werden müßte und man sich dann die Mitgliedstaaten suchen müsse, wurde nun der Beschluß gefaßt: Zuerst die Mitgliedstaaten und dann den Standort festlegen. Dies bewirkt aber eine Verzögerung. Neben den Bundesstellen, die sich sehr bemühen — es war der Herr Unterrichtsminister draußen, um Gespräche hinsichtlich dieses Projektes zu führen —, ist auch die Bundeswirtschaftskammer im ständigen Kontakt und sehr bemüht, darauf einzuwirken, daß die Erfordernisse gegeben sind. Es ist richtig, daß im Waldviertel, in Göpfritz, die geologischen Voraussetzungen sehr gut sind. Manche Berichte besagen aber, daß sowohl in Belgien als auch in Frankreich gute Voraussetzungen geschaffen wurden, und es wurde nunmehr eine Kommission eingesetzt — so wurde mir berichtet —, die nun darüber befinden soll, wo in Zukunft in diesen drei Ländern der Standort sein solle. Wir wollen hoffen, daß wir bei dieser Auswahl an erster Stelle rangieren. Sie werden daran auch erkennen, daß wir in der Hoffnung, daß es möglich sein werde, solch große Vorhaben nach Niederösterreich zu bekommen, heute schon, so weit es möglich ist, Vorsorge treffen, die notwendigen Verbindungen zu schaffen. Dies zeigt, daß wir im kommenden Jahr bereits mit dem Bau der Donaubrücke in Krems beginnen werden. Ich habe vor kurzem eine Frage beantwortet und erklärt, jawohl, die erste Donaubrücke, die in Nieder-Österreich gebaut werden wind, wird in Krems gebaut. Im Hinblick auf dieses große Projekt und des vorher Besprochenen wurde beantragt, im Bundesstraßennetz die entsprechenden Schnellstraßen in die Gesetze aufzunehmen, um sie verwirklichen zu können. Auch dafür wird Vorsorge getroffen. Das wäre aber nicht genug, denn es ist uns 'bekannt, daß sich örtlich zu wenig Wassermengen befinden, um ein solch großes Projekt speisen zu können. Es werden also seitens der Nösiwag Vorkehrungen getroffen, um sowohl im Donautal als auch in den oberen Gebieten Bohrungen vorzunehmen, um dann nicht überrascht zu werden. Letztlich wird der Bund Vorsorge für die Energiekapazität eines solchen Kraftwerkes treffen müssen, denn das ist ein Problem, das nicht das Land Niederüsterreich lösen kann. Wenn die Ziffern stimmen, die ich vernommen habe, soll diese Kapazität ungefähr die Kapazität eines Donaukraftwerkes haben.

Ich glaube, ich habe damit so ungefähr umrahmt, wie die Situation derzeit ist und wie das CERN-Projekt zu beurteilen ist. Wir hoffen noch immer, und ich bin mit den Bundesstellen in Verbindung, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit wir dieses Projekt, das uns große wirtschaftliche Impulse bringen könnte, bekommen. Darüber hinaus könnte man ausführen, daß eine Verbauung, welche so viele Milliarden Schilling erfordert, nicht nur für das örtliche Gebiet wirtschaftliche Impulse bringt, sondern, ich glaube, auch über Niederösterreichs Grenzen hinaus von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung ist. Davon wurde aber auch schon gesprochen. Die Entscheidung darüber soll angeblich im kommenden Herbst fallen. Ich glaube daher, daß Niederösterreich echte Chancen hat. Ich habe im heurigen Jahr die Möglichkeit gehabt, im UNO-Gebäude mit dem UNO-Botschafter Österreichs, dem Herrn Botschafter Waldheim, zu sprechen, und gesprächsweise habe ich auch die Frage erörtert, in welcher Form die UNIDO nach Wien gekommen ist. Es war erstaunlich zu hören, daß lediglich

zwei europäische Staaten für Österreich gestimmt und die echte Entscheidung die afro-asiatischen Staaten herbeigeführt haben. So ist es heute möglich, die UNIDO, diese internationale Organisation, in Wien zu haben. Deshalb, weil wir ein neutraler Staat sind, können sich auch bei dem CERN-Projekt für uns echte Chancen ergeben. Wünsche wunden hier dargelegt, und mit Genugtuung darf ich auch bestätigen, daß es in Niederösterreich große Bauvorhaben gegeben hat, die bewirken, daß Lebiensadern die Gebiete miteinander verbinden. Es wurde die Horner Bundesstraße erwähnt, auf der heuer beispielsweise 30,000.000 Schilling verbaut wurden und wo die Absicht besteht, diese Bauvorhaben weiter fortzuführen. Ich glaube, es ist dies die wesentlichste und wichtigste Verkehrsader in dieses Gebiet. Wenn ich an Schrems, an Karlstift denke, dann bin ich weniger optimistisch, es sei denn, wir haben diese im Bauprogramm mitverankert und es wird unser gesamtes Bauprogramm für das kommende Jahr im Bautenministerium genehmigt. Ich werde mich dafür einsetzen, daß es gelingt, unser gesamtes Bauvorhabenkonzept zu verwirklichen, dann wäre dieser Straßenzug mit im Bauprogramm verankert. Ich bin aber durchaus nicht der Meinung, die die Frau Abg. Körner hat, daß es nicht möglich sein könnte, eine Autobahn durch das Waldviertel zu führen. Die Trasse liegt absolut nicht fest. Ich verweise auf einen Regierungsbeschluß, wo wir vorher beantragt haben, daß im kommenden Bundesstraßen-A-Konzept und -Gesetz eine Autobahn eingeordnet werden soll von Prag über das Waldviertel nach Wien. Ich glaube, daß es ein absolutes Erfordernis ist, die Nord-West-Verbindungen, von Nordwest nach Siidost, auch über Niederösterreich und — wenn Sie es so haben wollen — über Wiener Gebiet führen zu müssen oder zumindest die Stadt Wien zu berühren. Das trifft auch die Interessen der Gemeinde Wien, die ich allerdings nicht zu vertreten habe. Diese Richtung haben wir jedenfalls im Auge zu behalten.

Ich darf vielleicht die Landeshauptstraße 62 von Gopprechts nach Litschau, deren Baukosten 12,000.000 Schilling ausmachen, erwähnen. 1,000.000 Schilling ist vorerst dafür vorgesehen. Es ist aber schon eine Genugtuung, wenn mit einem Bauvorhaben begonnen wird. Die Landeshauptstraße 68, Gmünd—Zwettl, befindet sich allerdings in einem sehr desolaten Zustand. Es wären dafür 28,000.000 Schilling erforderlich. Ich darf den Vertretern des Waldviertels sagen, ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, im heurigen Jahr oder im nächsten Jahr bei der Größe unseres Landesstraßenbudgets mit einem Bau zu beginnen.

Jetzt ein Wort zur Bundesstraßensituation im allgemeinen. Herr Abg. Hubinger und einige andere Abgeordnete haben die Beträge, die uns seitens des Bundes gegeben werden, ausführlich beleuchtet, sie haben die Bauvorhaben in ihrer ganzen Größe aufgezeigt. Ich glaube, das Hohe Haus konnte sich überzeugen, daß tatsächlich viele Millionen Schilling in unserem Lande verbaut wurden. Im heurigen Jahr wurde ein Betrag in einer Höhe wie noch nie erreicht; es waren 780,000.000 Schilling, die auf Niederösterreichs Bundesstraßen verbaut wurden. Ich gebe zu, daß die Witterung günstig war, so daß keine Bauhemmungen eingetreten sind.

Anders liegen die Dinge am Landesstraßensektor. Ich habe wiederholt erklärt, daß es die große Kilometerzahl an Landesstraßen ist, die uns nicht in die Lage versetzt, im 'Zeitraum von wenigen Jahren alle Straßen staubfrei zu machen. Im Ausschuß wurde die Ziffer genannt; es sind rund 4900 Kilometer, die noch staubfrei zu machen sind. Wenn Sie bedenken, daß es unter Heranziehung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel gelingt, vielleicht 500 Kilometer Straßen staubfrei zu machen, dann werden Sie erkennen, daß noch ein weiter Weg vor uns liegt, wenngleich ich bekenne, daß es notwendig ist. zumindest jede Ortschaft mit einer staubfreien Straße zu versehen. Meine Bemühungen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, gehen dahin. Es wurde hier sehr ausgiebig die Raumplanung berührt. Herr Landesrat Resch als zuständiger Referent hat bereits dazu Stellung genommen. Gestatten Sie mir, auch ein Wort dazu zu sagen. Ich habe mir erlaubt, jenes erarbeitete Material, das dem Land Niederösterreich vorliegt, in einer Pressekonferenz in Baden, aber auch im Kreise sämtlicher Abgeordneter dieses Hauses darzulegen und die gesamten raumplanerischen Möglichkeiten zu erörtern. Natürlich nahm bei vielen dieser Dinge der hochindustrialisierte Raum Wiener Neustadt, der in großen Schwierigkeiten ist, einen breiten Raum ein. Es wurde auf die Raxwerke, die geschlossen werden mußten — es war dies allerdings schon früher —, hingewiesen. Ich möchte nicht sagen, daß ich dies hätte verhindern können. Sie müssen mir aber beipflichten, das sage ich namens der niederösterreichischen Landesregierung: Wo immer Schwierigkeiten auftauchen, sind wir bereit einzugreifen, ob nun mit oder mit wenig oder ohne Erfolg. Jedenfalls fühlen wir die Verpflichtung, uns dafür zu verwenden. Sorgen diesbezüglich haben wir wahrlich genug. Wir

haben große Sorgen im Hinblick auf die verstaatlichten Betriebe, ich habe Schöller-Bleckmann erwähnt. All das schlägt in die raumplanerische Kerbe. Ich habe nicht zu untersuchen, warum es so kam. Es wäre wenig fruchtbringend, würde man in der Vergangenheit suchen. Ich habe es mit einer Realität zu tun und muß womöglich einwirken, daß Abhilfe geschaffen werden kann, ohne vorher zu fragen, warum ist es dazu gekommen, sind diesbezüglich Fehler gemacht worden und wer wäre für solche Fehler verantwortlich zu machen. Entscheidend bei Beantwortung dieser Frage ist sicherlich die gesamteuropäische Situation. Wenn man vermeint, sagen zu müssen, alle diese Dinge vollziehen sich nur in unserem Land und vorwiegend in Niederösterreich — sicherlich sind wir am härtesten betroffen, weil wir eine Besatzungsmacht im Lande hatten, die es nicht ermöglichte, so manche Industrie zu gründen und so manches Vorhaben durchzuführen —, dann, glaube ich, darf man nicht übersehen, daß viele andere europäische Länder mit denselben schwierigen Problemen zu kämpfen haben. Ich möchte ganz kurz sagen, daß zumindest in den letzten Jahren immer wieder eine Koordinierung der Bauvorhaben vorgenommen wurde. Ich glaube, daß es gelungen ist, die vorhandenen Mittel nach besten Grundsätzen zu verbauen und sie koordinierend einzusetzen. Ich habe vor kurzem — das zum Resolutionsantrag des Herrn Abg. Marsch — der niederösterreichischen Landesregierung ein Konzept vorgelegt, worin ich einen Vorschlag unterbreitet habe, einen Koordinierungsausschuß ins Leben zu rufen und letztlich einen Landesplanungsausschuß vorzuschlagen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, weil die Regierungsmitglieder diesen Vorschlag prüfen wollen.

Es wurde auch eine Industriegründungsstelle geschaffen, die die Regierung bereits beschlossen hat. Zwischendurch hat Abgeordneter Czidlik die Frage gestellt, ob der Herr Landeshauptmann Auskunft geben könne, was mit jenen besagten 80,000.000 Schilling geschehen ist, die den Damen und Herren des Hohen Hauses ja bekannt sind. Darf ich Ihnen, Herr Abgeordneter, sagen: Ich habe alle Fakten, die mir bekannt waren, dem Staatsanwalt zugeleitet. Ich kann darüber keine Aussage machen, weil ich nicht mehr weiß als zum damaligen Zeitpunkt. Ich glaube aber, daß diese Dinge im Zusammenhang mit der Anklage und mit der Prozeßführung zutage treten werden, weil ja von der Newag die Anklage erhoben ist und diese Dinge in diesem ganzen Konzeptkreis enthalten sind. (Abg. Marsch: *Es* sind *nur* 46,000.000 *und* nicht 80,000.000 Schilling!) Es ist Ihnen aber sicherlich bekannt, daß der andere Teil nicht ausgeschieden ist, sondern gesondert behandelt wird; daß die ersten Fakten zur Anklage gelangen. So habe ich das herausgelesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abgeordneten Stangler, Diettrich und Hubinger haben das Autobahnstraßennetz, vor allem die Südtrasse in Verbindung mit einigen Varianten von Trassen im burgenländischen Raum und auf niederösterreichischem Gebiet erörtert. Auch die Autobahn Ost wurde in dem Zusammenhang erwähnt. Darf ich vielleicht grundsätzlich sagen: Wenn ich von Weißbüchern, die herausgegeben werden und die den Nachweis erbringen sollen, daß die Trasse in einem gewissen Gebiet laufen soll, lese, vertrete ich die Ansicht, daß natürlich unser niederösterreichischer Standpunkt bekannt ist. Ich gebe aber zu, daß nicht nur bauwirtschaftliche Maßpahmen für eine solche Trassenführung entscheidend sein müssen, sondern die gesamten wirtschaftlichen Erfordernisse in der zukünftigen Verkehrseinordnung dieser Trasse zu beachten sind. Dies möge letztlich bestimmen, wo sich dieser Trassenzug der Autobahn bewegen soll. Aber, meine Damen und Herren, ich darf in dem Zusammenhang doch daran erinnern: Es ist über zehn Jahre her, da, glaube ich, hat es viele Kreise gegeben, die gezweifelt haben, daß in Österreich überhaupt eine Autobahn gebaut werden könne. Betrachten wir aber die Lage heute, dann ist es gang und gabe zu glauben, die Hauptschlagadern der gesamten Wirtschaft sind die Autobahnbauten. In bezug auf die Autobahn Ost wurden bereits Verhandlungen mit Ungarn geführt. Vorerst soll mit dem Bau bis zum Flughafen begonnen werden und in der Folge Richtung Budapest, um diese Stadt mit Wien zu verbinden. Diese Gespräche haben noch zu keinem endgültigen Erfolg geführt, das heißt zu keiner einheitlichen Meinung. Man ist aber auf dem Weg, die Trassenführung im beiderseitigen Einverständnis festzustellen.

Vielleicht auch ein Wort zur Einstellung der Nebenbahnen. Hohes Haus! Sie dürfen mir glauben, daß ich absolut keine Freude habe, wenn ich so ein erarbeitetes Sachverständigengutachten mit der Aufforderung zur Verfügung gestellt bekomme, dazu Stellung zu nehmen, um namens der niederösterreichischen Landesregierung vielleicht die Zustimmung zur Einstellung der Nebenbahnen zu geben.

Ich habe mit dem Verkehrsministerium Fühlung genommen, und wir haben in der Landesregierung einen Ausschuß ins Leben

gerufen, der auch von der Landes-Landwirtschaftskammer, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer beschickt wurde. Der Ausschuß hat sich mit dem gesamten Fragenkomplex befaßt. Der Enderfolg ist natürlich der, daß wir im wesentlichen die Einstellung der Nebenbahnlinien der Bundesbahn ablehnen. Wie bereits erwähnt, soll dies so lange geschehen, bis zusätzlich Vorsorge getroffen wurde, Straßenzüge — nicht aus unserem normalen Straßenbudget, sondern darüber hinaus — zu bedecken, um zuerst die Erfordernisse eines modernen Straßenverkehrs zu schaffen und dann erst zu einer Einstellung zu schreiten. Es ist sicherlich eine sehr schwierige Situation, wenn zum gleichen Zeitpunkt die Aufforderung ergeht, das Land möge das Defizit von rund 79,000.000 Schilling übernehmen, dann wäre man in der Lage, diese Nebenbahnlinien fortzuführen. Die Gespräche werden also noch weitergeführt; auf Beamtenebene sind sie derzeit mehr oder weniger abgeschlossen. Die Stellungnahme ist nunmehr dem Ministerium bekannt und es werden auf politischer Ebene die Gespräche weitergeführt werden. Ich kann nicht sagen, ob wir alle diese Einstellungen mit Erfolg bekämpfen können, wir werden aber vehement und nachdrücklichst eine Lösung suchen.

Nun noch einige Worte zur Einstellung der Straßenbahnlinie 360, denn sie steht in Verbindung mit einem Straßenbau, der unmittelbar darauf getätigt werden muß. Es konnte diesbezüglich mit der Gemeinde Wien keine Einigung erzielt werden, und selbst Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek, der seine Dienste anbot, mußte mir sagen, daß auch ihm im Wiener Rathaus kein Erfolg beschieden war. So mußten wir uns eben mit der Tatsache abfinden, daß die Einstellung dieser Straßenbahnlinie vollzogen ist. Wir haben jedoch Vorsorge getroffen und hier volles Einverständnis mit der Gemeinde Wien erzielt, so daß es möglich sein wird, verschiedene Teile der Straßenbahntrasse zu erwerben, um sie auszubauen und zumindest in jenen Gebieten einen flüssigen Verkehr zu erreichen, wo derzeit schwere Gefährdungen auftreten. War ursprünglich von seiten des Bundesministeriums nicht daran gedacht, einen Ersatzverkehr einzuführen, konnte schließlich doch erreicht werden, daß von den Österreichischen Bundesbahnen ein Ersatzverkehr aufgenommen wurde. Es war das Maximalste, das auf diesem Sektor erreicht werden konnte.

Auch der Bisamberg wurde hier erwähnt. Es herrscht mit der Gemeinde Wien ein gutes Einvernehmen, und ich werde auch diese Frage gerne mit Herrn Bürgermeister Marek — der übrigens bereits sein Interesse dafür bekundet hat — besprechen. Ich kann im Moment nicht sagen, mit welchem Erfolg; ich werde sehen, wie sich diese Gespräche gestalten. *(Abg.* Marsch: Hoffentlich sagt *der* Herr Landesamtsdirektor nichts anderes.) In diesem Zusammenhang verweise ich auf die gemeinsame Planungsstelle, die ins Leben gerufen wurde. Ich glaube, auch sie wird dazu beitragen, damit das gemeinsame Planungsanliegen wirklich koordinierend durchgeführt und, wenn möglich, auch gemeinsam finanziert werden kann.

Gestatten Sie mir neben der Kremser Donaubrücke noch ein paar Bemerkungen zu den weiteren Donaubrücken, die bereits in Planungsauftrag gegeben wurden. Ich glaube, daß man noch vor einigen Jahren nicht daran gedacht hat, daß es möglich sein könnte, zwei Brücken zur gleichen Zeit in Planung zu geben. Ich bin so optimistisch und glaube, daß wir im Laufe der nächsten Jahre einige solcher Bauvorhaben in Angriff nehmen können. Eines ist für Niederösterreich erschwerend: Der neue Finanzausgleich hat uns die Verpflichtung auferlegt, mit vier Prozent der gesamten Planungs- und Bauführungskosten das Auslangen zu finden. Wenn man solche Bauvorhaben in Auftrag gibt, erhält man keine vorherige Planungsfinanzierung, sondern erst nach Fertigstellung werden die genannten vier Prozent vom Bund realisiert. Dies versetzt uns in die schwierige Situation, daß wir bei solch großen Baumaßnahmen einige Millionen Schilling vorschießen müssen, die dann erst realisiert werden. Dies ist aber notwendig, denn ohne fertiges Projekt wird man nie mit einem Bauvorhaben beginnen können, es wird immer die Ausrede gebraucht werden, es gibt noch kein Projekt, wir können noch nicht bauen. Um dem vorzugreifen, wurde der Auftrag zu diesen Vorbereitungsarbeiten gegeben.

Auch dem Kraftwerksausbau ist größtes Augenmerk zu widmen, nicht nur in Verbindung mit der Energieversorgung. Wir wissen, daß nicht allein die Autobahn, die Bahnverbindung oder der Flugverkehr in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen werden. Der billigste Verkehrsweg ist noch immer — und wird es auch in Zukunft sein — die Wasserstraße. Hier eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten. Diese Projekte können natürlich nicht in einem Jahr fertiggestellt werden, hier muß die Blickrichtung in die Zukunft führen. Dies gilt nicht nur für die Verbindung Rhein—Main—Donau, sondern auch für die Verbindung Donau—Elbe—Oder, und auch die gesamte Bewässerung des Marchfeldes tritt mit

diesem Projekt in ein völlig neues Stadium. Natürlich müssen die Gespräche mit den Nachbarländern noch geführt werden, hier herrschen nicht gleiche Auffassungen. Heute finden solche Gespräche zwischen Vertretern der CSR, den Bundesländern Wien und Niederösterreich sowie dem Bund statt, wobei Wien und Niederösterreich als Beobachter zugezogen sind. Die Tschechoslowakei vertritt die Ansicht, die March soll der echte Verbindungsweg sein; Wien und Niederösterreich sind gemeinsam der Meinung, daß die Haupt-Umschlaghäfen auf österreichischem Boden liegen sollen. Offensichtlich dürfte die CSR hier im Auge haben, Preßburg in den Brennpunkt zu rücken. Hier müssen also ernste Gespräche geführt werden, wie sich beide Bundesländer entscheiden werden.

Im wesentlichen glaube ich feststellen zu können, daß die Herren Abgeordneten, die diese Maßnahmen aufzeigten, dies im positiven Sinne getan haben. Natürlich wurden örtliche Wünsche dargelegt, wie Verbreiterung von Straßen, Forcierung des Ausbaues der Ortsstraßen usw. Soweit es uns möglich ist, greifen wir in dieses Getriebe ein, wir müssen aber immer das uns zur Verfügung stehende Gesamtbudget im Auge haben. So gesehen gilt wieder der Grundsatz, die vorhandenen Mittel so rationell wie nur möglich einzusetzen.

Dies ist bisher gelungen, und ich glaub:, daß es auch in Zukunft gelingen wird. Ich darf an dieser Stelle allen Beamten, die sich um die Bauvorhaben bemüht und mehr als ihre Pflicht erfüllt haben, Dank sagen. Ich verweise vor allem auf unsere braven Straßenarbeiter, die neben der Verrichtung des Winterdienstes und der Betreuung der Straßen in Straßenbaupartien zusammengezogen sind und in der Zwischenzeit für Niederösterreichs Straßen wesentliche Arbeit leisten.

Ich glaube, daß wir, wenn wir uns bemühen, alle diese Vorhaben in derselben Weise fortzusetzen, wie wir es im vergangenen Jahr gemacht haben, mit einigem Optimismus in die Zukunft blicken können. *(Beifall im Hause.)*

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Der Herr Abg. S t a n g l e r hat sich noch kurz zum Wort gemeldet.

Abg. STANGLER: Hoher Landtag! Es ist ungewöhnlich, daß man sich nach den Regierungsmitgliedern noch zum Wort meldet, das weiß ich. Ich muß aber vor Abstimmung der vorliegenden Anträge eine Erklärung meiner Fraktion abgeben. Unter anderem liegt ein Antrag des Herrn Abg. Czidlik vor. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei sehen sich nicht in der Lage, dem Antrag in dieser Form ihre Zustimmung zu geben. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die von der Wohnbaugesellschaft „Austria AG" für Zwecke der Errichtung von Wohnungen in Empfang genommenen Beträge zurückzufordern. Während das Hohe Haus die Debatte über dieses Kapitel durchgeführt hat, haben wir mit dem zuständigen Referenten der Abteilung 1111, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek, im Beisein seiner Beamten ein Gespräch — ich darf bemenken, ein sehr sachliches Gespräch — geführt, wobei wir feststellen mußten, daß dieser Antrag den sachlichen Gegebenheiten, wie sie sich derzeit darstellen, nicht entspricht. Auf Grund eines Regierungsbeschlusses vom 31. Mai 1967, basierend auf dem Landtagsbeschluß vom 1. März 1966, sind von der Abteilung I/6 A für die in diesem Antrag genannten 68,500.000 Schilling Rabattgelder an die Baugesellschaft „Austria AG" auch Schuldscheine ausgestellt worden. Diese Schuldscheine sind also von jener Abteilung ausgestellt worden, deren Vorstand der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek ist. *(Abg. Marsch: Da hat der Beamte gelogen!)* Der Herr Landeshauptmannstell-Vertreter Dr. Tschadek war bei der Besprechung anwesend, und den Beamten ist dieser Vorwurf dabei nicht gemacht worden. Den Schuldscheinen ist auch ein Schriftstück angeschlossen, in dem erklärt wind, daß die Rückzahlungsverpflichtung erst nach Erteilung der Benützungsbewilligung eintritt. Diese Zuschrift ist vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek als Vorstand der Abteilung I/6 A unterschrieben. Somit widerspricht Ihr Antrag dem Regierungsbeschluß vom 31. Mai 1967 und der von der Abteilung I/6 A erfolgten Vollziehung. Mehr haben wir mit dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter nicht besprochen. Wir gaben also unserer Meinung Ausdruck, daß es auf Grund der Tatsachen, wie sie sich 'momentan darstellen, am klügsten wäre, den Antrag zurückzuziehen. Falls das erfolgt, habe ich weiter nichts zu sagen. Sollte eine Zurückziehung des Antrages nicht erfolgen können *(Abg. Dr. Brezovszky: Beim Müllner wird es immer geheimnisvoll!),* so muß ich Ihnen für die heutige Sitzung die Erklärung abgeben, daß ein Widerspruch zwischen dem Antrag und der vom Amt der niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung I/6 A, vollzogenen Akte vorliegt. Ob die Häuser schon gebaut sind, sich im Bau befinden oder wann sie gebaut wenden beziehungsweise ob für die gesamten Häuser oder nur für einen Teil der Häuser bei einer Fertigteilbaufirma Auf-

träge erteilt worden sind, meine Herren, das kann ich als Sprecher der Mehrheit dieses Hauses in einer Stunde nicht überprüfen. Dafür sind im übrigen die Abgeordneten nicht zuständig, sondern auch das obliegt der Vollziehung dieser von mir mehrfach genannten Abteilung. Ich habe gar nichts dagegen und finde es natürlich, daß diese Fragen von der zuständigen Abteilung geprüft werden. Da gibt es keine Differenz und keinen Widerspruch. Ich darf noch einmal feststellen, daß die Aussprache, die wir gehabt haben, in Ruhe und Sachlichkeit durchgeführt warden ist und daß wir auch den Eindruck hatten, daß ernstlich erwogen wird, diesen Antrag heute zurückzuziehen. (Abg. Marsch: Sie diskriminieren Beamte, das ist unerhört! — Unruhe. — Präsident *Weiß* gibt das *Glok*kenzeichen. — Abg. Rabl: Und Sie haben gesagt, die Beamten lügen!) Ich bitte Sie, meine sachlichen Feststellungen, die nicht widerlegt werden können, weil drei Zeugen dabei gewesen sind, zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf Sie bitten, nicht nervös zu werden, weil ich mich doch nur bemüht habe. dem Hohen Hause vollkommen ruhig und sachlich zu berichten, was sich in der letzten Stunde bei der Besprechung zu diesem Thema zugetragen hat. Lassen Sie mich Ihnen noch einmal versichern, daß wir überhaupt kein Interesse daran haben, irgend etwas zu verschleiern oder über irgend etwas nicht zu sprechen. (Unruhe *bei* der *SPÖ*. — Präsident *Weiß* gibt das Glockenzeichen.) Aber meine Herren, ich habe doch das Recht, hier vor dem Hause zu erklären, daß der heute vorliegende Antrag mit der Vollziehung durch die Abteilung I/6 A in Widerspruch steht. Ich habe Sie auf nichts anderes aufmerksam gemacht, bin aber absolut dafür — und auch meine Fraktion ist der Meinung —, daß die Abteilung I/6 A selbstverständlich alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen prüfen kann, prüfen soll und muß und im gegebenen Fall einen Bericht zu erstatten hat. Das ist gar kein Streitpunkt, meine Herren, ich habe nur erklärt, daß, so wie sich die Situation im Augenblick darstellt, ein klarer Widerspruch besteht. Hier ein Antrag und dort auf Grund eines Landtagsbeschlusses und eines Regierungsbeschlusses die tatsächliche Vollziehung. Da die Vollziehung erfolgt ist, bitten wir Sie, diese Tatsache zu berücksichtigen. Wir hindern den Referenten in keiner Weise, das Notwendige zu veranlassen. Ist das infolge des Widerspruches nicht möglich, dann bitte ich Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen, und zwar genauso ruhig und sachlich, wie wir uns über diesen Fragenkomplex vor einer Stunde mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Tschadek im Beisein seiner Beamten unterhalten haben. Soviel habe ich namens der Osterreichischen Volkspartei, ich betone es noch einmal, in aller Ruhe und Sachlichkeit zu erklären. (Beifall bei der *ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Wort gelangt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. T s c h a d e k.

Landeshauptmannstellvertreter Doktor TSCHADEK: Herr Präsident! Hohes Haus! Um Mißverständnisse auszuschalten, möchte ich noch einige Worte sagen. Es ist richtig, daß der Herr Abg. Stangler vor einer Stunde bei mir vorgesprochen und mitgeteilt hat, daß die Information, wonach die „Austria **AG**" überhaupt nicht mit dem Bau der Häuser begonnen habe, unrichtig sei, da ein Vertrag mit einer Fertigteilbaufirma vorliege und die Häuser laut Fertigbauauftrag in kürzester Zeit zur Aufstellung gelangen sollen. Diese Mitteilung wurde mir zum erstenmal gemacht. Ich habe den zuständigen Herrn Hofrat gebeten, mir bekanntzugeben, ob er darüber informiert sei. Er konnte aber keine Auskunft geben. Der Beamte teilte mit, daß er die Baustellen auftragsgemäß überprüft und dabei festgestellt habe, daß auf einer Reihe von Bauplätzen mit dem Bau bis jetzt noch nicht begonnen wurde. Das heißt, daß den ergangenen Bauaufträgen bis jetzt nicht nachgekommen worden war.

Hohes Haus! Es ist richtig, daß ein Landtagsbeschluß vorliegt, wodurch wir beauftragt werden, die Gelder sicherzustellen, und daß in Durchführung dieses Landtagsbeschlusses die Landesregierung erklärt hat, daß entsprechende Schuldscheine auszustellen sind, die sich an die Schuldscheine der Wohnbauförderung anschließen. Das heißt, daß nach diesen Schuldscheinen die erste Rückzahlungsrate mit dem Benützungskonsens fällig wird. Es ist natürlich vollkommen klar, daß ein solcher Schuldschein nur dann seine rechtliche Gültigkeit haben kann, wenn tatsächlich gebaut wird, denn ansonsten wäre es ja möglich, daß die „Austria" oder irgendeine andere Gesellschaft einen Kredit erhält, das Haus nie errichtet, wodurch es nie einen Benützungskonsens gibt, und das Land käme niemals **zu** seinem Geld. Darum geht es bei diesem Antrag. Nun habe ich mich in der Kürze der Zeit bemüht, von Herrn Abg. Stangler zu erfahren, welche Fiirma beziehungsweise Fertigteilbaufirma einen Auftrag der „Austria" erhalten hat und auf Grund Weilchen Vertrages zwischen der „Austria" und der Fertigteilbaufirma die Häuser hengestellt beziehungsweise die Fertigteile bereits angefertigt wurden. Der Abgeordnete Stangler — daraus mache ich ihm keinen Vorwurf — hat mir darauf

erklärt, das könne er nicht beantworten. Ich gebe also zu, daß durch die uns plötzlich gegebene Mitteilung eine etwas unklare Situation entstanden ist, aber ich muß feststellen, daß das Amt und den zuständigen Referenten daran keinerlei Verschulden trifft und auch nicht treffen kann, denn von der „Austria" wurde niemals mitgeteilt, und zwar auch nicht der Abteilung, die sich damit beschäftigt, daß diese Häuser in Fertigteilbauform bestellt sind. Darüber wurde nie gesprochen. Ich bin nur der Meinung, daß Verträge, wenn sie die essentielle Voraussetzung, nämlich die tatsächliche Herstellung der Häuser, nicht erfüllen, in ihrem Gegenstand einfach aufgehört haben, existent zu sein. Auf diese Art kann man sich aus einem Vertrag nicht herauswinden. Das ist offenkundig der Grund, der meinen Parteifreund Czidlik bewogen hat zu fordern, daß die Gelder, die bis jetzt nicht verbaut wurden und für die keine Aufträge nachgewiesen wenden, zurückzufordern sind. Ich bin der Meinung, daß der Antrag in dieser Form korrekt ist. Ob es sich dann bei der Überprüfung, die wir natürlich gewissenhaft durchführen werden, herausstellt, daß es sich um 68,000.000 Schilling, 62,000.000 Schilling oder vielleicht nur 59,000.000 Schilling handelt, kann man jetzt noch nicht genau sagen, weil ja die Unterlagen nicht zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Finanzausschuß eine sehr eingehende Debatte geführt, bei der ich mich als Referent zur Verfügung gestellt habe und dem Ausschuß mitteilte, was wir wissen und was wir nicht wissen. Diese Feststellungen habe ich in Gegenwart der Beamten des Referates gemacht, und sie sind unwidersprochen geblieben. Verstehen Sie nun, daß auf Grund einer Information, die mir erst vor einer Stunde zugegangen und die für mich vollkommen unüberprüfbar ist, auch ich nicht sagen kann, ob der mir jetzt geschilderte Sachverhalt tatsächlich stimmt, wobei ich dem Herrn Abgeordneter Stangler nicht unterstelle, mir absichtlich eine falsche Information gegeben zu haben. Keineswegs, denn er ist wahrscheinlich genauso durch die verschiedenen Gerüchte und Informationen irregeführt worden wie etwa das Referat selbst. 'Das gebe ich ohne weiteres zu.

Hohes Haus! Ich glaube, daß kein großes Unglück geschehen kann, wenn man grundsätzlich einem Antrag zustimmt, in dem verlangt wird, daß die Gelder, für welche echte Bauaufträge nicht gegeben wurden, fällig zu stellen sind, weil das die einzige Methode ist, um dem Land zur Rückzahlung des Geldes zu verhelfen. Wenn wir warten, bis ein Benützungskonsens gegeben wird, und nichts tun, dann kann es, ich sage es noch einmal, sehr wohl passieren, daß dieser Benützungskonsens am Nimmerleinstag erteilt wird, weil eben nicht gebaut wird, und dann wären die Gelder des Landes verloren.

Wie Sie sich, meine Herren Abgeordneten, diese Lösung vorstellen — ich bin nicht Mitglied und kann daher nicht abstimmen —, das ist eine andere Sache. Ich halte aber den Antrag absolut nicht in Widerspruch stehend und betone, daß ich mich nicht verpflichtet habe, darauf hinzuwirken, daß er zurückgezogen wird. Ich habe Herrn Abg. Stangler erklärt, meine Parteifreunde über die mir zugegangene Mitteilung zu informieren und Ihnen darauf Antwort zu geben, welche Stellung zu dieser vollkommen neuen Situation von uns eingenommen wird. Das ist der Sachverhalt, den dem Hohen Hause vollkommen objektiv und juristisch einwandfrei mitzuteilen ich mich verpflichtet fühle. *(Beifall* bei *der* **SPÖ.)**

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte gelangt der Herr Abg. Czidlik.

Abg. CZIDLIK: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Vorgehen des Sprechers der Mehrheitsfraktion ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß in der Causa Müllner und allem, was daran hängt, von der ÖVP ununterbrochen versucht wird, zu vertuschen und zu verniedlichen. Von Herrn **Landeshauptmannstellvertreter** Doktor Tschadek wurde ausdrücklich festgestellt, daß selbst dann, wenn Sie der Meinung wären, es würde alles in Ordnung gehen, nichts passieren könnte, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Aber die Dinge liegen doch ein bißchen anders. Tatsache ist, das möchte ich hier feststellen, daß die „Austria" im Frühjahr dieses Jahres praktisch insolvent war. Sie hat nur noch über 3,000.000 Schilling an Barmitteln verfügt, wobei feststeht, daß sie der Wassergenossenschaft Maria-Enzersdorf bis zum heutigen Tage rund 12,000.000 Schilling für Aufschließungskosten schuldet, die sie längst einkassiert hat. Mit sehr höflichen Worten ausgedrückt: Sie hat sie also vorenthalten! Man könnte auch einen schärferen Ausdruck dafür verwenden. Hierzu will ich Ihnen noch etwas Authentisches berichten. So heißt es in einer Aussage, daß in bezug auf ein Spekulationsobjekt, das mit diesen Förderungsmitteln gebaut wurde, ein Abverkauf bisher nicht möglich war, da infolge geringer Rentabilität keine Kaufinteressenten gefunden wurden. Es handelt sich

hier um ein Wertobjekt von 30,000.000 Schilling. Rechnen Sie sich nun aus: ungefähr 11,000.000 Schilling bis 12,000.000 Schilling Schulden an die Wassergenossenschaft infolge nicht abgeführter Aufschließungs'kosten sowie die envahnten 30,000.000 Schilling. Ich könnte Ihnen noch einiges nennen, hebe es mir aber für spätere Zeiten auf, denn man muß sein Pulver nicht auf einmal verschießen. Ich betone es noch einmal, daß mein Antrag berechtigt ist und wir ihn aus diesem Grunde nicht zurückziehen werden. Wenn Sie seine Zurückziehung tatsächlich wieder verlangen, so ist das Ihre Angelegenheit. Wir betrachten Ihre Vorgangsweise als neuerlichen Skandal und werden das verwerten, denn im Finanzausschuß wurde vom zuständigen Beamten ausdrücklich erklärt, daß auf Grund der Intabulierungen und der bereits bezogenen Wohnungen 217,000.000 Schilling vorgeschrieben wurden, während 167,000.000 Schilling infolge noch nicht fertiggestellter Wohnungen beziehungsweise fehlender Unterlagen nicht sichergestellt sind. Ich glaube, jetzt nachgewiesen zu haben, daß diese 68,000.000 Schilling einer dringenden Rückforderung bedürfen, und wenn Sie nicht mitstimmen wollen, ist das Ihre Sache. Wir ziehen den Antrag nicht zurück. **(Beifall bei der** *SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Marsch zum Wort.

Abg. MARSCH: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir werden in einigen Minuten über den Antrag des Herrn Abg. Czidlik abstimmen; es soll hier niemanden unter den 56 Abgeordneten geben, der nicht von seinem Stimmrecht nach bestem Wissen und Gewissen Gebrauch macht, ohne nicht darüber informiert zu werden, was in Vorberatung dieses Budgets in dieser Angelegenheit im Finanzausschuß in Anwesenheit des Sprechers der ÖVP, der uns hier in dieser Angelegenheit überrascht hat, gesagt wurde. So ist die Haltung der ÖVP zu den Beamten zu verstehen. Der zuständige Hofrat hat auf unsere Frage bezüglich der Rabattgelder der Niogas gesagt: Verbücherte Schuldscheine gibt es im Werte von 297,000.000 Schilling. Es bleiben also noch 87,000.000 Schilling offen. Und auf die weitere Frage — und das kann man im Protokoll genau nachlesen —, wo diese 87,000.000 Schilling derzeit seien, hat er gesagt, bei der Wohnbaugesellschaft „Austria". Wir haben ihn genau gefragt, was dann geschehen ist. Auch Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, haben Gelegenheit gehabt, zuzuhören. Es ist dies also Tatsache oder die Beamten haben sich geirrt, was ich aber nicht glaube, weil die Leute uns das an Hand von Unterlagen genau gezeigt haben. Wir fühlen uns daher verpflichtet, diesen Antrag aufrechtzuerhalten. Ich bitte Sie, sich nach diesen Informationen zu richten und danach Ihre Stimme abzugeben. **(Beifall** *bei* **der** SPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zum Worte gelangt Herr Abg. Stangler.

Abg. STANGLER: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bedaure es, daß ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal in Anspruch nehmen muß, aber es werden wiederholt Beamte genannt, und ich bedaure das sehr, denn die Beamten, die hier genannt werden, haben ja keine Möglichkeit, hier in die Debatte selbst einzugreifen. Ich möchte daher noch einmal feststellen, was der zuständige beamtete Leiter in einem Gespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Tschadek erklärt hat, nämlich daß die Abteilung seit Monaten daran arbeitet, um alle Schuldscheine auftragsgemäß herauszugeben, daß es aber trotzdem nicht möglich gewesen ist, über den Gesamtbetrag schon die Schuldscheine auszustellen, weil einfach die Zeit nicht gereicht hat. Für diese 86,500.000 Schilling sind die Schuldscheine draußen bei der Baugesellschaft, und diese Schuldscheine sind mit Begleitschreiben des politischen Leiters der Abteilung, des Herrn Referenten, mit der Unterschrift des **Landeshauptmannstellvertreters** Dr. Tschadek hinausgeschickt worden. Mehr habe ich nicht gesagt, mehr habe ich nicht berichtet, nur auf diesen Widerspruch habe ich hingewiesen, und ich sage noch einmal, meine Partei hat gar nicht die Absicht, eine Aufgabe des zuständigen Referenten zu verhindern. Wir sind bei dieser Aussprache auseinandergegangen: „Herr Referent der Abteilung I/6 A machen Sie alles, wozu Sie sich berufen fühlen als Leiter dieser Abteilung." Aber innerhalb von einer Stunde kann man solche schwerwiegende juristische Fragen nicht klarstellen. Da ist jeder überfordert, nicht nur ich, selbstverständlich auch der Leiter. Wir haben aber nichts dagegen, wenn Dr. Tschadek die notwendigen Überprüfungen durchführt. Ich sage noch einmal, die Schreiben sind mit seiner Unterschrift hinausgegangen und die Beamten haben das gemacht, wozu sie laut Gesetz und Beschluß aufgefordert wurden. Lassen wir daher Beamte aus dem Spiel. Ich bin davon überzeugt, daß **Landeshauptmannstellvertreter** Dr. Tschadek sowie seine Beamten das tun werden, was notwendig ist und was um des Gesetzes willen getan werden muß. **(Beifall bei der** *ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. ANZENBERGER: Ich verzichte.

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND: Zur Abstimmung liegen vor die Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, sowie die Resolutionsanträge der Abg. Marsch, Hubinger, Czidlik und Dipl.-Ing. Robl. Ich lasse zunachst über den Antrag des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages zur Gruppe selbst abstimmen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, seinen Antrag zur Gruppe 6 zu stellen.

Berichterstatter Abg. ANZENBERGER: Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, mit Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von 259,320.000 Schilling und Ausgaben von 829,029.000 Schilling sowie Ausgaben im außerordentlichen Voranschlag von 48,210.000 Schilling zu genehmigen.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Abstimmung über die Gruppe 6 einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT SIGMUND *(nach Abstimmung über die Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, ordentlicher und außerordentlicher Voranschlag in Erfordernis und Bedeckung):* Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Marsch, betr. Konzept für ein Industrieentwicklungsprogramm für Nieder-Österreich): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Hubinger, betr. schnellere Abwicklung des Verfahrens zur Genehmigung der Durchführung von Bundesstraßenbauvorhaben): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Czidlik, betr. die Rückforderung des Betrages von 68,580.000 Schilling von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft „Austria AG"): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dipl.-Ing. Robl, betr. die Rekultivierung der bei Straßenbauten des Bundes frei gewordenen Grundflächen und deren Kaufangebot zum Verkehrswert an jene Grundeigentümer, die Grundflächen für Straßenzwecke abgetreten haben): Angenommen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Anzenberger, zur Gruppe 7, öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsfördenung, ordentlicher und außerordentlicher Voranschlag, zu berichten.

Berichterstatter Abg. ANZENBERGER: Hohes Haus! Ich berichte zur Gruppe 7: In der Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, betragen die Ausgaben 261,352.000 Schilling und die entsprechenden Einnahmen 73,723.000 Schilling, so daß das Nettoerfordernis 187,629.000 Schilling beträgt. In dieser Gruppe kommen die Gebarungsvorgänge, welche der allgemeinen Verwaltung dieser Belange, den öffentlichen Einrichtungen, der Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Fremdenverkehrsförderung und sonstigen Aufwendungen dieser Art dienen, zur Verrechnung.

Die Ausgaben umfassen 8,66 Prozent des Gesamtaufwandes, während die des Vorjahres 9,7 Prozent darstellten. Die Ausgaben dieser Gruppe zeigen eine Steigerung um rund 111,800.000 Schilling. Hievon betreffen rund 6,600.000 Schilling den Personalaufwand und rund 5,200.000 Schilling den Sachaufwand.

Neu in den Voranschlag aufgenommen wurden der Voranschlagsansatz Beitrag zur Berufsausbildung der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer mit 300.000 Schilling, der Voranschlagsansatz Instandsetzung der Bodenschutzstation Lassee mit 220.000 Schilling, der Voranschlagsansatz Forstgärten, soweit sie das Land vom Bund übernimmt, mit einem Personalerfordernis von 2,450.000 Schilling und einem Sacherfordernis von 610.000 Schilling sowie der Voranschlagsansatz Subvention zur Abhaltung der **4.** Internationalen Feuerwehrwettkämpfe 1969 in Krems mit 250.000 Schilling. Die weiteren Erhöhungen des Sachaufwandes betreffen mit rund 1,400.000 Schilling die Bauhöfe, mit rund 1,000.000 Schilling den Landesbeitrag an den Betriebsinvestitionsfonds und den Betriebsinvestitionsfonds mit rund 4,000.000 Schilling. Verminderungen erfuhr der Voranischlagsansatz Zuschuß an den Niederösterreichischen landwirtschaftlichen Wohnbauförderungsfonds um 2,000.000 Schilling, weil die Darlehensrückflüsse seit Schaffing des Fonds eine sinkende Tendenz haben.

Die Einnahmen erhöhen sich um rund 9,100.000 Schilling. Diese Erhöhungen bringen vor allem die Bauhöfe mit rund 1,400.000 Schilling, die bäuerlichen Fachschulen mit rund 700.000 Schilling, der Betriebsinvestitionsfonds mit rund 4,000.000 Schilling und der neu aufgenommene Voranschlagsansatz Forstgärten, soweit sie das Land vom Bund übernimmt, mit rund 2,100.000 Schilling.

Die Beiträge zu den Kosten der Be- und Entwässerungen stellen Landesbeiträge dar,

neben denen Bundes- und Interessentenbeiträge für die einzelnen Bauvorhaben geleistet werden. Das ergibt, daß mit den 10,000.000 Schilling Landesbeiträgen Bauvorhaben in der Höhe von rund 45,000.000 Schilling durchgeführt werden können.

In der Gruppe 7 wird aus gebarungstechnischen Gründen die Notwendigkeit gegeben sein, verschiedene Voranschlagsansätze als gegenseitig deckungsfähig zu erklären. Des weiteren sind Zweckbindungen von Einnahmebeträgen zu verfügen.

In der Gruppe 7 sind die außerordentlichen Ausgaben mit 12,550.000 Schilling veranschlagt,

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen zur Gruppe 7 einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Wort gelangt Herr Abg. K a i s e r.

Abg. KAISER: Herr Präsident! Hohes Haus! Obwohl wir uns erst am Beginn der Gruppe 7 befinden, haben bereits viele Diskussionsredner Fragen der Wirtschaft berührt, und auch die Generaldebattenredner sowie der Landesfinanzreferent haben in ihrer Darstellung die Fragen der Wirtschaft besonders unterstrichen. Das ist meiner Meinung nach kein Zufall, sondern ein richtiges Erkennen, daß hier ein Schwerpunkt der Probleme unseres Landes liegt. Der Herr Bundeskanzler hat schon bei mehreren Anlässen und zuletzt auch der ÖIG-Präsident darauf hingewiesen, daß man die Vorgänge in der Wirtschaft nicht zu dramatisch schildern möge, damit das Land nicht an Ansehen einbüße. Ich glaube jedoch, daß wir hier keine Dramatik zu äußern brauchen, da die Dinge, wie sie derzeit liegen, objektiv betrachtet, traurig und schlimm genug sind. Ein geflügeltes Sprichwort heißt: „Die Ersten werden die Letzten sein." Für Niederösterreich scheint dieses im umgekehrten Sinn Geltung zu haben. Wir waren die letzten, die von der Last der Besatzung befreit wurden, und sind eigentlich wieder unter den ersten, die auf Grund der Wirtschaftsflaute im verstärkten Maße die Rechnung präsentiert bekommen. Zahlreiche Betriebe nahezu aller Branchen klagen über eine schlechte Wirtschaftslage. Unsere beiden Landeshauptmänner können bestätigen, daß Unternehmer und Betriebsräte laufend vorsprechen, ihre Sorgen äußern und vom Land Hilfe erhoffen. Die Intervalle, wo solche Betriebsdelegationen vorsprechen, werden immer kürzer. Man kann durchaus nicht behaupten, daß diese Delegationen bestellt sind. Sie sind vielmehr ein Zeichen für die derzeitige wirtschaftliche Situation, und die Vorsprechenden fühlen sich in ihrer Verantwortung verpflichtet, zeitgerecht auf ihre schlechte wirtschaftliche Situation hinzuweisen. Gewiß sind die Ursachen, die zu dieser bedrängten Wirtschaftssituation geführt haben, sehr unterschiedlich. Da gibt es vor allen Dingen eine Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten, und die Verwendung neuer Werkstoffe spielt hier ebenfalls eine entscheidende Rolle. Wir dürfen nicht den immer mehr zunehmenden Kampf um die Absatzmärkte unterschätzen. Nicht zuletzt macht sich im gegenwärtigen Stadium, wo diese Spannung in der Konkurrenz immer stärker wird, auch der Umstand bemerkbar, daß nicht zeitgerecht mit einer aktiven Investitionstätigkeit begonnen wurde. Außerdem kommen Betriebe auch deshalb in Schwierigkeiten, weil sie immer längere Zahlungsfristen gewähren sollen und daher ihre Liquidität gefährdet erscheint. Mitte Oktober 1967, also ein sehr junges Ergebnis, wurden 392 namhafte Betriebe aller Branchen in Niederösterreich untersucht. Das Ergebnis davon zeigt, daß in 124 Betrieben ein Abgang von Beschäftigten festzustellen ist, in 77 Betrieben ein Zugang, und in 191 Betrieben ist der Beschäftigtenstand gleichbleibend. 39 Betriebe davon haben es jedoch mit echten Schwierigkeiten zu tun. In diesen 39 Betrieben sind derzeit nahezu 15.000 Dienstnehmer beschäftigt. Die Situation ist so, daß manche davon die Kurzarbeit hinter sich haben; sie haben diese Lösung gewählt, weil sie glaubten, damit die Hürde zu nehmen. Einige befinden sich zur Zeit noch in diesem Stadium, ein weiterer Teil hat um Kurzarbeit angesucht. Die Probleme liegen sogar so tief, daß man auch Uberlegungen anstellt, in Perioden Dienstnehmer zum Teil aussetzen zu lassen. Bei aller optimistischen Einstellung lassen sich diese Dinge aber nicht wegoperieren. Für 1968 ist eine Verschlimmerung, bedingt durch diese Vorläufer, zu befürchten. Während die Industriebeschäftigung in den westlichen Bundesländern — wenn auch nicht rasant — im Ansteigen begriffen ist, zeigt sich in Niederösterreich eine gewisse Rückläufigkeit. In der Zeitspanne von 1965 bis 1967 marschiert Niederösterreich mit 5 Prozent Rückläufigkeit der Industriebeschäftigten an der Spitze. Die vorgemerkten Stellungsuchenden haben im Juni 1967 im österreichischen Durchschnitt 4,1 Prozent betragen, in Niederösterreich jedoch eine Steigerung von 14,1 Prozent. Wenn man berücksichtigt, daß ein gewisser Trend an Ab-Wanderung in Niederösterreich laufend anhält, so wäre eigentlich die Beschäftigungssituation noch schlimmer zu werten. Es ist,

glaube ich, unsere Aufgabe, den Lebensraum der niederösterreichischen Bevölkerung so zu gestalten, daß eine allmähliche Verbesserung eintreten und eine gewisse Sicherheit wahrgenommen werden kann. Wir wollen die Zeit nicht anklagen, wir alle wollen zur Kenntnis nehmen, daß es uns besser geht; aber trotzdem gibt es besonders in Nieder-Österreich — regional sehr unterschiedlich — noch Probleme der Unsicherheit und schlechten Einkommensverhältnisse. Diese rückläufige **Beschäftigungsentwicklung** stellt zur Zeit sicherlich noch keine Tragödie dar. Wenn man aber bedenkt, daß es eine Rückläufigkeit vorwiegend dort gibt, wo in der Familie vielleicht Mann, Frau, Sohn und Tochter beschäftigt waren, so scheint mir das Familieneinkommen gefährdet. Diese Möglichkeit nimmt in zunehmendem Maße ab, und wir müssen uns in nächster Zeit — mehr als bisher — mit der Realität abfinden, daß es in verschiedenen Familien künftig nur noch einen Verdiener geben wird. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir dürfen jene Menschen nicht vergessen und müssen uns in die Situation hineindenken, in der sich Alleinverdiener mit einem monatlichen Einkommen, das zwischen 2500 Schilling und 3000 Schilling liegt, befindet. Wenn man als österreichische Durchschnittsfamilie mit Mann, Frau und zwei Kindern rechnet, dann, glaube ich, muß man vor dieser Familie Respekt haben, wenn sie trotzdem das Leben fristen kann und das Auslangen findet. Diese Vorzeichen der Schwierigkeitsentwicklung mahnen uns, alle Kräfte, die zur Verfügung stehen, zu mobilisieren, um eben das Leben der Menschen in Niederösterreich zu verbessern und ihr Einkommen zu sichern. Die Möglichkeiten, diese Aufgaben zu erfüllen, werden sicherlich in Zukunft in zunehmendem Maße schwieriger werden. Das Bestreben, in Niederösterreich Betriebe neu anzusiedeln, hat spürbar nachgelassen. Dieser Trend, von der Großstadt nach Niederösterreich Betriebe zu verlegen, hat bei weitem nicht mehr diese Triebfeder, wie es um die sechziger Jahre herum zum Ausdruck gekommen ist, weil selbst die Betriebe in Wien allmählich in die Situation kommen, über freie Kapazitäten zu verfügen. Es ist daher, so gesehen, kein Substanzzuwachs zu erwarten. Wie schwierig es ist, in der gegenwärtigen Zeit Betriebe im Land Niederösterreich neu anzusiedeln, zeigt, glaube ich, der Fall Höflein. Dort waren noch vor Monaten 196 Beschäftigte tätig. Heute sind es nur noch 21, die mit Abbrucharbeiten beschäftigt sind. Die sozialistischen Abgeordneten haben einen Antrag gestellt, im Raum von Grünbach-Höflein einen Betrieb zu gründen. Im Wirtschaftsausschuß konnte zwischen beiden Fraktionen nach einigen Abänderungen eine Einigung erzielt werden. Die Bergarbeiter von Höflein waren — als sie über ihr Schicksal erfuhren — sicherlich sehr niedergeschlagen, aber sie waren doch beseelt von der Hoffnung, daß vom Land aus die Initiative in der Richtung entwickelt wird, daß ein Ersatzbetrieb nach Höflein kommt. Am 22. September hat in Grünbach eine Enquete stattgefunden, zu der auch die Abgeordneten des Bezirkes eingeladen waren und bei der die Gemeindevertreter ihre Sorgen zum Ausdruck brachten sowie nach Möglichkeiten Ausschau hielten, um für den Raum Grünbach neue Beschäftigungen zu finden beziehungsweise die triste finanzielle Lage der Gemeinde zu verbessern. Bei dieser Enquete ist auch über die Betriebsneugründungen im Raume Höflein gesprochen worden, und kein Geringerer als der Herr ÖVP-Abgeordnete Ofenböck hat dort erklart, daß bereits mit einem Kunststoffbetrieb verhandelt wird und es nur noch einiger kleiner Details bedarf, um diesen Betrieb nach Höflein zu bringen; dann wäre es möglich, 120 Menschen Arbeit zu geben. Die Wirklichkeit sah leider anders aus. Es kam zu keinem Vertrag, es existiert kein Betrieb in dieser Gegend, und die Menschen sind zu Pendlern geworden.

Kollege Laferl hat in seinen Ausführungen im Hohen Hause am 30. Juni 1967, als ich zum Antrag der Betriebsneugründung im Raume Grünbach-Höflein-Willendorf sprach, erklärt: ,,Selbst wenn sich in diesem Gebiet keine Chance bietet, die Leute zu beschäftigen, dann ergibt sich im Raume Weikersdorf, wo sich ein Betrieb in Bau befindet, die Möglichkeit, diese Leute aufzunehmen." Leider müssen wir feststellen, daß die zeitlichen Intervalle nicht so liegen, daß Leute aus Höflein in Weikersdorf Beschäftigung finden könnten; der Bau ist wohl fertig, aber es wird dort noch nicht gearbeitet. Soweit ich informiert bin, wird kaum vor März 1968 mit der Produktion auch nur in bescheidenem Maße begonnen werden. Und selbst wenn die Produktion anläuft, wird man — branchenbedingt — vorwiegend Frauen beschäftigen. Im konkreten Falle wäre es aber darum gegangen, Arbeitsplätze für Männer zu schaffen. Sicherlich konnten die Bergarbeiter von Höflein in verschiedenen Betrieben untergebracht werden, vor allem die jüngeren. Tragisch war es für die älteren Arbeiter, denen man zu verstehen gab, daß ihre Situation wohl bedauerlich ist, daß man aber nicht bereit sei, ihnen die Chance der Bewährung zu geben. Erst durch mehrmalige Interven-

tion war zu erreichen, daß auch diese Menschen — allerdings mit erheblichem Verdienstverlust — eine Arbeit erhalten konnten. Für die Gemeinde ist aber das Problem dadurch nicht gelöst. Wir können nur registrieren, daß eine Gemeinde mehr durch die Schließung in eine finanzielle Notlage geraten ist. Mit der Schließung des Bergwerkes Höflein hat ein ganzes Seitental seinen letzten Stützpunkt einer **Beschäftigungsmöglichkeit** verloren. Es bleibt keine andere Möglichkeit, als daß die Menschen, die im Raume der Hohen Wand wohnen, mit eigenen oder organisierten Fahrzeugen in den Bezirk Baden oder Mödling, ja sogar bis nach Wien gebracht werden, um ihre Existenz zu sichern.

Wir wollen nicht in den Verdacht geraten, das Bergwerk Höflein zu verteidigen, weil wir schon im Jahre 1959 darauf hingewiesen haben, daß die Kohle an wirtschaftlicher Bedeutung verloren hat. Unsere verantwortlichen Aufsichtsräte haben, als es um den Ankauf des Bergwerkes Höflein ging, ihre Bedenken geäußert, weil sich bei den bestehenden Bergwerken bereits eine Absatzkrise abzeichnete. Aber all diese Ermahnungen waren fruchtlos; man ging eigene Wege, und so war die Lebensdauer dieses Bergwerkes eben nur sehr gering. Heute ist allgemein zu erkennen, wie sinn- und nutzlos diese Maßnahme gewesen ist. Eine Tatsache ist besonders tragisch, mein Kollege Marsch hat im Kapitel 6 darauf hingewiesen, daß durch dieses Bergwerk rund 250,000.000 Schilling nutzlos verwendet wurden. Diese Erklärung steht im Widerspruch zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Resch, der unterstrichen hat, daß es oberstes Gebot sei, die finanziellen Mittel des Landes optimal einzusetzen. Wenn ich das Beispiel des Herrn Abgeordneten Laferl in Erinnerung rufen darf, als er anläßlich einer früheren Debatte erwähnte, er habe — ohne viel Aufhebens — einem Betrieb Grundstücke angeboten, mit 30,000.000 Schilling wurde ein Betrieb errichtet, der künftighin 300 Arbeitsplätze sichert, und ich rechne die 30,000.000 Schilling zu 250,000.000 Schilling, die im Bergwerk Höflein verlorengegangen sind, so könnten wir theoretisch ausrechnen, daß damit acht solcher Betriebe Muster Weikersdorf mit einer Arbeitsplatzanzahl von 2400 Beschäftigten hätten errichtet werden können.

Der Herr Generaldebattenredner der Osterreichischen Volkspartei hat auch erklärt, es darf in Niederösterreich zu keinem zweiten Raxwerk kommen. Wir pflichten ihm hier voll bei, weil die Opfer, die die Belegschaft auf sich nehmen mußte, zu hart waren, um sie in der Form auch einem anderen zuzumuten. Im Falle Raxwerk bietet sich aber eine neue Möglichkeit. Die Stadtgemeinde Wr. Neustadt hat sich schon mehrmals um den Ankauf des Areals bemüht und dies auch kürzlich wiederholt. Wir glauben, daß ein Verkauf an die Stadtgemeinde Wr. Neustadt auch für uns der sicherste Garant sein könnte in dem Bemühen, daß in dieses Gelände wieder neues Leben einzieht.

Hier könnte meiner Meinung nach die Landesregierung zum Fürsprecher in dieser Angelegenheit werden. Es wäre damit sicher der erste Schritt zu einem neuen Hoffnungsgebiet in einem von den Kriegsereignissen schwer geprüften Gebiet getan. Ich habe es auch anläßlich der Debatte über den Bericht des Betriebsinvestitionsfonds 1966 begrüßt, daß die Richtlinien zur Gewährung von Darlehen abgeändert wurden und daß man die Höchstgrenze von bisher 1,000.000 Schilling auf 2,000.000 Schilling gesetzt hat. Das ist deshalb richtig, weil Investitionen in zunehmendem Maße kostspieliger werden, denn es müssen moderne Maschinen angekauft werden, die sehr teuer sind, und außerdem ist zu bedenken, daß dieses Limit im Jahre 1962 festgelegt wurde. Der Betrag von 1,000.000 Schilling im Jahre 1962 hat im Vergleich zum Jahre 1967 nicht den gleichen Wert. Meine Anregung ging dahin, daß man bei der Voranschlagspost 75-65, Landesbeitrag zum Betriebsinvestitionsfonds, etwas großzügiger dotieren möge, um einem größeren Kreis von Betrieben helfend beiseite zu stehen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie werden bestätigen, daß die Nachfrage nach Mitteln aus dem Betriebsinvestitionsfonds ständig steigt. Aus dem Bericht über das Jahr 1966 war zu entnehmen, daß nicht alle Ansuchen bewilligt werden konnten, weil eben die notwendigen Mittel nicht vorhanden waren. Deshalb ist es um so bedauerlicher, daß es auch für das kommende Jahr nicht möglich war, den Betriebsinvestitionsfonds den Erfordernissen entsprechend, höher zu dotieren. Es ist sicher zu begrüßen, daß der Zuschuß von 10,000.000 Schilling auf 11,000.000 Schilling erhöht wurde, wenn man aber das größere Volumen des Gesamtbudgets in Relation stellt, ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1966 wurden dem Betriebsinvestitionsfonds 0,41 Prozent zugeschossen, im Jahre 1967 0,37 Prozent und im Jahre 1968 waren es nur noch 0,33 Prozent. In einer Zeit also, in der man bemüht sein sollte, mehr Möglichkeiten zu eröffnen und Betriebe zu fördern, um ihre wirtschaftliche Situation besser zu fundieren, wählt man einen Weg, der wohl optisch einiges für sich hat, in der Wirksamkeit aber doch nicht das

Instrument darstellt, das notwendig wäre, um auch in verstärktem Maße helfend einzugreifen. Sicher stellt auch die Haftungsübernahme des Landes einen sehr wesentlichen Beitrag dar, um die Betriebe zu sanieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich den jetzigen Erfordernissen anzupassen. Der Hohe Landtag hatte vor nicht allzulanger Zeit die Gelegenheit, die Firma Eybl zu besichtigen. Dieser Betrieb ist meiner Meinung nach ein Beweis dafür, daß die vom Land getätigte Haftungsübernahme ein echter Beitrag war, um den Betrieb konkurrenzfähig zu machen, ihn weiter auszubauen, Arbeitsplätze zu sichern und weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt zu machen. Wir wollen nur hoffen, daß dann, wenn in nächster Zeit Betriebe an das Land herantreten und um Haftungsübernahme ersuchen. das Limit, das zur Zeit mit 300,000.000 Schilling gestellt ist, den Erfordernissen entsprechend erhöht wird. Die sozialistischen Abgeordneten haben im Finanzausschuß einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, es wurde jedoch erklärt, daß vorläufig noch die Beträge ausreichen, um weitere Haftungsübernahmen zu tätigen. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, würde man einer höheren Dotierung sicherlich aufgeschlossen gegenüberstehen.

Anläßlich der Budgetdebatte im Dezember **1966** habe ich das abgelaufene Jahr als noch zufriedenstellend in der wirtschaftlichen Entwicklung hingestellt, habe aber in Vorschau auf **1967** mit besonderer 'Sorge darauf hingewiesen, daß wir in eine schlechtere Entwicklung hineinwachsen werden. Kollege Laferl hat auch damals erklärt, wir sollen keine Schwarzmalerei betreiben und keine Mißstimmung erzeugen, das würde niemandem guttun. Ich glaube, es ist hier sehr wohl zwischen einer leidenschaftlichen Argumentation, die sachlich nicht begründet ist, und einem zeitgerechten Erkennen einer Entwicklung zu unterscheiden, die — wenn man nicht richtige Akzente setzt — für alle sehr schlecht enden kann. So finden wir, daß 'besonders die Klein- und Mittelbetriebe derzeit vor sehr großen finanziellen Schwierigkeiten stehen. Ich habe mir daher auf Grund des Ausspruches „Wer rasch gibt, gibt doppelt" am **16.** Dezember **1965** gestattet, einen Antrag mit folgendem Wortlaut zu stellen ***(liest):*** „Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Ergänzung der bestehenden Wirtschaftsförderungsmaßnahmen des Landes einen Haftungs- und Garantiefonds zu schaffen. Dieser Fonds sollte kapitalschwachen Klein- und Mittelbetrieben insbesondere auch die Aufnahme von Betriebsmittelkrediten erleichtern." Damals konnte die ÖVP-Fraktion diesem Resolutionsantrag nicht beitreten. Kollege Schneider hat damals geäußert, es nütae der Antrag nichts, weil derzeit die Mittel nicht vorhanden sind. Ein Jahr später, am **21.** Dezember **1966,** hat dann Kollege Schneider einen Resolutionsantrag gestellt, der sich mit der Schaffung einer Kreditbürgschafts-Gesellschaft mit beschränkter Haftung beschäftigt hat, wo sich auch das Land Niederösterreich mit einer Summe von **2,000.000** Schilling beteiligen sollte

Er hat hier auf Beispiele gleicher Art hingewiesen, die es in Belgien und Holland gibt, wo man auch diese Art der Finanzierungsmöglichkeiten von Betrieben gesucht hat. Der Resolutionsantrag entspricht zwar nicht ganz unseren Vorstellungen, wir haben ihm aber unsere Zustimmung gegeben, weil wir in ihm doch die Möglichkeit sehen, in der Hilfeleistung für unsere Industriebetriebe in Niederösterreich einen Schritt weiterzukommen. Was ist seit dieser Beschlußfassung eigentlich geschehen? Wir würden uns freuen, wenn wir bereits auf positive Auswirkungen hinweisen könnten. Leider ist aber überhaupt nichts geschehen und ich möchte hier objektiverweise feststellen, daß sich der Herr Abg. Schneider sicherlich ständig ehrlich bemüht hat, seiner von **uns** unterstützten Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist nur sehr bedauerlich, daß er sich in dieser Frage in seinen eigenen Reihen nicht durchsetzen konnte. In diesem Zusammenhang ergibt sich für uns Abgeordnete die Frage, was geschehen soll, wenn Resolutionsanträge zwar einstimmig beschlossen, dann aber einfach negiert und in die Tischlade versenkt werden. Es dürfte vielleicht noch nicht bis ins Landhaus gedrungen sein, daß es die wirtschaftliche Situation unseres Landes erfordern würde, jede sich bietende Möglichkeit wahrzunehmen, um auf finanziellem Gebiet helfend unsere Hand zu reichen. Dem Antrag der sozialistischen Abgeordneten, die Landesregierung möge den Abgeordneten einen Bericht über die wirtschaftliche Situation unseres Landes geben, wurde leider im Wirtschaftsausschuß und auch im Hause nicht die Zustimmung gegeben. Es wurde erklärt, das Land verfüge nicht über Fachkräfte, die in der Lage wären, einen solchen Situationsbericht über die wirtschaftliche Lage unseres Landes zu erstellen. Herr Präsident Reiter hat in seinen Darlegungen im Zusammenhang mit den Fragen der Raumordnung empfohlen, man solle doch aus so entscheidenden Fragen, die für das Land Niederösterreich von ausschlaggebender Bedeutung sind, kein Politikum machen, man solle diese Dinge neutralisieren und mit ihrer Behandlung Fach-

gremien betrauen. In dem konkreten Fall der Erstellung eines Röntgenbildes über die wirtschaftliche Situation des Landes Niederösterreich wollten wir die zuständige unbeeinflußte Stelle beauftragen, aber auch hier hat die Österreichische Volkspartei ihre Zustimmung verweigert. Ich glaube, wenn wir unserem Land und seiner Bevölkerung einen echten Dienst erweisen wollen, müssen wir Hilfe bieten, indem wir versuchen, den Lebensraum so zu gestalten, daß die Menschen in Geborgenheit wohnen können. Außerdem müssen wir es uns zur Aufgabe machen, in entscheidenden Fragen konsequenter vorzugehen und nicht etwa Lösungen zu wählen, die optisch günstiger aussehen und den Politiker da und dort vielleicht besser in Erscheinung treten lassen. Die Zeit, in der wir leben, und die Entwicklung, die in Zukunft auf uns zukommt, ist zu ernst, als daß wir unser Land zu einem politischen Exerzierfeld machen könnten. Ich glaube, daß wir alle in nüchterner Betrachtung die Dinge richtig erkennen und raschest Akzente setzen sollten, die unserer Bevölkerung zugute kommen, so daß die in der kommenden Zeit sicherlich nicht ausbleibenden Stürme in der Wirtschaft in einem erträglichen Ausmaß gehalten werden können. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, der Bevölkerung unsere Dienste anzubieten. Es genügen nicht pathetische Worte, sondern wir müssen mehr durch Taten unter Beweis stellen, daß wir dazu auch bereit sind. ***(Beifall** links.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Wort gelangt Herr Abg. K i e n b e r g e r.

Abg. KIENBERGER: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der erste, der sich damit befaßt hat, war der Fuchs im Walde, der zweite der Wasenmeister mit einer Mähre und einem alten Wagerl und jetzt ist eine Industrie daraus geworden, nämlich die Tierkörperverwertung. Obwohl es sich um einen modernen Industriezweig handelt, klagen leider die Beamten und sagen immer wieder: „Wir sind heute noch die alten Wasenmeister." Obwohl sich vieles verändert hat, hat sich mit einem Wort der Ruf nicht geändert. Aus diesem Grunde möchte ich ein paar Worte dazu eprechen. Es macht dem Land Schwierigkeiten, ein Vorhaben durchzuführen, das schon vor Jahren beschlossen und für das ein Betrag von 20,000.000 Schilling bereitgestellt wurde. 2,000.000 Schilling entfallen auf das gegenständliche Budget, die Gesamtkosten belaufen sich auf 26,000.000 Schilling. Das Vorhaben kam nicht zur Durchführung, weil man sich nicht über den Standort einigen kann. Eine einjährige Verzögerung entstand schon dadurch, daß man Überlegungen anstellte, ob verbrannt oder verwertet werden soll. Da das Verbrennen das Doppelte kostet und dabei außerdem nichts anfällt, entschloß man sich zur Verwertung. Für Niederösterreich käme eine Venvertungsanlage mit einer Kapazität von sechs Tonnen in Frage. Die Betriebskosten würden durch die Möglichkeit, das anfallende Fleischmehl zum Verkauf zu bringen, gedeckt. Dieses ist ein sehr hochwertiges Produkt. Etwa ein Drittel des Rohmaterials kann verwendet werden. Ungefähr ein Drittel beziehungsweise 25 Prozent besteht aus Mehl mit einem sehr hohen Nährwert. 65 Prozent sind verdauliches Eiweiß und der Fettgehalt beläuft sich auf 10 Prozent. Das Grundmaterial hat sich geändert. Früher bestand es ausschließlich aus Tierkadavern, jetzt sind nur noch 20 Prozent Tierkadaver und 80 Prozent sind tierische Abfälle. Ich will mich nicht in technischen Erklärungen verlieren und komme zum Hauptgrund der dauernden Ablehnungen. Man fürchtet nämlich eine Geruchsbelästigung. Ich darf darauf hinweisen, daß es sich um eine völlig geschlossene Anstalt handelt, wo die Fenster nicht geöffnet werden können. Man fährt mit einem Rolltor in eine Geruchsschleuse, wo das Gut in der Größenordnung eines Schweines und eines viertel Rindes abgekippt wird und sofort zur Verwertung gelangt. Es wird zu Mehl umgewandelt.

Also von einer Geruchsbelästigung kann überhaupt keine Rede sein, denn die Anstalt steht unter Vakuum; die Luft wird angezogen und über einen Kalkturm wieder nach außen geführt. Das hat nun in den vergangenen Jahren zu drei Oberlegungen geführt. In erster Linie wurde an Tulln gedacht, weil es im Zentrum von Niederösterreich liegt. Es ist dies aber ein Augebiet, das vom Hochwasser gefährdet ist. Der zweite Grund, der zur Verfügung stand, war eine Einflugschneise auf den Flughafen und als drittes Grundstück kam die Grenze nach Langenlebarn in Betracht. Die Bauverhandlungen wurden bereits abgeführt, die Fachleute fanden nichts dabei, aber die Gemeinde Langenlebarn hat Einspruch erhoben, und man muß damit rechnen, daß sich das jetzt drei Jahre lang hinzieht. Man hat sich daher in der Zwischenzeit um einen Ersatz umgesehen, denn diese Verzögerung hätte eventuell eine Verteuerung von 2,000.000 bis 3,000.000 Schilling zur Folge. Nun steht ein weiteres Projekt, namlich Langenrohr, zur Debatte, und wir hoffen, daß dies durchgeführt werden kann. Es entstehen dort allerdings Mehrkosten von 1,400.000 Schilling, weil der Vakuumanschluß länger gemacht werden muß, als das in Tulln

der Fall war. Vor Jahren ist auch noch ein anderes Projekt zur Debatte gestanden, es war dies Wien. Wien hat ja eine Verwertung, wo sich Niederösterreich anschließen könnte. Das Entscheidende für Niederösterreich ist, daß es zentral liegt, und da kommt nur der Raum von Tulln in Frage. Wien ist bereits ausgelastet, sie haben eine Kapazität von 5000 Tonnen im Jahr und sind bereits zu drei Viertel ausgelastet. Außerdem müssen da noch Veränderungen gemacht werden. Es wind auch die Flughafenstraße geändert werden, so daß für Niederösterreich kein Vorteil daraus erwachsen würde, wenn wir uns dort anschließen. Außerdem ist die Kapazität erschöpft. Wien hat nur Interesse gehabt, den östlichen Teil von Niederösterreich zu bekommen, unser Hauptanfallsgebiet ist aber der westliche Teil von Niederösterreich. Dann war außerdem damit noch ein Nebengedanke verbunden, denn Wien hat nämlich nur Schlachtabfälle und das ergibt ein minderes Produkt. Sie wollten das mit unseren echten Kadavern aufwerten, um zu einem besseren Produkt zu kommen. Ich glaube daher, es ist im Interesse des Landes Niederösterreich, daß man so bald wie möglich zu einer günstigen Lösung kommt, um dieses Projekt in der nächsten Zeit verwirklichen zu können.

Nun darf ich mich vielleicht kurz mit einer zweiten Frage, und zwar mit der landwirtschaftlichen Förderung, mit den Förderungsmaßnahmen des Landes Niederösterreich, befassen. Das Land Niederösterreich fördert in der Landwirtschaft Kommassierungen, Wegebauten, das landwirtschaftliche Schulwesen, im wesentlichen aber auch einen sehr wichtigen Punkt in der Landwirtschaft, die Be- und Entwässerung. Diese bringt den Landwirten wesentliche Vorteile. Sie kennen doch diese sauren Wiesen, die damit wieder zu fruchtbaren Böden gemacht werden. Es gibt in der Landwirtschaft zwei Betriebe, die nebeneinanderliegen und doch völlig verschiedene Voraussetzungen haben. Der eine verfügt über völlig gesunde Böden und der zweite über saure Wiesen. Das Land Nieder-Österreich hat im vergangenen Jahr je 3000 Hektar be- und entwässert, ungefähr je zur Hälfte mit einem Kostenaufwand von zusammen 40,000.000 Schilling. Es waren dies je 20 Prozent Bundes- und Landesmittel, etwa 16 bis 20 Prozent Teile des Grünen Planes und die Hälfte davon Interessentenleistungen. Im Jahre 1967 liefen 396 Anträge ein und 500 solcher Projekte kamen zur Durchführung. Geradezu eine Voraussetzung für diese Maßnahmen strukturverbessernder Art in der Landwirtschaft ist die Bewässerung in unseren Trockengebieten. Nun muß man leider die Beobachtung machen, daß die Böden in regenreichen Jahren nicht so genutzt werden können wie in guten Jahren. Da mehren sich die Ansuchen und beim Referat kommt es dann zu Engpässen und zu Schwierigkeiten bei der Erstellung von Projekten. Meine Damen und Herren, Sie werden nun wieder, wie im vergangenen Jahr, da wir heuer auch wieder ein gutes Jahr in der Landwirtschaft hatten, sagen, die Landwirtschaft wird gefördert, es führt wieder zu einer Mehrproduktion, mit der wir so schon zu rauften haben. Dabei muß man die Feststellung machen, daß wir bei Milch eine Mehrproduktion haben und beim Getreide ebenfalls eine Mehrproduktion. Dabei gilt beim Landwirt die Voraussetzung, daß er nur leben und existieren kann, wenn er ein gutes Jahr hatte. Bei Mißernten kann er überhaupt nicht existieren, und wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten die Agrarpolitik verfolgt haben, dann konnten Sie feststellen, daß man dabei ist, die Produktion etwas umzulenken und vor allem mehr auf die Fleischproduktion auszuweichen. Dabei kann es natürlich zu ausgesprochenen Mißernten kommen, wie das in den vergangenen Jahren in Europa der Fall war. Ich erwähne nur Rußland, das mit sehr, sehr schweren Einbußen an Gold die Lagerbestände Nordamerikas, die so viel Sorge bereitet haben, aufgekauft hat. Also mit Mißernten in größeren Räumen würde man insbesondere auch bei uns Schwierigkeiten bekommen. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, nur ein Beispiel bringen, das gerade in den letzten Wochen die Wirtschaft sehr beschäftigt hat. Es war dies die Pfundkrise in England. England ist ein Land, das nur 4 Prozent Bauern hat. Der Bauer ist im vergangenen Jahrhundert von einer Industrialisierungswelle weggespült worden. Man war der Meinung, England müsse sich mit der Industrie beschäftigen und das Commonwealth mit der Landwirtschaft. Ein europäisches Land, Dänemark, ist ein großer Zulieferer für England. Die ersten Schwierigkeiten haben sich in den Weltkriegen ergeben, und zwar haben die Deutschen sofort erkannt, daß, wenn man mit U-Booten das Land umzingelt und die Einfuhr unterbindet, sich dadurch Schwierigkeiten ergeben könnten. Dieser Fall ist auch eingetreten. Eine größere Schwierigkeit sieht man aber heute beim Zahlungsbilanzdefizit und vor allem durch das Zurückbleiben der Produktion bei der englischen Industrie. Vor einigen Tagen habe ich eine Karikatur in einer Zeitung gesehen. Da sieht man eine Menge Gewerkschaften — es dürfte dort eine stanke Teilung sein innerhalb der Gewerkschaft — und

ein Unternehmer hat eine Haube aus dem 17. Jahrhundert, so wie sie die alten Richter trugen, auf. Also eine verzopfte, eine zurückgebliebene Industrie. Das dürfte mit ein Grund sein, weil man eine gewisse Sicherheit durch diese Arbeitsteilung erhoffte; hier keine Landwirtschaft, nur Zukauf von landwirtschaftlichen Produkten und Ausfuhr von Industriegütern. Das hat zum Zurückbleiben der Industrie geführt und zu diesem großen Zahlungsbilanzdefizit. Wenn man zum Vergleich andere Industriestaaten, große Industriestaaten Europes ansieht, kann man sehen, daß die alle über sehr hochentwickelte und gute Industrien verfügen, nur ein Land macht eine Ausnahme, und das ist England, das sich derzeit in großen Schwierigkeiten befindet.

Ich wollte das nur erwähnen, denn wenn man von landwirtschaftlicher Förderung hört, denkt man doch immer an Überproduktion. Wir haben bei der Getreideproduktion schon 50 bis *60* Prozent, bei der Fleischproduktion zwischen **30** und 40 Prozent — also ein gewaltiger wirtschaftlicher Faktor in Niederösterreich — und aus der übrigen landwirtschaftlichen Produktion kennen wir auch schon eine Menge Zweige, wo es eine Überproduktion gibt, zum Beispiel bei Zucker, Milch, bei den Mühlen, bei der Kartoffelverwertung und den Mischfutterwerken. In Zukunft wird sich auch eine Ausweitung auf die Fleischproduktion ergeben. Wenn man nun so viel von Raumplanung spricht, dann, glaube ich, wird doch eine Möglichkeit zur Weiter-Verarbeitung bestehen, und zwar nicht nur für das Inland, (sondern insbesondere auch für einen zukünftigen Export, welcher für die Landwirtschaft von wesentlicher Bedeutung ist. (Beifall ***bei der ÖVP.)***

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Frau Abg. Körner.

Abg. KORNER: Hohes Haus! Erlauben Sie bitte, daß ich zunächst eine Richtigstellung treffe. Ich weiß nicht, vielleicht habe ich mich gestern schlecht ausgedrückt oder hat mich der Herr Landeshauptmann mißverstanden. Ich habe gestern nicht gemeint, daß die Autobahn nicht durch das Waldviertel gehen sollte. Ich habe ausdrücklich die Schnellverbindung nach Krems und weiter nach Sankt Pölten verlangt und den Anschluß an die Autobahn unseres Gebietes. Ich meinte nur, daß die Autobahn nicht unbedingt bei meiner Heimatstadt Gmünd vorbeigehen müßte. Das möchte ich also richtigstellen, denn ich glaube, daß ich mißverstanden wurde.

Gestern und heute haben sich verschiedene Debattenredner bereits mit der Raumplanung und Raumordnung beschäftigt, auch Herr Landeshauptmann hat in seinem Beitrag zur Gruppe 6 darauf hingewiesen. Er hat unter anderem dem Hohen Haus mitgeteilt, daß man sich bereits mit dem Problem der Nebenbahnen beschäftigt habe. In letzter Zeit sind die Nachrichten über die Stillegung der Nebenbahnen immer mehr geworden, und ich glaube, daß die Nachricht nicht nur die Bevölkerung in einzelnen Gebieten Niederösterreichs, sondern in ganz Niederösterreich beunruhigt hat, und ich möchte sagen, mit Recht beunruhigt, denn eine solche Maßnahme wäre nicht nur vom raumplanerischen Standpunkt abzulehnen, denn sie würde alle Maßnahmen auf diesem Gebiete zunichte machen; auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen, aus sozialen Gründen muß die Stillegung der Nebenbahnen in unserem Lande abgelehnt werden. Wir haben uns bereits im Vorjahr im Zuge der Budgetdebatten mit diesem Problem beschäftigt. Ich habe auch im Vorjahr einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, aber die Situation hat sich bis heute nicht gebessert, im Gegenteil, die Forderung der Bundesbahnen nach Stilllegung der Nebenbahnen wird immer lauter und immer öfter erhoben. Ich hoffe nur, daß es uns hier nicht so geht wie mit unserem ebenfalls einstimmig angenommenen Antrag, der sich mit der Abtragung des zweiten Gleises der Franz-Josefs-Bahn beschäftigt hat, denn an der Abtragung des zweiten Gleises wird schon fleißig gearbeitet. Ich glaube, daß man es sich nicht so leicht machen kann und darf wie die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, daß man ganz einfach erklart, diese Bahnen sind für uns ein Defizitgeschäft und daher legen wir sie still. Seinerzeit sind diese Nebenbahnen gebaut worden, um Gebiete zu erschließen, und sie haben sicherlich auch damals dem Lande, dem Staat keinen Gewinn gebracht. Die Direktion der Bundesbahnen stellt selbst fest, daß sie bisher das Defizit aus sozialen und wirtschaftlichen Erwagungen getragen und diese Bahnen geführt hat. Ich frage daher: Warum wollen die Bundesbahnen nun unsozial handeln? Was hat sich geändert? Haben sich die Umstande wesentlich geändert? Warum will man jetzt nicht mehr aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen handeln und diese Nebenbahnen weiterführen? Ich möchte mich insbesondere mit Linien beschäftigen, die in meinem Bezirk liegen. Die Bundesbahnen schlagen vor, die Nebenbahnlinien **Gmünd — Litschau — Heidenreichstein,** Grnünd—Groß-Gerungs gänzlich stillzulegen, nicht nur den Personenverkehr, sondern

tigt, auch Herr
nem Beitrag zur
en. Er hat unter
mitgeteilt, daß
n Problem der
iabe. In letzter
er die Stillegung
mehr geworden,
chricht nicht nur
en Gebieten Nie-
ganz Niederöster-
ch möchte sagen,
eine solche Maß-
raumplanerischen
in sie würde alle
Gebiete zunichte
schaftlichen Über-
ünden muß die
ien in unserem
Wir haben uns
der Budgetdebat-
schäftigt. Ich habe
ezüglichen Antrag
wurde einstim-
'Situation hat sich
im Gegenteil, die
inen nach Still-
wird immer lauter
Ich hoffe nur, daß
wie mit unserem
ommenen Antrag,
des zweiten Glei-
beschäftigt hat,
es zweiten Gleises
et. Ich glaube, daß
machen kann und
ktion der Öster-
daß man ganz ein-
sind für uns ein
legen wir sie still.
benbahnen gebaut
schließen, und sie
ls dem Lande, dem
acht. Die Direktion
elbst fest, daß sie
len und wirtschaft-
en und diese Bah-
ge daher: Warum
nun unsozial han-
rt? Haben sich die
idert? Warum will
sozialen und wirt-
indeln und diese
en? Ich möchte
Linien beschäf-
Bezirk liegen. Die
or, die Nebenbahn-
—Heidenreichstein,
inzlich stillzulegen,
nverkehr, sondern

gänzlich stillzulegen. Das Defizit dieser beiden Linien macht nicht ganz 15,000.000 Schilling jährlich aus, rund 7,000.000 Schilling die Linien **Gmünd — Litschau — Heidenreichstein,** und rund 8,000.000 Schilling Gmünd—Groß-Gerungs. Da muß man aber 1,000.000 Schilling, die bei Umstellung auf den Kraftwagenverkehr entstehen, abrechnen, so daß man sagen kann, das Defizit dieser Linien macht rund 15,000.000 Schilling aus. Man rnuß sich nun fragen, ob beim Defizit der Bundesbahnen, das Milliarden ausmacht — ich habe unlängst bei einem Diskussionsbeitrag im Parlament gehört, mehr als 4.000,000.000 Schilling —, diese 15,000.000 Schilling für die Waldviertler Nebenbahnen unerträglich sind. Wenn wir uns überlegen, daß das Land, die Gemeinden, die Parteien, alle wirtschaftlich Interessierten seit Jahren bemüht sind, für dieses Gebiet etwas zu tun, wenn immer wieder betont wird, daß etwas geschehen muß für dieses Gebiet, um die Abwanderung zu stoppen, dann muß man doch sagen, daß diese Maßnahme absolut abgelehnt werden muß, denn, wenn sich alle einig sind, daß das Waldviertel ein Entwicklungsgebiet ist, daß etwas geschehen muß und soll, um die Menschen in diesem Gebiet zu halten, wenn die Raumplaner feststellen, daß eine Möglichkeit dazu der Ausbau des Fremdenverkehrs in diesem Gebiet wäre, und wenn die Raumplaner feststellen, daß die schwache Frequenz auf einigen dieser Strecken durchaus keine Folge eines zu geringen Bedarfes sei, sondern bloß auf die unzureichende Verkehrsabwicklung durch die Bundesbahnen zurückzuführen sei, dann, glaube ich, muß man verlangen und fordern von den Bundesbahnen, daß sie zunächst Maßnahmen treffen, um zu modernisieren und zu rationalisieren, und dann wird das Defizit dieser Linien sich sicherlich auch verkleinern. Die Gleisanlagen der Linien **Gmünd — Litschau — Heidenreichstein** und Gmünd—Groß-Gerungs sind absolut in Ordnung. Man hat in den vergangenen Jahren Millionen investiert, und es sind außerdem auch alle öffentlichen Kreuzungen gesichert bis auf einige Privatstraßen. Man könnte also in Kürze die Geschwindigkeit auf diesen Nebenbahnen von **30** Kilometer auf 45 Kilometer erhöhen. Man könnte sofort Schienenbusse einsetzen. Das würde dann selbstverständlich auch den Personenverkehr wesentlich stärken, denn man kann nicht annehmen, daß man mit der Nebenbahn fährt auf einer Strecke, die einige Kilometer ausmacht, zum Beispiel von Gmünd nach Nagelberg, über eine halbe Stunde, wenn ich mit dem Moped viel schneller dort bin als mit der Schmalspurbahn. Das ist aber darauf zurückzuführen, daß man erstens einmal schon gemischte Züge führt und zweitens keinen modernen Waggonpark hat, sondern noch die alten Waggons, also wenn man moderne Schienenbusse einsetzen würde, der Betrieb wesentlich sparsamer und rationeller wäre, man würde Personal einsparen, man würde rascher fahren können und die Bevölkerung würde Gelegenheit haben, von dieser Fahrgelegenheit auch Gebrauch zu machen. Es wäre dann auch die Frequenz des Personenverkehrs eine wesentlich höhere. Im Oktober hat bei der Bezirkshauptmannschaft Gmünd eine Besprechung aller Bürgermeister, durch deren Gemeinde die Schmalspurbahn führt, und aller interessierten Vertreter stattgefunden. Es waren auch die Vertreter der Kammern dort und der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ich hätte nur gewünscht, daß der Herr Verkehrsminister bei dieser Besprechung auf der Bezirkshauptmannschaft Gmünd anwesend gewesen wäre, denn er hätte dort einmal die wahre Stimme des Volkes hören können und er hätte sich auch überzeugen können, daß es falsch ist, wenn man dieses Problem nur vom Standpunkt der verkauften Fahrkarte der Bundesbahn aus sieht. Man muß doch darüber hinaus auch die ganze wirtschaftliche Situation eines Gebietes in Betracht ziehen. Es kommt letzten Endes auch nicht nur auf den Personenverkehr an, der zugegebenermaßen wirklich gering ist. Der Güterverkehr in unserem Gebiet spielt eine sehr wesentliche Rolle, und es würden Handel, Gewerbe und Industrie sicherlich schwer belastet, würden diese Nebenbahnen eingestellt. Es hat bei dieser Aussprache auf der Bezirkshauptmannschaft zum Beispiel der Herr Bürgermeister der Stadt Heidenreichstein mitgeteilt, daß verschiedene Heidenreichsteiner Firmen Berechnungen angestellt haben, wie es sich auswirken würde, wenn sie die Beförderung ihrer Güter nicht mehr mittels der Schmalspurbahn durchführen könnten, sondern auf die Straße umlegen müßten. Bei den Transportkosten würde sich eine Erhöhung zwischen **30** und 300 Prozent ergeben. Es würde für manche Betriebe dann die Frage entstehen, ob sie überhaupt noch konkurrenzfähig wären. Wenn 'der Herr Landeshauptmann vorhin gesagt hat, man muß prüfen, ob der Verkehr auf der Straße gleichwertig abgewickelt werden kann, und man nur dann einer Auflösung oder Stillegung der Nebenbahnen zustimmen könne, wenn die Gewähr gegeben ist, daß der Verkehr auf die Straße umgelegt werden kann, dann muß ich dazu gleich feststellen, daß dies bei uns nicht der

Fall ist, denn die Straßen, die in Frage kämen, können diesen Güterverkehr nicht aufnehmen. Ich habe gestern auf die Landeshauptstraße 62 verwiesen, die von Gopprechts bis Litschau überhaupt nicht in Ordnung ist. Das gleiche trifft für die Straßen Nagelberg—Brand und Langegg—Heidenreichstein zu. Wenn in den Mitteilungen der Bundesbahndirektion steht, die Straßen sind soweit in Ordnung, dann möchte ich die Herren, die das feststellen, nur einmal einladen, mit ihrem Pkw hinzufahren und diese Straße selbst zu befahren. Sie sollen dann sagen, ob die Straßen imstande sind, den Güterverkehr der Nebenbahnen aufzunehmen. Es würde besonders hart die Firma Patria treffen und einen wirklichen Verlust für sie bedeuten, weil sie sehr voluminöse Güter zu transportieren hat. Allein die Betriebe Franke, Eigenschink und Kollmann verzeichnen bis zum September 1967 eine Steigerung zum Vorjahr um 180 Tonnen. In Brand-Nageiberg wurden von der Lagerhausgenossenschaft jährlich 50 Waggons verladen, von der Firma Stölzle an flüssigem Gas 260 Waggons. Für die Erzeugung des Glases benötigt die Stölzle AG täglich 27 Tonnen Quarzsand und es sind zu dessen Beförderung jährlich zirka 600 Waggons notwendig. In Gopprechts und Schönau haben die Firma Loidolt und die Gutsherrschaft Seilern Investitionen von rund 8,000.000 Schilling vorgenommen, es wurden Schleppgleise errichtet; alles in letzter Zeit. Ebenso die Firma Eisert in Heidenreichstein. Diese Firma müßte, wenn es zur Stillegung der Nebenbahnen kommen würde, die ganze Anlage, die sie errichtet hat, neuerdings verlegen. Die Firma Eigenschink hat für die Erzeugung von Isolierglas ein neues Betriebsgebäude errichtet. Mit der Bahn werden etwa 600 Tonnen Rohglas befördert. Der Betrieb ist noch im Ausbau. Derzeit werden 25 Prozent des Inlandbedarfes gedeckt, und das Exportgeschäft ist im Anlaufen. Die Konkurrenzfähigkeit bei der Stillegung der Nebenbahnen wäre allerdings dann in Frage gestellt. Die Firma Zeiler hat ihren Lagerplatz von Amaliendorf nach Heidenreichstein verlegt. Es wäre auch diese Investition zum Großteil umsonst gewesen. Diese Beispiele kann man fortsetzen, nicht nur auf der Strecke nach Litschau, sondern auch auf der Strecke nach Groß-Gerungs. Es haben dort die Firmen von Weitra, vor allem die Lagerhausgenossenschaft, investiert. In Litschau hat die Lagerhausgenossenschaft in letzter Zeit über eine Million investiert, hätte noch um Millionen einen Getreidesilo hingebaut. Den Bau hat man bereits gestoppt. Wir können also daraus entnehmen, daß es ein absoluter Nachteil für unsere Wirtschaft wäre.

Darüber hinaus dürfen wir aber auch auf eines nicht vergessen — ich glaube, das muß man der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen sehr klar und deutlich sagen —, daß man nämlich auf die Existenz der Eisenbahner Rücksicht zu nehmen hat. Wenn die Direktion in ihrem Bericht auch mitteilt, für soundso viele sind Arbeitsplätze vorhanden — wohl nicht im Waldviertel, aber sie könnten nach Wien versetzt werden —, für einen Teil sind leider keine Ersatzarbeitsplätze da, dann glaube ich, daß man sich das nicht so einfach machen kann, denn letzten Endes hängen ja die Schicksale von vielen Familien daran. Es würde nicht nur, wie man angibt, die Zahl von 120 betreffen, denn man kann nicht nur das Zugspersonal und Bahnhofspersonal, das ausfallen würde, rechnen. Es wären dann auch selbstverständlich die Zugsförderungsstellen, das Werkstättenpersonal, die Bahnmeisterei in Weitra, das Elektro- und Fernmeldedienstpersonal zum Teil betroffen. Rund 200 Eisenbahner würden durch die Stillegung der Linien Gmünd—Litschau—Heidenreichstein und Gmünd—Groß-Gerungs ihre Existenz verlieren oder müßten ihren Heimatwohnort verlassen und eventuell nach Wien gehen. Von den 1920 Streckenkilometern der Nebenbahnen in Niederösterreich wurden 1273 Kilometer auf die Einstellung überprüft. Von 12.897 Bediensteten, die es derzeit gibt, kämen durch die geplanten Einstellungen 4005 Arbeitsplätze in Gefahr. Derzeit werden von den Nebenbahnen 768 niederösterreichische Gemeinden angefahren, wie es so schön heißt; 501 Gemeinden würden nach der Stillegung den Anschluß an das Eisenbahnnetz verlieren. Ich glaube, daß jeder, der vernünftig denkt und handelt, sagen muß, daß das nicht möglich ist. Man kann nicht auf der einen Seite planen und auf der anderen Seite werden alle diese Planungen von der Bundesbahn mit einem Schlag zunichte gemacht. Wenn wir überlegen, was man tun kann, um die Abwanderung zu stoppen, dann muß man auch aus diesem Gesichtspunkt heraus die Stillegung der Nebenbahnen ablehnen. Ich möchte nur ein Beispiel sagen, wie sich das auswirken würde.

Vom Zugbegleitpersonal der Strecke Gmünd—Groß-Gerungs wohnen von 45 Bediensteten 23 in Eigenheimen, vom Personal des Bau- und Bahnerhalterdienstes dieser Strecke haben von 28 Bediensteten 24 ein Eigenheim. Auf der Strecke Gmünd-Litschau—Heidenreichstein ist es nicht anders. Von **20** Bediensteten, die auf dieser Strecke

eingesetzt sind, wohnen 18 in einem Eigenheim. Man kann sich vorstellen, was es für diese Menschen bedeutet, wenn sie ihre Arbeitsplätze im Waldviertel verlieren und nach Wien fahren müssen. Sie würden in Zukunft entweder Pendler werden und von ihren Familien getrennt sein oder sie müßten ihre Eigenheime verkaufen und in die Großstadt ziehen. Eine solche Entwicklung wünschen wir aber wohl alle nicht. Ich glaube, es kann daher nur eines geben, daß die Bundesbahnen zunächst versuchen, nach modernen Grundsätzen und nach den Anforderungen der heutigen Zeit die Fahrpläne zu erstellen, damit sie wirklich der Bevölkerung und der Wirtschaft nützen. Es müßten weiters auch der Fahrpark modernisiert und Schienenbusse eingesetzt werden. Es ist nicht möglich, daß man nur vom Schreibtisch aus feststellt, wie hoch das Defizit ist, und sich um die Wirtschaft und um die Entwicklung eines ganzen Gebietes nicht kümmert. Wenn man einem Gebiet helfen will und man der Überzeugung ist, daß für Entwicklungsgebiete etwas geschehen soll, muß auch die Bundesbahn ihren Anteil dazu beitragen.

Ich erlaube mir daher, folgenden Resolutionsantrag zu Gruppe 7 des ordentlichen Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1968 zu stellen, der lautet ***(liest):***

„Die Landesregierung wird aufgefordert?, bei der Bundesregierung und insbesondere beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß die Entscheidung über die Einstellung von Nebenbahnen nicht allein vom betriebswirtschaftlichen, sondern vor allem vom volkswirtlichen und sozialen Standpunkt aus getroffen wird. Bei überwiegen der volkswirtschaftlichen und sozialen Erwägungen wäre von einer Einstellung der Nebenbahnen überhaupt Abstand zu nehmen."

Im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft unseres Gebietes ersuche ich das Hohe Haus um Annahme meines Antrages. ***(Beifall im ganzen Hause.)***

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Fraissl.

Abg. FRAISSL: Herr Präsident, Hohes Haus! In der Gruppe 7 des Voranschlages für das Jahr 1968 steht die Ansatzpost „Landesfeuerwehrschule". Ich will nicht über die Schule in Tulln sprechen, sondern über die Männer, die diese Schule besuchen, um ihr Wissen zu erweitern, und dieses Wissen im Dienst der Allgemeinheit verwerten. Es sei mir gestattet, diesen Männern der Freiwilligen Feuerwehr Niederösterreichs für ihren Einsatz ein schlichtes „Danke schön" zu sagen. Es wird von diesen Männern viel mehr geleistet, als in den Jahresberichten enthalten ist, denn die Ausbildung allein — die nie beendet ist — verlangt ein Vielfaches an Zeit und Idealismus. Über den Grad der Ausbildung gaben die Goldenen Medaillen von Karlovac das beste Zeugnis. Es ist auch für Niederösterreich eine Ehre, daß damals in Jugoslawien einstimmig Krems als Austragungsort für die 4. Internationalen Wettkämpfe 1969 ausersehen wurde.

Wenn man den Einsatz unserer Feuerwehr würdigt und die Berichte der ersten neun Monate 1967 liest, fällt auf, daß von 5164 Einsätzen 30 Prozent der Brandbekämpfung dienten, 70 Prozent waren an technischen Einsätzen festzustellen. Man ersieht daraus, daß sich das Aufgabengebiet der Freiwilligen Feuerwehr stark ausgeweitet und verlagert hat. Nur die Ausrüstung hielt mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Während die Ausrüstung zur Brandbekämpfung als gut bezeichnet werden kann, ist bei der technischen Ausrüstung noch alles im Aufbau begriffen und dieser sollte etwas beschleunigt werden. Wenn sich Männer finden, die Hilfe leisten wollen, soll man ihnen dies auch ermöglichen. Im genannten Zeitraum hat es durchschnittlich 200 Kraftfahrzeugbergungen iin Monat und innerhalb der neun Monate 20 Tankwagenunfälle gegeben. Daraus erkennt man die Wichtigkeit der technischen Ausrüstungen. Hier wäre am notwendigsten die Beschaffung von mehr Ölalarmfahrzeugen. Mit den zwei vorhandenen Spezialfahrzeugen kann man in Niederösterreich bei eventuellen Tankwagenunfällen eine Grundwasserverseuchung nicht wirksam bekämpfen, da unter Umständen der Anmarschweg zu weit ist und dadurch kostbare Zeit verlorengeht. Des weiteren würden einige schwere Kranwagen gebraucht, ähnlich der Wiener Feuerwehr, um bei Katastrophenfällen wirklich einsatzbereit zu sein. Dies ist schon deshalb notwendig, weil es keine private Firma gibt, die auch über das Wochenende Einsatzbereitschaft hat; aus Gründen der Verkehrssicherheit gehören aber havarierte Fahrzeuge aus der Fahrbahn. Ferner wäre es wünschenswert, für jeden Verwaltungsbezirk einen Rüstwagen zur Verfügung zu haben. Ich weiß, daß die Erfüllung dieser Wünsche in erster Linie eine Finanzfrage ist, ich weiß auch, daß es für eine Stelle allein finanziell zuviel wird, hier Abhilfe zu schaffen. Im Jahre 1966 haben die Freiwilligen Feuerwehren und Gemeinden in Niederösterreich über 43,000.000 Schilling aufgebracht. Wenn das Land auch hilft, könnte durch eine gemein-

sam gezielte Aktion schon einiges erreicht werden. Das Funknetz der niederösterreichischen Freiwilligen Feuerwehr hat sich bestens bewährt, und es beneiden uns viele darum, es ist in seiner Art fast einmalig. Das dringendste Problem aber ist die Erneuerung des Feuerwehrgesetzes aus dem Jahre 1927, und zwar soll dies bis 31. Dezember 1968 geschehen, denn es ist wirklich veraltet. Es spricht zum Beispiel bei technischen Einsätzen nur vom eigenen Ort. Ich könnte mir keinen Katastropheneinsatz ohne nachbarliche Hilfe vorstellen, noch dazu, wenn man bedenkt, daß die niederösterreichischen Freiwilligen Feuerwehren sogar nach Italien zum Katastropheneinsatz gefahren sind. Im genannten Berichtszeitraum hatte die Freiwillige Feuerwehr 102 Verletzte und für diese wäre ein neues Feuerwehrgesetz besonders wichtig. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Freiwillige Feuerwehr eine gewaltige Organisation darstellt, die gesetzliche Aufgaben auf dem Sektor der Brandverhütung, Brandbekämpfung, aber auch der Katastrophenhilfe erfüllt. Sie ist von Freiwilligkeit und Uneigennützigkeit getragen und steht im Dienste der Gemeinden und damit der Bevölkerung. Seien wir glücklich, daß es diese Armee des Friedens gibt, und geben wir dieser Organisation den gesetzlichen Rückhalt.

Wenn ich die Wünsche der Freiwilligen Feuerwehr wiedergebe, die sie nicht für sich erhebt, sondern für die Mitmenschen, dann aus der Überzeugung, daß ein „Danke schön" allein für ihre Opferbereitschaft zu wenig ist. Den Dank sollte man so abstatten, daß man ihr alle Möglichkeiten gibt, helfen zu können, daß man ihr einen echten Unfallschutz gibt. Diesen Dank würden sich unsere 61.000 Idealisten in der Freiwilligen Feuerwehr wahrlich verdienen. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Doktor Brezovszky.

Abg. Dr. BREZOVSZKY: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Körner hat 'bereits sehr ausführlich zum Problem der Nebenbahnen Stellung genommen. Ich werde mich daher sehr kurz fassen können. Ich muß aber als Vertreter des Weinviertels über dieses Problem sprechen, weil das Weinviertel am stärksten von einer beabsichtigten Einstellung der Nebenbahnen betroffen wäre. Nicht weniger als fünf Linien sollen im Weinviertel nach den Absichten der Bundesbahnen eingestellt werden. Ich glaube, daß diese Maßnahme für unser Gebiet — ganz gleich, um welche Bevölkerungsschichte es sich handelt — sehr hart wäre. 50 Prozent der österreichischen Nebenbahnen liegen in unserem Bundesland. Das Defizit, das auf diesen Nebenbahnen errechnet wurde, soll sich auf rund 60,000.000 Schilling belaufen. Wir wissen, daß in den letzten Jahrzehnten bei den Bundesbahnen immer wieder von Beträgen gesprochen wurde, die in die Milliarden gehen. Wenn man das Defizit auf diesen niederösterreichischen Nebenbahnen dem gesamten Defizit bei den Bundesbahnen gegenüberstellt, kommt man zu einem Verhältnis von nahezu 50:1. Selbst wenn man diesen geringen Teil einsparen würde, wäre das Problem der Bundesbahnen nicht gelöst. Das trifft allerdings nicht nur auf die Österreichischen Bundesbahnen zu, sondern auf alle Eisenbahnen in Europa. Um diesen relativ geringfügigen Betrag will man der Bevölkerung in diesen Gebieten enorme Lasten auferlegen. Dazu ist auch noch zu sagen, daß die Untersuchungen der Bundesbahnexperten — das wurde mir zugegeben — vom rein betriebswirtschaftlichen Standpunkt vorgenommen wurden. Die volkswirtschaftlichen, die bevölkerungspolitischen und die allgemeinen staatspolitischen Gründe eines Landes am Eisernen Vorhang haben hierbei keine Berücksichtigung gefunden, ebensowenig wie die kulturpolitischen und die sozialpolitischen Auswirkungen. Würde man nach diesem Gesichtspunkt den zweiten Verkehrsträger, nämlich den allgemeinen Straßenbau, untersuchen, müßte man meiner Ansicht nach noch viel weniger Mittel aus der öffentlichen Hand für diesen Zweck verwenden. Bahnen sind nun einmal die Lebensadern eines Gebietes, und wenn wir davon sprechen, die Infrastruktur des Wald- und Weinviertels zu verbessern, kann man doch nicht in einem Atemzug diese Lebensadern für die genannten Gebiete abschneiden. Dazu kommt aber noch etwas: Es wurden gerade in unserem Gebiet an diesen Bahnen gewaltige Investitionen getätigt, und zwar durch die Zurverfügungstellung von Mitteln aus dem Grünen Plan zur Errichtung von Getreidesilos. Allein an der Strecke Siebenbrunn—Leopoldsdorf nach Engelhartstetten beziehungsweise Orth wurden in Kopfstetten, in Engelhartstetten, in Orth an der Donau und in Haringsee Silos neu errichtet. Hierbei wurden rund 70,000.000 Schilling direkt an diesen Nebenbahnen investiert, weil dort die größten Mengen an Weizen gelagert werden. Außerdem dienen diese Lagerhäuser auch als Lagerräume für Kunstdünger, Baumaterialien usw. Würde man also diese Bahnen einstellen, wären die Planungen völlig verfehlt, denn es gäbe wesentlich

hichte es sich han-
Prozent der öster-
liegen in unserem
das auf diesen
urde, soll sich auf
belaufen. Wir wis-
thrzehnten bei den
:der von Beträgen
n die Milliarden
izit auf diesen nie-
)ahnen dem gesam-
)bahnen gegenüber-
em Verhältnis von
man diesen gerin-
wäre das Problem
gelöst. Das trifft
ie Österreichischen
:n auf alle Eisen-
esen relativ gering-
der Bevölkerung in
Lasten auferlegen.
jen, daß die Unter-
hnexperten — das
vom rein betriebs-
nkt vorgenommen
ıftlichen, die bevöl-
die allgemeinen
eines Landes am
en hierbei keine
n, ebensowenig wie
die sozialpolitischen
man nach diesem
;en Verkehrsträger,
Straßenbau, unter-
:r Ansicht nach noch
er öffentlichen Hand
nden. Bahnen sind
lern eines Gebietes,
chen, die Infrastruk-
iviertels zu verbes-
ıt in einem Atemzug
e genannten Gebiete
, aber noch etwas: Es
:m Gebiet an diesen
itionen getätigt, und
Sügungstellung von
Plan zur Errichtung
an der Strecke Sie-
nach Engelhartstet-
Orth wurden in
tstetten, in Orth an
;see Silos neu errich-
l 70,000.000 Schilling
:nbahnen investiert,
Mengen an Weizen
rdem dienen diese
gerräume für Kunst-
ısw. Würde man also
wären die Planun-
ı es gäbe wesentlich

günstigere Standorte, hätte man daran gedacht, diese Massenprodukte auf der Straße zu transportieren. Dazu kommt, daß gerade in diesem Gebiet über weite Strecken die Landesstraße im Durchschnitt nur vier bis fünf Meter breit ist. Diese Straßen sind schon jetzt während der Zuckerrüben- und Erntezeit außerordentlich gefährlich, weil die Lastfuhrwerke auf diesen schmalen Straßen nicht zu weit an den Straßenrand fahren können, da sonst die Gefahr besteht, daß sie in den Straßengraben stürzen. Auch der Pkw-Fahrer muß immer wieder anhalten, wenn er nicht Gefahr laufen will, daß eine Karambolage entsteht. Wir müssen leider feststellen, daß sich in diesem Gebiete die Todesfalle in den letzten Jahren immer mehr häufen. Wenn *man* nun den gesamten Verkehr für Agrarprodukte auf die Straße verlegt, ohne über genügend breite und sichere Straßen zu verfügen, besteht auch hier große Gefahr für das Leben der Menschen. Dazu muß gesagt werden, daß auch die Bundesbahnen der Meinung sind, daß auf vielen Strecken wohl der Güterverkehr belassen werden könnte, nicht aber der Personenverkehr, er sei durch die Sozialtarife nicht ertragreich und man müßte eben Abstand von der Führung dieser Personenzüge nehmen. Wie Frau Abgeordnete Körner bin auch ich der Meinung, daß man bisher aus sozialen Erwägungen diese Nebenstrecken weiter geführt hat. Es läßt sich leicht errechnen, welche Belastungen den betroffenen Bewohnern dieser Gebiete, die bis jetzt mit der Arbeiterwochedkarte beziehungsweise der Schülermonatskarte gefahren sind, erwachsen, müßten sie jetzt mit dem Autobus fahren. Wir haben in unserer Gemeinde diesbezügliche Berechnungen angestellt und sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Unsere Kinder fahren mit einer Zugsgarnitur dieser Nebenbahn von Untersiebenbrunn nach Leopoldsdorf in die Hauptschule. Die Kinder zahlen pro Monat 17.50 Schilling. Wir haben auch einige Kinder, die von Untersiebenbrunn nach Gänserndorf mit dem Autobus fahren müssen; die Strecke ist ungefähr gleich lang wie die zuerst genannte. Die Eltern dieser Kinder zahlen aber im Monat **300** Schilling. Es steht also 17.50:300. Wenn nun eine Familie drei oder vier Kinder hat, die die Hauptschule besuchen — und solche haben wir genügend —, würde sich die Belastung im Monat von 100 Schilling auf 1000 bis 1200 Schilling erhöhen. Ich glaube, auch das ist ein Grund, daß man keinesfalls der Einstellung dieser Nebenbahnen zustimmen darf. Darf ich nun ganz kurz auf die fünf Bahnlinien hinweisen, die von der Einstellung betroffen sind. Es handelt sich um Siebenbrunn—Enlgelhartstetten; hier fahren täglich **300** Schüler und **200** Berufsfahrer, die zum größten Teil nach Wien weiterfahren. Außerdem werden auf dieser Strecke jährlich **6000** Waggons Güter transportiert, die dann auf die Straße umgelegt werden müßten, was meines Erachtens überhaupt nicht durchführbar ist. Die zweite Strecke, die in unserem Gebiet von dieser Einstellung betroffen wäre, ist die Linie Stammersdorf—Dobermannsdorf mit einer Länge von **63** Kilometern. Hier werden neben dem Schüler- und Berufsverkehr jährlich **8400** Waggons befördert, ebenfalls in der Hauptsache Agrarprodukte, Düngemittel und Baumaterialien. Die dritte Strecke, Drösing—Zistersdorf, umfaßt elf Kilometer. Hier sei feistgestellt, daß auf dieser Bahn ein steigender Schüler- und Personenverkehr gezählt wurde und daß zwei Drittel in die Hauptbahn umsteigen, um in Richtung Hohenau oder Wien weiterzufahren. Gerade im Gebiet Drösing—Zistersdorf sind die Straßenverhältnisse überhaupt nicht dazu angetan, um wesentlich mehr Autobusse und Lastwagen einsetzen zu können, weil hier sehr kurvenreiche und enge Straßen vorherrschen, die noch lange nicht ausgebaut sind. Es erhebt sich außerdem die Frage, warum hier eingestellt werden soll, wenn erst ab **27.** November ein neuer Triebwagen zusätzlich eingesetzt wurde, da sich die Verkehrsleistung erhöht hat. Die vierte Strecke, Gänserndorf—Mistelbach, umfaßt eine Länge von **34** Kilometern. Hier ist der Güter- und Personenverkehr bei mehreren Zügen leider gekoppelt, so daß die Fahrzeit für diese **34** Kilometer von Gänserndorf nach Mistelbach zweieinhalb Stunden dauert und in der Ernte- und Zukkerrübenzeit sogar dreieinhalb Stunden. Es ist verständlich, daß dadurch der Personenverkehr auf dieser Strecke zurückgeht. Würde man hier Schienenbusse einsetzen, betrüge die Fahrzeit ungefähr eine Stunde und es würde sicherlich eine starke Frequenz eintreten. Auf dieser Strecke kommt noch dazu, daß man die Einfahrt nach Gänserndorf mit Millionenbeträgen erneuert hat. Es mußten Bahnkörper verlegt worden, und gerade als sie in Betrieb genommen wurden, hat man davon gesprochen, daß man diese Strecke nunmehr einstellen wolle. Das sind alles Dinge, die die Bevölkerung nicht verstehen kann, weil es ja glatte Fehlinvestitionen wären. Die Strecke ist außerdem ein Schnellbahnzubringer, so daß sich im Laufe der Einstellung auch die Frequenz auf der Schnellbahn verringern würde. Die letzte Strecke, die unser Gebiet, nämlich das Weinviertel, berührt und die eingestellt werden soll, umfaßt **55** Kilometer. Sie beginnt bereits im

Waldviertel in Sigmundsherberg und führt über Zellerndorf nach Laa an der Thaya. Diese Bahnlinie ist ebenfalls für den Transport von Agrargütern maßgebend.

Wenn ich nun zusammenfassen darf, glaube ich feststellen zu müssen, daß man, so schwierig das Problem der Nebenbahnen auch sein mag, noch nie in der Richtung eine Überprüfung angestellt hat, wie sich die Einstellung der Nebenbahnen auf die Gesamtwirtschaft des betroffenen Gebietes auswirkt. Man sollte hier tatsächlich nicht nur vom rein betriebswirtschaftlichen Standpunkt der Bundesbahnen ausgehen, sondern alle die Faktoren, die ich zuerst angeführt habe, mit berücksichtigen, und es würde sich nach meiner festen Überzeugung herausstellen, daß der effektive Schaden, der durch die Einstellung der Nebenbahnen in Niederösterreich eintreten würde, wesentlich größer ist als das relativ geringe Defizit im Verhältnis zum Gesamtdefizit der Bundesbahnen. Zweitens. glaube ich, sollte man es sich zum Grundsatz machen, diese Dinge sachlich und objektiv zu behandeln, denn das große Problem für die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen ist ja daraus entstanden, daß man **20** Jahre hindurch immer wieder davon gesprochen hat, es werde unwirtschaftlich gearbeitet, woraus ein Riesendefizit entstand, und es hatte den Anschein, als ob nur der Minister einer bestimmten Richtung die Ursache dieses Defizites sei. Nun, da eine politische Änderung eingetreten ist, stellt sich heraus, daß das Defizit weder geringer noch stabilisiert, sondern im Hinblick auf die steigenden Kosten sogar noch größer wurde. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß die Landesregierung verpflichtet ist, die Interessen des gesamten Gebietes, das von der Einstellung betroffen wäre, gegenüber der meines Erachtens kurzsichtigen und zu eng gefaßten Politik der Österreichischen Bundesbahnen zu vertreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Wort gelangt der Herr Abg. R a b l.

Abg. RABL: Herr Präsident! Hohes Haus! Nach den Worten des Herrn Abg. Kollegen Dr. Brezovszky, der in seinen Ausführungen eigentlich zu allen Problemen, die in unserem Vaterland im Rahmen des Budgets auftauchen, Stellung nimmt, gewinnt man irgendwie den Eindruck, daß er ein Universalsprecher zu sämtlichen Punkten des Budgets ist. Aber, Herr Kollege, manchmal geht auch etwas daneben, und ich werde am Schluß meiner Ausführungen noch darauf zurückkommen. Vorerst ganz kurz — ich möchte mich dafür entschuldigen — ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Czidlik in der Gruppe 0, die ebenfalls ein bißchen danebengegangen sind. Das System des Wahlrechts und die Sicherung der Familie war nicht meine Theorie, denn das ist ja in der derzeitigen Verfassung der Republik Österreich festgelegt, die von niemand anderem als von einem wirklich hervorragenden und anerkannten Verfassungsrechtler, nämlich Professor Dr. Kelsen, geschaffen wurde. Es war seine Theorie, daß das Recht und die Würde der Familien entsprechend verankert sind. *(Abg. Graf: Das hat mit der Gruppe 7 gar nichts zu tun. — Dritter Präsident Reiter: Wir haben das auch dem Herrn Abg. Grünzweig genehmigt.)* Ich habe mich ja entschuldigt, Herr Kollege. Auch der Herr Abg. Grünzweig hat gestern dasselbe erklärt.

Nun zum Kapitel 7. Die Voranschlagsansätze 7319-600, 7319-601 sowie die Ansätze 7319-640 und 7319-641 befassen sich mit der landwirtschaftlichen Wohnbauförderung und der Besitzfestigung. Ich glaube, daß es sicherlich begründet ist, daß die landwirtschaftliche Wohnbauförderung von diesem Hohen Hause geschaffen worden ist. Wenn ich vielleicht ganz kurz mit einigen wenigen Worten auf das Jahr 1945 zurückkommen darf, möchte ich darauf hinweisen, daß bedauerlicherweise im östlichen Teil unseres Heimatlandes neben den durch Kriegseinwirkungen entstandenen Zerstörungen in den Städten auch durch Kriegshandlungen in den Bauerngemeinden landwirtschaftliche oder bäuerliche Wohnstätten zerstört wurden. Es war daher eine Notwendigkeit, diese Wohnstätten aufzubauen. Aber auch in den anderen Gebieten, die, Gott sei Dank, von den direkten Kriegseinwirkungen verschont geblieben sind, ist es auf Grund gewisser wirtschaftlicher und struktureller Umwandlungen, die sich seit der Jahrhundertwende ergeben haben, und auch infolge Vergrößerung der Familie erforderlich geworden, daß auch hier Neu-, Zu- und Umbauten durchgeführt werden. Es war sehr gut, daß diese Förderung vom Land Niederösterreich beschlossen wurde und somit Wirklichkeit werden konnte. Ich glaube, es ist ganz besonders hervorzuheben, daß drüben im Hohen Haus am Ring von den Kollegen des Nationalrates knapp vor Sessionsschluß die Bundeswohnbauförderung 1968 beschlossen wurde, die sich dahingehend sehr positiv auswirkt, daß in diese Wohnbauförderung 1968 erstmalig auch landwirtschaftliche Wohnbauten, also bäuerliche Wohnungen, einbezogen wurden. Ich glaube, den Dank auch den Kollegen der Österreichischen Volkspartei — speziell des Bauernbundes —

drüben im Parlament aussprechen zu müssen, die sich dafür verwendet haben, obwohl diese Wohnbauförderung 1968 meines Erachtens leider — und man kann das im Stenographischen Protokoll des Parlamentes nachlesen — einen Schönheitsfehler hat, da die sozialistischen Abgeordneten im Parlament eigentlich nicht sehr positiv zu dieser Einbeziehung des landwirtschaftlichen Wohnbaues In die Bundeswohnbauförderung 1968 gestanden sind. Der Grundgedanke der landwirtschaftlichen Wohnbauförderung in Niederösterreich ist vielleicht von Haus aus der, daß diese Mittel in erster Linie oder in größerem Ausmaße für Zu- und Umbauten bereitgestellt werden können, während der Gedanke irgendwie vorhanden ist, für die direkte Wohnbauförderung für Neubauten durch die neue Bundeswohnbauförderung 1968 zu sorgen. Ich glaube, daß der Vorteil sicher in erster Linie den bäuerlichen Familien, den bäuerlichen Ausnehmern und den bäuerlichen Kindern zugute kommt, darüber hinaus aber auch der gewerblichen Wirtschaft, den Arbeitnehmern und vielleicht dadurch, weil es hier möglich ist, in Gebiete, die nicht so hochindustrialisiert sind, Förderungsmittel des Landes und des Bundes fließen zu lassen, diesen Gebieten eine gewisse wirtschaftliche Belebung zukommt. Ich möchte in voller Übereinstimmung mit Frau Abg. Körner, die heute hier erwähnt hat, daß das Waldviertel ein Entwicklungsgebiet für die Zukunft sei, sagen, daß es gerade für das Waldviertel eine besondere Bedeutung hat, weil dadurch nicht nur bessere Wohnungen, schönere Wohnungen, sondern damit auch ein gesünderes Leben für die bäuerliche Familie gegeben ist, darüber hinaus aber auch schönere Bauernhäuser, schönere Orte, schönere Gemeinden erstehen können und damit auch wieder ein Gebiet, das schöner und interessanter wird für den Menschen, der Ruhe und Erholung in der Urlaubszeit sucht, geschaffen wird. Wenn wir daher trachten, mehr Mittel in diese Gebiete zu bekommen — und ich glaube, im Laufe der Jahre wird es geschehen —, dann wird auch dieses unterentwickelte Gebiet einer gewissen Fortentwicklung teilhaftig werden. Ich möchte daher speziell zu dieser landwirtschaftlichen Wohnbauförderung, fast möchte ich sagen energisch, den Wunsch der 15 bäuerlichen Abgeordneten dieses Hauses beim zuständigen politischen Referenten, Herrn Landesrat Ökonomierat Bierbaum, deponieren, aber auch den Herrn Landesfinanzreferenten ersuchen, doch schon bei einem eventuellen Nachtragsbudget, aber auch bei weiteren Budgets gerade für diesen Voranschlagsansatz in Zukunft mehr Mittel bereitzustellen, damit der bäuerliche Wohnbau noch mehr als bisher — da eben ein großer Bedarf vorhanden ist — gefördert werden kann.

Es ist aber noch etwas anderes mit dieser 1954 geschaffenen landwirtschaftlichen Wohnbauförderung verbunden. Es ist dies der ganze Ablauf der Antragstellung, der Durchführung und Bewilligung, weil damit auch eine Beratung für das landwirtschaftliche Schulwesen verbunden ist durch die zuständigen Förderungsbeamten. Es ist das nicht so ein trockener Vorgang wie bei manchen anderen Aktionen, denn hier ist ein ständiger Kontakt mit dem zustandigen Referat, den landwirtschaftlichen Beratungskräften, welche in der Kammer tätig sind, vorhanden, und zwar ergibt sich durch die Aussprache mit den bauerlichen Betriebsinhabern oft eine Änderung zugunsten des ganzen Betriebsablaufes. Ich gestatte mir daher, den besonderen Dank an das zuständige Referat, aber auch an die Beratungskräfte abzustatten. Wenn wir an unsere 380.000 landwirtschaftlichen Betriebe in ganz Österreich denken, so können wir sagen, daß es heute wirklich bauerliche Familienbetriebe sind, weil wir wissen, daß seit dem Jahre 1951 324.000 Arbeitskräfte abgezogen wurden, die in Industriezentren und große Städte gewandert sind, die nun durch Maschinen ersetzt werden müssen, und darum, glaube ich, wurde auch wieder ein wesentlicher Teil bäuerlichen Kapitals auf den wirtschaftlichen Markt geworfen. Bedenken wir, daß gerade im Jahre 1966 — also im vergangenen Jahr — die österreichische Wirtschaft — für ganz Österreich gesehen — 8.000,000.000 Schilling für Maschinen und bäuerliche Anlagen investiert hat. Diese 8.000,000.000 Schilling sind in die Wirtschaft hineingeflossen. Gerade aber diese bäuerlichen Familien danken es auch der gesamten Bevölkerung Österreichs, der gesamten Volkswirtschaft. Wissen wir doch, daß in den Wirtschaftsjahren 1950/51 noch zirka — um nur einen Produktionsartikel herauszugreifen — 320.000 Tonnen Weizen importiert werden mußten. Wir sehen, daß gerade Wochen vor Abschluß des Wirtschaftsjahres 1966167 der Eigenverbrauch des Österreichers zu 84 Prozent aus dem eigenen Boden, aus der eigenen Landwirtschaft gedeckt ist. Wenn all das nicht möglich wäre, dann wären wir eigentlich gezwungen, mehr Nahrungsmittel einzuführen, und müßten auf so viele andere Güter verzichten. Ich glaube, man könnte sagen, wir würden um einiges schlechter leben. Es trifft ja so manche staatliche Stelle Vorsorge für Krisenfälle,

für Katastrophenzeiten, und ich glaube, da sparen die Landwirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand viele Milliarden Schilling, denn gerade für eine sichere Vorratshaltung bürgen gute, produktionsfähige Landwirtschaftsbetriebe. Wir wissen, daß wir in Österreich, gemessen an unserem Eigenverbrauch, erzeugen: Rindfleisch 111 Prozent, Zucker 111 Prozent, Wein 107 Prozent, Butter 105 Prozent und Kartoffeln 100 Prozent, und daraus ersehen wir, daß wir gerade bei diesen Artikeln eine Mehrproduktion haben gegenüber dem, was wir verbrauchen. Daß aber speziell in unserem Bundesland Niederösterreieh diese Produktionsgebiete, obwohl sie vielgestaltig sind, bestrebt sind, dementsprechend produktionsfördernd zu wirken, ersieht man daraus, daß die ganze Republik Österreich landwirtschaftlich gesehen in 94 Kleinproduktionsgebiete eingeteilt ist, wovon sich allein 23 im Raume von Niederösterreich befinden, und daraus ersieht man wieder eine Vielgestaltigkeit der: landwirtschaftlichen Produktionsflächen. Eine dieser größten Kleinproduktionsflächen, das Waldviertel, erbringt mit 165.500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche eine Marktleistung, gemessen an der Gesamtmanktleistung der Landwirtschaft Österreichs, von **4,4** Prozent. Wenn man dieses Gebiet betrachtet und das rauhe Klima, die dürftigen Böden, größtenteils auch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse in Betracht zieht, dann kann man ersehen, daß die bäuerliche Bevölkerung dieses Gebietes bestrebt war, die Förderungsmaßnahmen positiv zu verwerten.

Ich glaube, daß mit diesen wenigen Worten auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Förderung hingewiesen werden konnte und daß für die Zukunft auch der Wunsch deponiert werden kann, mehr Mittel für die landwirtschaftliche Förderung hier im Niederösterreichischen Landtag zu geben.

Abschließend muß ich noch kurz auf die Gruppe 0 zurückkommen, aber auch auf das, was die heutige „Arbeiter-Zeitung" auf Grund des Antrages des Herrn Abgeordneten Doktor Brezovszky bezüglich der Regelung für den 'Fall der Mandatsgleichheit schreibt. Es heißt in der heutigen „Arbeiter-Zeitung": „Die Landtagswahlen in Oberösterreich haben gezeigt, daß auch in einem überwiegend agrarischen Land ein politischer Erdrutsch nicht ausgeschlossen ist." Dazu darf ich sagen: Am 22. Oktober 1967 wurde bei den Landtagswahlen diese Entscheidung von der oberösterreichischen Bevölkerung getroffen, aber 8 Tage später fanden die Wahlen in die bäuerlichen Interessenvertretungen des Landes Oberösterreich, in die Landes-Landwirtschaftskammer, statt, und hier konnte der oberösterreichische Bauern- und Kleinhäuslerbund seine Mandatsanzahl behaupten, und daraus, glaube ich, kann man auch schließen, daß die bäuerliche Bevölkerung Oberösterreichs die Agrarpolitik des Bauernbundes hier dementsprechend honoriert hat und daß sie auch dankbar ist und auch In Zukunft gewillt ist, in diesem Sinne auch die weitere Entwicklung mitzumachen.

Nun noch etwas bezüglich dieses Hauses. Wenn Herr **Landeshauptmannstellvertreter** Dr. Tschadek auch hinsichtlich der Mandats-Vergrößerung gesprochen hat, darf ich doch sagen, vielleicht hat man im Klub der sozialistischen Landtagsabgeordneten Schwierigkeiten dadurch, daß gegenüber der letzten Budgetdebatte 50 Prozent der bäuerlichen Abgeordneten hier ausgeschieden sind — nichts gegen Kollegen Prigl, es waren nur 2 Kollegen vorhanden, einer davon ist ausgeschieden. Ich möchte aber nur sagen, man braucht sich keine Sorgen zu machen, wenn man jetzt glaubt, die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung nicht unterbringen zu können. Die 31 Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, speziell die 15 Abgeordneten des Bauernbundes, werden sich auch so wie bisher bemühen, die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung im Lande Nieder-Österreich zum Wohle der Bevölkerung und zur Garantie eines reichlich gedeckten Tisches zu vertreten. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Das Wort hat Herr Abg. Prigl.

Abg. PRIGL: Herr Präsident! Hoher Landtag! In der Budgetgruppe 7 sind in den Abschnitten 73 bis 77 243,000.000 Schilling, also fast 250,000.000 Schilling, als Förderungsbeträge für die Landwirtschaft, für die gewerbliche Wirtschaft und für den Fremdenverkehr in Niederösterreich vorgesehen. Es sind dies für die Landwirtschaft zirka 166,000.000 Schilling, für die gewerbliche Wirtschaft 57,000.000 Schilling und für den Fremdenverkehr 18,000.000 Schilling. Diese Ausgaben sind unter anderem für Bodenverbesserungen, Verbesserungen des Wirtschafts- und Sozialmilieus der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung, für Bodenschutzmaßnahmen, für die Verbesserung der beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten der in der Landwirtschaft Tätigen vorgesehen. Bei den Volksschulen wird manchmal eine Ausnahme gemacht, da muß zum Beispiel in einem Dorf nur deshalb eine Volksschule gegründet werden, weil der Herr Bundesrat Steinböck dort wohnt, und es wird den bäuerlichen Kindern

verwehrt, in ei
zu gehen. Abe.
Kapitel. Geförd
liche Wirtschaft
Verbesserung d
in den landwii
ten. Ich spreche
viertel. Besonde
Förderung des
Österreich–empfi
Meinung, daß
Schilling, die da
wenig sind. Sie
wenn man die
Landesreisebüro
scheinlich nutzb
könnten, ebenfa
effektiv verwenc
Herren, ich muß
derungsmittel s
anderen Seite d
reich ruiniert wi

Ich muß als A
ebenfalls zu den
sprechen und bit
aber dieses Pro
wendig. Es schei
der Bundesregie
gefunden, nämlic
das Defizit weg
Nebenbahnen E
Nebenbahnen ab
versprochene Be
ÖBB zu err*eiche
dadurch die schle
Waldviertels nu
denn meines E
Fläche von mehr
heute zirka 250.0
diese Menschen u
schen? Hauptsäc
Forstwirtschaft,
Hausindustrie. I
Industrie, und d
am Anfang. Alle
mehrheit vorgei
für dieses Gebie
das muß man lei
wirtschaftliche Si
eine wirtschaftli
man leider fests
leicht durch stat
denn die Abwa
geleugnet werde
abwandern, wenn
Ich glaube, es ist
Entwicklung in d
in den letzten 1
muß man feststell
trum nur in den

verwehrt, in eine höher organisierte Schule zu gehen. Aber bitte, das ist ein anderes Kapitel. (Gefördert wird ebenfalls die gewerbliche Wirtschaft, die notwendig ist für die Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere in den landwirtschaftlichen Notstandsgebieten. Ich spreche hier besonders für das Waldviertel. Besonders notwendig wird auch die Förderung des Fremdenverkehrs in Niederösterreich empfunden. Ich bin allerdings der Meinung, daß diese nicht einmal 20,000.000 Schilling, die dafür vorgesehen sind, viel zuwenig sind. Sie reichen selbst dann nicht, wenn man die 721.000 Schilling, die für das Landesreisebüro vorgesehen sind und wahrscheinlich nutzbringend angewendet werden könnten, ebenfalls für den Fremdenverkehr effektiv verwenden würde. Meine Damen und Herren, ich muß aber sagen, alle diese Förderungsmittel sind umsonst, wenn auf der anderen Seite die Wirtschaft in Niederösterreich ruiniert wird.

Ich muß als Abgeordneter des Waldviertels ebenfalls zu dem Problem der Nebenbahnen sprechen und bitte Sie, das zu entschuldigen, aber dieses Problem ist für uns lebensnotwendig. Es scheint fast so, als habe man bei der Bundesregierung das Ei des Columbus gefunden, nämlich dadurch, daß man glaubt, das Defizit wegzubringen, indem man die Nebenbahnen einstellt, die Geleise der Nebenbahnen abträgt, um dadurch die lang versprochene Beseitigung des Defizites der ÖBB zu erreichen. Ich glaube, daß man aber dadurch die schlechte wirtschaftliche Lage des Waldviertels nur noch verschärfen wird, denn meines Erachtens leben auf einer Fläche von mehr als 4000 Quadratkilometern heute zirka 250.000 Menschen. Aber wie leben diese Menschen und wovon leben diese Menschen? Hauptsächlich von der Land- und Forstwirtschaft, vom Gewerbe und von der Hausindustrie. Es gibt nur ganz wenig Industrie, und der Fremdenverkehr ist erst am Anfang. Alle bisher von der Landhausmehrheit vorgetäuschten Wirtschaftshilfen für dieses Gebiet waren nicht zielführend, das muß man leider feststellen. Die schlechte wirtschaftliche Situation ist gegeben, ja sogar eine wirtschaftliche Verschlechterung muß man leider feststellen, und das kann man leicht durch statistische Zahlen feststellen, denn die Abwanderung kann nicht weggeleugnet werden. Würden diese Menschen abwandern, wenn sie dort gut leben könnten? Ich glaube, es ist nicht uninteressant, sich die Entwicklung in den Städten des Waldviertels in den letzten 100 Jahren anzusehen. Hier muß man feststellen, daß es ein Ballungszentrum nur in den Städten gegeben hat. In diesem Zusammenhang gibt es noch ein Gebiet, das einschlagig ist. Ich werde gleich darauf kommen. Die Stadt Gmünd ist zum Beispiel vom Jahre 1870 bis 1966 auf 6747, Horn ist von 2136 Einwohner auf 6660 gestiegen. Zwettl und Waidhofen an der Thaya ebenfalls ganz geringfügig. Dann gibt es einige Stadte, wie Eggenburg, Großsiegharts, Raabs an der Thaya, Heidenreichstein, Schrems, Drosendorf und Litschau, die in einem Zeitraum von 100 Jahren eine geringfügige Einwohnerzahl erreicht haben. Es ist dies nicht uninteressant, wenn man dazu die anderen Stadte Niederösterreichs vergleicht, und der Wirtschaitsaufschwung ist hier bei uns gar nicht festzustellen. Es gibt sogar Städte, die jetzt weniger Einwohner haben als vor 100 Jahren. Es sind dies allerdings kleine Stadte, wie Weitra — sie fiel allerdings nur um 2 Einwohner, nämlich von 2299 auf 2297 —, aber Geras bei Langau fiel von 553 auf 313 und Hardegg, die kleinste Stadt Niederösterreichs, von 355 auf 207. Das ist die Entwicklung in bevölkerungspolitischer Hinsicht. Warum sage ich das? Weil das letzten Endes Aufschluß über die wirtschaftliche Entwickung gibt. Dieser Zeitraum von 100 Jahren fällt auch mit dem Bestand der Franz-Josefs-Bahn zusammen. Diese Bahn ist für uns eine wirtschaftliche Lebensader. Der Beschluß zur Gründung der Gesellschaft zur Führung der Franz-Josefs-Bahn ist vor 100 Jahren — übrigens im Niederösterreichischen Landhaus — gefaßt worden. Aus wirtschaftlicher Notwendigkeit ist es zum Bau dieser Bahn und der verschiedenen Nebenstrecken gekommen. Wir haben auf einer 75 Kilometer langen Hauptstrecke zwischen Sigmundsherberg und Gmünd 312 Kilometer Nebenbahnen. Daran, daß die Länge der Nebenstrecken ein Vielfaches der Hauptstrecke ausmacht, ersehen Sie die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Nebenstrecken. Sie sind aber jetzt ernstlich von der Einstellung bedroht. Ich glaube, der einzige wirtschaftliche Grund dürfte nur die Kraftmeierei der ÖVP in bezug auf das Defizit der ÖBB sein. Der Herr Landeshauptmann hat hier versprochen, daß die Nebenbahnen erst dann eingestellt werden, wenn Ersatz durch andere Verkehrsmittel geschaffen wird; er hat gemeint, wenn Straßen da sind, die den Transport aufnehmen können. Wenn das sicher ist, dann werden die Nebenbahnen nie eingestellt werden, denn die Straßen werden bei uns nie so gut sein, daß der Verkehr aufgenommen werden kann. Allerdings hat der Herr Landeshauptmann — darüber war ich erschrocken — gleich ein Hintertür1 der Bahndirektion

gesagt. Es wurde ihm nämlich mitgeteilt, hat er vermerkt, wenn die Bahn nicht eingestellt werden soll, müßte das Land die 79,000.000 Schilling Defizit übernehmen. Ich glaube, wenn man von dem Defizit der Nebenbahnen spricht, selbst vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her gesehen, vergißt man darauf, daß man auch in einem Betrieb nicht die einzelnen Geschäftsräume, sondern den Betrieb als Ganzes betrachtet. Man kann in einem Betrieb auch nicht sagen, ich sperre die Kanzlei zu, die bringt mir keine profitable Tätigkeit; es wird vielmehr im Rahmen des ganzen Betriebes betrachtet. Wenn wir uns nun hier die Situation ansehen, dann kann man sagen, das ist für uns nicht ein Problem der Nebenbahnen, sondern das wird zum Problem der Hauptstrecke; denn die Amputation der Hauptstrecke durch die Einschränkung der Nebenstrecken würde zwangsläufig ein Absterben der Hauptstrecke bedeuten. Jetzt rechnet man uns vor, daß die Nebenstrecken defizitär sind. Wenn aber keine Zubringer mehr für die Hauptstrecken gegeben sind, dann muß naturgemäß die Wirtschaftliche Situation auf den Hauptstrecken ebenfalls schlechter werden. Das würde man dann vielleicht zum Anlaß nehmen, um auch diese ganz einzustellen. Jetzt trägt man Gleise ab. Das schaut ungefähr so aus, als wurde man einem großen Baum, der neben einem Haus oder auf der Straße steht, zuerst die Äste abschneiden und zum Schluß auch den Stamm umlegen. Die Folgen der Einstellung aber, werte Damen und Herren, würden die Förderungsbeiträge für Niederösterreich unwirksam werden lassen. Wir haben schon von Frau Abg. Körner und Herrn Abg. Doktor Brezovszky gehört, daß die Betriebe im Waldviertel wirklich große Anstrengungen gemacht haben, um konkurrenzfähig zu sein und zu bleiben. Es sind auch hier Investitionen, die zur Erbauung der Anlagen auf den Bahnhöfen notwendig waren, gemacht worden. Aber auch die Lagerhäuser, haben wir gehört, haben ihre Getreide- und Düngemittelsilos auf den Bahnhöfen, die Verladeeinrichtungen sind auf den Schienenweg orientiert. Würde man jetzt diese Verkehrsmöglichkeit wegnehmen, hätten die Betriebe viele Millionen Fehlinvestitionen getätigt. Für Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr hätten wir schlechte Startbedingungen und damit würde die Konkurrenzfähigkeit der Waldviertler Betriebe stark vermindert. Man würde aber auch ein Absinken des Bildungsniveaus im Waldviertel in Kauf nehmen müssen, da es für die Jugend keine Möglichkeit gäbe, mit den Nebenbahnen zu den Schulen, besonders zu den höheren Schulen, zu kommen. Wir haben auch schon gehört, um wieviel sich die Kosten für die Schulwege, selbst für die Elementarschulen, vergrößern würden. Das ganze Waldviertel würde dadurch Wirtschaftlich um ein Jahrhundert zurückfallen, was verheerende Folgen nach sich ziehen würde. Die ganze Raumplanung würde uns nichts helfen, vielmehr würden wir in einem gewissen Zeitraum das Waldviertel als eine leere Fläche auf der Landkarte haben. Außerdem, werte Damen und Herren, weiß ich nicht, ob wir nicht vom Ausland, vom westlichen und Östlichen, ausgelacht werden würden, wenn wir hergehen und die Gleise, die Anlagen und alles, was wir errichtet haben, das mit vielen Millionen instand gehalten werden mußte, jetzt einfach wegräumen. Wenn wir uns das Eisenbahnnetz selbst zerschlagen, würde man uns, glaube ich, in wirtschaftlicher Hinsicht nicht für ganz voll nehmen. Es würde auch eine allgemeine Teuerungswelle für uns eintreten, und zwar durch den Wegfall der Sozialtarife, besonders aber in der Wirtschaft durch den Wegfall der Möglichkeit, die subventionierten Gütertarife in Anspruch zu nehmen. Die Schüler- und Arbeiterfahrten würden wesentlich teurer werden und auch die Frachtsätze der Spediteure werden höher sein als die subventionierten Gütertarife, die die Bundesbahnen der Wirtschaft gewahren. Es stimmt ja auch die Behauptung des Verkehrsministeriums nicht, daß der Personen- und Güterverkehr auf der Straße bewältigt werden könnte beziehungsweise der Güterverkehr auf die Hauptbahnhöfe ausweichen würde. Ich habe schon gesagt, der Zustand und die Verkehrskapazität der 'Straßen sind bei uns völlig ungeeignet, um den Verkehr aufzunehmen. Das gleiche haben wir aus den Darlegungen der Frau Abg. Körner ebenfalls gehört. Auch der Ersatzverkehr auf dem Sektor des Personentransportes wäre nicht möglich, denn wir haben auf den Nebenbahnen Stoßverkehr; die Schüler fahren morgens zur Schule und mittags wieder nach Hause. Wie sollten diese Schüler mit Autobussen befördert werden? Da müßte man doch zwei, drei oder vier Autobusse zusätzlich einsetzen, und wo könnte man die hernehmen? Außerdem weiß ich aus Erfahrung, daß, wenn der Privatautobus voll ist oder Gefahr droht, daß er überfüllt wird, in erster Linie die zurückbleiben müssen, die nicht voll bezahlen, und das sind dann auch die Schüler. Beim Bahnverkehr können allerdings alle mitfahren, auch die, die eine Wochen- oder Schülerkarte haben. Werte Damen und Herren! Die (Gretchenfrage wäre: Wird durch die Einstellung das Defizit vermindert? Ich glaube, gerade

n gehört, um wie-
Schulwege, selbst
ergrößern würden.
rde dadurch wirt-
idert zurückfallen,
nach sich ziehen
anung würde uns
rden wir in einem
ildviertel als eine
Landkarte haben.
und Herren, weiß
om Ausland, vom
iusgelacht werden
en und die Gleise,
was wir errichtet
nen instand gehal-
nfach wegräumen.
hnnetz selbst zer-
s, glaube ich, in
icht für ganz voll
eine allgemeine
ntreten, und zwar
altarife, besonders
h den Wegfall der
ionierten Güter-
men. Die Schüler-
en wesentlich teu-
e Frachtsätze der
ein als die subven-
die Bundesbahnen
Es stimmt ja auch
kehrsministeriums
und Güterverkehr
t werden könnte
rverkehr auf die
würde. Ich habe
und die Verkehrs-
id bei uns völlig
ehr aufzunehmen.
den Darlegungen
ifalls gehört. Auch
n Sektor des Per-
ht möglich, denn
nbahnen Stoßver-
iorgens zur Schule
lause. Wie sollten
en befördert wer-
n zwei, drei oder
einsetzen, und wo
n? Außerdem weiß
wenn der Privat-
ihr droht, daß er
Linie die zurück-
voll bezahlen, und
hüler. Beim Bahn-
s alle mitfahren,
oder Schülerkarte
Herren! Die Gret-
ch die Einstellung
ch glaube, gerade

das Gegenteil würde der Fall sein, und zwar in der Relation auf den verminderten Betrieb gesehen, denn der ganze Wirtschaftskörper der Bundesbahnen würde geschwächt werden. Es wirft sich ja die Frage auf, wie die Transportunternehmen aussehen würden, wenn sie sich selbst die Straßen bauen müßten, wenn sie die Subventionstarife anwenden müßten und wenn sie Pensionen für ihre ehemaligen Bediensteten zahlen müßten wie die Bundesbahnen. Man muß sich auch fragen, ob es nicht einfach ein Wirtschaftsverbrechen ist, gut instand gehaltene Bahnkörper wegzureißen oder stillzulegen. Die Einstellung des Personenverkehrs würde nur Nachteile und keine finanzielle Entlastung — auf Dauer gesehen — bringen. Und wenn man sagt, man läßt die Strecke, man stellt nur den Personenverkehr ein, dann würden die Ersparnisse nur gering, die Nachteile aber doch größer sein. Auf manchen Nebenstrecken hat man den Eindruck, daß sie bewußt unwirtschaftlich gemacht wurden. Die Reisen mit der Bahn sollen angenehmer sein, denn es heißt immer: „Nimm Urlaub vom Auto — fahr mit der Bahn." Wenn man aber unsere Nebenstrecken betrachtet, schaut das Reisen nicht sehr angenehm aus. Auf der Strecke Wien—Drosendorf — das sind 123 Kilometer — hat man eine Fahrzeit von vier Stunden; im Jahre 1935 war diese Fahrzeit allerdings um eine dreiviertel Stunde kürzer. Irgend etwas muß also hier nicht stimmen. Auf der Strecke St. Pölten—Laa an der Thaya ist eine Wartezeit von fünf Stunden zu verzeichnen. Ob es unter diesen Umständen sehr attraktiv ist, mit der Bahn zu fahren, möchte ich dahingestellt sein lassen. Auf den Nebenstrecken hat der Güterverkehr eine Beförderungsdauer von drei Tagen; hier kann man kaum von einer Verzögerung sprechen. Vom bescheidensten Abgeordneten — ich bin noch nicht lange im Hohen Hause, aber fast bei jeder Rede höre ich die ständige Redewendung „bei aller Bescheidenheit" — wurde angekündigt, daß die Errichtung des Atomreaktors ein Weihnachtsgeschenk für unser Gebiet wäre. Es könnte ein Weihnachtsgeschenk geben, wenn nicht vorher ein schwarzer Krampus kommt, der uns die Eisenbahn wegnimmt. Wer soll Ambitionen zeigen, damit dort eine internationale Forschungsstätte errichtet wird, wenn es nicht einmal eine Eisenbahn gibt? Ich glaube, es ist nicht sehr vorteilhaft, wenn nun eine Kommission in dieses Gebiet kommt, um die Bedingungen für die Errichtung eines Atomreaktors zu prüfen, und dort keine Eisenbahn vorfindet. Auf der anderen Seite aber wirft sich die Frage auf, sollen wir zu dem Rundfunk- und Fernsehdebakel auch noch eine ähnliche Situation auf den Bahnen haben? Ich weiß nicht, ob es klug ist, Millionenbeträge für Förderungsmaßnahmen zu beschließen und dann zuzusehen, wie die Bundesregierung das Wirtschaftsgefälle im Waldviertel in einen Steilhang umwandelt. Es würde mich freuen, wenn auch die Kollegen der Österreichischen Volkspartei zu diesem Problem positiv Stellung nehmen würden, um gemeinsam gegen das Unrecht, das uns hier mit der Einstellung der Nebenbahnen zugefügt wird, vorzugehen. **(Beifall *bei der SPÖ.*)**

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Ungersböck.

Abg. UNGERSBÖCK: Herr Präsident, Hohes Haus! Gestatten Sie, daß auch ich zum Kapital 7, Förderung der Landwirtschaft, Stellung nehme und über einige Probleme spreche. Nicht selten hört man in der Öffentlichkeit und in letzter Zeit auch aus Pressenachrichten eine agrarfeindliche Stellungnahme, die Förderungsmittel der Landwirtschaft seien zu hoch angesetzt und so weiter. Ich glaube, daß den anwesenden Damen und Herren die echten Einbußen in der Landwirtschaft bekannt sind. Bei fast gleichbleibenden, bei manchen landwirtschaftlichen Produkten sogar stark sinkenden Preisen ist immer wieder eine Lohnerhöhung zu verzeichnen. Darum sind meiner Meinung nach die Förderungsmittel der Landwirtschaft gerechtfertigt. Diese Förderungsmittel haben dazu beigetragen, den Tisch des Volkes aus der heimischen Landwirtschaft zu decken. Diese Förderungsmittel haben aber auch beigetragen, daß durch eine Mehrproduktion die Landwirtschaft am Volkseinkommen einigermaßen Anteil nehmen kann. Nunmehr wird aber der Landwirtschaft gegenüber der Vorwurf erhoben, daß sie ins Uferlose produziert und die Exportartikel ins Unendliche steigert. Daß diese Förderungsmittel richtig angelegt wurden und reichlich Zinsen brachten, beweist wohl am besten der Umstand, daß seit dem Jahre 1951 aus der Landwirtschaft **324.000** Arbeitskräfte frei wurden und bei manchen landwirtschaftlichen Produkten ein Überangebot zu verzeichnen ist. Da jedoch die Landwirtschaft nunmehr vor Absatz-Schwierigkeiten steht, sind die Förderungsmittel jetzt um so gerechtfertigter. Heuer gibt es erstmalig eine verbilligte Butteraktion, wodurch einerseits der Absatz der Landwirtschaft gefördert wird und anderseits den Betroffenen ein besseres Einkommen ermöglicht werden kann. Durch diese Aktion werden rund 1000 Tonnen Butter an Pensioni-

sten und an Arbeitslose mittels Bons zu je einem halben Kilo und zum Preis von zehn Schilling abgegeben. Zwei Millionen Österreicher werden dadurch — soweit sie davon Gebrauch machen — in den Genuß der Förderungsmittel der Landwirtschaft kommen. Bei dieser Aktion betragen die Förderungsmittel 20 Millionen Schilling. Meiner Meinung nach ist daher der Betrag von 21 Millionen Schilling, der im Voranschlagsansatz 7319-68 für die Förderung der Landwirtschaftskammer eingesetzt ist, wohl gerechtfertigt. Des weiteren rnuß auch in Zukunft am 'Sektor der Milchwirtschaft mehr getan werden. So stehen uns für Werbungszwecke in der Milchwirtschaft beispielsweise im Jahr 15,000.000 Schilling zur Verfügung, der UNILEVER hingegen 20,000.000 Schilling; das ist meiner Ansicht nach ein gewaltiger Unterschied.

Es wurde auch gestern bei Gruppe 2 über die Schulausspeisung gesprochen. Vielleicht wäre es möglich, die Schulmilchaktion wesentlich zu fördern, denn bei manchen Gebirgsbauern stellt der Milchabsatz die einzige Einnahmsquelle dar.

Im vergangenen Jahr wurde das Gesetz über die Bedingungen der Landwirtschaftsmeisterprüfung beschlossen. Erfreulicherweise traten sehr viele Landwirtschaftsgehilfen zur Meisterprüfung an. Ich kann mit besonderer Freude berichten, daß im Februar 1968 im Konzerthaus aus der Hand des Herrn **Landwirtschaftsministers** Doktor Schleinzer rund 400 Landwirtschaftsmeister ihr Dekret erhalten werden. Diese Landwirtschaftsmeister wurden mit bestem Erfolg ausgebildet und sind dadurch in der Lage, für die Landwirtschaft noch mehr zu leisten. Wenn wir jedoch besonders an die Struktur-, Markt- und Preisprobleme denken, wird es um so manchen Landwirtschaftsmeister in der Zukunft sehr traurig bestellt sein. Wir werden in nächster Zeit erleben müssen, daß so mancher Landwirtschaftsmeister aus finanziellen Gründen und wegen der vorerwähnten Probleme aus der Landwirtschaft in andere Berufe abwandert. Es ist aber nur zu hoffen, daß diese Menschen in anderen Berufszweigen noch untergebracht werden können. Wenn wir zur Zeit vor größeren Absatzschwierigkeiten stehen, kann sich diese Situation aber früher oder später sehr rasch ändern. Wir müssen nicht unbedingt an die großen Unruhen in der Welt denken. In einer Presseaussendung des Österreichischen Naturschutzbundes vom August dieses Jahres heißt es, daß täglich in der ganzen Welt 200.000 Hektar Bodenfläche durch Siedlungs-, Straßen- und Verteidigungszwecke verlorengehen, obwohl für die sich um 27 Millionen Menschen jährlich vermehrende Bevölkerung mindestens zusätzlich 130.000 Hektar gewonnen werden müßten. Es taucht hier unwillkürlich die Frage auf, ob es richtig ist, daß die Landwirtschaft — durch Förderungsmittel unterstützt — weiterhin mehr produziert oder ob man die Landwirtschaft nicht fördern soll, wodurch noch mehr Leute von der Landwirtschaft in andere Berufe abwandern würden.

In der gleichen Presseaussendung lesen wir aber auch, daß bereits 200 Orte in Österreich das Prädikat „Erholungsdorf" erworben haben; mit weiteren 240 Dörfern kann gerechnet werden. Vergleicht man nun damit die Zahl der Abwanderungen — sie beläuft sich jährlich auf zirka 20.000 —, dann muß man sich fragen, wohin wird diese Entwicklung führen? Wie wird es in Zukunft um diese Erholungsdörfer bestellt sein? Ich glaube, das sind Fragen, die nicht nur die Landwirtschaft berühren.

Wollen wir hoffen, daß es gelingt, durch diese Förderungsmittel speziell den Landwirtschaftsmeistern in den Gebirgsgegenden eine Möglichkeit zu geben, damit ihre Existenz nicht gefährdet ist. Hier handelt es sich meiner Meinung nach um Probleme, die alle betreffen. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter K o s 1e r.

Abg. KOSLER: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich mir keine Rüge des Herrn Kollegen Rabl einhole, denn ich bin auch bereits zum drittenmal in dieser Budgetdebatte beim Rednerpult. Es könnte mir dann so passieren wie dem Herrn Kollegen Dr. Brezovszky, der deshalb, weil er zu mehreren Kapiteln sprach, gerügt werden sollte. Lieber Kollege Rabl, ich habe große Achtung vor jedem Fachmann, ob er nun Wissenschaftler, Künstler, Handwerker oder Bauer ist, aber ich glaube, daß wir hier in diesem Hause auch noch einen anderen Auftrag zu erfüllen haben, und zwar den, das Volk zu vertreten und dann zu sprechen, wenn in unserer engeren Heimat, in dem Bereich, den wir zu vertreten haben, Dinge geschehen, die Öffentlich aufgezeigt werden sollen. Von diesem Recht hat Dr. Brezovszky einige Male Gebrauch gemacht, und auch ich erlaube mir, das zu tun und zu einem Kapitel zu sprechen, das an und für sich meinem Beruf nicht direkt entspricht.

Darf ich Kollegen Rabl noch etwas sagen: Auch das Lob über die Tatsache, daß 15 Abgeordnete dem Bauernbund angehören, ging eigentlich etwas daneben, denn in dem Augenblick, als es um sehr ernste Belange der Landwirtschaft ging, waren nur drei von

rende Bevölkerung
000 Hektar gewon-
aucht hier unwill-
es richtig ist, daß
rch Förderungsmit-
n mehr produziert
schaft nicht fördern
eute von der Land-
fe abwandern wür-

ssendung lesen wir
Orte in Österreich
gsdorf" erworben
örfern kann gerech-
an nun damit die
— sie beläuft sich
—, dann muß man
diese Entwicklung
Zukunft um diese
:in? Ich glaube, das
die Landwirtschaft

es gelingt, durch
peziell den Land-
n Gebirgsgegenden
n, damit ihre Ei-
Hier handelt es sich
Probleme, die alle
ÖVP.)

T REITER: Zum
eordneter K o s 1 e r.
r Landtag, meine
hoffe, daß ich mir
legen Rabl einhole,
ts zum drittenmal
eim Rednerpult. Es
ren wie dem Herrn
der deshalb, weil er
ach, gerügt werden
bl, ich habe große
nmann, ob er nun
Handwerker oder
e, daß wir hier in
einen anderen Auf-
und zwar den, das
dann zu sprechen,
Heimat, in dem Be-
n haben, Dinge ge-
gezeigt werden sol-
iat Dr. Brezovszky
nacht, und auch ich
id zu einem Kapitel
ür sich meinem Be-

noch etwas sagen:
atsache, daß 15 Ab-
nd angehören, ging
:n, denn in dem
ehr ernste Belange
waren nur drei von

diesen 15 Abgeordneten im Saale. (Zwischenruf ***bei*** der *ÖVP.)* Ich habe geschaut, zwei sind dann erst später dazugekommen.

Hohes Haus! Ich habe die Absicht, mich ein wenig mit Fragen des Fremdenverkehrs zu beschäftigen. Vor allem, glaube ich, muß man feststellen, daß interessanterweise die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Niederösterreich offensichtlich kontrar zur Entwicklung des Fremdenverkehrs im gesamtösterreichischen Rahmen verläuft. Ich kann dies aus der Fremdenverkehrsstatistik des Jahres 1967 — soweit sie bis jetzt zur Verfügung steht — für die Monate Janner bis Oktober dieses Jahres nachweisen. In Niederösterreich sind in diesen zehn Monaten die gezählten Nächtigungen gegenüber dem Jahr 1966 um 14.000 oder um 0,25 Prozent angestiegen. Ich weiß, daß dieser Anstieg nicht allzu groß ist; ich möchte aber überhaupt sagen, daß bei einem so großen Volumen von fast 5,000.000 Nächtigungen 14.000 keine allzu große Rolle spielen konnen. Im Laufe dieser zehn Monate sind die Ausländerübernachtungen in unserem Bundesland um 37.000 angestiegen; in der Relation zur Gesamtausländernächtigungszahl bedeutet das 5 Prozent. Mit anderen Worten heißt das, wenn die Gesamtnächtigungszahl nur um 14.000, die Ausländernächtigungen aber um 37.000 angestiegen sind, so ist die Inländernächtigung logischerweise zurückgegangen. Das ist auch geschehen, und es beträgt der Rückgang 0,50 Prozent oder 23.000 Inländernächtigungen. Zusammenfassend darf ich folgendes sagen: In Niederösterreich ist die Zahl der Ausländernächtigungen angewachsen, die Zahl der Inländernächtigungen ist gefallen. In der gesamtösterreichischen Statistik ist bis jetzt gerade eine entgegengesetzte Entwicklung feststellbar. Es ist ein außerst starker Rückgang im Ausländerfremdenverkehr zu verzeichnen — die Gründe kennen wir, sie werden oft genug genannt — und ein teilweiser Ausgleich durch eine allerdings nur leichte Zunahme des Inländerfremdenverkehrs, besonders in den westlichen Bundesländern. Die Ursachen der Stagnation im Fremdenverkehr sind — ganz allgemein gesprochen — außer den allgemeinen wirtschaftlichen Gründen, die bekanntlich zur Rezession geführt haben, meines Erachtens folgende:

1. Die immer mehr wachsende Konkurrenz der neuentdeckten und neuentwickelten Fremdenverkehrsgebiete in fast allen Staaten Europas, sowohl im Westen als auch im Osten und in den europanahen überseeischen Staaten.

2. Die meines Erachtens schon seit vielen Jahren anhaltende Sucht der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft, lieber zu expandieren statt zu konsolidieren.

3. Ich glaube, auch das hier sagen zu dürfen, die mangelnde Unterstützung, die der Fremdenverkehr, besonders aber die Fremdenverkehrsgemeinden durch den Bund erhalten; ich sage ausdrücklich nicht durch das Land, denn ich weiß und kann es mir an den Zahlen errechnen, daß das Land seine ihm zugemessene Aufgabe sicher erfüllt.

Die Eemühungen der Fremdenverkehrsgemeinden, dem Fremdenverkehr immer wieder neue Impulse zu geben, sind sehr groß. Ich möchte besonders lobend hervorheben, daß die Fremdenverkehrsgemeinden, darüber hinaus aber auch andere Gemeinden, in der Ortsverschönerung, im Bau von Bädern, Liften, Wegebauten usw. sehr aktiv sind. Die Fremdenverkehrsgemeinden sind aber auch in der Werbung sehr aktiv. Diese ist ja bekanntlich sehr kostspielig. Die Werbung erfolgt durch Prospekte, Zeitungsinserate, Rundfunkdurchsagen usw. Schließlich sind sie manchmal auch in der Vertretung der Interessen des Fremdenverkehrsgewerbes bei den Behörden und Ämtern sehr aktiv. Die Ursache dafür scheint mir — und nun wende ich mich an den Herrn Landeshauptmannstell-Vertreter Kommerzialrat Hirsch — die jahrelange Säumigkeit in der Gesetzgebung zur Regelung wichtiger Teilgebiete der Fremdenbeherbergung — ich glaube, man kann es schon erraten —, und zwar die Privatzimmer-Vermietung, zu sein. Das Gesetz über die Privatzimmervermietung wurde bereits vor zwei, ich glaube sogar schon vor mehreren Jahren von dieser Stelle aus urgiert. Ich habe das im Enbwurf fertige Gesetz am 25. Jänner dieses nun bald ablaufenden Jahres im Wirtschaftsteil des „Volksblattes", worin der Gesetzentwurf vorgestellt wurde, gelesen, vermisse aber bis zum heutigen Tage im Hohen Hause des Landtages von Niederösterreich die Vorlage. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß gerade die Frage der Privatzimmervermietung nicht allein eine Angelegenheit der gewerblichen Wirtschaft ist, sondern auch die Fremdenverkehrsgemeinden und natürlich vor allem die privaten Vermieter interessiert.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich mich noch ganz kurz zu einem anderen Kapitel äußern. Niederösterreich sollte meines Erachtens eigentlich das klassische Land des Skisports sein. Es hatte schließlich einmal einen Matthias Zdarsky, und da ich auch ein Lilienfelder bin, spreche ich über diesen Mann, dem Pionier des österreichischen Skisports und Begründer der

modernen Skisporttechnik überhaupt, besonders gerne. Er war ja derjenige, der Nieder-Österreich zur Wiege des alpinen Skisports machte. Unser Land besitzt aber auch den Semmering, dieses Gebiet, das bekanntlich das erste Wintersportparadies der gesamten alpinen Welt war und schon zu Ende des vergangenen Jahrhunderts als Wintersportparadies eine Bedeutung hatte, als man vielleicht anderswo in Österreich und über die Grenzen hinweg in der Schweiz, Frankreich und Italien noch gar nichts von einem Skisport wußte. Niederösterreich hat aber auch eine Reihe von Wintersportgebieten hervorragender Qualität, die sich mit Gebieten in anderen Teilen Österreichs ruhig vergleichen lassen. Es hat in der Vergangenheit, das möchte ich dabei betonen, neben Zdarsky, der schon von mir genannt wurde, eine ganze Reihe von Persönlichkeiten des Wintersports hervorgebracht. Ich erinnere zum Beispiel an den Slalomweltmeister des Jahres 1932 in Zakopane, dem aus dem Traisental stammenden Friedl Wolfgang, der als Organisator der Olympischen Winterspiele 1964 und außerdem als Professor Friedl Wolfgang in Innsbruck wahrscheinlich bekannter geworden ist, oder an die akademische Weltmeisterin Trude Klecker vom Semmering, die nach dem Jahre 1945 eine der ersten war, die den Ruf Österreichs auf dem Gebiete der Wintersportrennen begründete. Man könnte die Aufzählung der Merkmale, die Niederösterreich als klassisches Wintersportland kennzeichnen, noch eine geraume Zeit fortsetzen. Ich möchte aber die Frage stellen, wo der Glanz des niederösterreichischen Skisports heute geblieben ist. Ich stelle auch dieselbe Frage, die in der Zeitschrift „Perspektiven" aufgeworfen wurde, ob Niederösterreich im Skisport jetzt nicht gewaltig nachhinke. Sicherlich, ich betone es auch hier ganz besonders, ist manches, wenn auch nicht alles, in materieller Hinsicht geschehen. Es wurden Lifte gebaut, Straßen erneuert, Höhenstraßen errichtet, Unterkünfte modernisiert, Kredite gegeben und Subventionen verteilt. Aber wo sind denn unsere niederösterreichischen Skikanonen? Bleiben uns die Niederösterreicher vielleicht etwas schuldig? Ich glaube nicht! Liegt es an der Auslese, und ist sie vielleicht mangelhaft? Ich glaube schon eher. Unterstützen wir unsere aktiven Rennsportler beziehungsweise Wintersportler genügend? Ich glaube nicht! Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen. Es wird wo'hl für uns einmal eine Frage sein müssen, ob wir nicht gerade solche Pioniere, die in einer bestimmten Richtung wirken und sich nach ihren eigenen Intentionen betätigen, im Interesse der Allgemeinheit und der Sache mehr fördern sollten, weil von ihrer Tätigkeit eine hohe Werbewirksamkeit ausgeht.

Da heute schon wiederholt zur Frage der Einstellung von Nebenbahnen gesprochen wurde, darf ich abschließend auch einige Worte darüber sagen. In einer Zeit, in der man in anderen Ländern Bahnen haut, sollte man bei uns nicht Bahnen einstellen, nur deswegen, weil man in den letzten 20 oder 22 Jahren für deren Modernisierung nie die finanziellen Mittel bereitstellen wollte. Die Bahnlinien Freiland — Türnitz, Traisen nach Kernhof oder St. Pölten — Mariazell, die Alpenbahn oder die Erlauftalbahn und Ybbstalbahn, aber auch solche Linien wie zum Beispiel die Strecke Herzogenburg — Krems sind doch jene Linien, die einen wesentlichen Teil der niederösterreichischen Fremdenverkehrsgebiete erschließen. Wenn wir vom Fremdenverkehr sprechen, dann können wir doch nicht gleichzeitig auch nur daran denken, den Fremdenverkehr dadurch schädigen zu wollen, indem man ihm die Bahnen nimmt. Dem Fremdenverkehr genügt es auch nicht, wenn man verspricht, den Frachtenverkehr zu belassen und nur den Personenverkehr einzustellen, denn die Fremdenverkehrsgemeinde lebt ja gerade vom Personenverkehr, und den braucht sie auf den Bahnen. Der bekannte Wintersport- und Erholungsort Türnitz zum Beispiel zählt jährlich 10.000 Fremde in seinen Mauern. Dabei sind selbstverständlich keine Berg- und Wintersportler gezählt, die auf einen halben der ganzen Tag in diesen Ort kommen, sondern echte Fremde, die ihn mindestens sieben Tage besuchen und dort nächtigen und leben, die im Sommer kommen, um Türnitz als Sommerfrischenort anzusehen, und im Winter dort die Wintererholung finden wollen. Mehr als 10 Prozent dieser Fremden reisen mit der Bahn an und natürlich auch wieder ab. Bei guter Schneelage zählen zum Beispiel solche Orte wie Türnitz, aber auch Lilienfeld, Hohenberg und St. Aegyd an einem Sonntag tausend und abertausend Sportler. Auch von ihnen reist ein beachtlicher Teil mit der Bahn. Mit den öffentlichen Autobussen ginge das gar nicht, denn an einem großen Feiertag, sagen wir zum Beispiel am ersten Weihnachtsfeiertag, verkehren doppelte oder dreifache Garnituren, die 300 oder 400 Personen in diese Orte und wieder zurück befördern. Die anderen kommen natürlich mit eigenen Pkw und Privatautobussen; zu einem großen Prozentsatz aber eben auch mit der Bahn. Dabei muß man bedenken, daß die Beförderung der Wintersportgeräte mit den Autobussen noch nicht technisch genü-

mehr fördern soll-
ätigkeit eine hohe
it.

holt zur Frage der
ɔahnen gesprochen
eßend auch einige
einer Zeit, in der
Bahnen baut, sollte
nen einstellen, nur
len letzten 20 oder
lernisierung nie die
stellen wollte. Die
:nitz, Traisen nach
en—Mariazell, die
ftalbahn und Ybbs-
e Linien wie zum
rzogenburg—Krems
einen wesentlichen
schen Fremdenver-
Wenn wir vom
, dann können wir
ich nur daran den-
dadurch schädigen
ihm die Bahnen
:ehr genügt es auch
it, den Frachtenver-
r den Personenver-
die Fremdenver-
'ade vom Personen-
t sie auf den Bah-
ıtersport- und Er-
Beispiel zählt jähr-
nen Mauern. Dabei
ıne Berg- und Win-
f einen halben oder
t kommen, sondern
destens sieben Tage
gen und leben, die
ı Türnitz als Som-
ı, und im Winter
inden wollen. Mehr
nden reisen mit der.
uch wieder ab. Bei
zum Beispiel solche
auch Lilienfeld,
l an einem Sonntag
ıd Sportler. Auch
tlicher Teil mit der
ı Autobussen ginge
ɛm großen Feiertag,
am ersten Weih-
doppelte oder drei-
00 oder **400** Per-
nd wieder zurück
kommen natür-
l Privatautobussen;
atz aber eben auch
man bedenken, daß
itersportgeräte mit
ht technisch genü-

gend gelöst ist, daß es immer wieder zu Schwierigkeiten kommt und daß sehr viele, die sonst mit dem Autobus fahren würden, mit der Bahn reisen. Nun ist aber die Übernahme des gesamten Bahnreisepublikums durch den Straßenverkehr — das wurde hier schon ausgesprochen — meines Erachtens überhaupt nicht möglich und schon ganz unmöglich im Gebirge, wo dem Ausbau der Straßen von der Natur aus Grenzen gesetzt sind. Selbstverständlich ist der Ausbau der Gebirgsstraßen, auch der Landes- und Landeshauptstraßen schon deshalb ein großes finanzielles Problem, weil der Straßenbau im Gebirge bei weitem mehr kostet als im Flachlande oder in anderen Gegenden. Der Straßenverkehr in den Gebirgstälern — ich glaube, auch das besonders hervorheben zu müssen — ist gerade im Winter ungleich gefahrvoller als der Verkehr auf der Schiene. Selbstverständlich trifft dann für diese Gebiete unseres Alpenvorlandes und unseres Gebirgslandes auch all das zu, was in bezug auf den Frachtverkehr in anderen Gebieten schon ausgesprochen wurde. Die Eisen- und Stahlindustrie in St. Aegyd am Neuwalde erzeugt heute Stahlseile bis zu einem Gewicht von 70 Tonnen. Für ein Stahlseil mit einem solchen Gewicht gibt es zur Zeit überhaupt noch keine Möglichkeit, es auf dem Straßenwege zu transportieren. Das heißt, solche Seile mit einem Gewicht von **50, 60** und **70** Tonnen können nur auf dem Schienenweg aus der Fabrik in St. Aegyd abtransportiert werden. Ähnliches gilt für das Holz, das aus dem Gebirge transportiert werden muß. Dieses kann auch nur abtransportiert werden, wenn eine Bahn erhalten bleibt. Wichtig ist noch, daß der Personenverkehr auf der Straße mit dem Fremdenverkehr zusammenhängt und diesem nützt und ihm sehr geschadet werden würde, wenn diese Massengüter auf den Gebirgsstraßen transportiert werden müßten. Ich sehe daher, abgesehen von allen anderen Überlegungen, in der Einstellung der Nebenbahnen einen ausgesprochenen Tiefschlag gegen den niederösterreichischen Fremdenverkehr, gegen die Fremdenverkehrswirtschaft und damit gegen die Fremdenverkehrsgemeinden. Neben den vielen sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen sprechen daher meines Erachtens auch besonders die fremdenverkehrswirtschaftlichen Gründe dafür, daß wir und die Niederösterreicher uns absolut gegen die Einstellung von so vielen Nebenbahnen wehren müssen. Ich möchte den niederösterreichischen Vertretern, die mit den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen und des Verkehrsministeriums zu verhandeln haben, das eine zurufen: Hören Sie bitte doch nicht auf diejenigen, die sich so gerne als Experten bezeichnen und die Gameinderäte, die Bürgermeister und Abgeordneten als kurzsichtige Lokalpatrioten erscheinen lassen, wenn sie für die Erhaltung der Bahnen in ihren Gebieten eintreten. Hören Sie bitte lieber auf die Warnungen aus den Gemeinden und Bezirken, denn Österreichs Chancen — und ich glaube, das spreche ich nicht nur für mich, sondern für viele aus, die über diese Dinge nachzudenken gewohnt sind — liegen zum Teil auch darin, daß es bisher verhältnismäßig gut verkehrserschlossen war. Wollen wir es doch auch gut verkehrserschlossen für die Zukunft erhalben. *(Beifall **bei der SPÖ**.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Herr Abg. Brunner.

Abg. BRUNNER: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie in den vergangenen Jahren, so möchte ich mich auch heuer mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen befassen und in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen stellen. Das Jahr **1967** hat uns in augenfälliger Weise davon überzeugt, wie wechselhaft die Einstellung zur Landwirtschaft ist. Denken wir nur zurück an die Israelkrise, wo der Bauernstand im Zusammenhang mit der allfälligen Gefährdung der Ernährung sofort höher eingeschätzt wurde. Und denken wir an die Pressemeldungen des Spätherbstes, wo die Landwirtschaft als Prügelknabe hingestellt wurde und wo die Forderung nach einer marktgerechten Produktion durch die Landwirtschaft immer wieder gefordert wurde. Auch wir, die Vertreter in der Landwirtschaft, sind uns darüber im klaren, daß die Probleme in der Zukunft nur gemeistert werden können, wenn der künftige Betriebsführer mit den entsprechenden Fachkenntnissen ausgestattet ist. Daher ist die intensive Schulung des bäuerlichen Nachwuchses und die dauernde Weiterbildung der Jugendlichen, aber auch der Erwachsenen ein Anliegen, das uns überaus ans Herz gewachsen ist. Im Lande Niederösterreich besteht seit dem 1. Jänner **1954** die Pflicht, daß die landwirtschaftlichen Berufsschulen von allen in der Landwirtschaft Tätigen besucht werden. Im vergangenen Schuljahr wurde diese Schulpflicht erstmals in einem Schuljahr absolviert. Das gegenwärtige Schuljahr unterscheidet sich vom vergangenen dadurch, daß das Unterrichtsausmaß auf **540** Stunden erhöht wurde. Rund 20 Prozent der Schulpflichtigen können aber nur internatsmäßig erfaßt werden. Der Rest von **80** Prozent muß in externen Schulen seinen Unterricht finden. Dieser Besuch ist aber oftmals mit großen Schwierigkeiten, mit Wegstrecken von

15 bis 20 Kilometern verbunden. Es ist da überdies bedauerlich, daß das vorliegende Budget für den Ausbau eines neuen Internates keinerlei Mittel vorsieht. In diesem Zusammenhang darf ich mir auch die Feststellung erlauben, daß einzig und allein die Berufsschule Laa an der Thaya mit Landesgeldern ausgebaut wurde, während die übrigen Internate durch eine bezirkseigene Kammerumlage der Bezirksbauernkammern ausgebaut wurden. Ich glaube, es wäre daher hoch an der Zeit, wenn sich das Hohe Haus seiner Verpflichtung bewußt würde, daß dem Ausbau der bäuerlichen Berufsschulen und der Internate mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich möchte daher bereits jetzt für das Jahr 1969 die Forderung erheben, daß dieses in dem kommenden Jahr zu beschließende Budget entsprechende Ansätze in sich hat. Auch in diesem Schuljahr besuchen mehr als 1000 Schüler und Schülerinnen die landwirtschaftlichen Fachschulen. Eine Ausbildung der künftigen Betriebsführer ohne diese Schule wäre nicht denkbar. Wenn heute der bäuerliche Betriebsführer moderne Produktionsmethoden anwendet, wenn er betriebswirtschaftliche Erwägungen in den Vordergrund seines Handelns stellt, so ist dies auch auf die Tätigkeit unserer Berufs- und Fachschulen zurückzuführen. Auch hier muß an den Lehrplänen dieser Schulen ständig gearbeitet und verbessert werden. Dadurch, daß der Besuch der landwirtschaftlichen Fachschulen hauptsächlich erst nach Absolvierung der bäuerlichen Berufsschulen möglich ist, kann, auf diese aufgebaut, der Lehrplan nur entsprechend erweitert werden. Betriebswirtschaft und Maschinenkunde, das sind jene Hauptfächer, die sich immer stärker in den Vordergrund schieben. Auch bei den Mädchen macht sich eine Verlagerung der Fächer zur Betriebswirtschaft erkennbar. Müssen wir doch die Forderung erheben, daß auch die künftige Bäuerin gemeinsam mit dem Bauern das betriebswirtschaftliche Geschehen erfaßt und ihren Gatten bei der Erfüllung seiner Aufgaben tatkräftig unterstützen kann.

Einige Schulen und Internate befinden sich aber noch in einem Zustand, den man gesehen haben muß, um sich überhaupt ein richtiges Bild davon machen zu können. Ich würde die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, sich die Fachschule Göpfritz an der Wild anzusehen oder das Internat in Edelhof oder in Pyhra; aber auch die Betriebsstätten, die den Schulen angeschlossen sind, sind teilweise noch in einem Zustand, der eine dringende Sanierung erfordert. Hier muß ich in erster Linie die Wirtschaftsgebäude in Gießhübl anführen, wo die Schüler bei Gott keinen Eindruck gewinnen können, der sie zur Nachahmung anfeuern könnte. Gerade diese landwirtschaftlichen Betriebe sind es aber, die neben der rein schulischen Aufgabe eine besondere Bedeutung für die gesamte Landwirtschaft haben. In unzähligen Versuchen werden hier in mühevoller Kleinarbeit Erkenntnisse gewonnen, die dann dem bäuerlichen Betriebsführer übermittelt werden und diesen befähigen, seine Wirtschaft nach modernsten Grundsätzen zu führen. Wenn wir heute zur Kenntnis nehmen, daß beispielsweise in Edelhof eine Roggenneuzüchtung gelang, die auf dem besten Wege ist, den österreichischen Markt zu erobern, und wenn wir wissen, daß vielleicht in zwei oder drei Jahren mit dem Hafer eine neue Züchtung gelingt, so können wir uns darüber nur freuen. Wenn wir wissen, daß in den Weinbauschulen des Landes 100 Klonen im Versuch ausgepflanzt, geerntet und gekeltert werden und in anderen Schulen umfangreiche Züchtungsarbeiten hinsichtlich der Rinderhaltung durchgeführt werden, dann können wir, sehr verehrte Damen und Herren, dies mit Stolz zur Kenntnis nehmen, denn es sind Landeseinrichtungen, die sich hier so wertvoll für die gesamte Volkswirtschaft präsentieren. Ein wesentlicher Aufschwung des landwirtschaftlichen Schulwesens ist durch die Neufassung des landwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes gegeben. Wenn beispielsweise im Jahre 1967 mehr als 1300 landwirtschaftliche Facharbeiter- und Meisterprüfungen abgehalten werden konnten, im Jahre 1965 waren es nur 200, so sieht man daraus deutlich, wie das Gesetz gut angekommen ist. Nicht nur die Jugend, sondern auch die Betriebsfiihrer haben sich bereit erklärt, diese vorgeschriebenen Prüfungen abzulegen. Ich bin daher der Überzeugung, daß jeder Schilling, der für den Ausbau des land-, und forstwirtschaftlichen Schulwesens eingesetzt wird, eine gute Kapitalsanlage wird. Die Zinsen aus diesem Kapital ersehen wir im erhöhten Sozialprodukt, das dem gesamten Volke zugute kommt.

Bevor ich meine kurven Ausführungen schließe, möchte ich doch zu einer, ich glaube sagen zu können, unglücklichen Feststellung oder Randbemerkung des Herrn Landesrates Kuntner in seiner Zusammenfassung zur Gruppe 2 einige Feststellungen machen. Sie haben da gemeint, daß Sie glücklich wären, wenn die übrigen Berufsschulen jene Möglichkeiten hätten, die die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen haben. Herr Landesrat (Zwischenruf Landesrat Kuntner) ich

bl anführen, wo die Eindruck gewinnen hahmung anfeuern andwirtschaftlichen ie neben der rein besondere Bedeu- idwirtschaft haben. n werden hier in rkenntnisse gewon- lichen Betriebsfüh- und diesen befähi- nach modernsten Wenn wir heute zur spielsweise in Edel- ing gelang, die auf en österreichischen nn wir wissen, daß ei Jahren mit dem gelingt, so können uen. Wenn wir wi- schulen des Landes usgepflanzt, geern- n und in anderen htungsarbeiten hin- tung durchgeführt vir, sehr verehrte iit Stolz zur Kennt- l Landeseinrichtun- roll für die gesamte eren. Ein wesent- andwirtschaftlichen ie Neufassung des fsausbildungsgeset- ielsweise im Jahre irtschaftliche Fach- ifungen abgehalten 1965 waren es nur s deutlich, wie das ist. Nicht nur die die Betriebsführer diese vorgeschrie- gen. Ich bin daher er Schilling, der für nd forstwirtschaft- gesetzt wird, eine Die Zinsen aus die- m erhöhten Sozial- iten Volke zugute

zen Ausführungen zu einer, ich glaube rlichen Feststellung Herrn Landesrates ammenfassung zur ungen machen. Sie ie glücklich wären, schulen jene Mög- landwirtschaftlichen iaben. Herr Landes- *srat Kuntner)* ich

glaube, Ihr Parteifreund Abg. Niklas würde sich sehr freuen — ich sage das wirklich ohne jede Gehässigkeit —, wenn Sie ihn einmal besuchen würden, denn im Nachbargehöft, in Göpfritz an der Wild, steht eine Schule, die in einem Zustand ist, wo man einfach nicht glauben kann, daß die Mädchen des Waldviertels überhaupt dort noch ihr Fachwissen sich aneignen können. Wir können feststellen, daß dort zwei Lehrerinnen in einem Zimmer wohnen, daß die Sanitäranlagen in einem Zustand sind, der nicht mehr zeitgegeben ist, daß eine Badewanne für Lehrerinen und Schüler ausreichen muß und daß nur drei Waschbecken vorhanden sind. Ich glaube, da kann nicht die Rede davon sein, daß unsere bäuerlichen Fachschulen überdotiert werden. (Zwischenruf *Abg. Dr/ Brezovszky).* Herr Doktor, es wäre auch traurig, wenn diese Randbemerkung vom niederösterreichischen Schulreferenten ernst gemeint gewesen wäre. Der große österreichische Staatsmann, unser verewigter Herr Landeshauptmann Hartmann, hat in seiner Ministerschaft das Wort geprägt: Agrarpolitik geht alle an, ein wesentlicher Bestandteil der Agrarpolitik aber ist die Berufsausbildung unserer bäuerlichen Jugend. (Beifall bei der *ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Herr Abg. Blabolil gelangt nunmehr zum Wort.

Abg. BLABOLIL: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wirtschaft ist der Kern, der Wohlstand unseres schönen Heimatlandes Niederösterreich. Ich möchte dort beginnen, wo mein Kollege Vorredner aufgehört hat. Ich möchte alle Gruppen mit einbeziehen, nicht nur die Landwirtschaft, nicht nur den Arbeiter und Angestellten, sondern auch den Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft, der Industrie und des Handels. Wenn man alle Wünsche, die zu jedem einzelnen Kapitel, zu jeder Themenstellung geäußert wurden, erfüllen wollte, dann müßte man sich eigentlich fragen, wo das Geld hiefür genommen werden soll. Hier bin ich schon mehr oder weniger bei der Kernfrage. Ich glaube, daß im Kapitel 7, das mehr oder weniger auch die Förderung der Wirtschaft beinhaltet, auf Grund der gegebenen Situation viel zuwenig angesetzt ist, daß iin Gesamtbudget für die Belebung und Ankurbelung unserer Wirtschaft im allgemeinen zu wenig vorhanden ist, und zwar deswegen, weil wir eben keine größeren Einnahmsquellen zu verzeichnen haben. Wir hätten Vorsorge treffen können, indem man beizeiten die an uns herankommende Situation hätte abschätzen müssen. Man hätte den Mut haben müssen, wenn nicht mehr Mittel aufzubringen sind, mindestens eine gewisse Umschichtung vorzunehmen, um den notwendigen Erfordernissen einer rascheren Wirtschaftsbelebung Rechnung tragen zu können. Ich möchte mich mit drei Punkten beschäftigen, die mir notwendig erscheinen, rasch gelöst zu werden. Das erste wäre die Reorganisation der verstaatlichten Betriebe des Stahlsektors, beim Buntmetall und ebenso das in der letzten Zeit schon besprochene Problem unserer Schiffswerften. Das zweite, glaube ich, ist diese Flaute, in der wir uns befinden, von der man sagt, daß sie noch lange nicht zu Ende ist, daß sie den Tiefpunkt noch nicht erreicht hat, und darüber hinaus die nun schon altbekannte Winterarbeitslosigkeit. Als drittes kämen die Gesamtschwierigkeiten bei unseren Energieträgern Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Reorganisierung in der Verstaatlichten hat natürlich in der Problemstellung und ihrer Lösung große Schwierigkeiten zu erwarten. Warum? Die Interessen sind vielfältig. Wir kennen auf der einen Seite die Firmeninteressen und auf der anderen Seite die Arbeitnehmerinteressen, wir kennen aber auch die Landesinteressen. Gerade bei der Stahlindustrie ist es leider Gottes so, daß die Mutterbetriebe dieser Konzerne in den anderen Bundesländern beheimatet sind, nur nicht in Niederösterreich. Wir haben in der Stahlindustrie große tfberkapazitäten, daher ist es unbedingt notwendig, daß es zu einer raschen Lösung in dieser Frage kommt. Die Firmeninteressen gehen dahin, bei jeder Lösung irgendwelcher Art die führende Rolle zu behaupten. Die VÖESt nimmt gerne alle anderen Konzerne unter ihre Führung, und umgekehrt sprechen Böhler, Schöller und die Alpine auch von Sanierung, wenn alles, was ihnen lukrativ erscheint, zu ihnen kommt und die anderen die Knochen bekommen. Die Belegschaft hat Sorge um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, darüber hinaus auch deswegen Sorge, weil sie sagt, die verschiedensten Betriebe sind nicht in Industriezentren, sondern in Tälern, wo keine andere Arbeitsmöglichkeit beste'ht, und wie kommen wir dann zu einem Arbeitsplatz, ohne nicht viel pendeln zu müssen. Sie haben sich in den letzten Jahren ihr Wohnhaus dort gebaut, haben also ihren Wohnsitz dort aufgeschlagen. Und dann sagen sie, die Erhaltung des Arbeitsplatzes um jeden Preis, weil ja mit dessen Verlust auch die sozialen Leistungen, die zusätzlich und außer den Verträgen gegeben werden, verlorengehen. Die Länder haben natürlich von der Steuerertragsseite her das Interesse, die Betriebe nicht zu verlieren, ebenso auch aus wirtschaftlichem Interesse, weil doch nur mit blühenden Betrieben, blü-

henden Industriestätten und mit Vollbeschäftigung auch ein gewisser Wohlstand zu verzeichnen ist. Wie schaut aber das Ganze aus? Der Stahlsektor nicht gar zu rosig. Schöller-Bleckmann — Sie haben 'heute in der Presse gelesen — hat nicht nur einen schlechten Auftragsstand, sondern schon seit Jahren eine Unterkapitalisierung. Dieses Unternehmen ist nun versucht, durch Zuführung von Kapitalmitteln aus der finanziell schwierigen Situation herauszukommen. Ich bin überzeugt, daß das allein auch nicht die Hilfe ist, wenn es nicht zu einem für Schöller tragbaren Arrangement kommt, um weiterhin die Beschäftigung aufrechterhalten zu können und von diesem Produkt, das in Zukunft dort erzeugt werden kann, solche Zuteilungen zu haben, daß sie auch lukrativ arbeiten können. Die Erhaltung der Schöller-Bleckmann-Werke ist für die darin Beschäftigten und darüber hinaus für den Bezirk Neunkirchen und Wiener Neustadt eine große Existenzfrage. Sie wissen, daß es bei Semperit in Wimpassing nicht **zum** besten steht, Sie wissen, daß Brevillier-Urban bis vorigen Monat kurzgearbeitet hat; auf der Auftragsseite hat sich nicht viel gebessert. Sie wissen, daß die beiden Kohlenbergwerke in Grünbach und Höflein geschlossen wurden, Sie wissen, daß man das Raxwerk geschlossen hat und daß praktisch keine neuen Betriebe in Sicht sind. Man spricht sogar, daß die Textilfirma Wallig in den nächsten Tagen zusperren wird. Wir haben also im Raum Neunkirchen mit dem verstaatlichten Betrieb Schöller-Bleckmann und darüber hinaus mit anderen Betrieben große Sorgen. Man könnte sagen: Warum haben wir die Sorgen erst heute? Warum haben wir sie nicht früher festgestellt? Bei Schöller-Bleckmann kennt man die Sorgen schon seit einigen Jahren, es ist aber leider Gottes nie zu Lösungen gekommen. Die ganzen **22** oder **23** Jahre der verstaatlichten Industrie hat man es verhindert, mehr Freizügigkeit in der Produktion zu geben, das heißt, man hat gesagt, sie darf nicht in die Fertigungsindustrie gehen. Daher sind diese Betriebe — natürlich auch auf Grund dieser Stahlflaute auf dem Weltmarkt — zum Opfer geworden und in einer sehr schwierigen Situation. So ähnlich sieht es auch in der Alpine Traisen aus. In der Alpine Traisen ist es keine Kapitalschwierigkeit; dort ist die Schwierigkeit echt, sie geht auf den Preisverfall bei den Fittings zurück. Die Firma, obwohl sie modernisiert und rationalisiert hat, ist nicht imstande, mit der Konkurrenz der Portugiesen, der Jugoslawen und auch der Ungarn mitzukommen, die mit Dumpingpreisen in Österreich und auch in Deutschland ihre Fittings abverkaufen. Der deutsche Handel hat gesagt, daß er in Zukunft unsere Preise nicht mehr bezahlt. Das hat bedeutet, daß von einer ausgelasteten Produktion von 500 Tonnen Fittings im Monat die Firma Alpine in Traisen auf 300 Tonnen zurückgehen mußte. Das heißt, daß nun eine Oberkapazität vorhanden ist. Es sbeigen dadurch die Regien, und natürlich sind auch Arbeitsplätze gefährdet. Vom Stahlwerk Alpine in Traisen sagt man: So weit weg vom Zulieferanten, die Alpine ist so weit oben! Wir kennen das aus dem Betrieb in Wördern, der geschlossen wurde, weil die Zulieferungskosten zu hoch und das Ganze nicht mehr gewinnbringend war. So ähnlich spricht man jetzt vom Stahlwerk in Traisen. Eine Schließung des Stahlwerkes würde für das Traisental eine Katastrophe bedeuten, sind doch im Traisener Werk über 1000 Beschäftigte. Der Raum St. Pölten, der früher noch für Arbeitskräfte aufnahmefahig war, ist zur Zeit ebenfalls nicht aufnahmefähig, weil in St. Pölten Schwierigkeiten bei den Voith-Betrieben sind, so daß keine Möglichkeit gegeben wäre, diese Leute, die Metallarbeiter sind, unterzubringen. Jetzt spricht man in diesem Zusammenhang von einer Europakupplung. Am europäischen Eisenbahnverkehr soll eine Kupplung eingeführt werden, die die Russen genauso verwenden können wie die Österreicher. Dadurch soll der Transitverkehr auf eine größere Basis gestellt werden, es sollen nicht nur bestimmte Waggons ins Ausland rollen, sondern jeder Waggon, weil eine normierte europäische Kupplung geschaffen werden soll. Ich möchte hier die Landesregierung ersuchen, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß bei der internationalen Vergabe — es sollen nach den Berichten der Firmen die Länder vertreten sein, es soll auf vier Teile aufgeteilt werden — auch das Werk Traisen, das für diese Arbeiten spezialisiert ist, Berücksichtigung findet. Das würde bedeuten, daß die Stahlgießerei Traisen wieder auf Jahre Beschäftigung hätte.

Etwas freundlicher sieht es aus, wenn man die VÖESt Linz mit der Hütte Krems betrachtet. Sie wissen, daß die Arbeitskollegen in der Hütte Krems zeitgerecht erfaßt haben, daß man sie als kleinen Betrieb, als Anhängsel der VÖESt aushungern wollte. Sie haben — meiner Auffassung nach zeitgerecht — den Marsch auf Wien unternommen. Ich möchte hier feststellen, daß dieser Marsch auf Wien in voller Ruhe und Disziplin durchgeführt wurde. Er sollte nur dazu dienen, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, daß hier eine Arbeitnehmerschaft echt um ihre Arbeitsplätze zittert, und sie

haben nicht mehr
Wir dürfen festst
den, die Hütte Kr
Produktionsprogrc
heute zu jenen I
Arbeitskräfte suc

Bei den Böhler
der Ybbs ist die F
sen, daß in Kapfei
Werke schlägt. Do
nahezu 6000 Besc
dem Standpunkt s
näher als der Roc
umbringen, aber
wird diese und
durchgeführt, und
her jongliert." Es
versucht, das Best
Zuge der Zusamm
rung Eingriffe gem
sagen, es müßten
die Gewerkschafte
Interesse daran ha
Einfluß geltend n
kann man nicht ei
doch ersuchen, da
Umständen von
Betrieben abverla
hart sind, daß sie
Über das Wort „ge
dener Meinung sei
fassung, daß die
sind, nicht so einsc
dern daß sie erträ
daß eine Zusammer
kosten wird, wir si
überzeugt, nur woll
auf Kosten der nie
nehmerschaft geht.

Trauriger ist die
sektor. Hier haben
Betrieb, den Bernc
Berndorf-Ranshofer
Amstetten. Der Beti
hat bereits seine F
geschlossen. Die
gedacht, wenn diest
uns besser, aber das
es ist schlechter ge
hier große Überkap
einer Bereinigung
die Situation am E
aus? Die Firma
natürlich, ihren
ten, die Berndorfer,
len das gleiche erre
sagen, wir wollen a
ster marschieren, dit
ren, es muß aber
einer Einigung kom

haben nicht mehr verlangt als „Helft uns!". Wir dürfen feststellen, es ist geholfen worden, die Hütte Krems hat praktisch ein neues Produktionsprogramm bekommen und gehört heute zu jenen Betrieben, die noch immer Arbeitskräfte suchen.

Bei den Böhler-Werken in Waidhofen an der Ybbs ist die Frage sehr kritisch. Sie wissen, daß in Kapfenberg das Herz der Böhler-Werke schlägt. Dort gibt es im Mutterbetrieb nahezu 6000 Beschäftigte, die natürlich auf dem Standpunkt stehen: „Uns ist das Hemd näher als der Rock. Wir wollen euch nicht umbringen, aber wenn es schlechter geht, wird diese und jene Produktion bei uns durchgeführt, und es wird eben dann hin und her jongliert." Es ist verständlich, daß jeder versucht, das Beste zu bekommen. Wenn im Zuge der Zusammenlegung und Rationalisierung Eingriffe gemacht werden, darf ich doch sagen, es müßten nicht nur der Bezirk und die Gewerkschaften, sondern auch das Land Interesse daran haben und bei der ÖIG ihren Einfluß geltend machen. Wir wissen, alles kann man nicht erreichen, aber wir würden doch ersuchen, daß die Opfer, die unter Umständen von den niederösterreichischen Betrieben abverlangt werden, nicht allzu hart sind, daß sie gerecht verteilt werden. Über das Wort „gerecht" kann man verschiedener Meinung sein, aber wir sind der Auffassung, daß die Opfer, die zu erbringen sind, nicht so einschneidend sein müssen, sondern daß sie erträglich bleiben. Wir wissen, daß eine Zusammenlegung auch Arbeitsplätze kosten wird, wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, nur wollen wir nicht, daß dies nur auf Kosten der niederösterreichischen Arbeitnehmerschaft geht.

Trauriger ist die Situation am Buntmetallsektor. Hier haben wir den Caro-Enzesfelder-Betrieb, den Berndorfer Betrieb und einen Berndorf-Ranshofen gehörenden Betrieb in Amstetten. Der Betrieb Zugmayer in Waldegg hat bereits seine Pforten seit längerer Zeit geschlossen. Die anderen Betriebe haben gedacht, wenn diese Firma zusperrt, geht es uns besser, aber das Gegenteil ist eingetreten, es ist schlechter geworden. Wir haben auch hier große tfberkapazitäten, und es muß zu einer Bereinigung kommen. Wie sieht nun die Situation am Buntmetallsektor wirklich aus? Die Firma Caro-Enzesfeld versucht natürlich, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, die Berndorfer, die danebenliegen, wollen das gleiche erreichen, und die Amstettncr sagen, wir wollen auch leben. Die Bürgermeister marschieren, die Belegschaften marschieren, es muß aber meiner Meinung nach zu einer Einigung kommen. Das könnte in der Form geschehen, daß man zeitgerecht mit den Betroffenen spricht. Bevor man Caro-Enzesfeld schließt, soll man rechtzeitig Vorsorge treffen, daß dieser Betrieb mit einer anderen Fertigung weiter geführt wird. Das genannte Werk wurde sehr modernisiert, es wurden neue Hallen geschaffen, es handelt sich also um eine Betriebsstätte, die um jeden Preis erhalten werden müßte. Ich gebe zu, daß dies am Buntmetallsektor nicht möglich ist; daher geht auch meine Bitte dahin, jeglichen Einfluß dahin geltend zu machen, daß von einer Schließung des Betriebes Caro-Enzesfeld abgesehen wird und daß rechtzeitig Interessenten gefunden werden, die es ermöglichen, daß nach Einstellung der Produktion „Buntmetall" zu einer anderen Fertigung übergegangen wird.

Wir haben in letzter Zeit auch über die Probleme der Schiffswerft gesprochen. Ich möchte in Erinnerung rufen — da in den nächsten Tagen die DDSG und auch die Werften ihre Sitzungen abhalten werden —, daß die Zugehörigkeit der Schiffswerft zur DDSG bisher keine glückliche Lösung war. Es besteht daher die Notwendigkeit einer Trennung der Schiffswerft von der DDSG. Ich weiß, daß es der Schiffswerft durch ihre Zugehörigkeit zur DDSG nie gelungen ist, sich von Verwaltungskosten zu trennen, die sie gar nicht verursacht hat. Man ist noch heute der Meinung, daß die DDSG der Werft überhöhte Verwaltungskosten verrechnet hat. Daher war die Werft nie in der Lage, ein günstiges Bilanzbild zu geben. Wir sind auch hier der Meinung, daß wir mit einer Zusammenlegung der Schiffswerften Korneuburg und Linz im Wege der Fusionierung nicht einverstanden sein können, sondern daß wir der Konzernierung mit einer Dachgesellschaft oder einer Gesellschaft, in der beide Werften die gleichen Rechte haben, das Wort reden sollen.

Nun zu einem anderen Problem. Wir haben es natürlich doppelt so schwer wie die westlichen Bundesländer, ist doch Niederösterreich sowohl durch den Krieg als auch die nachfolgende lange russische Besatzungszeit schwer heimgesucht worden. Auch in der weiteren Folge wurde das Land Niederösterreich bei Zuteilung der ERP-Kreditmittel benachteiligt, sie kamen ziemlich spät zum Einsatz und daher, glaube ich, müßte bei den Reorganisationsgesprächen dieser Umstand Berücksichtigung finden. Die Endkonsequenz dieser ganzen wirtschaftlichen Maßnahmen soll doch letztlich darin liegen, zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen, damit die Familien nicht des bißchen Wohlstandes, den sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten nach

dem Krieg erarbeitet haben, wieder verlustig werden. Der wirtschaftliche Fortschritt bei einer Reorganisation ist nicht zu bezweifeln, wir glauben daher, daß die Arbeitnehmerschaft für diese Dinge vollstes Verständnis hat und nicht begreifen kann, daß man heute so leicht Arbeitsplätze opfert. Ich habe hier eine Liste von Betrieben, in denen zirka 2500 Menschen vom Jahre 1966 bis 1. August 1967 ihre Arbeitsplätze verloren haben, und zwar handelt es sich um Arbeitsplätze, die man bisher als dauernde Beschäftigungen bezeichnet hat. Ich habe eine weitere Liste vor mir liegen, die beweist, daß nahezu 1500 Arbeitsplätze endgültig aufgegeben wurden, indem 26 Industriebetriebe gesperrt werden mußten. Eine dritte Liste besagt, daß wir bis 1. September 1947 Beschäftigte in Kurzarbeit hatten.

Wenn man sich diese Ziffern vor Augen führt, kann man wohl nicht mehr so sorglos sein und sagen, es herrscht keine Wirtschaftliche Flaute, all das ist noch nicht besorgniserregend. Es müßte meiner Meinung nach hier rasch gehandelt werden, und zwar in der Richtung, daß das Land trachtet, wenn schon die Bundesregierung es verabsäumt hat, durch eine Umschichtung oder durch Aufnahme einer Anleihe eine belebende wirtschaftliche Tätigkeit zu entfachen. Wie sieht es nun wirklich aus? Tausende Bauarbeiter fürchten sich davor, in den nächsten Tagen arbeitslos zu werden und erst sehr spät im Frühjahr wieder arbeiten zu können. Im Jahre 1962 — ich war zu dieser Zeit noch nicht im Hohen Hause — wurde der Beschluß gefaßt, einen Terminplan zu erstellen, der über die öffentlichen Arbeiten, über die zu planenden Arbeiten Auskunft gibt. Damit sollte eine Regelung getroffen werden, die Arbeiten so zu beginnen und zu beenden, daß auch die saisonbedingte Arbeitslosigkeit absinkt. Dieser Beschluß ist auf Grund des Protokolles einstimmig gefaßt worden. Ich habe im Jahre 1965 diesen Beschluß urgiert und gebeten, die Landesregierung möge einen Bericht über diesen Terminplan geben; der Antrag wurde damals mit den Stimmen der ÖVP abgelehnt. Ich glaube, es weiß hier im Hause niemand, ob ein solcher Terminplan existiert, ob er befolgt wird. Ich glaube, auch die Kollegen der ÖVP werden diesen Plan wahrscheinlich noch nicht gesehen haben. Er wurde meiner Meinung nach deshalb abgelehnt, weil eben keiner existiert hat. Man hat es sich halt leichtgemacht und gesagt, wir sind nicht dafür.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ich mir Ihr sorgenvolles Gesicht ansehe, verstehe ich nur zu gut Ihre Nöten, die Sie sich um die Wirtschaft machen, ich kenne auch Ihre Sorgen, den bündischen Ausgleich zu finden. Sie haben es sehr schwer und können sich leider nicht durchsetzen. Ich würde Ihnen gerne mit meiner Fraktion helfen, wenn Sie in der Lage wären, eine Umschichtung des Budgets durchzusetzen. Wir würden gerne dafür stimmen, weil wir wissen, daß mit der Ankurbelung der Wirtschaft die Sorgen von den niederösterreichischen Beschäftigten, auch von den Bauern, genommen würden. Wir sind überzeugt, daß mit einer florierenden Wirtschaft der Wohlstand in Niederösterreich sich wieder langsam aufwärtsentwickeln würde, Das Bild, das sich uns zur Zeit bietet, ist trist, es ist so trist, daß wir jede Hoffnung aufgegeben haben, daß sich in den nächsten Monaten hier etwas zum Besseren wendet. Hoffnung hätten wir dann gehabt, wenn wir bessere Ansätze im Budget gesehen hätten.

Gestatten Sie mir noch einige Sätze zu unseren Energieträgern. Wir haben in Niederösterreich das Pech, keine Kohlenbergwerke mehr zu haben, wir haben aber auch das Pech mit dem Erdgas, und es wird auch in den nächsten Jahren kein Erdgas mehr geben. Es wäre nur wünschenswert, wenn es zeitgerecht zu einem Vertrag käme, damit die Industrie, die in erster Linie darunter leidet, nicht so benachteiligt ist. Ich glaube, Ihnen keine Neuigkeit zu sagen, daß die größeren Industriebetriebe ab März des kommenden Jahres kein Gas mehr geliefert bekommen. Sie wissen aus der Presse, daß die Verhandlungen sehr schwierig sind, die Hoffnungen, demnächst mit den Russen einen Vertrag zu bekommen, sind sehr trügerisch. Ich bin anderer Meinung, wenn man sich vor Augen hält, daß die Russen für Österreich nicht allein eine Gasleitung um Millionen Schilling bauen, sondern nur bereit sind, einem Vertrag zuzustimmen, wenn die Gasleitung durch Österreich, Italien bis Frankreich geht, weil wir nach Ziffern, die ich gehört habe, nur 8 Prozent der Gesamtmenge, die durch diese Rohre gehen soll, abnehmen.

Ich glaube, wir werden erst dann einen Vertrag bekommen, wenn die Franzosen und Italiener abgeschlossen haben, und dann müssen wir gewärtig sein, daß wir einen so günstigen Erdgaspreis, wie wir ihn zur Zeit haben, nicht mehr bekommen werden.

Als nächstes gibt es das Erdölproblem. Dazu brauche ich nicht viel zu sagen, es haben sich schon einige Kollegen damit beschäftigt. Auch hier sieht es genauso traurig aus, wenn man das Rad der Zeit um zehn Jahre vorwärts dneht. Wir glauben, daß auch hier eine katastrophale Lage eintritt, wenn es

nicht zeitgerecht gelingt, in diese Erdölgebiete andere Industriebetriebe hinzubringen. Zeitgerecht dann, wenn man weiß, daß es noch sieben oder acht Jahre Erdöl gibt. Man müßte also schon heute beginnen, an das Morgen zu denken. Auch darin ist man meiner Meinung nach bisher sehr sorglos gewesen. Ich möchte Sie alle hier im Hohen Hause bitten, sich zu bemühen, den Erdölarbeitern rechtzeitig zu helfen, damit sie, wenn die Erdölgewinnung eingestellt wird, neue Arbeitsplätze vorfinden. **(Beifall *links.)***

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Fahrnberger.

Abg. FAHRNBERGER: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf mein eigentliches Thema, nämlich die Verkehrserschließung im Alpenraum, eingehe, möchte ich noch ganz kurz auf die Ausführungen meines Vorredners zurückkommen. Mein Freund Reischer hat in der Gruppe 0 zur Forstwirtschaft gesprochen, insbesondere über die Katastrophenfälle, die im Vorjahr und im letzten Frühjahr passiert sind. Ich möchte nur ganz kurz ergänzen, daß wir auf diesem Gebiet noch sehr schwere Sorgen haben. Es besteht die Gefahr, daß Tausende Festmeter Holz wertlos werden, weil der Abverkauf nicht möglich ist. Die Situation wird noch durch den Umstand verschärft, daß im europäischen Raum 25 Millionen Festmeter Holz dem Windbruch zum Opfer gefallen sind. Wenn ich zur Ansatzpost für die Forstwirtschaft ganz kurz etwas sagen darf, möchte ich bemerken, daß diese leider — es soll kein Vorwurf sein — etwas geringer dotiert ist als im Vorjahr. Weil wir jedoch wissen, daß in den nächsten Jahren zirka 1000 Hektar zur Aufforstung anfallen, wodurch hohe Aufforstungskosten entstehen werden, wird es notwendig sein, in Zukunft mehr Mittel vorzusehen. Wenn ich nun zur Ansatzpost **733-61,** Wegeerschließung, komme, möchte ich um Entschuldigung bitten, weil ich hier einen Weg beschreite, der eigentlich schon in der Gruppe 0 oder **6** hätte eingeschlagen werden sollen. Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Reiter zurückkommen, der heute bereits über die Raumplanung auch für die Landwirtschaft gesprochen hat. Wir wissen, daß die Integrationsreife im europäischen Raum für die Landwirtschaft sehr schwierig sein wird, aber noch viel schwieriger wird sie für die Bergbauernbetriebe sein. Wir haben große Sorgen, wie es in diesen Betrieben aussehen wird, wenn wir einmal im europäischen Wirtschaftsraum zusammengefaßt sind. Ich war vor einigen Monaten bei einer internationalen Tagung in Süddeutschland. Dort wurden die Probleme der fünf Millionen Menschen, die in den Alpengebieten des mitteleuropäischen Raumes leben, aufgezeigt. Es sind hauptsächlich Bauern, die sehr schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben. Es erhebt sich nun die Frage, ob man diesen Menschen ihre Lebensräume erhalten soll oder ob sie ihre Betriebe aufgeben sollen, um in andere Berufssparten eingegliedert zu werden. Im letzteren Fall würden diese Räume etwa zu Naturparks umgewandelt werden wie in Amerika, wo vielleicht diese Menschen als Landschaftswächter angestellt werden.

Meine Verehrten! Das würde dem Staat letzten Endes sehr viel Geld kosten. Die Erkenntnisse dieser Beratungen haben uns gezeigt, daß alles getan werden muß, um diese Menschen in ihrem Lebensraum zu erhalten. Die Aufgaben, die den Bewohnern des Berglandes gestellt sind, sind wohl Jahrtausende alt. Wir alle wissen, daß die Menschen im Alpenraum Hüter der Kultur und des Lebens in diesen Gebieten sind. Gerade im heutigen Industriezeitalter ist es besonders wichtig, daß kranke Menschen in diese Gebiete kommen können, um ruhige Plätze zu finden. Daraus erkennen wir die große Bedeutung, die der Erhaltung dieser schönen Gebiete zukommt. Ich denke hiebei an unser Heimatland Niederösterreich, das Land um Wien. Es ist ja bekannt, daß unsere Großstädter und die Bewohner der Industriegebiete nicht nur die Urlaubszeit draußen im Bergland verbringen, sondern daß sie auch zu den Wochenenden gerne diese herrlichen Erholungsgebiete, über die Niederösterreich verfügt, aufsuchen, sei es nun im Waldviertel oder im Alpenvorland. Natürlich setzt das voraus, daß die Leute, die auf Nahurlaub oder zum Wochenende unsere schönen Gebiete besuchen wollen, diese in kurzer Zeit erreichen können. Wenn heute schon überregional, und zwar über die Autobahn, gesprochen wurde, so erlaube ich mir, von Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen sowie letzten Endes auch über die Güterwege zu sprechen, die der Erholungsuchende zur Erreichung seiner Ziele braucht. Im Güterwegebau wurden in der Nachkriegszeit schon sehr viele Leistungen erbracht. Natürlich waren sie anfangs dazu da, um die Bewohner an das Verkehrsnetz anzuschließen, damit sie ihre Produkte abführen beziehungsweise Konsumgüter einholen konnten, und auch für andere Zwecke, wie zum Beispiel die Herbeiholung von Arzt oder Tierarzt.

Meine sehr Verehrten! In der neuesten Zeit ist es so, daß diese Verkehrswege zum größ-

ten Teil dem Fremdenverkehr dienen. Ich habe mir aus der Entwicklung des Wegebaues einen kleinen Ausschnitt geben lassen und mußte leider feststellen — das Wort „leider" soll kein Vorwurf sein —, daß die hier zur Verfügung stehenden Mittel immer zu gering sind, um der drängenden Entwicklung zur Erschließung dieser Räume entsprechen zu können. Obwohl wir schöne Erfolgsmeldungen haben, die besagen, daß seit dem Jahre 1946 schon mehr als 1100 Kilometer solcher Wege gebaut worden sind, wird es wahrscheinlich noch zirka zehn Jahre dauern, bis dem Bedarf Genüge getan ist, selbstverständlich mit großem Kostenaufwand und tatkräftiger Unterstützung des Landes. Es sind noch zirka 2000 Höfe anzuschließen, die heute noch darauf warten, ihre Verkehrswege zu bekommen, um letzten Endes auch in ihrer Existenz gesichert zu sein. Wie ich schon erwähnt habe, dient die Verkehrserschließung dieser Gebiete in zweiter Linie dazu, um dem fremden, erholungsuchenden Menschen die Möglichkeit zu geben, überall hinzukommen. Natürlich gibt es diesbezüglich auch einige Schwierigkeiten, denn je mehr diese Wege und Straßen benützt werden, um so höher sind ihre Erhaltungskosten. Gerade im Alpenvorland, wo die Witterungsunbilden stärker und auch die Wege steiler sind als in anderen Gebieten, ist die Abnützung dieser Wege naturgemäß viel größer, und wenn sie noch dazu viel benützt werden, geht die Abnützung noch viel schneller vor sich. Ich bin der Meinung, daß hier nichts anderes übrigbleibt, als daß die öffentliche Hand gemeinsam mit den dort Lebenden alles unternimmt, um diese Wege zu erhalten, damit sie einerseits den Bewohnern dienen und andererseits den Erholungsuchenden die Möglichkeit geben, diese Gebiete aufsuchen und genießen zu können.

Zusammenfassend möchte ich also noch einmal darauf hinweisen, daß die Erhaltung dieser Gebiete nicht allein ein österreichisches Problem ist, sondern in allen mitteleuropäischen Staaten besteht. Diese Räume werden in jedem Land ausgebaut. Sie sollen erhalten bleiben, damit sie in dieser hektischen Zeit, in der wir heute leben, den Menschen echte Erholung bringen. Wir wollen den Bewohnern dankbar sein, daß sie in diesen Gebieten ihre Existenzen fristen und den festen Willen haben, dort auch in Zukunft zu bleiben.

Und wenn wir gemeinsam diese Entwicklung für unseren Fremdenverkehr schaffen, dann wird auch das zur Besitzfestigung unserer Bauern beitragen, sei es nun im Waldviertel oder im Alpenvorland. Ich glaube, wenn wir gemeinsam diesen Weg beschreiten, ist uns allen gedient, den Menschen, die Ruhe und Erholung suchen, und den Menschen, die in diesem Bergland leben müssen, damit sie einer besseren Zukunft entgegengehen.

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte kommt Herr Abg. Viktor Schneider.

Abg. Viktor SCHNEIDER: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich einige kurze Sätze zur Gruppe selbst noch sage, Kollege Fichtinger hat für Melk die Donaubrücke reklamiert. Ich war der Meinung, daß da mein Bezirkskollege Abg. Wüger sofort auf das Podium laufen würde und zu Kollegen Fichtinger sagen würde: Mein lieber Freund, die nächste Donaubrücke gehört uns! ***(Abg. Kienberger: Ist in Ordnung!)*** Und warum? Weil Kollege Wüger im Fernsehinterview so tatkräftig für den Bau einer Donaubrücke bei Hainburg eingetreten ist. Ich aber als Nachbar, wir grenzen nämlich zusammen, erlaube mir, diese Brücke jetzt auch für mich zu reklamieren. Ich nehme nun an, weil wir die Donaubrücke reklamieren, daß nicht eventuell Kollege Fichtinger jetzt sagt: Was wollt denn Ihr mit einer Brücke, Ihr habt doch gar kein Wasser?! ***(Heiterkeit im Saal.)*** Ich will hier nicht einen Spaßvogel abgeben, der sagt: Na, das werden wir schon bekommen. Wir haben schon ein Wasser. Und das ist natürlich, daß gerade dieses Wasser das Wirtschaftsgebiet im Marchfeld trennt. Ich bringe das deshalb hier vor, weil gerade unser Zipfel im äußersten Osten von Niederösterreich immer das Aschenbrödel gewesen ist, nicht nur vom Bundesland, sondern auch von unserem Heimatland. Genauso wie das Waldviertel. Wir nehmen nicht an, daß, wenn dort eine Brücke gebaut wird, das Wirtschaftsgebilde des Marchfeldes mit dem Zipfel im Fernen Osten verbunden wird. Wir sollten schon einmal herangeführt werden an andere Gebiete, die schon weit besser als wir daran sind. Ich habe einmal gehört, daß sich die Landeshauptleute, dort wo sie leben, immer ein Denkmal gesetzt haben. Ich hoffe, daß sich unser Landeshauptmann — ich weiß, er hat große Sorgen für alle Gebiete Niederösterreichs, er ist auch dafür verantwortlich — diesbezüglich auch für unser Gebiet einsetzt, damit auch diese Gebiete einmal einen wirtschaftlichen Anschluß finden. Ich danke, daß Sie mich nicht gestört haben.

Damit komme ich nun zu dem Kapitel, für das mir das Wort erteilt wurde. Hohes Haus! Ich habe mich im vorigen Jahr bei den Budgetberatungen zur Gruppe 7 mit der Förderung der Land- und Forstwirtschaft und deren Einrichtungen zur Förderung befaßt.

ich werde es diesmal wieder tun und auch die Ansätze, die in der Gruppe 7 aufscheinen, und noch andere Probleme besprechen. Ich nehme gerade diese Ansätze der Gruppe 7 heraus, weil ich im vorigen Jahr aufgezeigt habe, daß der steigende Prozentsatz der Mittel zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft gegenüber dem steigenden Prozentsatz der Mittel **für** die Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft zu gering war. So kann man feststellen, daß im Voranschlag für das Jahr 1967 bei den Ansätzen in der Gruppe 7, die die Förderung betreffen, 102,127.000 Schilling eingesetzt waren und für das nächste Jahr nur 100,641.000 Schilling, also um rund 1,500.000 Schilling weniger, hingegen bei den Ausgaben der Einrichtungen zur Förderung, die mit 65,307.000 Schilling aufscheinen, Mehrausgaben also von 7,569.000 Schilling gegenüber dem Jahr 1967 festzustellen sind. Kollege Brunner hat über das Problem der Schulen gesprochen, und ich bejahe das auch, ich muß aber schon sagen — und ich habe auch voriges Jahr darauf hingewiesen —, daß man sich nicht bemüht hat, bei den Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft eine gewisse Konzentration des gesamten Fragenkomplexes herbeizuführen oder wenigstens Ansätze aufzuzeigen, damit man die steigenden Ausgaben im erforderlichen Rahmen hält. Ich weiß schon, daß gerade bei dieser Frage die Personalausgaben eine große Rolle spielen. Soll uns das aber nicht veranlassen, eine Reorganisation der gesamten Einrichtungen in Angriff zu nehmen? Und zwar so vorzunehmen, daß durch die Schulung und Aufklärung der Bauernsöhne und -töchter und aller, die sich für den Agrarsektor in gleicher Weise interessieren, jenes Wissen übermittelt wird, das man heute von der **betriebswirtschaftlichen** und technischen Seite her zur Führung eines Landwirtschaftsbetriebes unbedingt braucht. Man spricht sehr viel von Verwaltungsvereinfachung — auch auf Bundesebene. Es wurde in diesem Hohen Hause auch schon bei Behandlung der Gruppe 0 ein diesbezüglicher Antrag angenommen. Man versucht, auch auf Bundesebene auf diesem Sektor Einsparungen zu erzielen. Ich bin der Meinung, daß bei den Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft Mittel eingespart werden könnten. Herr Landesrat, man muß nur den Mut haben, auch gegenüber seinen Parteifreunden die Notwendigkeit aufzuzeigen, wo man Millionen 'einsparen kann, die man dann zur Förderung in entsprechender Weise zur Verfügung hat. Gestatten Sie mir, verehrte Damen und Herren, daß ich zur Unterstützung meiner Aussage eine Zusammenstellung der Förderung und der Einrichtung der Land- und Forstwirtschaft von drei Jahren gebe. Ich nehme die Jahre 1966, 1967 und 1968. Bei der Förderung wird oder wunde in diesen drei Jahren ein Betrag von insgesamt 304,336.000 Schilling ausgegeben. Bei den Einrichtungen zur Forderung ist dies ein Betrag von 173,862.000 Schilling. Das ergibt, daß bei der Förderung trotz des Ansteigens des Gesamtbudgets übenhaupt keine Erhöhung eingetreten ist. Bei den Einrichtungen sind es aber 14,496.000 Schilling mehr gegenüber dem Jahre 1966. Wenn ich noch die Mittel, die in den im außerordentlichen Voranschlag eingesetzten Ansätzen eingesetzt sind, dazurechne — und für die ich unbedingt eintrete, weil sie für den Internatsbau gehören —, dann kommen wir auf rund 21,000.000 Schilling.

Ich glaube, daß die Förderung noch immer aufrecht bleiben muß. Es ist dies heute schon ausgesprochen worden. Bedenken wir doch, wie schwer es die Klein- und Mittelbauern haben, die in ihrer Mehrheit mithelfen, den Tisch des Volkes zu decken. Wir sind gerade diesen zu Dank verpflichtet, weil sie unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, und gerade die Kleinen und Mittleren haben eine Förderung notwendig. Wir haben berechtigte Sorgen, daß in den nächsten Jahren für die Förderung zu wenig Geld da sein wird. Alle anderen Ansätze, die die Förderung betreffen, sind im wesentlichen gleichgeblieben, es wurde heute schon so manches davon aufgezeigt. Gestatten Sie mir aber, daß ich noch über die landwirtschaftliche Wohnbauförderung einige Worte sage. Herr Landesrat hat im Vorjahr in seiner Schlußrede zu diesem Kapitel erklärt, er werde sich bemühen, wenigstens die 14,000.000 Schilling zu halten. Er meinte die Wohnbauförderungsmittel, die auch voriges Jahr eingesetzt waren. Aus dem Voranschlag ist aber zu ersehen, daß um weitere 2,000.000 Schilling wieder weniger eingesetzt sind. Das bedeutet, daß weniger Bauernhöfe umgebaut oder neu gebaut werden können. In den Erläuterungen ist wohl darauf hingewiesen, daß die Darlehensrückflüsse seit Schaffung des Fonds eine sinkende Tendenz haben. Die Bemühung, Herr Landesrat, ist aber ausgeblieben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Buchinger hat in seiner Rede zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 erwähnt, daß vierteljährig über die Gebarung ein Bericht zu geben ist. Dies ist aber keine Neuerung, denn im Landesgesetz über die Errichtung eines landwirtschaftlichen Wohnbauförderungsfonds ist im Paragraph 14 festgehalten, daß

die Landesregierung über die Gebarung des Fonds dem Hohen Landtag jedes Jahr nach Ablauf des Regierungsjahres einen Bericht vorzulegen hat. Dies ist aber seit Inkrafttreten dieses Gesetzes bis heute nicht erfolgt. Ich erlaube mir daher, einen Resolutionsantrag zu stellen, und ersuche gleichzeitig um die Zustimmung des Hohen Hauses *(liest):*

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den ihr durch Paragraph **14** des Gesetzes übler die Errichtung eines landwirtschaftlichen Wohnbauförderungsfonds für Niederösterreich, Landesgesetzblatt Nr. 250/64, erteilten Auftrag nachzukommen und dem Landtag ehestens einen Bericht über die Gebarung des Fonds in den Jahren **1965** und **1966** vorzulegen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird viel von Agrarpolitik gesprochen. Viele Abgeordnete der AgrarWirtschaft sind in diesem Hohen Hause — es ist heute schon erwähnt worden — vertreten, und alle haben sie für einen Berufszweig gesprochen oder werden dies noch tun. Im Vorjahr, glaube ich, war es Kullege Mauß, der bei den Budgetberatungen Forderungen aufstellte, die ich so wie meine Partei alle unterstütze. Er sprach sich für eine bessere Bildungspolitik, für eine gerechte Sozialpolitik für die Bauern, für eine gesunde Strukturpolitik und, was auch mir besonders am Herzen liegt, für eine vernünftige Investitionspolitik und eine gute Markt- und Preispolitik für die Agrarwirtschaft aus. Mein Kollege meinte, vor allem wäre dies für den Weinbau notwendig. Wir sagen, für die gesamte Agrarwirtschaft wäre ein Agrarkonzept mit all seinen Zweigverbindungen notwendig. Wie sieht es aber nun wirklich in der Agrarwirtschaft aus? Wenn ich mich dabei auf den Weinbau beschränke, so wie mein Kollege Mauß es getan hat, so müssen wir feststellen, daß nach der heurigen guten Ernte, nach der geförderten guten Markt- und Preispolitik der Wein im Pulkautal um **4** Schilling bis **5** Schilling pro Liter verkauft wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Diettrich hat davon gesprochen, daß 3.000,000.000 Schilling für den Alkoholkonsum ausgegeben werden. Da werden die Bauern aber keine Freude haben. Da wird er nächstes Mal wahrscheinlich zur Aufstokkung seiner Parteikasse kein Schweinderl mehr kriegen, so wie wir es im Fernsehen beobachten konnten. (Zwischenruf.) Sicherlich, so manche Weinbauern haben sichere Käufer, die ihnen mehr geben; aber das Gros der Weinbauern wird, wie Kollege Mauß aufgezeigt hat, natürlich nicht das erhalten, was für ihre Arbeit notwendig wäre. Ich möchte nur hinzufügen, es wäre für den Herrn Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei jetzt die Zeit gekommen, in die Weinkeller zu gehen und dort seine Sprechstunden abzuhalten und mit den Weinbauern Gespräche zu führen, aber nicht im Oktober, wo der Wein noch nicht gelagert war. Das hat die Zeitung „Der Bauernbündler" vom **4.** November berichtet. Ich habe das natürlich gelesen. So sieht eigentlich die geförderte Markt- und Preispolitik aus, mit diesem Preis nimmt man den schwerarbeitenden Weinbauern den wohlverdienten Lohn aus der Tasche. Und so sieht es auch in den verschiedenen Sparten der Agrarwirtschaft aus.

Hohes Haus! Seit die Budgetberatungen im Gange sind, wurde des öfteren die Bundespolitik aufgezeigt.

Auf der Bundesebene sind im Kapitel Landwirtschaft — es wird zur gleichen Zeit im Parlament Verhandelt oder ist vielleicht schon verhandelt worden — Ansätze vorhanden, die in ihrer Dotierung — das kann man jetzt schon sagen — den Bauern im kommenden Jahr wenig Einkommen bringen werden. Ich stehe genauso, wie Kollege Kienberger, glaube ich, ausgeführt hat, auf dem Standpunkt, daß der Bauer nur leben kann, wenn er eine gute Ernte hat. Wir wissen aber nicht, wie im nächsten Jahr die Ernte ausschauen wird. Durch die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Ausgleichssteuer werden natürlich die landwirtschaftlichen Maschinen teurer werden. Die Treibstoffverbilligung wird nach der Punkteberechnung nicht mehr **80** Schilling pro Punkt, sondern nur noch **75** Schilling, vielleicht sogar, weil ja der Zuwachs an motorisierten Maschinen nicht berechnet wunde, noch weniger betragen. In der Milchwirtschaft wird die verantwortungslose Politik weiter betrieben, die den Bauern nichts bringt als einen höheren **Ab**zug des Krisengroschens. Wir wissen, daß wir um **2,5** Groschen wieder mehr abgezogen bekommen und dadurch die Milchproduktion weiter steigen wird. Wir haben schon gehört, daß sie um **7** Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, während die Konsumation zurückging. Kollege Ungersböck hat heute darauf hingewiesen, daß zu Weihnachten an die Arbeitslosen und Rentner eine verbilligte Butter abgegeben wird. Wir glauben, daß an dem Butterberg die gesamte Bevölkerung Anteil haben soll. Die Butter sollte verbilligt abgegeben werden und nicht mit **14** Schilling, **16** Schilling und **18** Schilling ins Ausland geliefert werden, so daß der Staat Hunderte Millionen daraufzahlen muß. Ebenso wurde heute schon darauf hingewiesen, daß man einen neuen Weg geht, und zwar den Weg

r den Herrn Gene-
ischen Volkspartei
in die Weinkeller
Sprechstunden ab-
nbauern Gespräche
Oktober, wo der
war. Das hat die
er" vom 4. Novem-
s natürlich gelesen.
örderte Markt- und
n Preis nimmt man
Weinbauern den
der Tasche. Und so
schiedenen Sparten

dgetberatungen im
fteren die Bundes-

sind im Kapitel
l zur gleichen Zeit
oder ist vielleicht
— Ansätze vorhan-
g — das kann man
Bauern im kommen-
en bringen werden.
Kollege Kienberger,
it, auf dem Stand-
leben kann, wenn
r wissen aber nicht,
e Ernte ausschauen
g der Umsatzsteuer,
rden natürlich die
chinen teurer wer-
lligung wird nach
cht mehr 80 Schil-
nur noch 75 Schil-
eil ja der Zuwachs
ıen nicht berechnet
betragen. In der
ıe verantwortungs-
etrieben, die den
einen höheren Ab-
Wir wissen, daß wir
mehr abgezogen be-
lie Milchproduktion
haben schon gehört,
enüber dem Vorjahr
ie Konsumation zu-
böck hat heute dar-
Weihnachten an die
ıer eine verbilligte
Wir glauben, daß an
samte Bevölkerung
itter sollte verbilligt
icht mit 14 Schilling,
ling ins Ausland ge-
der Staat Hunderte
muß. Ebenso wurde
gewiesen, daß man
und zwar den Weg

der Mehrfleischversorgunng. Ich weiß, was Kollege Kienberger damit gemeint hat, nämlich die Kälbermästung. Daran können wir — vor allem ich als Arbeitsbauer — Freude haben, weil wir das schon lange gefordert haben.

Verehrte Damen und Herren! Das Zauberkunststück des Herrn Landwirtschaftsministers bei der Getreidewirtschaft mit der Veränderung des Preisgefüges bringt keine Mehreinnahme, und die Verteuerung der Futtermittel wird nur die Fleischpreise in die Höhe treiben, ohne daß der Bauer einen Gewinn abschöpfen kann. Wenn der Herr Landwirtschaftsminister von einer Konzentration auf dem inneren Markt spricht, nun, da muß man sagen, da ist man sehr spät darauf gekommen. Die Auswirkungen des Agrarbudgets auf Bundesebene werden ja die Bauern wie das ganze österreichische Volk im nächsten Jahr zu spüren bekommen. Es wird sich dann zeigen, wem die Österreichische Volkspartei die Schuld zuschreiben wird. In der Zeit der Koalition waren es — so wurde immer von der Österreicbischen Volkspartei gesagt — die Sozialisten. Wir Sozialisten können aber mit ruhigem Gewissen dem österreichischen Volk sagen, daß die Land-Wirtschaft seit eh und je eine Domäne des Bauernbundes war. Er hat daher auch die Verantwortung zu tragen. *(Abg. Diplomingenieur Robl: Haben Sie gehort, was Pittermann in der Budgetgeneraldebatte gesagt hat?)* Herr Kollege *(Abg. Dipl.-Ing. Robl: Sagen Sie das* auch!), ich habe Sie nie unterbrochen, und nervös brauchen Sie nicht zu werden. Wir befinden uns in unseren Fragen auf einer Linie, denn wir wollen nur den Landwirten helfen. Wir glauben aber, verehrte Damen und Herren, daß die Agrarwirtschaft, so wie wir sie sehen, momentan in einer Sackgasse steckt, und zwar nicht durch die Marktorientierung.

Zur Preisregelung: Es ist heute schon darauf hingewiesen worden, daß wir einen Überschuß haben; ich nehme nur die 300.000 Tonnen Weizenüberschuß. Eine Gesundung des Preisgefüges in der Getreidewirtschaft wird nur dann eintreten, wenn man eine Konzentration auf dem inneren Markt durchführt. Das heißt also — die Herren werden es bestimmt wissen —, die Produktion dem Verbrauch anpassen. Wir Sozialisten waren und sind immer bereit, dieses schwierige Problem zu lösen. Wir haben es des öfteren unter Beweis gestellt, aber nur im Interesse der Landwirtschaftstreibenden. *(Beifall bei SPO.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt Herr Abg. Weißenböck.

Abg. WEISSENBÖCK: Herr Präsident! Hoher Landtag! Bevor ich auf das, was ich mir als Programm gesteckt habe, eingehe, möchte ich doch auf einige Ausführungen meiner sehr verehrten Herren Vorredner von der Linken zu sprechen kommen. Wenn Kollege Viktor Schneider vorhin das Agrarprogramm der Sozialisten genannt hat, dann möchte ich vorerst einmal folgendes richtigstellen. Herr Abg. Kosler hat gemeint, daß man im Parlament, wenn dort die Agrardebatte oder die Wirtschaftsdebatte abgeführt wird, sagt, das ist der Bauerntag oder der Wirtschaftstag. Wir haben das auch in den Zeitungen gelesen. Herr Abg. Kosler hat auch unter anderem gesagt, daß nur zwei oder drei Bauern anwesend waren, weil Kollege Rabl betont hat, daß immerhin 15 Abgeordnete vom Niederösterreichischen Bauernbund in dieses Haus entsandt sind. Darf ich dazu eines sagen: Es mag stimmen, daß zu Beginn der Debatte zu Kapitel 7 nur einige Bauern- beziehungsweise Wirtschaftsbündler anwesend waren, aber ich muß auch darauf hinweisen, daß ich seit drei Jahren, wo ich im Niederosterreichischen Landtag bin, immer nur einen Bauern auf der sozialistischen Seite sitzen sehe. *(Landesrat* Rösch: *Bei uns immer hundertprozentig da!)* Das möchte ich feststellen. *(Landesrat* Rösch: ***Er*** *ist* auch *einstimmag vom Arbeitsbauernbund dazu gewählt!)* Herr Abg. Schneider hat vorhin unter anderem gemeint, warum der Abg. Fichtinger nur von der Donaubrücke in Krems und nicht auch von der Donaubrücke in Hainburg gesprochen hat, da ja auch dort immer schon ein Wasser war; dann darf ich vielleicht erwähnen, daß ab und zu für das Land Niederösterreich schon zuviel Wasser dort war, das immer wieder bergab rinnt und dem Land Niederösterreich schon viel Schaden zugefügt hat. Kollege Landesrat Bierbaum und noch mehr sein Vorgänger, der derzeitige Landeshauptmann Maurer, wurden durch die Hochwasserkatastrophen arg getroffen.

Ich möchte, bevor ich auf andere Dinge eingehe, auf den Resolutionsantrag der Kollegin Anni Körner aus Gmünd zu sprechen kommen. Ich komme selbst aus diesem Gmünd. Sie hat gestern schon in ihnen Ausführungen gesagt, daß gerade der Bezirk Gmünd ein Industriebezirk ist, der jene Lebensnerven benotigt, zu denen nicht nur die Straßen, sondern vor allem auch die Bahnen zählen. Wir sind leider Gottes — das möchte ich unterstreichen — in der unglücklichen Lage, daß unser Gebiet von den Seitenbahnen durchzogen wird. Die meisten sind in dem Paket enthalten, das der Herr Landeshaupt-

mann bei sich liegen hat, die also zur Stilllegung vorgeschlagen waren.

Ich persönlich kann mich voll und ganz hinter diesen Resolutionsantrag stellen, nur mit einer Einschränkung. Kollege Dr. Brezovszky hat ausgeführt, daß in seinem Gebiet sehr viel am Sektor des Personenverkehrs mangelt. Ich möchte für Gmünd sagen, daß dies vor allem beim Güterzugsverkehr zutrifft. Wir haben bereits einige Male bei der Bezirkshauptmannschaft Gmünd und beim Herrn Landeshauptmann vorgesprochen und die einhellige Meinung vertreten, daß der Gütertransport in diesem Gebiet soweit als möglich aufnechterhalten wird. Ich bin selbst in wirtschaftlichen Organisationen tätig, ob es sich nun um die Milchwirtschaft oder das Lagerhauswesen handelt, und wir müssen feststellen, daß Silos in unserem Gebiete gebaut wurden, die praktisch jetzt links liegengelassen würden, weil die Bahnlinien zum Stillstand kommen. Darf ich dazu eines sagen: Vielleicht hat die Österreichische Bundesbahn — nicht erst seit der monokoloren Regierung, sondern schon in den früheren Jahren — sich selbst Konkurrenz gemacht, denn auf der Strecke Gmünd—Litschau fahren zwei Meter rechts von der Bahn Kraftfahrzeuge der Österreichischen Bundesbahn, die die gleichen Abfahrts- und Ankunftszeiten wie die Züge haben. Selbst als Lokalpatriot muß man feststellen, daß der Zug wohl als Personenzug angeführt ist, rückwärts aber fünf oder sechs Güterwagen mitführt; in den Waggons sitzen aber höchstens zwei oder drei Personen.

Wir werden dem Antrag nicht nur im Interesse des oberen Waldviertels, sondern wegen der gesamten Stillegungen die Zustimmung geben. Darf ich aber eines erwähnen: Da gerade in diesem Jahr das Problem aktuell geworden ist, ist man der Meinung, es würde so aussehen, als ob man seit der Zeit, da die ÖVP die Mehrheitsregierung stellt, der Bevölkerung eins auswischen will und man — bildlich gesprochen — von dem Baum zuerst die Äste nimmt und dann erst den Stamm. Das Problem liegt schon Jahre zurück. Es ist daher nicht ganz verständlich, daß man nicht schon vor Jahren in diesem Hause Resolutionsanträge gestellt hat, als das Gleis von Sigmundsherberg bis Gmünd abgetragen wurde. Ich habe mit Leuten gesprochen, die aus der CSR herübergekommen sind und erstaunt waren, auf einmal eine degradierte Bahnlinie benützen zu müssen. Sie werden daher verstehen, daß wir seinerzeit dem Antrag nicht zugestimmt haben, daß von Sigmundsherberg bis Absdorf-Hippersdorf das zweite Gleis stillgelegt hätte werden sollen. Man möge nicht sagen, das sei die Schuld der monokoloren Regierung.

Darf ich hier noch auf die schon oft erwähnte 65-Kilometer-Zone verweisen, die für unser Gebiet praktisch eine Erleichterung gebracht hat. Wir sind sehr froh darüber, sie war vor allem für die Wirtschaft sehr dienlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nun auf einige andere Dinge zu sprechen kommen. Wir haben im Voranschlagsansatz 7313 auch einen Betrag für das Veterinärwesen eingesetzt. Wenn ich „auch" sage, dann deshalb, weil ich bedaure, daß wir in diesem Jahr nicht die gleiche Summe erhalten konnten wie im Vorjahr. Ich weiß aber, daß der Betrag von 3,642.000 Schilling für die Tbc- und Bangbekämpfung vorgesehen ist. Wir haben nun praktisch jetzt wieder ein neues Problem vor uns, bei dem wir mit dem genannten Betrag im Veterinärwesen kaum das Auslangen finden können. Ich spreche hier für die Milchwirtschaft, und es wird kaum möglich sein, daß wir mit diesem Betrag den aus dem EWG-Raum geforderten Eutergesundheitsdienst aufrechterhalten können. Der eine oder andere von Ihnen wird jetzt sagen, ja mit welchen Seuchen kommt die Landwirtschaft jetzt wieder. Ich kenne gerade diese Probleme aus dem oberen Waldviertel. Wir haben, Gott sei Dank, zu jenen gezählt, die in den vergangenen Jahren ihre Vieh- und Milchwirtschaft Tbc- und bangfrei halten konnten. Uns bietet sich also jetzt dieser Eutergesundheitsdienst an; dies ist besonders im oberen Waldviertel wichtig, wo sämtliche Milch aus dem Trocknungswerk Gmünd dem Export zugeführt wird. Durch diesen Export sind wir auf den EFTA-Staat England angewiesen; durch die Pfundabwertung ist daher für uns großer Schaden entstanden. Der Exportausfall aus unserem großen Trocknungswerk Gmünd — von hier geht das Spezialmilchpulver nur nach England — beträgt mehr als 30,000.000 Schilling. Sie erkennen daraus unsere Bestrebungen, die Bang- und Tbc-Entseuchung durchzuführen. Die Engländer stellen nunmehr an uns die Forderung, auch den Eutergesundheitsdienst aufzubauen. Mit anderen Worten heißt das, daß zusätzlich auch das Land Niederösterreich soweit als möglich Mittel zur Verfügung stellen muß, um diesen Export aufrechtzuerhalten, damit den Bauern dieses Gebietes der Absatz gesichert bleibt.

Wenn Kollege Schneider erwähnt hat, man hätte schon früher darangehen sollen, die Agrarwirtschaft besser zu lenken oder mehr auf den inländischen Markt auszurichten, darf ich dazu eines sagen: Vielleicht wäre es

auch im Interesse
gelegen — der
lege Schneider,
gesprochen —, d
zu führen, daß c
Achtelkilogramm
essen würde, Öst
schuß zu verzeich
Statistik zu ersel
dahingehend wirk
reichischen Landv
dient als mit Wort

Darf ich noch a
weisen: Wir müss
auch irgendwie
lügt zwar ab und
gewisses Bild. S
werden, daß im
174,7 Liter Milch
eine ganz ansehnl
Statistik aus dem
sen wir einen Rü
Liter im Jahr f
andere wird nun
Liter. Aber dem h
schon bedenklich
keine Überproduk
sum darauf einge
wahrnehmen, daß
ab und zu viel li
inländische Butter
Es ist von Ihnen
marktwerbung ang
zufällig sehr viel
zu tun. Sie alle, d
schaft zu tun habe
Milchwirtschaftsfon
bestellt ist, nämlich
Kammer der gew
der Landes-Land
daß hier die gering
marktwerbung zur
wissen, daß wir al
treter oft allein a
sind, wenn man fü
spricht.

Die gestrige Fest
desrates Kuntner, d
wie vor die Schu
habe ich mit Freude
Gestatten Sie mir,
sagen. Ich habe auc
tun, vor allem in u
man feststellen, da
ablehnen, in der Sc
durchzuführen. Ich
Lehrer „losgehen",
Situation aufzeigen.
Bequemlichkeit (Zu

auch im Interesse der gesamten Staatsbürger gelegen — denn auch Sie, Herr Kollege Schneider, haben vom Butterberg gesprochen —, dem Österreicher vor Augen zu führen, daß dann, wenn er nur um ein Achtelkilogramm Butter im Mcnat mehr essen würde, Österreich keinen Butterüberschuß zu verzeichnen hätte. Das ist aus der Statistik zu ersehen. Vielleicht 'könnte man dahingehend wirken; damit wäre der österreichischen Landwirtschaft weitaus mehr gedient als mit Worten.

Darf ich noch auf ein anderes Problem hinweisen: Wir müssen den Verbrauch der Milch auch irgendwie abreagieren. Die Statistik lügt zwar ab und zu, sie 'ergibt aber doch ein gewisses Bild. So konnte ihr entnommen werden, daß im Jahre 1931 pro Kopf 174,7 Liter Milch getrunken wurden, also eine ganz ansehnliche Menge. Wenn wir die Statistik aus dem Jahre 1966 betrachten, müssen wir einen Rückgang von ungefähr zehn Liter im Jahr feststellen. Der eine oder andere wird nun sagen, was sind schon zehn Liter. Aber dem halte ich entgegen, daß dies schon bedenklich ist, denn wir hätten sicher keine Überproduktion, wenn sich der Konssum darauf eingestellt hätte. Wir müssen wahrnehmen, daß man in den Kaufhäusern ab und zu viel lieber Margarine kauft als inländische Butter; das ist sehr bedauerlich. Es ist von Ihnen, Herr Kollege, die Milchmarktwerbung angedeutet worden. Ich habe zufällig .sehr viel im Milchwirtschaftsfonds zu tun. Sie alle, die Sie mit der Milchwirtschaft zu tun haben, werden wissen, daß der Milchwirtschaftsfonds von drei Kammern bestellt ist, nämlich der Arbeiterkammer, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Landes-Landwirtschaftskammer, und daß hier die geringsten Mittel für die Milchmarktwenbung zur Verfügung stehen. Wir wissen, daß wir als landwirtschaftliche Vertreter oft allein auf weiter Flur gestanden sind, wenn man für die Milchmarktwerbung spricht.

Die gestrige Feststellung des Herrn Landesrates Kuntner, daß er in den Schulen nach wie vor die Schulmilchaktion unterstützt, habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen. Gestatten Sie mir, auch dazu ein Wort zu sagen. Ich habe auch viel in den Schulen zu tun, vor allem in unserem Gebiet. Nun muß man feststellen, daß es Lehrer gibt, die es ablehnen, in der Schule die Schulmilchaktion durchzuführen. Ich will hier nicht auf die Lehrer „losgehen", ich möchte aber doch die Situation aufzeigen. Entweder liegt es an der Bequemlichkeit ***(Zwischenruf bei der SPÖ)*** oder es ist das eine Päckchen Milch in der Woche zu wenig.

Ich möchte aber nicht nur die Lehrer erwähnen; das gleiche ist auch bei den Schuldienern der Fall. Vielleicht könnte hier entsprechend eingewirkt werden, ganz gleich von welcher Partei. Die Schulbehörden möchte ich aber vor allem bitten, ihrem Lehrkörper darzulegen, daß hier der österreichischen Landwirtschaft ein guter Dienst erwiesen werden könnte.

Der Herr Kollage hat bereits auf die Butteraktion verwiesen. Ich glaube schon, daß die österreichische 'Landwirtschaft gerade in 'diesem Jahr ihre Opfer gebracht hat und solche sicher auch im kommenden Jahr zu erbringen hat. Wenn Sie bedenken, daß die österreichische Milchwirtschaft pro Liter Milch 3 Groschen an Exportstützungsbeitrag gibt, glaube ich, daß hier ein ehrliches Wollen besteht und daß man auch in der österreichicchen Milchwirtschaft nicht nur an die Überproduktion denkt, sondern daß man hier auch auf eine vernünftige Marktordnung und Marktleistung bedacht ist. Gerade deshalb möchte ich unterstreichen, daß im Hohen Haus am Ring die Marktordnungsgesetze verlängert werden konnten, die ebenfalls der Landwirtschaft dienen. Man darf nicht nur sagen, die Landwirtschaft produziert zuviel, aber um den Absatz kümmert sie sich nicht. Ich habe selbst von Kollegen gehört, die sagen: Na ja, ihr macht es euch leicht, ihr produziert, aber an den Absatz denkt ihr nicht. Vielleicht wäre es besser, wenn in Zukunft der Produzent mit dem Konsumenten gemeinsam vorgeht und nicht einer dem anderen eine Falle stellt. ***(Beifall bei der ÖVP.)*** Diese Probleme, das darf ich ehrlich aussprechen, bewegen die österreichische Landwirtschaft. Gerade beim ßauerntag im Parlament vor drei Tagen wurde ,bewiesen, daß die Österreichische Volkspartei und vor allem der Bauernbund diese Agrarpolitik auch in schweren Zeiten so führt, daß sie den österreichischen Bauern dienlich ist. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. G r a f.

Abg. 'GRAF: Hohes Hau's, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist bereits unbestritten, daß das nordöstliche Niederösterreich zu den wirtschaftlichen Notstandsgebieten Niederösterreichs beziehungsweise Österreichs gehört. Dieses Notstandsgebiet ist gekennzeichnet durch eine tote Grenze im Osten und Norden und durch einen Bevölkerungsabgang, der Teile dieses Gebietes zu entvölkern droht. Statistiken weisen bereits jetzt nach, daß in den Jahren 1961 bis 1971 im

Bezirk Gänserndorf die Bevölkerung in einem Ausmaß von zirka 12 Prozent sich verringert, im Bezirk Mistelbach um 17 Prozent. Dieses nordöstliche Niederösterreich ist aber auch jenes Gebiet, das von einer Einstellung von Bahnstrecken besonders bedroht ist. Wenn man wirklich daran denkt, die Bahnlinien Gänserndorf—Mistelbach, Stammersdorf—Dobermannsdorf und Drösing—Zistersdorf stillzulegen, so würden damit diesem Gebiet die letzten Lebensadern genommen.

In diesem Gebiet ist mit wenigen Ausnahmen — so in Mistelbach, Zistersdorf, Hohenau und Dürnkrut — die Österreichische Mineralöl AG. der einzige Großbetrieb, der zur Zeit insgesamt 7314 Personen beschäftigt. Von dieser Zahl stammen 4170 aus Niederösterreich, und davon wieder 3457 aus dem nordöstlichen Niederösterreich, nämlich aus den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach. Mit diesen Zahlen wollte ich feststellen, wie bedeutend die Österreichische Mineralöl AG. in diesem Gebiete für die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze ist. Die Tätigkeit der ÖMV erstreckt sich hier auf das Nordfeld, im großen und ganzen von der Heimatgemeinde des Herrn Landesrates Bierbaum verwaltet, und auf das Südfeld, verwaltet vom Förderbetrieb Matzen und Auersthal mit dem Sitz in Gänserndorf. Im Südfeld werden zur Zeit mehr als 90 Prozent der gesamten Ölproduktion Österreichs gefördert, der Rest wird im Nordfeld eingebracht. Im Nordfeld wird seit 1930 Öl gefördert, im Südfeld seit dem Jahre 1949. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Erdölsonden des Nordfeldes zur Erschöpfung neigen und nicht mehr die Rentabilität früherer Jahre aufzuweisen haben. Es ist bekannt, daß die ÖMV erwägt, den Betrieb im Nordfeld einzuschränken. Wir wissen aber genau, daß eine Einschränkung dieses Betriebes einen Verlust von mehreren Hundert Arbeitsplätzen bedeuten würde. Uns alle beherrscht nur ein Gedanke, der große Besorgnis hervorruft; der Verlust von Arbeitsplätzen würde die Lage dieses Notstandsgebietes noch schwieriger gestalten. Außerdem würden viele Gemeinden Steuererträgnisse verlieren. Die Erschöpfung von Erdölsonden gibt es natürlich nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern, nur wird dort dagegen etwas unternommen. In vielen Ländern, sogar in den Vereinigten Staaten, ist es üblich, für Förderungen aus Lagerstätten, die unter erhöhten Förderungskosten arbeiten, Erleichterungen zu gewähren. Diese Erleichterungen bestehen in der Herabsetzung von Steuern und in der Verringerung der Pacht- und Förderzinse. Ich glaube, man könnte auch in Österreich einen ähnlichen Weg gehen. Das Naheliegendste in diesem Notstandsgebiet wäre für uns die Ermäßigung des Förderzinses. Das wäre für Österreich an und für sich nichts Neues, denn es existieren bereits jetzt verschiedene Förderzinse. Der Förderzins, berechnet auf einem Rohölpreis von 615 Schilling pro Tonne, beträgt für die ÖMV pro Tonne 92,215 Schilling, für die RAG, was nichts anderes bedeutet als Vereinigte ausländische Erdölgesellschaften, nur 36,90 Schilling. Das heißt, daß die ÖMV, das österreichische Unternehmen, einen Förderzins von 15 Prozent pro Tonne bezahlt, die ausländischen Erdölgesellschaften aber nur 6 Prozent. Ich glaube, was für ausländische Erdölgesellschaften möglich ist, müßte auch für die ÖMV gelten können. Hiezu ein praktisches Beispiel, rechnerisch gestaltet. Man kann annehmen, daß pro Jahr ungefähr 160.000 Tonnen Rohöl aus stützungsbedürftigen Vorkommen, das ist vor allem das Nordfeld, gefördert werden. Der 15prozentige Förderzins für diese 160.000 Tonnen beträgt 14,400.000 Schilling. Ein 6prozentiger Förderzins, wie ihn die ausländischen Ölgesellschaften bezahlen, macht nur 5,900.000 Schilling aus, so daß sich aus der Ermäßigung des Förderzinses von 15 Prozent auf 6 Prozent für die ÖMV allein ein Retrag von 8,500.000 Schilling ergeben würde, mit dem sich schon einiges anfangen ließe. Denn das würde die Sicherung von mindestens 100 Arbeitsplätzen in diesem Gebiet bedeuten. Ich kann auch die Rechnung erweitern. Die ÖMV zahlt für die Gesamtproduktion einen Betrag von 200,000.000 Schilling, das sind also 15 Prozent. Eine Herabsetzung von 15 auf 6 Prozent würde eine Ermäßigung von 200,000.000 auf 80,000.000 Schilling bringen, so daß die ÖMV 120,000.0000 Schilling einsparen könnte, was die Durchführung von 20 neuen Bohrungen bedeuten würde. Eine Bohrung wird ungefähr mit 6,000.000 Schilling berechnet. Mit einer Einsparung von 120,000.000 Schilling könnte man also 20 neue Bohrungen durchführen oder zwei bis drei sogenannte Tiefbohrungen, die in der letzten Zeit gelegentlich durchgeführt wurden und eine Tiefe von mehr als 6000 Meter erreichen. Die Kosten einer Tiefbohrung stellen sich auf 50,000.000 bis 60,000.000 Schilling. Man soll nun nicht behaupten, daß es nichts mehr zu bohren gibt, weder im Nordfeld noch im Südfeld. Eine kleine Statistik aus dem Bohrbetrieb Prottes zeigt uns, daß zum Beispiel im Jahre 1965 44 Bohrungen durchgeführt wurden, wovon 23 fündig waren. Im Jahre 1966 wurden 34 fündige Bohrungen festgestellt. In Prozentsätzen umgerechnet, ergibt

die Fündigkeit der Bohrungen 52 Prozent beziehungsweise 66 Prozent im Jahre 1966. Die Fündigkeit in Österreich liegt also noch weit über dem Durchschnitt der Erdölländer Europas und der Welt. Weil ich von Tiefbohrungen gesprochen habe, möchte ich darauf hinweisen, daß in den letzten Wochen eine Tiefbohrung zu Ende geführt wurde. Sie erreichte eine Tiefe von etwas über 6000 Meter. Es ist die T 32 in Schonkirchen, die an und für sich eine technische Meisterleistung darstellt. Gerade diese Bohrung hat wieder neue Perspektiven eröffnet, aus tieferen Schichten Erdöl und Erdgas zu gewinnen. Wenn wir nun das Verlangen stellen, daß der Staat die ÖMV unterstützen soll, so glaube ich, daß ein solches Verlangen berechtigt ist. Erstens würde dadurch die heimische Erdöl-Produktion vermehrt werden, zweitens wären die Arbeitsplätze gesichert und drittens ergäben beide Tätigkeiten und Ergebnisse Steuereinnahmen sowohl für Gemeinden, Land und Bund. Dieses Verlangen ist aber auch auf Grund der bisherigen Leistungen der Österreichischen Mineralölverwaltung für Bund, Land und Gemeinden berechtigt.

Einige Zahlen, die ich aus der Bilanz des Jahres 1965 entnommen habe, zeigen uns, wie groß und ansehnlich die Zahlungen sind. Die ÖMV hat bis zum Jahre 1965 7.700,000.000 Schilling für Investitionen ausgegeben und 537,000.000 Schilling Dividenden bezahlt. Sie mußte auch zur Unterstützung des Milchwirtschaftsfonds einspringen. Wir wissen alle, daß damals 300,000.000 Schilling bezahlt wurden. Außerdem hat die ÖMV in Erfüllung des Staatsvertrages Lieferungen für einen Betrag von 900,000.000 Schilling durchgeführt. Dazu die laufende Steuer der ÖMV, die pro Jahr zirka 400,000.000 Schilling und mehr ausmacht. Es sind zirka 70 sogenannte Erdölgemeinden, die pro Jahr rund 48,000.000 bis 50,000.000 Schilling Gewerbesteuer erhalten, die pro Jahr zirka 5,500.000 Schilling an Lohnsummensteuer erhalten. Ich glaube, selbst das Land Niederösterreich hat schon aus der ÖMV zu seinen Gunsten und auch zugunsten der Landesgesellschaften ansehnliche Beträge kassiert. Ich darf daran erinnern, daß die Leistungen an die Niogas 100,000.000 Schilling betragen haben und daß der Sonderrabatt für Erdgas an die Niogas zirka 400,000.000 Schilling ausmachte. In den letzten Tagen haben wir eine Vorlage bekommen. Es betrifft dies die Übernahme von Werkstraßen der ÖMV in das Eigentum des Landes. Wenn ich mich recht erinnere, hat die ÖMV in den letzten Jahren 39,000.000 Schilling an das Land zur Asphaltierung von Straßen bezahlt. Wer dieses Gebiet kennt — und wir sind aus diesem Gebiet —, wird feststellen müssen, daß tatsächlich Straßen asphaltiert und ausgebaut wurden und ein schönes Stück Straßennetz staubfrei gemacht wurde. Auf Grund dieser Feststellungen glaube ich daher vollkommen berechtigt gemeinsam mit Herrn Präsident Reiter folgenden Resolutionsantrag stellen zu können ***(liest):***

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zu erwirken, daß durch eine allfällige Änderung des Bundesgesetzes vom 12. Juli 1960, BGBl. Nr. 151/1960, betreffend die Regelung der Fördergaben von Bitumen, für die im Bereich der Österreichischen Mineralölverwaltung ausgebrachte Rohölförderung aus bereits länger produzierenden Erdölfeldern, die zur Erschöpfung neigen (insbesondere im Gebiet des Förderbetriebes Neusiedl/Zaya), zur Erhaltung der Arbeitsplätze der derzeitige Förderzins herabgesetzt wird."

Ich darf Sie bitten, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen. ***(Beifall bei der SPÖ.)***

PRÄSIDENT WEISS: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Mauß zum Wort.

Abg. MAUSS: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich bei der Gruppe 7 auch das Wort ergreife und beim Kapitel für das Wasser versuche, vom Wein zu sprechen. Ich möchte einige Erklärungen abgeben. Mein Kollege Weißenböck trat dafür ein, daß man der Schulmilchaktion mehr Bedeutung beimessen solle. Ich möchte dazu sagen, daß ich als Bürgermeister einer weinbaubetreibenden Gemeinde eine Hauptschule habe, die 420 Kinder besuchen, und daß diese Schule seit drei Jahren an der Spitze der Schulmilchaktion steht. Also auch wir Weinbauern bemühen uns, zumindestens für unsere Kinder, daß für die Landwirtschaft hinsichtlich der Milch etwas getan wird.

Zu den Ausführungen meines lieben Kollegen Schneider möchte ich ad personam erstens sagen, daß ich zu seinen Ausführungen hundertprozentig stehe. Nur, mein lieber Kollege Schneider, genauso wie du dort hinten allein sitzt, genauso allein bist du in deiner Fraktion mit deinen Ansichten von der Landwirtschaft. Ich werde mich bemühen, diese Anschuldigung, die ich jetzt gemacht habe, zu bekräftigen.

Ich möchte folgendes sagen. Ich bin am 20. Jänner 1966 in dieses Hohe Haus eingezogen und habe mir erlaubt, nachdem ich vollkommen unerfahren war, mit meinem eigenen Wagen, einem VW-Bus, in den Hof hereinzufahren. Da hat man mich so über die

Schulter angesehen, weil ich es mir gestattet habe, mit so einem schundigen Fahrzeug in dieses Hohe Haus zu fahren. Neben mir ist mein Kollege, Arbeitsbauernbündler Landtagsabgeordneter Niklas, mit dem ich etliche Jahre auch in der Kammer beisammen war, mit einem neuen Mercedes 200 stehengeblieben. Ich kenne keinen Neid, aber ich frage nur, wo ist da der Unterschied zwischen dem Arbeitsbauernbündler und den Großagrariern? (Zwischenruf.)Das sind Meinungen, die in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen. (Landesrat *Rösch: Er ist* nicht mehr da, er kann sich nicht wehren.) Herr Landesrat, wir kommen beide aus einem Bezirk. Wenn ich in das Mauterner Gebiet hinuberkomme, nach Krustetten, kann ich da und dort hören, wie sich die Meinungen übler die Landwirtschaft geändert haben. Es ist selbstverständlich, auf den Bauern sieht man leider Gottes ein wenig herunter. Eines muß man aber bedenken, die Bauern sind diejenigen, auch in der Zukunft, die die meisten Risken tragen. Man muß dabei drei Fakten berücksichtigen. Das eine ist der Mensch, das andere sind Grund und Boden und das dritte die Witterung. Der Mensch allein bestimmt wieder, wieweit bei diesen Faktoren etwas zu machen ist, nicht für seine Person, sondern für die Allgemeinheit, um den Tisch des Volkes decken zu können. Da gibt es natürlich gewisse Schwierigkeiten, und die Arbeit wird leider Gottes nicht immer entsprechend anerkannt.

Dem Kollegen Schneider möchte ich hinsichtlich der Getränkesteuer folgendes antworten. Er sagt, daß man den Hauerstand — also den Kleinen — bei der Getränkesteuer — so wie das im vergangenen Jahr zur Debatte gestanden ist — unterstützen soll. Ich möchte ihn da fragen, warum meinem Resolutionsantrag nicht zugestimmt wurde. Die Getrankesteuer hat sich in erster Linie gegen den kleinen Landwirt gerichtet. Mein Kollege Schneider hat ausgeführt, daß der Preis pro Liter Wein im Pulkautal 4 bis 5 Schilling und der Preis für 1Kilogramm Trauben 2,80 Schilling bis 4 Schilling betragen habe. Ich möchte ihm dazu sagen, wir haben Genossenschaften, Gott sei Dank haben wir diese und wir brauchen sie auch in der Zukunft mehr denn je. Wir glauben, sie sind nicht nur ein Markt-, sondern auch ein Machtfaktor, denn gerade der kleine Landwirt hat in dieser Genossenschaft die Möglichkeit, sein Produkt an den Mann zu bringen, so daß er nicht der Konjunktur ausgeliefert ist, sondern für sein Produkt das erhält, was ihm zusteht und was er sich verdient hat. Hier hat die Gemeindesteuer eine gewisse Rolle gespielt, weil gerade der kleine Landwirt den Weg von der Produktion direkt zum Konsumenten gesucht hat, um ein wenig mehr für seine Familie zu erlangen. Das wollte man ihm in Form der Getränkesteuer praktisch wieder aus der Tasche nehmen. Es ist erledigt. (Zwischenruf.) Jawohl, in meiner Gemeinde hätte das genau 6000 Schilling ausgemacht. Sie konnen nachfragen. Ich frage mich jetzt nur, kann man denn einen ganzen Berufsstand so schwer schadigen? Und gerade die, die von Ihrer Seite kommen, die in die Schmiedhütte arbeiten gehen, die ein Viertel oder zwei Viertel Weingarten haben und den Wein dort verkaufen, wären die Geschädigten gewesen. Ich bin nicht einer, der in der Gemeinde Parteipolitik macht, sondern einer, der Gemeindepolitik macht und der sich dafür einsetzt, daß auch der kleine Landwirt zu seinem Recht kommt. (Zwischenruf.) Das habe ich gar nicht betont.

Man sagt heute gern, daß die Landwirtschaft sehr stark gestützt wird. Ich möchte hier auf eines hinweisen. In der Gruppe 7 sind unter dem Voranschlagsansatz 7319-68 die Förderungsbeträge für die Landwirtschaft angeführt. Ich darf feststellen, daß dies die beste Versicherung ist, die das Land Nieder-Österreich abgeschlossen hat, weil die Landwirtschaft dafür garantiert, den Tisch des Volkes zu decken. Den besten Rat, den man heute einem Menschen geben kann, ist der Vorrat. Man muß aber zur Kenntnis nehmen, daß zu einer Vorratshaltung auch Mittel gehören; wer anders aber sollte dafür aufkommen als das Land oder eine höhere gesetzliche Körperschaft. Der Marktanteil des Pflanzenbaues beträgt 4.200,000.000 Schilling, wobei der Weinbau mit 2.400,000.000 Schilling beteiligt ist. Durch den Weinbau werden jährlich 230,000.000 Schilling an Getränkesteuer und 170,000.000 Schilling an Weinsteuer aufgebracht. Wenn in der Budgetpost „Landesbeiträge für Kultivierungen" auch Zuschüsse zu agrarischen Operationen enthalten sind, so hat das sicher seine Berechtigung. Gerade in der Landes-Landwirtschaftskammer sind alle Berufssparten der Landwirtschaft vertreten, ohne Unterschied der Partei; dort geschieht wirklich viel Positives für die Landwirtschaft. Auch der Kleine hat die Möglichkeit, diese Mittel für sich in Anspruch zu nehmen. Ich verweise hier ganz besonders auf die Grunderwerbsgenossenschaft. Früher war *es* einem kleinen Landwirt, speziell einem Weinhauer, nur sehr schwer möglich, ein größeres Grundstück anzukaufen, weil er finanziell hiezu nicht in der Lage war. Es wurde schon von einigen Kollegen ausgeführt, daß auch der Güterwegbau in der Landwirtschaft große Bedeutung hat, nicht nur für die Landwirt-

schaft, sondern auch für den Fremdenverkehr. Das gleiche gilt für die agrarischen Operationen. Wenn wir heute in der Wachau unsere herrliche Terrassenlage nicht abschirmen könnten, damit sie der Landwirtschaft besser dienlich ist, würde dieses Gebiet lange nicht mehr die schöne Wachau sein, weil die Rebstöcke nicht bis auf den Berg hinauf stehen würden.

Nun gestatten Sie mir, Hohes Haus, noch einige Bemerkungen über die Budgetpost „Hagelversicherung". Vorerst möchte ich dem Herrn Finanzreferenten herzlich dafür danken, daß er im Nachtrag 100.000 Schilling für die Hagelabwehr bereitgestellt hat. Ich darf dazu betonen, daß sie nicht nur den Besitz des einzelnen, sondern den Gesamtbesitz, der in dieses Gebiet hineinfällt, schützt, ob Weinhauer oder nicht, ob Großbesitzer oder kleine Bauern. Für uns ist besonders interessant, daß sie den indirekten Schaden zu verhüten versucht. Ich habe eine sehr aufschlußreiche Statistik mitgebracht, aus der zu ersehen ist, daß 61 Prozent dieses Gebietes eine Betriebsstruktur bis zu einem Hektar Weingärten aufweisen, die restlichen Prozent verteilen sich von ein bis zwei und von zwei bis fünf Hektar. Das besagt also, daß es sich in der Mehrzahl um Klein- und Kleinstbetriebe handelt. Dabei möchte ich aber noch betonen, daß dies keineswegs nur hauptberufliche Landwirte und Weinhauer sind, sondern sehr viele nebenberufliche Bauern beziehungsweise Weinhauer, denen wir von vornherein das Recht einräumen, mit uns in der Landwirtschaft tätig sein zu können. Es soll ihnen auch die Möglichkeit geboten werden, ihre Verhältnisse durch Beistellung eigener Lebensmittel etwas zu verbessern.

Das Weinbauregelungsgesetz, das am 20. Jänner 1966 beschlossen wurde, hat sich wirklich gut bewährt. Besonders im heurigen Jahr, wo wir eine sehr schöne Ernte mit guter Qualität zu verzeichnen hatten, war eine gewisse Produktionslenkung wichtig. Wenn da oder dort über einen landwirtschaftlichen Erwerbszweig frühzeitig der Stab gebrochen wird, darf ich dazu eines sagen. Beim Weinbau wurde schon vor Jahren erkannt — nachdem viel manuelle Arbeit damit verbunden ist und eine Monokultur besteht, die nicht von Jahr zu Jahr gewechselt werden kann —, daß die Einführung einer gewissen Produktionslenkung wichtig ist, um jedem die Möglichkeit zu geben, auch in Zukunft Weinhauer bleiben zu können. Ich möchte hier nur um eines bitten. Wenn der Artikel III dieses Gesetzes am 12. Dezember 1968 ausläuft, dann möge wieder gemeinsam ein Weg gefunden werden, um dem Weinhauer auch in Zukunft zu helfen.

Abschließend darf ich die Mitglieder des Hohen Hauses bitten, auch weiterhin unserem Berufsstand die Treue zu halten, nicht nur im Trinken. Gerade im Weinbau finden wir die meisten Betriebe, die auf kleinster Struktur unter äußerst schlechten Bedingungen und größten Risken versuchen, das Beste zu leisten. Wir wollen den Boden verbessern; wir können ihn nicht ewig behalten, aber wir wollen das tun, was die Generation vor uns auch getan hat, nämlich an den Nächsten weitergeben. Wir wünschen damit, daß dieser Grund und Roden auch weiterhin der Bevölkerung unseres schönen Heimatlandes nützlich ist. ***(Beifall bei der ÖVP.)***

PRASIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. S t a n g l.

Abg. STANGL: Herr Prasident, meine Damen und Herren! Ich bekomme eben vom Herrn Dritten Präsidenten dieses Hauses das Zeichen, mich kurz zu halten, er billigt mir gnadenweise zehn Minuten zu. Ich werde versuchen, diese Zeit zu halten, aber nicht deswegen, weil die Gnade des Herrn Dritten Präsidenten mich dazu zwingt.

Meine Damen und Herren! Ich finde, mein Vorredner hat sich die Sache mit dem Vergleich einer parteipolitischen Berufsorganisation, wie dies auf der einen Seite der Bauernbund und auf der anderen Seite der Arbeitsaufwand ist, sehr leichtgemacht. Ich will mich nicht auf diese billige Art einlassen. Die Jahre nach 1945 haben gezeigt, wie die verschiedenen Ansichten des Bauernbundes sind, haben gezeigt, wer sich wirklich um den kleinen Bauern kümmert. Meine Damen und Herren! Ich weiß, die Herren von der Rechten lachen dazu, aber ich könnte Ihnen über Anträge aus dem Hohen Haus am Ring berichten, die Ihre Vertreter dort abgelehnt haben, die aber für die kleinen Bauern oder für jene, die um ihre Existenz zu kämpfen haben, sehr nützlich gewesen wären. Ich glaube, daß sich hier doch ein Unterschied zwischen Bauernbund und Arbeitsbauernbund in ideeller Hinsicht, aber auch in organisatorischer Hinsicht und bezüglich der Zusammensetzung ergibt. Ich denke hier nicht an die Masse, sondern an die Art des Einflusses.

Ich darf mich nun auf jenes Gebiet begeben, das ich mir vorgenommen habe, einer kleinen Betrachtung zu unterziehen. Es gibt keinen denkenden Menschen unseres Staates, der nicht sehr glücklich war, als in der letzten Zeit die Nachricht durch die Lande gegangen ist, daß unsere Landwirtschaft im Jahre 1967 in der Lage war, 84 Prozent unserer Grundnahrungsmittel zu produzieren. Jeder Öster-

reicher, der auf sein Heimatland etwas hält, nimmt dies mit Befriedigung, aber auch mit Anerkennung gegenüber der Bauernschaft zur Kenntnis. Ich weiß, daß die Gründe dafür nicht allein im Fleiß, in der Ausdauer der Bauernschaft liegen, sondern daß auch technische und chemische Errungenschaften das Ihre dazugetan haben. So wurde zwischen Wissenschaft und bäuerlicher Bevölkerung ein Weg gefunden, der diese Produktionssteigerung an und für sich ermöglicht hat. Ich glaube aber auch, daß ein sehr wesentliches Element dieses Fortschrittes die Berufsausbildung, die Fortbildung unserer land- und forstwirtschaftlichen Berufstätigen ist.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß auch eine Zeit, in der man Positives berichten kann, keine Zeit sein soll, sich in die Sonne zu legen — das ist ein rein bildliches Beispiel —, um sich auszuruhen. Ich glaube vielmehr, daß das gerade eine Zeit ist, Erkenntnisse zu beurteilen und Notwendigkeiten für die Zukunft zu schaffen. Wenn ich mir eine Gegenüberstellung über das Berufsschulwesen in der Landwirtschaft aus den letzten Jahren hernehme, dann spiegelt diese doch eine Erscheinung, die zu denken gibt. Hatten wir im land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulwesen im Schuljahr **1965166** noch eine Gesamtschülerzahl von **5717,** so sind wir bis zum Schuljahr **1967168** auf **2445** Schüler gesunken. Davon sind im vergangenen Jahr, als die Schülerzahl noch **3660** betrug, **34** Prozent dieser Schülerinnen und Schüler in Internaten untergebracht gewesen. Heuer ist ein geringes Absinken zu verzeichnen, dem ich keine besondere Bedeutung beimesse. Es sind **32** Prozent der Gesamtschülerzahl, das sind **817** Schülerinnen und Schüler, soweit ich Berichte zur Kenntnis nehmen konnte, die in Internatsschulen unterrichtet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, daß hier Gründe maßgebend sind, die diese Entwicklung mit beeinflußt haben, so das **9.** Schuljahr, der Polytechnische Lehrgang. Ein gewisses Zeichen ist auch darin erkennbar, daß der Fluß der Ab-Wanderung aus den ländlichen 'Gebieten noch nicht abgestoppt ist. Ein Suchen nach Existenzsicherheit und auch das Erkennen innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung haben eingesetzt, daß wirklich nur für jenes Kind, das einmal die Nachfolge am elterlichen Hof antreten wird — bei den Mädchen oft durch Heirat —, die landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Ekrufsausbildung für den späteren Lebensweg Bedeutung hat. Ich glaube aber — ich bitte, das so zu nehmen, wie ich es sage, und es mir nicht mit irgendwelchen polemischen Bemerkungen übelzunehmen —, daß auch im landwirtschaftlichen Berufsschulwesen — die gesetzlichen Grundlagen für diese Berufsausbildung haben wir erst in diesem Jahr verabschiedet — Untersuchungen angestellt werden müßten, ob beide Schulen — auf Dauer gesehen — das geben, was die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung braucht. Ich könnte mir vorstellen, daß die eine oder andere Schultype zu einem Großteil überflüssig wenden würde und alle finanziellen, fachlichen, pädagogischien und ideellen Mittel in diese Sparte einzugliedern sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch sagen, daß man auf Grund dieses Rückganges begrüßenswerterweise vom zuständigen Referat sofort 'entsprechende Maßnahmen getroffen hat. **Man** hat das Gesamtstundenausmaß dieser zweijährigen Berufsschule von **540** Stunden zusammengezogen. Man hat versucht, die schulische Berufsausbildung in einem Jahrgang, und zwar vom Oktober bis April, zu konzentrieren. Man hat das auch in Internatsschulen gemacht, hat die **13** Stunden auf **15** Stunden erweitert, um den vorgesehenen Lehrstoff durchzubringen. Das hat natürlich auch für die Betroffenen einen Vorteil, weil die Schüler nach Abschluß des Polytechnischen Lehrganges — ungefähr mit 15 Jahren — nur noch ein Jahr diese Berufsschule besuchen und dann sofort ein Übertreten in die Fachschulen möglich ist.

Nun zu den Fachschulen. Wir haben in Niederösterreich **11** Fachschulen für Burschen und **6** Fachschulen für Mädchen. Wir haben noch im Schuljahr **1966/67 35** Lehrgänge mit **987** Schülern durchgeführt. Auch hier ist ein geringes Absinken von etwa **50** Schülern bemerkbar. Ich weiß nicht, ob es im landwirtschaftlichen Berufsschulwesen unbedingt nötig ist, für diese Schüleranzahl **17** Fachschulen zu unterhalten. Ich glaube, daß man auch hier einen anderen Weg gehen könnte. Er muß nicht unbedingt so sein wie beim gewerblichen Berufsschulwesen, weil ja die [Divergenzen zwischen der Ausbildung an und für sich sehr groß sind und weil auch die praktische Ausbildung ganz andersartig ist Alle diese Bedenken sind mir bewußt. Aber ich weiß nicht, ob man nicht die finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen, zielstrebiger und besser anlegen könnte. Ich möchte jetzt nicht auf die unrentablen, manchmal auch irrealen Dinge hinweisen, die ja in diesem Hause, soweit ich mich **aus** den Stenographischen Protokollen aus dem Jahre **1963** vergewissern konnte, besprochen wurden und die auch einmal durch den Finanzkontrollausschuß aufgezeigt wurden. Ich glaube, man könnte doch die Erkenntnisse von anderen

Ausbildungen hernehmen. Das hat mit einer Kürzung der Mittel und der Förderung überhaupt nichts zu tun. Gerade heute haben einige Redner der Landwirtschaft darauf hingewiesen, daß der Umbruch und die Umschichtung in der Landwirtschaft noch lange nicht abgeschlossen sind und auch andere Aufgabenbereiche durch die europäische Integration in irgendeiner Form in den Mittelpunkt rücken. Meiner Meinung nach müßten zu einer fachlichen und vor allem vertieften Ausbildung verschiedene Wege gefunden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal, das nicht als Bauernfeindlichkeit, wie man es im Jahre 1963 getan hat, oder als irgendwelche polemische Erklärungen hinzunehmen, sondern diese, ich möchte nicht sagen, Anregungen, einer Überlegung zuzuführen. Denn wir alle, die wir in diesem Hause sitzen, haben ein Gelöbnis geleistet — leider ist der Herr Abg. Rabl nicht da —, daß wir das Beste für unser Heimatland Niederösterreich zu leisten haben. Wir wissen, daß in diesem Heimatland Niederösterreich nicht nur der geographische Teil zu sehen ist, sondern vor allem die Niederösterreicher; dazu gehören auch unsere Bauern und unsere Menschen in der Forstwirtschaft, gleichgültig ob sie selbständig oder unselbständig sind. Daher müssen wir jene Gelder, die das Land als Förderungsmittel zur Verfügung stellt, bestens einsetzen, so daß sie auch für die Zukunft Früchte tragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT WEISS: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Janzsa zum Wort.

Abg. JANZSA: Sehr verehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! In seiner Einbegleitungsrede hat der Herr Landesfinanzreferent von einem mehr oder weniger spürbaren Konjunkturrückgang in der westlichen Welt, besonders in Deutschland, gesprochen, der bestimmt auch auf die Fremdenverkehrswirtschaft seine Auswirkungen haben wird. Einige Probleme dieser Fremdenverkehrs-Wirtschaft erlauben Sie mir ganz kurz zu umreißen.

Kollege Kosler hat bereits die Vergleichsziffern im Fremdenverkehr von Gesamtösterreich vom Jänner bis Oktober erläutert. Sie ergeben gegenüber dem vergangenen Jahr eine leichte Steigerung. Allerdings hat er nicht erwähnt, daß die Ausgabenseite, das heißt die Devisenausgänge Österreichs, auch eine Steigerung erreicht hat. Wir wissen, daß früher das Erträgnis aus der Fremdenverkehrswirtschaft das Außenhandelsdefizit decken konnte. Ob dies auch im heurigen Jahr der Fall sein wird — sofern es eine Besserung gegenüber den vergangenen beiden Jahren gibt —, ist fraglich, weil die Ziffern noch nicht aufliegen. Mit anderen Worten heißt das, daß das Nationalbewußtsein der Österreicher noch nicht die erwünschte Einstellung erreicht hat und sie den Urlaub vielfach nicht in Österreich verbringen. Sie erwarten von den Werbungen der ausländischen Fremdenverkehrslander mehr als von den einheimischen Fremdenverkehrsorten; damit aber werden die Devisenausgänge erhöht und das Gesamterträgnis vermindert.

Die leichte Steigerung der Fremdennächtigungen in Niederösterreich gegenüber dem Vorjahr haben die beiden Herren Generaldebattenredner zum Anlaß genommen, ihrer Freude darüber Ausdruck zu verleihen. Ich frage Sie aber, dürfen wir uns damit zufriedengeben, wenn wir in Niederösterreich wohl eine leicht steigende Tendenz im Fremdenverkehr beobachten können, wenn es aber möglich wäre, eine Aufwärtsentwicklung mit einer stark steigenden Tendenz herbeizuführen? Dazu wären einige Maßnahmen erforderlich, die nicht etwa finanzielle Einbußen mit sich bringen, wenn sie im Vorstadium auch den Eindruck erwecken könnten. Durch richtige Gestaltung der Reform aber müßten sie in der Endphase positive Auswirkungen zeitigen. So wäre eine Maßnahme auf gesetzgeberischer Ebene erforderlich. Kollege Kosler hat dankenswerterweise jene Maßnahmen erwähnt, die sowohl dem Konsumenten, also dem Gast, dem Privatzimmervermieter selbst, aber auch der Gemeinde dienen, also für alle Beteiligten von Vortefl wären. Das Privatzimmervermietungsgesetz — ich darf es auch hier namens meiner Fraktion urgieren —, dessen Entwurf aufliegt und schon seit mehreren Jahren auf die Beschlußfassung wartei, wäre nunmehr einex Verabschiedung wert, damit die bisherigen ungenügenden und unzeitgemäßen Verordnungen des Landeshauptmannes von Niederösterreich aus dem Jahre 1937 in Fortfall kommen können, an die sich niemand mehr hält, weil sie für die heutige Entwicklung auf dem Sektor der Privatzimmervermietung als hemmend angesehen werden müssen.

Eine weitere Begründung liegt darin, daß die Privatzimmervermietung in einer gesunden Frerndenverkehrswirtschaft aber immer nur in den Spitzenzeiten, also in der Hochsaison, eine Ergänzung und eine Notlösung sein 'kann. Niemals kann sie einen konzessionierten Fremdenverkehrsbetrieb ersetzen. Trotzdem müssen sie in dieser Form auch im öffentlichen Interesse, zum Beispiel wegen Verhinderung einer Seuchengefahr, überwacht und kontrolliert werden. Die sanitären

Verhaltnisse sind in manchen Privatquartieren unter jeder Kritik. Durch die völlig wilde, unkontrollierte Privatzimmervermietung — es gibt beispielsweise in Niederösterreich Privatzimmervermietungen bis zu 18 Betten — kann einmal eine Seuche ausbrechen, die die Katastrophe von Zermatt in den Schatten stellt. Wer wünde dann dafür die Verantwortung übernehmen?

Ein weiteres Problem hat im vorigen Jahr anlaßlich der Budgetdebatte Kollege Rigl kritisiert, namlich das groteske Hofkanzleiprasidialdekret aus dem Jahre 1836, nach welchem die Produktionslizenzen für öffentliche Veranstaltungen behandelt und bewilligt werden. Es beinhaltet unnötige Belastungen für die Fremdenverkehrswirtschaft, aber auch Unsicherheiten in der Rechtsprechung. Es gibt noch mehr solche Dekrete, nach welchen „geamtshandelt" wird. Ich nenne nur die Dekrete aus dem Jahre 1795, aus dem Jahre 1824, 1821 und 1827, die Verordnung des Ministeriums für Inneres vom 25. November 1850 und schließlich auch das Gesetz vom 27. Juli 1945, welches die öffentlichen Veranstaltungen regelt. Nun wurde auch seitens der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ein Entwurf für ein Gesetz über die öffentlichen Veranstaltungen, ein sogenanntes niederösterreichisches Veranstaltungsgesetz, ausgearbeitet, welches im Interesse der Fremdenverkehrswirtschaft gefoildert wird, da es unbürokratisch ist und den modernen Erfordernissen nicht entspricht. Es ist zu hoffen, daß dieses Gesetz, aber auch das Privatzimmervermietungsgesetz im nächsten Jahr bei der Budgetberatung nicht neuerlich gefordert werden muß.

Zu den weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs gehört auch die bereits mehrmals urgierte Novellierung des niederösterreichischen Getränkeabgabegesetzes, welche in diesem Zusammenhang in Erinnerung gebracht werden soll, da die Novellierung den Gemeinden kaum Einbußen bringen würde, dafür aber viele Differenzen und Ärgernisse zwischen Bürgermeister, Gemeinden und Gastwirten aus der Welt geschafft werden konnten. Den Gemeinden möge aber auch auf das Finanzaucgleichsgesetz in bezug auf die Bestimmung der Herabsetzung der Lustbarkeitsabgabe — der sogenannten Vergnügungssteuer — bei den Lichtspieltheatern ein Hinweis gegeben werden. Diese Bestimmung ist von Niederösterreich bisher noch nicht effekturiert. Die Situation bei den Lichtspieltheatern ist schon lange besorgniserregend; das Kinosterben in Niederösterreich halt weiter an, worunter nicht nur der Fremdenverkehr leidet. sondern auch die Landflucht verstärkt wird.

Auch im Hinblick auf die Opferfürsorgeabgabe als Bestandteil der Lustbarkeitsabgabe wäre einiges zu sagen, da diese den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Gesetzgeberische Maßnahmen sind die Grundlage für die Tatigkeit innerhalb einer Fremdenverkehrswirtschaft, die je nach Inhalt der Gesetze eine Art gezwungene oder aber eine freiwillige, private und initiative Leistung vollbringen kann. Das letztere ist zu bevorzugen, weil ja die Erträgnisse aus dieser Leistung am größten sind. Es berühren aber auch Gesetze, die ansonsten von anderen Ressorts überwacht werden, den Sektor Fremdenverkehr, so etwa das Jugendschutzgesetz in einigen seiner Bestimmungen, die Herr Landesrat Rösch in seinem Schlußexpose über die von ihm verwaltete Gruppe 4 mit einigen Diskrepanzen aufgezeigt hat, die auch für den Fremdenverkehr gelten können. So greifen gesetzgeberische Maßnahmen in alle Bereiche des täglichen Lebens. Eine gründliche Durchforstung des bestehenden Gesetzesdickichts wäre daher unumgänglich notwendig, um alle Erschwernisse, die durch diesen Gesetzeswust die Fremdenverkehrs-Wirtschaft belasten, zu entwirren.

Wir hatten im Hohen Hause Gelegenheit, bei Beratung der vorhergegangenen Budgetgruppen 2, 3, 4, 5 und 6 von fast allen Sprechern die Forderung nach Beileitstellung größerer Mittel für diese Ressorts zu hören. So berechtigt dieser Wunsch nach verstärkten Mitteln ist, weil sie einerseits die Voraussetzung für den Lebensfortschritt sind, anderseits die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Kreislaufes in sich tragen, darf aber in erster Linie nicht darauf vergessen werden, daß jene Sektoren, die die Möglichkeit haben, die Basis — sprich Geld — für jene geplanten sozialen und geistigen Investitionen zu schaffen, nicht leer ausgehen dürfen. Ich meine hier die Wirtschaft, die auch Kollege Blabolil dankenswerterweise erwähnt hat und deren bedeutender Teil die Fremdenverkehrswirtschaft ist. Wenn von den Mitteln aus der Fremdenverkehrsforderung im Jahre 1967 bisher 59,6 Prozent nur allein für die reine Werbung, wie Prospekte, Plakate usw., verwendet wurden, so ist dieser Betrag von rund 4,500.000 Schilling im Verhältnis zu den Einnahmen, die in die Milliarden gehen, als geringfügig zu bezeichnen. Trotzdem hat diese Werbung beigetragen, daß Niederösterreich gegenüber den anderen Bundesländern in der Nächtigungsziffer eine leichte Steigerung erfahnen hat. Eine verstarkte und intensive Werbung, die publi-

kumswirksam ist und dem Fremdenverkehr entspricht, muß gefordert werden. Die derzeit geringen Mittel sind nicht dazu angetan, dies tun zu können. Es müssen verstärkte Fremdenverkehrseinrichtungen in allen hierfür günstigen Gebieten — sei es für die Sommer- oder die Wintersaison — geschaffen werden. Der Forderung nach Schaffung von zwei weiteren Naturparkanlagen in Niederösterreich — nämlich im Ötscherland und der Hohen Wand — muß primäre Bedeutung zukommen; desgleichen auch der Erweiterung des Naturparks in Sparbach über die Föhrenberge bei Mödling. Auch der Skisport, für den Nieder-Österreich ein prädestiniertes Land ist, soll hier richtig ausgebaut werden; wir haben ein Gebiet, das ausbaufähig ist, ich meine hier das Hochkar, das man als den Arlberg von Niederösterreich bezeichnet.

Dies wäre ein kleiner Teil der Wünsche, die in der jetzigen Situation des Landes erfüllbar wären. Abgesehen davon sind die Donaubrücken, von denen heute schon gesprochen wurde, auch für den Fremdenverkehr von größter Eedeutung, wobei meines Erachtens der Vorrang jener Donaubrücke gegeben werden soll, die fremdenverkehrsmäßig vordringlich gebaut werden müßte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf aber auf einen besonderen Umstand, der ein Problem der Fremdenverkehrswirtschaft darstellt, nämlich die öffentliche Meinung, hinweisen. Die Presse, die diese öffentliche Meinung in starkem Maße beeinflußt, ist eher bereit, eine negative Kritik zu veröffentlichen als eine positive Berichterstattung zu geben. Leserbriefspalten der österreichischen Zeitschriften lebten während des Sommers förmlich von der Hetze gegen das österreichische Hotel- und Gastgewerbe. Die psychologische Einwirkung negativer Kritiken in der Öffentlichkeit und damit auch auf den Gast eines Erholungsortes ist derart, daß auch er in seinem Urlaubsort etwas zu kritisieren findet, auch wenn er vorher mit der Behandlung und Bewirtung von seiten des Gastgebers immer zufrieden war. Eine Klage seitens der Presse, die meist ohne Begründung ausgesprochen wird, ist der Vorwurf, der inländische Gast würde schlechter 'behandelt werden. Wenn in einzelnen Fällen Unzukömmlichkeiten vorkommen, so darf kein Pauschalurteil gegen alle Wirte und Hoteliers abgegeben wenden. Von zehn werbenden Urlaubs- und Reiseartikeln in der österreichischen Presse befaßt sich nur ein einziger mit Österreich, während neun andere mit ins Auge springenden Überschriften wie „Ferienfreude in der Tschechoslowakei", „Prag ist das Bilderbuch Europas" oder „Beim nördlichen Nachbarn ist der Gast König" für das Ausland werben. Inwieweit dies für die Presse eine finanzielle Angelegenheit ist, wäre sekundär zu beleuchten. Auch die österreichische Presse könnte viel Positives zur Verstärkung des österreichischen und niederösberreichischen Fremdenverkehrs tun.

Zum Abschluß möchte ich die Aufstockung in einer stärkeren Form des zinsenbegünstigten Kredites für die Fremdenverkehrswirtschaft für weiterhin beantragen, die eine positive Auswirkung zur Modernisierung unserer Fremdenverkehrsbetriebe bisher gezeitigt hat und mit einem Volumen von 430,000.000 Schilling abschließen kann. Die Wiederaufnahme der Aktion zur Verbesseiung der sanitären Anlagen in den gastgewerblichen Betrieben, die die Hälfte der Kosten, höchstens jedoch 10.000 Schilling im Einzelfall vorsieht, und auch auf Kücheneinrichtungen ausgedehnt werden könnte, wäre wünschenswert. Die sanitären Einrichtungen und die Küche sind die Visitenkarte eines Betriebes. Es wird aber auch notwendig sein, zur Bewältigung der engeren Fremdenverkehrsaufgaben in Zusammenarbeit mit den jeweils örtlichen Verkehrsvereinen die gebietlichen Fremdenverkehrsverbände unter der Ägide des Dachverbandes Niederösterreich zu bilden und zu aktivieren.

Nur einige Probleme und Anregungen sind hier angeführt worden, die die Fremdenverkehrswirtschaft berühren und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Beherzigung dieser Wünsche und Anregungen würde eine Aufwärtsentwicklung bringen, die eine gewisse Stagnation überwinden könnte. Eine Aufwärtsentwicklung in der Fremdenverkehrswirtschaft soll aber alle interessieren, weil sie allen dient. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte gelangt Herr Abg. Thomschitz.

Abg. THOMSCHITZ: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, die mir zugebilligten zehn Minuten einzuhalten, und wende trachten, auch in der zweiten Strophe des Liedes über die Feuerwehren, das der Herr Kollege Fraisel angestimmt hat, dieselbe Melodie zu singen. Im Feuerwehnvesen haben wir zwei Probleme zu lösen: ein legistisches und ein technisches. Das legistische Problem befaßt sich mit der Anpassung der Feuerpolizeiordnung an die durch die Gemeindeverbandsnovelle bedingte Verfassungslage. Diese muß ja bekanntlich bis zum 31. Dezember 1968 durchgeführt werden.

Das zweite Problem ist ein technisches und

hat die Ölalarmfahrzeuge zum Gegenstand. Mehr als 60.000 Feuerwehrleute stehen Tag und Nacht bereit, um ihren Mitmenschen in Feuergefahr und Katastrophenfällen beizustehen. Mehr als 60.000 freiwillige Helfer haben es sich zur Aufgabe gestellt, überall dort helfend einzugreifen, wo Not am Mann ist. Das ist erst eine Seite des Buches, das von den rühmlichen Taten dieser braven Männer berichtet. Ich bin überzeugt, daß wohl niemand an der Notwendigkeit dieser Einrichtung zweifelt, die es mit sich bringt, daß in jeder Gemeinde mindestens eine Freiwillige Feuerwehr stets einsatzbereit ist. Wenn ich das Stichwort Gemeinde sage, fällt mir unwillkürlich meine Gemeinde und ihr Voranschlag ein. Jedes Jahr wird sehr hart und ausführlich um die finanziellen Belange der Feuerwehr verhandelt, und jedes Jahr steigen die Forderungen der Feuerwehren an die Gemeinden. Dabei gibt es viele Gemeinden, die mehr als eine Feuerwehr haben. In meiner unmittelbaren Nähe zum Beispiel unterhalten fünf Gemeinden zehn Feuerwehren. Ich glaube kaum, daß es bei den heutigen Verkehrsverhältnissen und dem guten Ausrüstungszustand der Feuerwehren mit Motorfahrzeugen und sonstigen Geräten, vor allem aber auch bei dem hervorragenden Ausbildungsstand der Wehrmänner notwendig ist, daß in einer Gemeinde zwei oder mehrere Feuerwehren bestehen, die von der Gemeinde unterhalten werden müssen. Ich bin Überhaupt der Ansicht, daß eine Gemeinde mit einer Feuerwehr das Auslangen finden kann. Bedenken wir doch, daß durch gut durchdachte definitive Einsatzpläne der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehren in Niederösterreich so gut organisiert ist, daß in kürzester Zeit Hilfe geleistet werden kann. Durch die Vielzahl der Freiwilligen Feuerwehren besteht eine echte Überforderung der Gemeinden. Die Gemeinden machen ehrliche Anstrengungen und bemühen sich, die berechtigten Wünsche der Feuerwehren zu erfüllen beziehungsweise ihnen bei der Beschaffung von finanziellen Mitteln behilflich zu sein. Doch irgendwo hat auch das größte und tiefste Faß einen Boden. Sind doch die Anforderungen an die Gemeinden in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen. Es mußten Aggregate und Fahrzeuge gekauft sowie Gerätehäuser gebaut werden. So könnte man in dieser Weise weitere Beispiele anführen. Die Feuerwehren schöpfen selbstverständlich ihre Finanzierungsquellen bis zur Neige aus und laufen sich die Füße wund, um die nötigen Geldmittel zu beschaffen. Dabei ist es eigentlich gar nicht der Brandeinsatz, der die ausschließliche Tätigkeit der Feuerwehren beinhaltet, sondern sie werden in der heutigen Zeit in weitaus größerem Ausmaß in Katastrophenfällen eingesetzt und zum technischen Einsatz herangezogen. Sie haben sich zu einer richtigen Katastrophenwehr entwickelt. Ich verfüge hier über einige Zahlen, die das beweisen. Im Jahre 1955 hatten 59.000 Feuerwehrmänner 1342 Einsätze zu verzeichnen. Davon waren 542 technische Einsätze und 800 Brandeinsätze. Die Brandeinsätze überwogen damals noch. Schon zehn Jahre später, im Jahre 1965, führten 55.000 Feuerwehrmänner 8288 Einsätze durch, das ist sechseinhalbmal soviel als zehn Jahre vorher. Die technischen Einsätze beliefen sich auf 7092, und die Brandeinsätze machten 1196 aus. Das waren 13mal soviel technische Einsätze und nur eineinhalbmal soviel Brandeinsätze als zehn Jahre vorher. Aus den genannten Zahlen ist sehr klar zu ersehen, daß überwiegend viele technische Einsätze getätigt wurden und man ohne weiteres von einer Katastrophenwehr sprechen könnte. Der technische Einsatz lag insbesondere auf dem Gebiete des Wasserdienstes. Mehr als 100 Rettungszillen, Sturmboote, fünf Motorboote und ein Motorschlauchboot sind jederzeit einsatzbereit. Auf Grund des Katastrophenhilfsdienstgesetzes und des Rescheides vom 29. Dezember 1961 stehen eine ganze Reihe von überörtlichen Einheiten für den F.- und B.-Dienst ständig zur Verfügung. Auch das Nachrichtennetz des Niederösterreichischen Feuerwehrkommandos wurde im Rahmen des F.- und B.-Dienstes neu aufgebaut und eingerichtet. Eine Anzahl von Funkstationen ist über Niederösterreich verteilt und größtenteils für Notstrombetrieb eingerichtet. Außerdem stehen dem F.- und 8.-Dienst Spezialeinheiten zur Verfügung, wie Sprengdienst, Tauchdienst und Strahlenschutzdienst.

Am 21. März 1952 brachte die sozialistische Fraktion im Niederösterreichischen Landtag einen Antrag ein, der die Erlassung einer neuen Feuerpolizeiordnung für Niederösterreich fordert. Dieser wurde vom Hohen Haus auch angenommen, doch ist es bis heute zu keiner Neuregelung gekommen. Im Jahre 1961 hat der Landtag ein Gesetz beschlossen, das einen Katastrophenhilfsdienst zur Abwehr der durch Elementarereignisse oder durch Unglücksfälle außergewöhnlichen Umfanges drohenden Personen- und Sachschäden vorsah und die Gemeinden verpflichtete, innerhalb ihres örtlichen Wirkungsbereiches und entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Katastrophenhilfsdienst zu leisten. Die Landesregierung wurde ihrerseits verpflichtet, einerseits den Gemeinden

verden in der heuti-
rößerem Ausmaß in
ssetzt und zum tech-
ogen. Sie haben sich
astrophenwehr ent-
über einige Zahlen,
Jahre 1955 hatten
r 1342 Einsätze zu
n 542 technische Ein-
sätze. Die Brandein-
s noch. Schon zehn
1965, führten 55.000
Einsätze durch, das
l als zehn Jahre vor-
ätze beliefen sich auf
isätze machten 1196
oviel technische Ein-
lbmal soviel Brand-
vorher. Aus den ge-
klar rn ersehen, daß
nische Einsätze ge-
ohne weiteres von
r sprechen könnte.
ag insbesondere auf
erdienstes. Mehr als
mboote, fünf Motor-
auchboot sind jeder-
Grund des Katastro-.
und des Bescheides
l stehen eine ganze
i Einheiten für den
dig zur Verfiigung.
z des Niederösterrei-
imandos wurde im
3.-Dienstes neu auf-
t. Eine Anzahl von
Niederösterreich ver-
für Notstrombetrieb
stehen dem F.- und
ten zur Verfügung,
dienst und Strahlen-

chbe die sozialistische
rreichischen Landtag
die Erlassung einer
ung für Niederöster-
rde vom Hohen Haus
ı ist es bis heute zu
ekommen. Im Jahre
n Gesetz beschlossen,
ihilfsdienst zur Ab-
entarereignisse oder
ergewöhnlichen Um-
nen- und Sachschäden
einden verpflichtete,
n Wirkungsbereiches
er finanziellen Lei-
rophenhilfsdienst zu
erung wurde ihrer-
seits den Gemeinden

beizustehen und anderseits selbst Katastrophenhilfsdienst zu leisten.

Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen, daß das zweite Problem der niederösterreichischen Feuerwehren die Ölalarmfahrzeuge bilden. Überschriften in den Zeitungen lassen uns immer wieder aufmerksam werden. Sie lauten zum Reispiel: „Die tödliche Fracht", „Rollende Bomben in Niederösterreich" oder „Ölalarmfahrzeuge fehlen im Kampf gegen Tankwagenunfälle". Besondere Sorgen macht uns zur Zeit die Bekämpfung von Öltankerbränden. Es vergeiht keine Woche, in der nicht mehrmals folgenschwere Tankerunfälle vorkommen. Leben, Gesundheit und Besitz der Bevölkerung schweben in ständiger Gefahr. Aber auch die Feuerwehrmänner arbeiten in ständiger Lebensgefahr, weil sie bei der Bekämpfung der Folgeschäden bei Tankunfällen zumeist mit unzureichenden Geräten arbeiten müssen. Die Feuerwehr möchte helfen, sie hat es in unzähligen Einsätzen bewiesen und dabei so manchen Blutzoll geleistet. In vielen Fällen ist es ihr aber beinahe unmöglich, weil sie nicht mit den entsprechenden Hilfsgeräten ausgerüstet ist. In dieser Situation dürfen Kompetenzfragen bei der wirkungsvollen Bekämpfung der Folgeschäden bei Tankerunfällen nicht den Ausschlag geben oder diese in Frage stellen. Nur durch die Anschaffung von Ölalarmfahrzeugen ist es möglich, verheerende Folgen von Ölunfällen zu verhindern. Der Aktionsradius eines solchen Ölalarmfahrzeuges beträgt ungefähr 25 Kilometer im Umkreis. Dieser Aktionsradius ist deshalb so gering, weil es ja nur einige Minuten dauern sollte, bis das Einsatzfahrzeug am Unfallort anlangt. Auf Grund dieses Aktionsradius von 25 Kilometern im Umkreis müßte Niederösterreich ungefähr 25 bis 30 Ölalarmfahrzeuge besitzen. Die Gemeinden des Verwaltungsbezirkes Wr. Neustadt haben auf ihre Kosten ein *solches* Alannfahrzeug zum Preise von 180.000 Schilling angekauft. Dieses Fahrzeug ist in Wr. Neustadt stationiert und in den vergangenen Wochen und Monaten mehrmals zum Einsatz gekommen. Das Ölalarmfahrzeug wurde erst vor kurzem entwickelt, es ermöglicht mit seinen Einrichtungen und Geräten eine erfolgreiche Bekämpfung bei Folgeschäden nach Tankerunfällen. Immer wieder lenken die Nachrichten von den Tankerunfällen die Öffentlichkeit auf eines der wichtigsten Probleme der Wasserwirtschaft, nämlich auf den Schutz des Grundwassers gegen Verunreinigung durch Mineralöle oder Mineralölprodukte. Hält man sich vor Augen, daß diese Substanzen noch in sehr kleinen Mengen, nämlich in einem Verdünnungsverhältnis von 1:1,000.000 das Trinkwasser ungenießbar machen kännen, so wird deutlich, daß nicht nur das Auslaufen großer Ölmengen, sondern daß bereits wesentlich kleinere Vorkommnisse eine eminente Gefahr für das Trinkwasser bedeuten können. Helfen Sie also mit, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, und geben Sie den Männern der Freiwilligen Feuerwehren die Mittel in die Hand, die sie restlos in die Lage versetzen, allen Menschen ohne Unterschied gemaß ihres Leitspruches „Einer für alle, alle für einen" beistehen zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT WELSS: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Karl Schneider zum Wort.

Abg. Karl SCHNEIDER: Herr Präsident! Hohes Haus! Kollege Kaiser ist im Moment nicht da. *(Zu Landesrat Rösch.)* Es ist nicht notwendig, Herr Landesrat, ich kann mit Kollegen Schneider beginnen, der ein Brückenbauproblem auf sehr angenehme Art erörtert hat. Ich möchte mich sehr gerne dieser seiner Auffassung anschließen. Herr Landeshauptmann selbst hat oftmals die Bedeutung dieser Brücken hervorgehoben, weil ja die Donau unser Land in der Mitte durchschneidet, und weil wir wissen, wie wichtig die Verbindung über diesen Fluß ist, um das Land in eine bessere Verkehrsfrequenz zu bringen. Auch bei der Anregung der Denkmalsetzung bin ich mit ihm einer Meinung. Ich glaube, daß bei aller Bedeutung der anderen Brücken über die Donau in den bekannten anderen Zonen unseres Landes sicheilich auch im Osten dieser Brücke wirklich große Bedeutung zukommt. Es steht sogar im EWG-Vertrag zu Rom, daß man die Randgebiete dieses integrienten Raumes mit besonderer Kraft und Stärke ausstatten müsse. Das gehört also mit dazu, daß die östliche Haut durch eine solche Brücke entsprechend verstärkt wird.

Ich kann mich noch daran erinnern, als Sie vor drei Jahren Ihre erste Budgetrede hielten, zu Lebzeiten des inzwischen verewigben Herrn Landeshauptmannes Figl, da haben Sie für Carnuntum geworben und haben beim Kapitel Kultur darzustellen versucht und auah darzustellen verstanden, daß man dieser kultur- und kunsthistorischen Stätte ein stärkeres Augenmerk zuwenden müsse. Ich glaube, Sie erlauben mir da den Versuch, so wie Sie auch ein wenig humorvoll zu sein. Sie sagten damals, man möge sich doch besinnen, welch bedeutende Manner der Vergangenheit — es waren Kaiser und Feldherren — ihre Füße schon auf diesen Boden gesetzt hätten. Sie nannten die Kaiser Marc Aurel und Diokletian. Als Sie das Wort Diokletian kaum ausgesprochen hatten, hat mich

einer der Herren, der in unmittelbarer Nähe gesessen ist und mit einer anderen Sache beschäftigt war, gefragt, wer denn dieser Diokletian sei. Da habe ich damals spaßhalber nachgedacht und gesagt: Na, das war der Erfinder vom Kletzenbrot. ***(Heiterkeit im Saale.)*** Herr Landeshauptmann Figl aber hat mich gerügt und hat mir erklärt, das sei eine Ungehörigkeit ohnegleichen, solche Ulke zu treiben, weil nämlich der Sprecher — in diesem Falle waren es 'Sie, Herr Kollege Schneider — durchaus glauben könne, daß dieses Gelächter, das sich durch meinen Spaß ergeben hatte, Ihnen gelten könne, und das wäre eine Beleidigung. Ich muß Sie also heute noch um Entschuldigung dafür bitten. ***(Erneute Heiterkeit im Saale.)***

Frau Abg. Körner hat die Bedeutung der Nebenbahnlinien in Niederösterreich sehr gut dargelegt; wir schließen uns Ihrer Auffassung, Frau Kollegin, an. Ich habe vor wenigen Tagen ein wirtschaftlich-wissenschaftliches Buch über den Begriff der Überwindung des Raumes und deren Bedeutung in der heutigen modernen Wirtschaft zur Hand bekommen. Weil im Verkehrsproblem riesige Kosten lasten, würde ich sagen, daß niemand meiner Fraktion eine andere Einstellung hat als Sie und alle Herren, die sich mit diesem Problem befaßt haben, und daß wir 'dieser Ihrer Anregung sehr gerne die Zustimmung geben werden. Wir erhoffen uns, daß dieser Belastungsfaktor hintangestellt werden wird können, weil es wirklich darum geht, der Wirtschaft alles abzunehmen, was noch zusätzlich an Schwierigkeiten kommen könnte; um unsere Situation, die vielleicht nicht zu Tode betrübt, aber auch nicht himmelhochjauchzend ist, nicht noch mehr zu verschlechtern.

Kollege Kaiser — er ist noch nicht da, aber er wird schon kommen — hat sich mit einer Angelegenheit befaßt, die mir auch ein wenig Mißbehagen bereitet hat, nämlich mit der Angelegenheit einer Kreditgarantiegemeinschaft, die er vor zwei Jahren und ich im vergangenen Jahre hier deponiert habe. Ich wollte ihm dazu nur sagen, daß das kein Geschwätz in den luftleeren Raum ist, sondern daß diese Kreditgarantiegemeinschaft in wenigen Wochen Tatsache werden wird, weil alle Vorarbeiten — und sie waren nicht unkompliziert — nunmehr abgeschlossen erscheinen und weil mir bekannt ist, daß dem Hohen Hause eine Landtagsvorlage zugemittelt wird, wonach zunächst neben den 2,000.000 Schilling, die die Handelskammer dem Fundus zuführen wird und dazu bereits einen Beschluß hat, von den Banken 4,000.000 Schilling kommen und auch das Land Niederösterreich 2,000.000 Schilling diesem Zweck widmen wird, nicht als Gesellschafter, sondern nur mit dieser Kapitaleinlage, so daß also 8,000.000 Schilling verfügbar sind, die man vervehnfacht einsetzen kann für die Bürgschaft der betroffenen Kreditwerberkreise. Wir meinen, dadurch einen Start zu haben. Wenn mir und dem Kollegen Kaiser die Zeit zur Realisierung dieses Planes ein wenig zu lang geworden ist, so beruht die Verzögerung darauf, daß die Meinungen in bezug auf die Höhe der Höchstsumme auseinandergingen; nämlich 1,000.000 Schilling oder 2,000.000 Schilling. Aber auch bezüglich des Begriffes der Rückbürgschaft — ob nämlich das Land diese Rückbürgschaft übernehmen könne oder nicht — gab es Differenzen. Ich glaube, zur Zeit ist es so, daß zuerst ohne Rückbürgschaft mit einer oberen Grenze von 1,000.000 Schilling die erste Vorlage kommen wird, die wir aber in der weiteren Folge noch ausbauen werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist natürlich sehr schwer und nicht zumutbar, Dinge, die noch nicht besprochen wurden, hier heute schon zu diskutieren. Wir haben über die verschiedenen Fonds noch nicht gesprochen. Ich tue es nicht, ich möchte nur sagen, warum wir so sehr bemüht sind, Krcditmöglichkeiten für die Wirtschaft zu schaffen. Ich war vor ein paar Wochen in der Schweiz in einem Betrieb und habe dort nicht den Chief des Unternehmens, sondern einen leitenden Beamten gefragt, wieviel Fremdkapital dieser sehr große und interessante Betrieb habe, mit wieviel fremden Geldmitteln man arbeite. Darauf hat mich der ausgelacht und hat erklärt, na selbstverständlich mit überhaupt keinem fremden Geld. Wir wissen, daß wir ein außerordentlich kapitalarmes Land sind, daß bei uns die Wirtschaft neben anderen Sorgen immer wieder die Sorge hat, das nötige Fremdkapital zu erträglichen Bedingungen zu bekommen, und daß das eine Folgerung zweier Kriege ist. Das ist natürlich ein Grund, wenn wir vielfach auch nicht richtig verstanden werden — nicht hier, aber anderswo —, warum wir so sehr versuchen müssen, zur Förderung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerade in unserem Lande alle möglichen Aktionen zustande zu bringen. Gerade in diesen Belangen soll den Betrieben, die bekanntlich auf Kapital warten und diese Wünsche immer wieder an uns herantragen, geholfen werden, damit wir für die verschiedenen Bereiche und Zwecke die Instrumente in Händen haben, die benötigt werden, um hier in Niederösterreich eine etwas befruchtende Wirkung zu erzielen.

ling diesem Zweck
Gesellschafter, son-
ıitaleinlage, so daß
verfügbar sind, die
zen kann für die
nen Kreditwerber-
ırch einen Start zu
m Kollegen Kaiser
dieses Planes ein
ist, so beruht die
die Meinungen in
Höchstsumme aus-
1,000.000 Schilling
Aber auch bezüglich
rgschaft — ob näm-
ckbürgschaft über-
— gab es Differen-
ist es so, daß zuerst
nit einer oberen
lling die erste Vor-
ir aber in der wei-
en werden können.

)amen und Herren,
er und nicht zumut-
ht besprochen wur-
u diskutieren. Wir
edenen Fonds noch
es nicht, ich möchte
sehr bemüht sind,
die Wirtschaft zu
paar Wochen in der
eb und habe dort
rnehmens, sondern
n gefragt, wieviel
r große und inter-
it wieviel fremden
Darauf hat mich der
t, na selbstverständ-
iem fremden Geld.
ein außerordentlich
, daß bei uns die
Sorgen immer wie-
iötige Fremdkapital
igen zu bekommen,
rung zweier Kriege
ı Grund, wenn wir
verstanden werden
swo —, warum wir
ı, zur Förderung der
iigkeiten gerade in
lichen Aktionen zu-
e in diesen Belangen
e bekanntlich auf
se Wünsche immer
en, geholfen werden,
schiedenen Bereiche
ımente in Händen
len, um hier in Nie-
befruchtende Wir-

Kollege Blabolil hat sich auch sehr intensiv den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gewidmet und hat seine Einleitungssätze sehr gut formuliert. Er hat erklärt, daß *es* ohne eine gute Wirtschaftslage und ohne eine gesunde Hauswirtschaft nicht möglich ist, weiteae Dinge zu tun, das sei von fundamentaler Bedeutung. Er hat sich dann den niederösterreichischen Sorgen gewidmet und auch über einzelne Unternehmungen einiges gesagt. Das alles ist nur zu sehr bekannt. Ich glaube aber, ohne hier eine Schönfärberei zu versuchen, daß wir trotz des Wellentales, in dem wir uns zur Zeit bedauerlicherweise befinden — allerdings nicht nur in Niederösterreich, sondern im ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus auch in ganz Europa —, dennoch hoffen dürfen, daß durch verschiedene Umstände über diese Schwächen hinweggefunden werden kann. Natürlich hängen wir sehr innig mit dem westdeutschen Wirtschaftsraum zusammen, und die Prognosen von dort sind nicht allzu positiv, aber immerhin nicht mehr negativ, so daß wir glauben, in Österreich **über** diese Schwierigkeiten vielleicht doch hinwegzukommen, wenn wir uns alle bemühen, wo immer es möglich ist, etwas zu tun. Fur uns als kleines Land ist es natürlich sehr viel schwerer als für die großen Länder, diese Probleme zu meistern.

Sie haben, Herr Kollege Blabolil, die Eisenindustrie erwähnt. Wenn wir die gesamte österreichische eisenerzeugende Industrie, von der Alpine über die VÖESt. und alle von Ihnen genannten Betriebe, auffatieren und beispielsweise mit der US Steel in Amerika vergleichen, steht ein Zwerg neben dem Riesen. Das gleiche gilt, wenn Sie die Stickstoffwerke mit Dupont in Paris usw. vergleichen. Immer wieder steht der Gigant neben dem Kleinen. Unsex Chance wird wahrscheinlich darin liegen, daß wir mehr zur Spezialisierung gelangen, daß unsere Eisenerzeugung das tut, was für die anderen uninteressant ist, wo die Serien für die anderen zu klein sind und wir in der Spezialfertigung unsere Chance halben. Wir werden also vielleicht doch auf diesem Gebiete in der ümstrukturierung mit manch schmerzlichen Prozessen zurechtzukommen haben, um diese Integration mitzuexerzieren und auch bei Fallen der Zollmauern eines Tages nicht allzu große Schwierigkeiten zu halben. Wir können uns doch nicht vorstellen, wenn ich auch dem Fremdenverkehr noch so positiv gegenüberstehe und wenn Kollege Janzsa in einer sehr dynamischen Art die Notwendigkeiten und die Hoffnungsziffern des Fremdenverkehrs dargestellt hat, daß wir etwa in einer Generation nur noch kraft der Natur- und der Kunstschätze dieses Landes ein Volk von Stubenmädchen und Ski- und Schwimmlehrern sein werden. Natürlich gehört das auch mit dazu, aber nicht ausschließlich. Wir müssen versuchen, die gesamte Industrie und Wirtschaft tatsächlich zu unterstützen, aber auch ein wenig Optimismus aufzubringen.

Ich habe heute Vormittag den Aufsatz eines Schülers gelesen, der den Bundespxis erzielt hat und der sich mit diesen Fragen beschäftigte. Dieser junge Mann — übrigens ein blitzgescheiter Bursche — hat den Aufsatz verlesen und hat vor allem zum Ausdruck gebracht, daß man im Ausland, bei Kontakten mit jungen Menschen, dort viel mehr von der österreichischen Kraft, von der Dynamik dieses Landes, der Qualität der Waren, die dieses Land herstellt, überzeugt ist als wir selbst und daß man vielfach meint, daß wir zu ängstlich sind, wenn wir von diesen Sorgen sprechen. Er hat uns, den Älteren, zugerufen, mehr dafür zu werben, daß man hier im Inland mehr österreichische Waren kauft und in Anspruch nimmt; er hat auch Wege aufgezeigt, wie **er** sich vorstellt, mit diesen zeitbedingten Schwierigkeiten fertig zu werden.

Meine Damen und Herren! Die Zeit, die mir für meine Rede noch zur Verfügung steht, ist bald zu Ende, ich möchte aber nur eines feststellen: Die Wirtschaft ist sehr wichtig, die Wirtschaftsförderung noch mehr. Man müßte sich nicht nur in diesem Zusammenhang der Budgetdebatte, sondern auch bei anderen Gelegenheiten der Mühe unterziehen, über diese Probleme zu sprechen, hängt doch das Schicksal des Landes, das Wohlergehen unserer Menschen, die Vollbeschäftigung, die Erhaltung der Arbeitsplätze, das Glück vieler Familien so sehr davon ab, ob es gelingt, daß wir alle — unter gegenseitigem Respekt, wenn wir auch politisch anderer Meinung sind — den gemeinsamen Weg immer wieder finden, um uns diesen Aufgaben gegenüber in irgendeiner Weise durchzusetzen. Für meine Person, und ich glaube, ich darf es namens aller Kollegen meiner Fraktion tun, darf ich feststellen, daß wir jederzeit dazu (bereitsind. Ich darf Ihnen aufrichtig sagen, wir sind auch zu einer Sozial-Partnerschaft bereit, die innig, gut und dem Lande dienlich ist. Wir können, müssen und werden irgendwie zusammenfinden; war doch dieser Raum und dieses Hohe Haus die Herzkammer jener Ausstrahlung vor vielen Jahren, als ein großes Reich mit insgesamt elf Nationen schon integrierter Raum war. Tch bin kein Monarchist, ich sehne mich nicht nach den politischen Konstruktionen zurück, aber wir haben doch das zerschlagen bekommen, was die Großen dieser Welt heute

scheinbar nicht mehr zustande bringen. In diesem Saal, in diesem Haus und vielleicht auf diesem Rednerpult sind (entscheidende Worte dieser damaligen großen wirtschaftlichen Dynamik gesprochen worden. Wollen wir hoffen, daß wir — im besonderen Maße gerade wir Niederösterreicher — der Würde dieses Raumes entsprechen, wenn wir den richtigen Weg in eine gute Zukunft finden. (Beifall *im* ganzen Hause.)

PRÄSIDENT WEISS: Zum Worte kommt Herr Landesrat B i e r b a u m.

Landesrat BIERBAUM: Herr Präsident! Hohes Haus! Der heutige Tag hat gezeigt, daß die Landwirtschaft sehr viele Freunde hat, man könnte sagen, nur Freunde. Ich muß aber dazu sagen, daß manche Freundschaft leider Gottes auch nur der Bahn wegen gezeigt wurde, denn so oft hat man gehört, daß man diese und jene Bahnlinie nicht einstellen kann, weil die Landwirtschaft Schaden erleiden könnte. Ich würde nur wünschen, daß diese Sorge in der Landwirtschaft überall Platz greifen könnte.

Gestatten Sie, daß ich die Probleme, die heute hier angeschnitten wurden und die mein Ressort betreffen, näher beleuchte. Die Herren Abgeordneten Fraissl und Thomschitz haben über die Feuerwehr gesprochen. Grundsätzlich ist zum Gedanken der Feuerwehr — außer daß man den Männern Lob und Dank sagen muß — nicht viel zu sagen. Aber die Herren haben Probleme angeschnitten. Sie wollten wissen, wie es mit dem Gesetzentwurf über die Feuerpolizei, das Feuerwehrwesen und die Katastrophenhilfe aussieht. Nun, es ist Ihnen bekannt, daß schon vor langer Zeit begonnen wurde, über diese Probleme nachzudenken, um ein neues Gesetz zu schaffen; ich glaube, im Jahre 1954 waren die ersten Besprechungen, im Jahre 1966 lag der erste Entwurf vor, der ausgesendet wurde und den ein Abgeordneter im vergangenen Jahr heftig kritisiert hat, weil die Freiwilligkeit etwas stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Nun wurde noch einmal vom Referat ein Entwurf ausgearbeitet und ausgesendet, der bei der Feuerwe'hr Zustimmung gefunden hat. Dazu muß ich aber sagen, daß die Stellungnahmen, die kamen, sehr wesentlich waren, vor allem in verfassungsrechtlicher Hinsicht. Daher muß noch viel geklärt werden. Dies betrifft aber nicht nur Nieder-Österreich allein. Es wunde bei einer Referententagung, die am 24. Oktober stattgefunden hat, das Problem allgemein behandelt. Es sollen bis Februar 1968 einheitliche Richtlinien eranbeitet werden. Von der zuständigen Abteilung ist auch der Auftrag ergangen, vorerst mit der weiteren Bearbeitung auszusetzen, bis die Stellungnahme gesamtösterreichisch abgeklärt ist, weil es hier gerade bei der Freiwilligkeit Schwierigkeiten gibt. Man sagt, daß die Freiwilligkeit mit dem neuen Gesetz — die Feuerwehr wünde dann eine Körperschaft öffentlichen Rechtes werden, jetzt ist sie ein Verein — in Widerspruch steht und daher noch viel aufgeklärt werden muß. Ich wollte das nur sagen, damit Sie nicht glauben, daß hier nichts getan wurde.

Abg. Thomschitz hat auch gesagt, in fünf Gemeinden gibt es zehn Wehren; er wäre der Ansicht, daß man das einschränken sollte; jede Gemeinde soll nur eine Wehr haben. Herr Abgeordneter, das war auch ein wesentlicher Punkt — es wurde sogar abgestimmt —; ob man bei dem neuen Gesetz diesen Weg beschreiten soll oder ob man es nicht bei mehr Wehren belassen sollte. Ich darf Ihnen sagen, daß im Feuerwehrwesen mit einer Stimme Mehrheit dafür gestimmt wurde, daß in Zukunft nur eine Wehr sein soll. Die aber dagegen waren, haben sich auch etwas dabei gedacht. Durch die Zusammenlegung der Gemeinden im großen Stil, wo manchmal Gemeinden vereinigt werden, die miteinander keinen Zusammenhang haben, hat man sich echte Sorgen gemacht, wie man dort die Feuerwehr auflöst und ihr den selbständigen Charakter nimmt. Ich weiß schon, Sie sagen, man kann sie als Feuerwache bezeichnen. Es haben sich alle dagegen gewehrt, den Namen Feuerwache anzunehmen, sie wollen unbedingt eine Feuerwehr vom Ort X oder Y bleiben. Man hat sich also wesentliche Gedanken gemacht, ob man es so belassen soll oder ob man, wie Sie glauben, nur eine Wehr haben sollte.

Es wurde auch heute der Wohnbau angeschnitten. Einige Herren haben mit Recht gesagt, daß die Mittel zu gering sind, die für den bäuerlichen Wohnbau zur Verfügung stehen. Ich kann Ihnen das nur bestätigen. Wir haben doch gerade in der Landwirtschaft einen gewaltigen Nachhang. Nach dem Krieg wurde lange Zeit daran gearbeitet, vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe wieder flottzumachen. Dann kam die rasante Umstellung in der Landwirtschaft; Leute sind abgewandert, die Technisierung ist eingetreten. Diese Umstellung erfonderte viel Geld. Der Bauer hat, wenn er ausgebaut hat, in erster Linie an die Produktionsstätten, an den Stall gedacht; der Wohnraum ist zurückgeblieben. Nun ballt sich der Bedarf so zusammen, daß wir wirklich mit den Mitteln nicht auskommen. Wir haben aber die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen. Wir machen davon Gebrauch, und zwar schon in aller-

nächster Zeit. Wenn aber der Herr Abgeordnete Schneider ausführt, daß ich vergangenes Jahr gesagt habe, die Mittel sollen nicht absinken, so muß ich darauf sagen: Es können nur die Mittel gemeint sein, die im Budget eingesetzt werden. Die 9,000.000 Schilling sind vom vergangenen zum heurigen Jahr gleichgeblieben. Warum werden nun die hineinkommenden Mittel geringer? Weil ein Teil der Mittel, die auf der Bundesbasis ausgegeben wurden, sofort zum Fonds zurücklaufen und daher dort vereinnahmt werden und bei uns nicht zum Ausdruck kommen. Nun hat er einen Antrag gestellt, man möge, so wie es im Fondsgesetz steht, über die Fondsmittel Bericht geben. Ich darf Ihnen dazu sagen: Ich glaube, es wird nachher darüber abgestimmt werden, daß das selbstverständlich (nachgeholtwird.

Eine wesentliche Diskussion hat heute auch das Schulwesen ausgelöst. Die Abgeordneten Rabl, Brunner und Ungersböck haben die Schulen Niederösterreichs angeführt, desgleichen die Berufsausbildung. Abg. Stangl hat auch einiges dazu gesagt, nur muß ich da Herrn Abg. Stangl etwas berichtigen. Wir wissen schon, daß die Schülerzahlen fallend sind, aber Sie haben zwei Jahre verglichen, die man schwer vergleichen kann, weil wir ja von seinem zweijährigen auf leinen einjährigen Turnus übergegangen sind und sich daher die Schülerzahl zwangsläufig halbieren muß. 1965 waren es 5600 Schüler und 1966 2800 Schüler. Nun darf ich Ihnen sagen, daß die Schülerzahl weiter fallend ist. Dieser gewaltige Sprung war aber durch die Tatsache bedingt, daß eben auf ein Jahr zusammengezogen wurde. Es wurde auch kritisiert, daß scheinbar zu viele Schulen bestehen, daß man vielleicht die eine oder andere reduzieren könnte. Bei den Fachschulen darf ich sagen, daß man gerade, weil Niederösterreich ein so verschieden geartetes Land insbesondere in der Landwirtschaft ist, an der Zahl nicht allzu stark rütteln wird können, wenn man jeder Berufssparte der Landwirtschaft einigermaßen Rechnung tragen will. Sie haben auch die Frage angeschnitten, ob zwei Schultypen notwendig sind. Ich muß Ihnen eines sagen, Herr Abg. Stangl: Ich möchte Ihre Ausführungen nicht zu sehr unter Kritik stellen, weil sie wirklich manches Gute in sich haben, nur diese Frage, Herr Abg. Stangl, glaube ich, kann man nicht aufwerfen, denn es handelt sich um zwei ganz verschiedene Typen. Das eine ist die Berufsschule, das andere ist die Fachschule; die Berufsschule, die das Elementarste sein soll, und die Fachschule, die den Betriebsführer heranzubilden hat. Ich glaube, diese Frage kann man nicht zur Debatte stellen. ***(Abg. Stangl:*** Um ***die Internate und die Externen ist es gegangen!)*** Wenn Sie Internate und Externe gemeint haben, kann ich sagen: Selbstverständlich wird es so kommen, daß man einem Typ entgegenarbeiten muß, aber Sie sehen ja die Mittel, die im Budget angesetzt sind. Ich will nicht sagen, daß mich der Finanzreferent besonders schlecht gehalten hat, ich will ihn auch nicht loben, daß er mich besonders gut gehalten hat, das könnte vielleicht auf unfruchtbaren Boden fallen. Er könnte dann sagen, wenn du sowieso zufrieden bist, dann kann man das nächstemal weniger geben. Ich darf aber eines sagen. Die Umstellung auf Internatsschulen kostet verdammt viel Geld. Nun können Sie kritisieren. Man hat gerade bei der Berufsschule, mit der man so früh — noch ohne gesetzliche Grundlage — begonnen hat, den Weg noch nicht so wie heute gekannt. Man glaubte, in jedem Dorf eine Berufsschule oder Fortbildungsschule haben zu müssen. Wer konnte damals sagen, daß es mit der Landwirtschaft — personell gesehen — derart schnell abwärts geht. In vielen Fällen war doch diese Fortbildungsschule nach der Pflichtschule die einzige Bildungsmöglichkeit für die jungen Menschen. So mancher Arbeiter, der heute in der Industrie steht, hat auf diese Art seine nachschulische Ausbildung und Weiterbildung genossen. Ich war (damals selbst Gemeinderat und habe gemeint, wir müßten in meiner Gemeinde, weil wir dort eine neue Hauptschule gebaut haben, unbedingt auch eine Berufsschule bauen. Der Wunsch wurde mir nicht erfüllt; ich muß sagen, daß ich heute darüber sehr glücklich bin. Es konnte niemand den Weg abschätzen. Es stehen jetzt sehr viele Schulen. Die Tendenz ist bei den Schülern dauernd fallend, wenn auch nicht so rasant, wie Sie es hier dargestellt haben. Man muß vorsichtig sein. Wie viele solcher Internatsschulen braucht man, und wo sollen sie stehen? Ich habe mir vorgenommen, einen Plan darüber zu erarbeiten, im Rohen liegt er auch schon vor, wo in Zukunft diese Schulen stehen müssen. Das Zukünftige ist selbstverständlich das Internat.

Und nun zur Forstwirtschaft. Abg. Fahrnberger hat hier Zahlen genannt. Ich muß Ihnen sagen, ich bin selbst entsetzt, daß die Forstwirtschaft nicht besser dotiert ist, als es im Voranschlag steht, nur der Vergleich der Zahlen hinkt doch etwas. Im Jahre 1967 waren es 2,700.000 Schilling. Ich darf Ihnen sagen, daß davon 2,000.000 Schilling angesetzt waren, um der Harzwirtschaft zu helfen, um ihr einen Start zu einer Umstellung zu geben, weil die althergebrachte Ver-

arbeitung nicht mehr richtig funktioniert hatte. Dazu waren also im Jahre 1967 noch 2,000.000 Schilling notwendig. Über Aussprache mit den Menschen, die damit zu tun haben, hat man festgestellt, daß im kommenden Jahr, ich hoffe, das letztemal, eine Summe von zirka 750.000 Schilling notwendig sein wird. Wenn also 1967 — 2,700.000 Schilling abzüglich 2,000.000 Schilling — nur 700.000 Schilling für die Forstwirtschaft ubrig waren und 1968 bei einer Ansatepost von 1,800.000 Schilling mit 750.000 Schilling das Auslangen gefunden wird, so verbleiben nicht ganz 1,100.000 Schilling für die Forstwirtschaft. Es ist etwas mehr, wenn ich auch sagen muß, daß es wahrscheinlich zu wenig sein wird.

Herr Abg. Schneider hat sich dann mit der Agrarpolitik schlechthin befaßt. Darüber ließe sich noch sehr lange diskutieren, Herr Abgeordneter, ich will nur eines herausgreifen. Sie haben gesagt, die Produktion auf den Verbrauch einstellen! Ich darf dazu sagen: Grundsätzlich sind wir dafür, wir werden in der Landwirtschaft nicht ins Blaue produzieren und dann meinen, irgend jemand wird es schon abnehmen. Aber nur das zu produzieren, was wir brauchen, das kann die Landwirtschaft nicht tun. Wir sind, was die Vieh-Wirtschaft betrifft, ein ausgesprochenes Exportland. Wenn wir hier auf das, was wir im Inland brauchen, zurückschrauben würden, dann würden die Berufskollegen, die Ihnen nahestehen, dazu vieles zu sagen wissen; sie würden uns das nicht abnehmen. Wir stehen aber in der Landwirtschaft nicht allein da. Schauen Sie sich die Industrie an, sie macht das nicht anders. Betrachten Sie die Stickstoffwerke — ich führe sie deshalb an, weil die Bauernschaft mit dieser Firma mehr Verbindung hat —, sie produzieren weit mehr a b sie brauchen, und verkaufen auch billiger ins Ausland, als wir österreichischen Bauern bezahlen müssen. Es ist nicht nur für die Landwirtschaft notwendig, etwas zu produzieren, damit sie existieren kann, auch wenn die Erneugnisse ins Ausland exportiert werden.

Einige Herren haben bereits angeführt, wir decken den Tisch des Volkes zu 84 Prozent. Wenn wir morgen davon leben müßten, würden uns 16 Prozent fehlen. Wenn wir in einigen Sparten einen Überschuß haben, so ist dies nur ein scheinbarer tfberschuß. Betrachten Sie nur unsere Butterproduktion. Wenn wir plötzlich darauf angewiesen wären, von dem Fett zu leben, das wir im Inland produzieren, ich weiß nicht, ich glaube, in einigen Wochen würden wir wahrscheinlich mit Fettkarten einkaufen gehen. Wir gestehen es dem Konsumenten zu, daß die Butter teuer ist und der Verkauf schwach ist. Herr Landesrat Rösch hat gesagt, weil die Margarine billiger ist. Das stimmt, wir gönnen es dem Konsumenten, daß er sich das billigere pflanzliche Fett kauft. Wir müssen ihm aber darauf aufmerksam machen, daß es morgen oder übermorgen anders sein kann und daß es daher keine Vergeudung bedeutet„ wenn er billig lebt, weil er aus dem Ausland„ aus Ländern Waren bezieht, die keine solchen sozialen Errungenschaften aufweisen können wie Österreich und wo — grob ausgedrückt — „Barfüßige" das produzieren, an dem wir uns billig schadlos halten. Wir gönnen es dem Konsumenten, aber er muß auch verstehen, daß wir nicht nur unseretwegen produzieren, sondern seinetwegen, damit wir;, wenn es anders kammen sollte, auch das haben, was von uns verlangt wird.

Das wollte ich zu den agrarpolitischem Fragen, die hier aufgeworfen wurden, sagen. Es ließe sich darüber allerdings noch vieles ausführen. Sie haben auch erwähnt, daß die Treibstoff Verbilligung niedriger sein wird. Ich kann Ihnen dazu eines sagen: In summa wird sie im Jahre 1968 nicht niedriger sein, sie wird gleich sein. Sie haben auch ausgeführt — zumindest habe ich es so verstanden —, daß noch nicht berücksichtigt ist, daß die Maschinen mehr werden. Gerade weil das berucksichtigt ist, wird im nächsten Jahr der Ansatz nicht 80 Schilling, sondern 77 Schilling, 75 Schilling oder 74 Schilling betragen. Ich glaube aber, das haben Sie bestimmt auch so gemeint.

Wenn ich eingangs festgestellt habe, daß wir heute vermerken konnten, daß wir so viele Freunde in der Landwirtschaft haben — ich habe spaßhalber noch dazu gesagt, wenn sie auch manchmal mit der Eisenbahn hergefahren wurden —, so darf ich Sie nur eines bitten: Bleiben Sie Freunde der Landwirtschaft, helfen Sie mit, daß wir mit dem wenigen Mitteln so viel leisten können, daß die gesamte Bevölkerung auch in Zukunftt beruhigt auf die Landwirtschaft sehen kann. *(Beifall im ganzen Hause.)*

PRÄSIDENT WEISS: Als letzter Redner für heute kommt Herr Landeshauptmann-Stellvertreter H i r s c h zum Wort.

Landeshauptmannstellvertreter HIRSCH: Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich darf Sie noch um einige Minuten Geduld bitten und einige Bemerkungen zu Kapitel 7, das heute nachmittag hier zur Sprache kam, anfügen. Vorerst darf ich vorausschicken, daß ich darüber ehrlich erfreut bin, daß sich auch in diesem Jahr wieder so viele Redner den Sorgen und Anliegen dieses Kapitels ge-

widmet haben. Es wurden so manche Vorschläge unterbreitet, die geeignet sind, in die Tat umgesetzt zu werden, nicht nur auf dem Gebiete der allgemeinen Wirtschaft, sondern vor allem auch auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs. Ich darf Sie alle, die Sie zu den Kapiteln 0 bis 7 Ihre Meinung dargelegt haben, nur dazu beglückwünschen, daß Sie versucht haben, im Einklang mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes auch in den anderen Bereichen Ihre Auffassungen darzulegen. Im Bereiche der Wirtschaft kann man nicht zwischen Produktionsbetrieb und den Lebensadern der Wirtschaft, den Straßen, Brücken, Wasser- und Luftwegen Trennungslinien ziehen, das gehört dazu. Man darf auch nicht — das wissen wir alle, und ich müßte es eigentlich nicht erwähnen — etwa dem Schulwesen das nötige Interesse versagen. Die Jugend wird dort, besonders durch die Möglichkeit, die jetzt durch das neunte Schuljahr geboten wird, in die Wirtschaft eingeführt und sammelt dadurch die notwendigen Erfahrungen für ihr berufliches Wirken.

Jedenfalls habe ich an der Rednerzahl zu Kapitel 7 ersehen, daß ein sehr großes Interesse für die wirtschaftlichen Eelange besteht, weil — wie ein Redner ausgeführt hat — es sich dabei ja um das Um und Auf der Existenz aller handelt. Grundsätzlich möchte ich dazu eines sagen: Die Wirtschaft ist ein ganz bedeutendes Werk, es muß ein Rad ins andere greifen; Angebot und Nachfrage sind ein ehernes Gesetz. Das gilt nicht nur im Inland; wir müssen produzieren, um diese Produkte auch absetzen zu können. Es wäre schlecht, wenn man nur die Produktion, aber keinen Markt dazu hätte. Es ist daher alles, was produziert wird, auch dazu da, an den Mann zu kommen. Dazu gehört die Versorgung des Inlandes, dazu gehören Export und Import, damit die arbeitenden Menschen in unserem Lande zu jenen günstigen Preisen einkaufen können, wie sie es wünschen. Ich darf feststellen, daß es nicht allein Aufgabe der Wirtschaft sein kann, das alles zu bewerkstelligen. Eine Reihe von Rednern hat erfreulicherweise darauf hingewiesen, daß Förderungsmaßnahmen notwendig sind, die aber nicht nur das Land zu setzen hat, sondern die auch von seiten des Bundes sowohl auf dem Gebiete der Landwirtschaft als auch der Wirtschaft vorgesehen werden müssen. Hier darf ich dem Hohen Hause für die seinerzeit beschlossenen Anträge noch einmal herzlich danken, weil wir jetzt deren Auswirkungen bereits spüren. Neben der Einführung der Übernahme der Landeshaftung, des Betriebsinvestitionsfonds und allen anderen Kreditaktionen sind selbstverständlich auch auf Bundesebene solche finanziellen Möglichkeiten für die Wirtschaft gegeben. Ich darf hier nur die ERP-Kredite, die Bürgschaftskredite usw. anführen. Wenn wir das heurige Budget des Landes kritisch betrachten, so finden wir, obwohl die Ansätze da und dort dem einen oder anderen zu gering erscheinen mögen, eines bemerkenswert, daß es nämlich — im Gegensatz zu früher — eine höhere Summe ausweist. Diese höhere Summe bringt zwar nicht gerade für das Kapitel der Wirtschaft, das ich zu verwalten habe, viel mehr — es ist ungefähr dasselbe wie im Vorjahr. Doch hängt, was ich schon gesagt habe, ja alles, was geschieht, angefangen vom Straßenbau bis zur Errichtung von Schulen, mit der Wirtschaft zusammen. Es dient der Wirtschaft und muß ihr dienen, wenn es sinnvoll sein soll.

Es wäre sicher wünschenswert, den **Betriebsinvestitionsfonds** größer zu gestalten. Ich danke dem Redner, der sich dafür eingesetzt hat; vor allem aber auch dem Redner, der gesagt hat, er würde mich gerne unterstützen, um mehr Mittel zu bekommen. Diese Mittel, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, die Sie seinerzeit durch Landtagsbeschlüsse gesichert haben, mehren sich ja, da es in der Wirtschaft Gesetz ist, daß das, was produziert wird, auch einen Ertrag liefern muß. Es bringen diese Mittel wieder Erträge, wohl in einem geringen Maß, aber sie wenden doch ein wenig mehr. Man wird in einigen Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, wenn wir oder andere wieder einmal über diese Dinge reden, finden, daß gerade die Einrichtung dieses Fonds seine Bestätigung dadurch gefunden hat, daß er tatsächlich stark geworden ist und den Möglichkeiten und Gegebenheiten, die an ihn gestellt wurden, gerecht werden konnte. Freilich zählt in der Wirtschaft nicht das tote Gebäude. Wenn nicht in jeder Betriebshalle Maschinen laufen, nicht das Gedröhne der Motoren zu hören ist, sich keine fleißigen Hände regen, der menschliche Geist nicht mitschafft, dann wird es wahrscheinlich zu nichts kommen. Um dieses Leben waren Sie alle **heute** auch besorgt, und zwar im Zusammenhang mit verschiedenen Erscheinungen auf dem Sektor der verstaatlichten und der privaten Industnie. Ich glaube, wir alle sind bereit, unser Bestes zu tun, um diesen Dingen beizukommen. Wir haben es vielleicht noch nie so gespürt wie gerade in dieser Zeit, wo alle an den Landeshauptmann, an die Landesregierung herantreten, die Abgeordneten bemühen, wenn es da oder dort Schwierigkeiten gibt, die überwunden werden müssen. Wir leben in einer

besonderen Zeit, und ich glaube, wir müssen daraus auch erkennen, daß unsere Pflicht zum Zusammenstehen bei der Bewältigung dieser Aufgabe noch größer ist als früher.

Dies im allgemeinen und in aller Kürze zu den wirtschaftlichen Bereichen der Industrie, des Gewerbes und des Handels. Wenn auch in diesem Jahr nicht so viele Betriebsgründungen in Niederösterreich erfolgen konnten — das wurde schon in verschiedenen Publikationen erläutert und (erörtert —, dann, glaube ich, müssen wir sagen, daß wir uns diese Aktion, wie wir sie begoanen haben, wohl Überlegten. Sie selbst, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, haben vor wenigen Tagen einen Antrag beschlossen, der vorsieht, einte Beratungsstelle für Betriebsneugründungen einzurichten. Diese Aufgabe wurde dem Referat der Wirtschaft zugeteilt. Ich darf Ihnen jetzt schon die Versicherung geben, daß wir diese Aufgabe sehr ernst nehmen und — dem Rat dies Hauses folgend — womöglich ohne Vermehrung des Personals bewältigen werden.

Ich darf auch sagen, daß ich mich sehr freue, daß über den Fremdenverkehr soviel ausgesagt wurde. Wenn wir auch in diesem Jahr — im Vergleich zu den anderen Bundesländern — die wirtschaftlichen Erscheinungen nicht so sehr zu spüren bekommen und aus dieser Situation gut herausgefunden haben, dann, glaube ich, ist das darauf zurückzuführen, daß wir in den letzten Jahren alle zusammen immer wieder bemüht waren, der Fremdenverkehrswirtschaft neue Impulse zu geben. Wir haben einen Stand von Sommerbädern, wie er nie dagewesen ist; wir haben einen Stand von Sesselliften und Skiliften, wie wir ihn nie besessen haben; wir sind beim Ausbau des Hochkars dabei, dort das Wintersportgebiet schlechthin zu schaffen, das Niederösterreich braucht, um viele, viele Menschen durch längere Zeit binden zu können. Wie wir in den letzten Tagen gehört haben, ist der Bund an den Herrn Landeshauptmann, an die Landesregierung herangetreten, um ein Bundesskischulheim auf dem Hochkar errichten zu können, zu dem auch das Land einen Beitrag leisten soll. Wenn es dazu kommt, werden wir dieses Gebiet wieder bereichern, denn dieser Einrichtung werden zwangsläufig andere folgen. Die Privatinitiative wird dieser Initiative sicherlich folgen. Dann wenden wir vielleicht auch wieder ein Stück dessen erreichen können, was von dieser Stelle aus schon gesagt wurde, daß Niederösterreich eigentlich das Ursprungsland des Skisportes ist. Es wurden bedeutende Männer, die den Skisport bei uns begonnen, ihn eingeführt und gefördert haben, genannt; ich brauche das nicht mehr zu wiederholen. Ich glaube aber, daß wir auch weiterhin gerade den wirtschaftlichen Erscheinungen und Ereignissen eine sehr große Bedeutung beimessen müssen. Wir alle müssen versuchen, Hindernisse und Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen und vielleicht da oder dort auch Erleichterungen gesetzlicher Natur zu schaffen, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen und in Gang zu halten. Denn so wie in einer Werkshalle nichts produziert werden kann, wenn die Räder nicht laufen, so muß die Wirtschaft in einem ständigen Abrollungsprozeß immer weiter rollen, um das zu erreichen, was wir alle miteinander wünschen, nämlich die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung der Vollbeschäftigung und damit im Zusammenhang auch die Sicherung der Erträge für Land und Gemeinden, die aus einer Vollbeschäftigung stammen. Wenn die Produktion da und dort besser gestaltet werden kann, wird es wahrscheinlich in vielen Gemeindestuben mehr Erträgnisse geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte in der Vorwoche Gelegenheit, einen neuen Betrieb in einer Gemeinde, in der früher einmal überhaupt kein Betrieb industrieller Art gewesen ist, zu eröffnen. Es war das die Firma Bösch in Wolkersdorf, der wir auch Mittel aus dem Betriebsinvestitionsfonds gegeben haben. Die Firma kommt aus Lustenau, sie führt den Namen LUWA, das heißt Lustenauer Wertarbeit. Ich habe dort gesagt, man könnte jetzt noch ein W einfügen: Lustenauer-Wolkersdorfer Wertarbeit. Dort sind sozusagen Über Nacht 120 Arbeitsplätze geschaffen worden, allerdings nur für Frauen. Ich möchte aber noch ein weiteres Beispiel anführen. Wir haben vor wenigen Wochen einen Betrieb in Gänserndorf besichtigt, der in diesen Tagen durch das Hohe Haus Unterstützung durch eine Landeshaftung finden wird. Ehemals war dort ein Betrieb mit einer geringeren Anzahl von Arbeitskräften als heute. Er wurde nicht gut geführt. Heute ist dieser Betrieb derart gut, daß dort an die 120 Beschäftigte sind, und zwar ausschließlich Männer. Neben diesem Betrieb gibt es eine Reihe anderer Betriebe, die in unser Land gekommen sind. Ich glaube, wenn wir auf diesem Weg weitergehen, wird es zum Wohle der Menschen in unserem Lande und zum Wohle unseres schönen Heimatlandes sein. (Beifall im ganzen Hause.)

PRÄSIDENT WEISS: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ANZENBERGER: Ich verzichte.

; nicht mehr zu wie-
r, daß wir auch wei-
schaftlichen Erschei-
eine sehr große Be-
en. Wir alle müssen
und Schwierigkeiten
n und vielleicht da
erungen gesetzlicher
die Wirtschaft in
l in Gang zu halten.
erkshalle nichts pro-
enn die Räder nicht
chaft in einem stän-
immer weiter rollen,
as wir alle mitein-
n die Sicherung der
ung der Vollbeschäf-
immenhang auch die
r Land und Gemein-
beschäftigung stam-
ction da und dort
rann, wird es wahr-
meindestuben mehr

Damen und Herren!
e Gelegenheit, einen
emeinde, in der frü-
n Betrieb industriel-
eröffnen. Es war das
ersdorf, der wir auch
iebsinvestitionsfonds
Firma kommt aus
Namen LUWA, das
beit. Ich habe dort
noch ein W einfügen:
r Wertarbeit. Dort
ht **120** Arbeitsplätze
ings nur für Frauen.
in weiteres Beispiel
or wenigen Wochen
ndorf besichtigt, der
s Hohe Haus Unter-
ndeshaftung finden
in Betrieb mit einer
Arbeitskräften als
it geführt. Heute ist
it, daß dort an die
l zwar ausschließlich
Betrieb gibt es eine
die in unser Land
ube, wenn wir auf
wird es zum Wohle
m Lande und zum
Heimatlandes sein.

Die Rednerliste ist
chterstatter hat das

YBERGER: Ich ver-

PRÄSIDENT WEISS: Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, nunmehr seinen Antrag zur Gruppe **7,** Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, a) ordentlicher. b) außerordentlicher Voranschlag, zu stellen.

Berichterstatter Abg. ANZENBERGER: Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe **7,** Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, mit Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von **73,723.000** Schilling und Ausgaben von **261,352.000** Schilling sowie Ausgaben im außerordentlichen Voranschlag von **12,550.000** Schilling zu genehmigen. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT WEISS ***(nach Abstimmung über Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, ordentlicher und außerordentlicher Voranschlag, in Erfordernis und Bedeckung):*** A n g e n o m m e n.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter nunmehr um die Verlesung der Resolutionsanträge. ***(Geschieht.)***

(Nach Abstimmung Über den Resolutions. antrag der Frau Abg. Körner, betreffend die Entscheidung über die Einstellung von Nebenbahnen:) A n g e n o m m e n.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Viktor Schneider, betreffend die Vorlage eines Berichtes über die Gebarung des Landwirtschaftlichen Wohnbauförderungsfonds in den Jahren 1965 und 1966 an den NÖ. Landtag:) A n g e n o m m e n.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abg. Graf und Reiter, betreffend die Herabsetzung des Förderzinses für die im Bereiche der ÖMV ausgebrachte Rohölförderung aus bereits länger produzierenden Erd-Ölfeldern, die zur Erschöpfung neigen:) A n g e n o m m e n.

Ich unterbreche die Beratungen über den Voranschlag des Landes. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, den **15.** Dezember **1967.** um 9 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schlup der Sitzung um 22.33 Uhr.)